

Freie Universität



Berlin

Nebenbühne Europa

Eine kritische Analyse des Nebenwahlkonzeptes
am Beispiel der Europawahl 2009

Dissertation

zur Erlangung des Grades des Doktors der Politikwissenschaft
(Dr. rer. pol.)

Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Freie Universität Berlin

Diana Kuhrau
Berlin, im Januar 2014

Betreuer

Prof. Dr. Oskar Niedermayer (Erstgutachter)
Ihnestraße 21
Raum 103
14195 Berlin

Prof. Dr. Dieter Ohr (Zweitgutachter)
Garystraße 55
Raum 303a
14195 Berlin

24.06.2014 (Tag der Disputation)

VORWORT

Die vorliegende Arbeit wurde im Januar 2014 als Dissertation am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin eingereicht. Für die Unterstützung während der Bearbeitungszeit danke ich sehr herzlich Prof. Dr. Oskar Niedermayer, der diese Arbeit engagiert mit inhaltlichem und persönlichem Rat gewinnbringend betreut hat. Mein Dank gilt auch meinem Zweitgutachter, Prof. Dr. Dieter Ohr, der zu meinem großen Glück kurzfristig bereit war, die mit der Korrektur verbundenen Anstrengungen zu übernehmen.

Vor allem danke ich auch dem Mitbegründer des Nebenwahlkonzeptes, Prof. Dr. Hermann Schmitt, dessen fachliche Kompetenz und richtungsweisenden Ratschläge für mich sehr wertvoll waren. Seine Forschungsarbeiten aus über 30 Jahren waren Anlass, mich stets diesem Thema und den damit verbundenen Herausforderungen zu stellen.

Ebenso danke ich der Pressestelle des Deutschen Bundestages und dem Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Ohne die mir zur Verfügung gestellten Daten wäre diese Arbeit in der jetzigen Form nicht möglich gewesen. Für den nötigen Freiraum, mich der Arbeit widmen zu können, und die vielen inspirierenden Gespräche danke ich Erich G. Fritz MdB, meinen Kolleginnen und Kollegen der Abgeordnetenbüros Marie-Luise Dött und Erich G. Fritz sowie den neuen der WEMAG AG.

Für ihre offenen Ohren danke ich ganz herzlich meinen Freunden, die in vielen telefonischen und persönlichen Gesprächen Interesse an meiner Arbeit zeigten. Das mir entgegengebrachte Vertrauen hat mich sehr beeindruckt und weiter inspiriert.

Ein besonderer Dank gilt meinen Eltern und Schwiegereltern. Ohne ihre Förderung und Unterstützung hätte ich die arbeitsreiche Zeit als Doktorandin und berufstätige Mutter nicht mit so viel Lebensfreude absolvieren können. Sie haben stets an mich geglaubt. Mein größter Dank gilt meinem Mann, Christopher Kuhrau, und unserem gemeinsamen Sohn Leonard, die mich in unvergleichlicher Weise unterstützt und motiviert haben.

INHALTSVERZEICHNIS

I	Verzeichnis der Abkürzungen	05
II	Verzeichnis der Abbildungen	07
III	Verzeichnis der Tabellen	08
ABSTRACT		09
1	Einleitung	10
1.1	Problemstellung und Zielsetzung	10
1.2	Fragestellung und Aufbau	12
1.3	Quellen	14
2	Forschungsüberblick	16
2.1	Wahlzyklustheorie als Ursprung der weiteren Forschung	16
2.2	Popularitätsverlust amerikanischer Präsidenten zum Midterm	20
2.3	Popularitätsverlust der nationalen Regierungspartei bei Europawahlen	22
2.4	Einfluss der Bundespolitik auf deutsche Regionalwahlen	23
2.5	Zwischenfazit	30
3	Europawahlen als (nationale) Nebenwahlen: Das Second-Order Election Model (Reif/Schmitt 1980)	32
3.1	Gründung, Struktur und Zusammensetzung des Europaparlaments	33
3.2	Theoretische Grundlagen des Nebenwahlkonzeptes (Reif/Schmitt 1980)	39
3.3	Die Dimensionen zur Klassifizierung von Nebenwahlen im Nebenwahlkonzept	41
3.3.1	Wichtigkeitsdimension	41
3.3.2	Dimension des Umfeldes	46
3.3.3	Institutionell-prozedurale Dimension	48
3.3.4	Kampagnendimension	52
3.3.5	Dimension der Verschiebung politischer Präferenzen	54
3.3.6	Dimension des sozialen und kulturellen Wandels	55
3.4	Diskurs - Weiterentwicklung des Nebenwahlkonzeptes in der Forschung	55
3.5	Annahmen und Vorgehensweise	58
3.6	Zwischenfazit	60
4	Die Europawahl 2009 in der Bundesrepublik Deutschland: Prüfung der Gültigkeit des Nebenwahlkonzeptes	63
4.1	Deutschland vor der Wahl	64
4.2	Kandidaten, Parteien und Programme	67
4.3	Kurzübersicht des Wahlergebnisses	73
4.4	Prüfung der Gültigkeit des Nebenwahlkonzeptes	78
4.4.1	Ergebnisse in der Wichtigkeitsdimension	78
4.4.1.1	Wahlbeteiligung	78
4.4.1.2	Stimmenverluste für Regierungsparteien	86

4.4.1.3	Stimmengewinne für kleine und neue Parteien	91
4.4.1.4	Hohe Anteile ungültiger Stimmen	94
4.4.2	Ergebnisse in der Dimension des Umfeldes	97
4.4.3	Ergebnisse in der institutionell-prozederalen Dimension	100
4.4.3.1	Einflussfaktor Wahlpflicht	101
4.4.3.2	Einflussfaktor zusätzliche Wahlen	102
4.4.3.3	Einflussfaktor Wahlterminierung gemäß Wahlzyklus	104
4.4.4	Ergebnisse in der Kampagnendimension	106
4.4.4.1	Geringe Berichterstattung zur Europawahl in den Printmedien	114
4.4.4.2	Anlage und Methode der Untersuchung	115
4.4.4.3	Ergebnisse der Untersuchung	117
4.4.4.4	Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlung	120
4.5	Zwischenfazit	122
5	Die Europawahl 2009 in den EU-Staaten: Prüfung der Gültigkeit des Nebenwahlkonzeptes	124
5.1	Ausgangslage	124
5.2	Wahlbeteiligung	125
5.3	Stimmenverlust für Regierungsparteien	130
5.4	Stimmengewinn für kleine und neue Parteien	135
5.5	Zwischenfazit	140
6	Schlussbetrachtung	143
7	Literatur- und Quellenverzeichnis	148
8	Anhang	162
8.1	Bilanz: Erfolg und Misserfolg	162
8.2	Balance: success and failure	165
8.3	Die Autorin	167
8.4	Eidesstattliche Erklärung	168

I Verzeichnis der Abkürzungen

A	Österreich
Abb.	Abbildung
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
Aufbruch	Aufbruch für Bürgerrechte, Freiheit und Gesundheit
B	Belgien
bspw.	beispielsweise
BUL	Bulgarien
BP	Bayernpartei
BTW	Bundestagswahl
BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
ca.	circa
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CM	Christliche Mitte
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.
CY	Zypern
CZ	Tschechien
D	Deutschland
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DK	Dänemark
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DP	Deutsche Partei
DW	Die Welt
E	Spanien
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EP	Europäisches Parlament
EST	Estland
EU	Europäische Union
EuWG	Europawahlgesetz
EVP	Fraktion der Europäischen Volkspartei
EVP-ED	Fraktion der Europäischen Volkspartei und europäischer Demokraten
ELDR	Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei
EUGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EW	Europawahl
F	Frankreich
Familie	Familien-Partei Deutschlands
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FIN	Finnland
FL	Fraktionslos
FOE	First-Order Election, erstrangige Wahlen
FR	Frankfurter Rundschau
FREIE WÄHLER	Bundesvereinigung Freie Wähler
Frauen	Feministische Partei – Die Frauen
GER	Germany, Bundesrepublik Deutschland
GR	Griechenland
Graue	DIE GRAUEN – Graue Panther

Grüne	Bündnis 90/Die Grünen
Grüne/EFA	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
H	Ungarn
I	Italien
IND/DEM	Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie
IRL	Irland
KVEL/NGL	Fraktion der Konföderalen Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
L	Luxemburg
LT	Litauen
LV	Lettland
M	Malta
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestags
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
mglw.	möglicherweise
MS	Mitgliedsstaat/Mitgliedsstaaten
MV	Mecklenburg-Vorpommern
MZES	Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung
NL	Niederlande
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei
P	Portugal
PASD	Progressive Allianz von Sozialisten und Demokraten
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PL	Polen
PSG	Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale
REP	Die Republikaner
ROM	Rumänien
S	Schweden
SK	Slowakische Republik
SLO	Slowenien
SOE	Second-Order Election, zweitrangige Wahlen
Sonstige	Sonstige Parteien und politische Vereinigungen
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPE	Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament
SZ	Süddeutsche Zeitung
Tab.	Tabelle
TAZ	taz.Die Tageszeitung
Tier	Mensch Umwelt Tierschutz
TOE	Third-Order Election, drittrangige Wahlen
u.a.	unter anderem
U/D	Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie
UEN	Fraktion Union für das Europa der Nationen
UK	Großbritannien
Unab	Unabhängige Kandidaten
US	United States, Vereinigte Staaten von Amerika
vgl.	vergleiche
WB	Wahlbeteiligung
WTO	World Trade Organisation
z.B.	zum Beispiel
Zentrum	Deutsche Zentrumspartei

II Verzeichnis der Abbildungen

1:	Beispielhafter Verlauf der Zustimmungsraten zu Regierungs- und Oppositionspartei gemäß Popularitätszyklus.....	18
2:	Bekanntheit der Spitzenkandidaten kurz vor der Europawahl 2004.....	66
3:	Endergebnis der Europawahl 2009: West.....	77
4:	Endergebnis der Europawahl 2009: Ost.....	77
5:	Die Europäische Einigung ist.....	80
6:	Wichtig sind die Entscheidungen im.....	82
7:	Bedeutung Deutschlands und Europas in der Wahlentscheidung.....	82
8:	Entwicklung der Wahlbeteiligung an Bundestags- und Europawahlen seit 1979 in Prozent.....	85
9:	Parteienkompetenz.....	89
10:	Beurteilung der Parteien (Skala von +5 bis -5).....	90
11:	Anteil ungültiger Stimmen bei Europawahlen in Abhängigkeit zu Stimmenverlusten der Senior-Regierungspartei im Vergleich zur vorangegangenen BTW.....	97
12:	Wahlkampfausgaben der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien 1999 - 2009 (in Millionen Euro).....	109
13:	Verkaufte Auflage der überregionalen Tageszeitungen im Vergleich.....	116
14:	Anzahl der Artikel in der Presseberichterstattung untersuchter Tageszeitungen.....	118
15:	Anzahl der Artikel in der Presseberichterstattung untersuchter Wochenmagazine.....	119
16:	Häufigkeitsverteilung der Presseberichterstattung im Zeitraum 6 Wochen vor den Wahlen 2009.....	120

III Verzeichnis der Tabellen

1:	Europäische Fraktionen im Europaparlament 2009.....	34
2:	Summe der Zuwendungen für europäische Parteien in Mio. Euro.....	37
3:	Zusammensetzung des Europäischen Parlaments 2004 – 2009.....	38
4:	Zusammensetzung des Europäischen Parlaments 2009 – 2014.....	38
5:	Wahlbeteiligung an EU-Parlamentswahlen 1979 – 2009 in Prozent.....	42
6:	Differenz der Wahlbeteiligung zwischen Haupt- und Nebenwahlen in den Staaten der EU (1979) in Prozent.....	44
7:	Differenz zwischen Haupt- und Nebenwahlen in Bezug auf den Anteil ungültiger Stimmen in Prozent.....	45
8:	Besonderheiten der Wahlsysteme für die Wahl der Abgeordneten des EPs 2009.....	50
9:	Parteianteile bei der Europawahl 2004 in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu 1999.....	64
10:	Sitzverteilung der Europawahl 2004 in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu 1999.....	65
11:	Zur Europawahl 2009 zugelassene deutsche Parteien.....	70
12:	Europawahl 2009 in Deutschland: Wahlbeteiligung und Parteianteile in den Bundesländern.....	74
13:	Differenz 2004 in Prozentpunkten.....	75
14:	Wahlbeteiligung bei Europawahlen in der Bundesrepublik seit 1979.....	79
15:	Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 in der Bundesrepublik im Vergleich zur vorangegangenen Hauptwahl.....	79
16:	Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen seit 1949 in Prozent.....	83
17:	Die Ergebnisse der Europawahl 2004 im Vergleich zur Europawahl 1999 und zur Bundestagswahl 2002.....	87
18:	Anteil ungültiger Stimmen bei Europawahlen in der Bundesrepublik im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl seit 1979.....	95
19:	Wahlergebnis der Senior-Regierungspartei der BRD bei Europawahlen im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl.....	96
20:	Wahlbeteiligung und Parteianteile 2009 in den Bundesländern in Prozent.....	103
21:	Relative Häufigkeit des inhaltlichen Fokus auf die Spitzenkandidaten von CDU und SPD bei der jeweiligen Wahl.....	113
22:	Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum EP seit 1979 (in Prozent).....	126

ABSTRACT

Aus Anlass der ersten Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 1979 haben die Wissenschaftler Karlheinz Reif und Hermann Schmitt einen analytischen Rahmen erarbeitet, der es erlaubt, Europawahlen als Nebenwahlen zu klassifizieren und ihre Ergebnisse vor dem Hintergrund des nationalen politischen Umfeldes erklärbar zu machen. Die Thesen des Nebenwahlkonzeptes (Reif/Schmitt 1980) sowie die Begrifflichkeit selbst haben seither Eingang in die Politik- und Kommunikationswissenschaft erhalten, und das sowohl in der deutschen als auch in der internationalen Forschung. Seit mehr als drei Jahrzehnten wurden die drei wichtigsten Thesen des Konzeptes immer wieder bestätigt: Europawahlen zeichnen sich im Vergleich zu nationalen Parlamentswahlen durch eine geringe Wahlbeteiligung, einen Stimmenverlust von Regierungsparteien und einen damit einhergehenden Stimmengewinn kleiner und neuer Parteien aus. Zum 30. Jahrestag der Direktwahlen im Jahr 2009 bot sich vor dem Hintergrund des EU-Erweiterungsprozesses und einer zunehmenden Europäisierung der Politik erneut die Gelegenheit, der Frage „*Still Second-order?*“ (Schmitt 2005b) nachzugehen und das Konzept kritisch auf den Prüfstand zu stellen.

ABSTRACT

On the occasion of the first elections to the European Parliament in 1979, the scientists Karlheinz Reif and Hermann Schmitt developed an analytical framework enabling European elections to be classified as second-order elections and their results explained against the background of the national political environment. The thesis of the second-order election concept (Reif/Schmitt 1980) as well as the terminology itself have since entered political and communication science – both in German and international research. For more than three decades, the three key theses of this concept have been confirmed time and again. In comparison with national parliamentary elections, European elections are characterised by low turnout, a loss of votes for the governing parties and attendant increase in votes for small and new parties. In 2009 on the 30th anniversary of direct elections against the background of the EU expansion process and increasing Europeanisation of policies, another opportunity was provided to consider the question “*Still Second-order?*” (Schmitt 2005b) and critically put the concept to the test.

1 Einleitung

1.1 Problemstellung und Zielsetzung

„Europa ist nicht sexy genug“ (Lausitzer Rundschau 2009). Diese Aussage des Spitzenkandidaten der CDU zur Europawahl 2009, Hans-Gert Pöttering, weist kurz aber eindeutig auf das Dilemma hin, in dem die Europäische Union (EU) und insbesondere das Europäische Parlament (EP) seit den ersten Europawahlen im Jahr 1979 stecken. Die EU gilt als abstraktes Gebilde, schwer greifbar, über das die Bürgerinnen und Bürger ihrer Mitgliedsstaaten keine direkte Kontrolle haben. Die Europawahlen selbst werden von den EU-Bürgern kaum als eigenständige Wahlen wahrgenommen und sind unter anderem deshalb seit jeher mit Problemen wie einer europaweit geringen Wahlbeteiligung, einem schwach ausgeprägten Interesse an Europa und der Wahrnehmung des Europäischen Parlaments als Akteur ohne Macht konfrontiert. Im Jahr 1979 konnten die benannten Phänomene noch auf das ungewohnte politische Umfeld, in dem sich alle beteiligten Akteure bewegten, zurückgeführt werden (vgl. Reif/Schmitt 1980: 11). Es war verständlich, dass sich die ersten Wahlen zum Europäischen Parlament durch einen mangelhaften Informationsstand und geringe politische Partizipation auszeichnen würden. Heute, mehr als drei Jahrzehnte später, kann die Lage, in der sich das EP befindet, nicht mehr mit dem für alle neuen Terrain begründet werden.

Vom 4. bis zum 7. Juni 2009 waren die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union zum siebten Mal aufgerufen, das Europäische Parlament direkt zu wählen. Es war der 30. Jahrestag der Wahlen zum Europaparlament. Ob die Freude über dieses Jubiläum groß sein würde, hing vor allem davon ab, wie viele der ca. 375 Millionen Wahlberechtigten in 27 Ländern der EU ihre Stimme abgeben würden. Angesichts des historischen Tiefstandes der Wahlbeteiligung von knapp 46 Prozent bei der vorangegangenen Europawahl im Jahr 2004 war auch 2009 von einer europaweit geringen Wahlbeteiligung von weniger als 50 Prozent auszugehen. Verschiedene Umfragen, die vor dem Wahltag durchgeführt wurden, untermauerten diese Vermutung. Eine Befragung der Bertelsmann-Stiftung zeigte, dass mehr als zwei Drittel der deutschen Bundesbürger (69 Prozent) vier Monate vor der Wahl noch immer nicht wussten, dass das Europaparlament am 7. Juni für eine fünfjährige Legislaturperiode bestimmt wird (Die Welt 2009).

Gerade das Thema der geringen und schrumpfenden Wahlbeteiligung wurde und wird immer wieder zum Untersuchungsgegenstand verschiedenster Ausführungen zu Europawahlen. Die Wissenschaftler Karlheinz Reif und Hermann Schmitt nahmen sich dieser Thematik schon früh

an. Sie entwickelten auf der Grundlage der Erkenntnisse aus den ersten Direktwahlen zum EP einen konzeptionellen Rahmen zur Analyse von Nebenwahlen, zu denen neben Europawahlen auch Regional- und Kommunalwahlen zählen. Reif/Schmitt (1980) identifizieren in ihrem Nebenwahlkonzept eine Reihe von Kriterien, wie etwa die geringe Wahlbeteiligung oder Stimmenverluste von Regierungsparteien¹, die die Wissenschaftler darauf schließen lassen, dass Europawahlen von den Bürgerinnen und Bürgern als weniger wichtig empfunden werden als nationale (Haupt-)Wahlen. Dies erscheint paradox, hält man sich vor Augen, dass seit Einführung der Direktwahl² das Europäische Parlament als politischer Akteur einen immer größeren Stellenwert erhalten hat. Das Europaparlament, als einzige unmittelbar gewählte Institution der EU, entscheidet gleichberechtigt mit dem Ministerrat über europäische Gesetzesvorlagen und kann gegenüber der EU-Kommission das Misstrauen aussprechen. Neben dem gewachsenen Einfluss im Gesetzgebungsverfahren als Folge der Umsetzung und des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon³ kommt hinzu, dass das Europaparlament auf Vorschlag des Rates den Kommissionspräsidenten wählt. Damit ist das Europäische Parlament direkt an der Entscheidung einer der „wichtigsten Personalien der EU“ beteiligt (Brok 2009: 16). Es würde in der Erwartung aller liegen, dass mit diesem scheinbaren Bedeutungszuwachs eine steigende Wahlbeteiligung einherginge, unter anderem deshalb, da die Tragweite der Stimme der Bürgerinnen und Bürger nun bis zur Spitze der EU-Kommission reicht. Stattdessen gehen alle fünf Jahre weniger Menschen zur Wahl. Die Hauptursache für den Beteiligungsrückgang formulieren die Wissenschaftler Karheinz Reif und Hermann Schmitt in ihrer zentralen These: „*the most important aspect of second-order elections is that there is less at stake*“ (Reif/Schmitt 1980: 09). Bei Europawahlen steht für eine große Anzahl der Wahlberechtigten also immer noch weniger auf dem Spiel als bei nationalen Wahlen. Dies trifft insofern zu, dass die Befugnisse des Europaparlaments und seiner Akteure infolge des Lissabonner Vertrages zwar ausgeweitet wurden, nach wie vor bringen Europawahlen aber keine Regierung hervor und die Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind eingeschränkt (vgl. Kietz/Ondarza 2010).

Europa sieht sich heute mit Akzeptanzproblemen auf Seiten der Bevölkerung, ablehnenden Verfassungsreferenden, turbulenten wirtschaftlichen Entwicklungen und divergierenden

¹ Die Thesen des Nebenwahlkonzeptes sind unter Gliederungspunkt 3.3ff. aufgeführt.

² Direktwahlakt 1976: Die direkte Wahl des Europäischen Parlaments sollte das Gemeinschaftsgefühl in der damaligen Europäischen Gemeinschaft stärken und die politische Unterstützung des Integrationsprozesses sichern (vgl. Wüst; Tausendpfund 2009: 03).

³ Der Vertrag von Lissabon ist ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Er wurde am 13. Dezember 2007 unter portugiesischer EU-Ratspräsidentschaft in Lissabon unterzeichnet und trat am 1. Dezember 2009 in Kraft. Der Vertrag von Lissabon reformierte den Vertrag über die Europäische Union (EU-Vertrag) und den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG-Vertrag). Vgl. dazu <http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/0042423726/Parliament-and-the-Lisbon-Treaty.html>.

Meinungen zum Erweiterungsprozess der Europäischen Union konfrontiert. Die Wahlen zum Europäischen Parlament stehen ohne Zweifel vor großen Herausforderungen. Der Forschungsgegenstand und dessen Umfeld wurde folglich selbst einem Veränderungsprozess ausgesetzt. Deshalb soll die Gültigkeit des vor mehr als 30 Jahren entwickelten Nebenwahlkonzeptes (Reif/Schmitt 1980) am Beispiel der Europawahlen 2009 geprüft und kritisch hinterfragt werden. Europawahlen eignen sich für eine vergleichende Forschung besonders, da sie in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu einem Zeitpunkt, abgesehen von zwei bis drei Tagen Differenz, abgehalten werden.

Ziel der Ausführung ist es, erstens einen allgemeinen Überblick zur Nebenwahlthematik zu geben und dabei im Besonderen das Nebenwahlkonzept (Reif/Schmitt 1980) vorzustellen. Auf Grundlage dieser inhaltlichen Analyse sollen zweitens eigene Ansätze und Vorstellungen zu einer möglichen Weiterentwicklung des Konzeptes gegeben werden, um drittens das Nebenwahlkonzept und die Überlegungen der Verfasserin dazu auf seine heutige Anwendbarkeit am Beispiel der Europawahl 2009 in der Bundesrepublik Deutschland zu prüfen. Um die umfassende Gültigkeit des Nebenwahlkonzeptes zu belegen, soll anhand ausgewählter Kriterien auch die Wahlsituation in den übrigen EU-Mitgliedsländern betrachtet werden. Auf dieser Basis können abschließend Erfolge aber auch Misserfolge des Nebenwahlkonzeptes benannt werden.

1.2 Fragestellung und Aufbau

Um die benannten Ziele zu erreichen, wird die vergleichende Untersuchung der Europawahlergebnisse im Hinblick auf die Anwendbarkeit des Nebenwahlkonzeptes durch die Beantwortung fünf forschungsleitender Frageblöcken umgesetzt:

1. Was sagt die Theorie der Nebenwahlen aus? Inwiefern lassen sich Europawahlen als Nebenwahlen klassifizieren?
2. Spiegeln die Charakteristika des Nebenwahlkonzeptes (Reif/Schmitt 1980) auch die Ergebnisse der Europawahl 2009 in der Bundesrepublik Deutschland wider? Zeigt sich in Bezug auf die Wahlkampfstrategien und -taktiken der politischen Parteien eine Wahlkampfführung, die von politischen Kalkulationen unter Berücksichtigung der nationalen Hauptwahl und des Nebenwahlkonzeptes geprägt ist?

3. Bewährt sich das Nebenwahlkonzept auch in den Ergebnissen der Europawahlen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland?
4. Welche Erfolge und Misserfolge des Nebenwahlkonzeptes lassen sich am Beispiel der Europawahl 2009 erkennen und wie können sie erklärt werden?
5. Gibt es Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Konzeptes?

Der Aufbau der Dissertation erfolgt stufenförmig. Dies hat den Vorteil, dass eine Überprüfung nach jedem Schritt möglich ist. Neben der Einleitung (Gliederungspunkt 1) und einem Schlussteil (Gliederungspunkt 6) besteht diese Arbeit aus vier in sich geschlossenen Kapiteln, die jeweils einer eigenen Fragestellung folgen.

Auf die Einleitung folgt als zweiter logischer Schritt und erster Abschnitt des Hauptteils der Grundlagenteil der Arbeit. Er gliedert sich in zwei Kapitel. Unter Gliederungspunkt 2 wird der derzeitige Forschungsstand zur Nebenwahltheorie aufgezeigt. Hier werden erste Begrifflichkeiten geklärt sowie die Charakterisierung von Wahlen als Nebenwahlen am Beispiel relevanter Theorien herausgearbeitet. Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit der Klassifizierung von Europawahlen als Nebenwahlen. Hierbei soll unter anderem auf die Bedeutung von Europawahlen als Nebenwahlen sowie ihre Besonderheiten hingewiesen werden. Darüber hinaus wird die Methode für die Untersuchung infolge der detaillierten Darstellung des Nebenwahlkonzeptes (Reif/Schmitt 1980) hergeleitet.

Der zweite Teil des Hauptteils, der dritte logische Schritt dieser Dissertation, stellt den umfangreichsten Teil der vorliegenden Arbeit dar. Er gliedert sich in zwei Kapitel. In Gliederungspunkt 4 wird die Europawahl 2009 in der Bundesrepublik Deutschland unter Anwendung des Nebenwahlkonzeptes analysiert. Hierbei soll insbesondere der Frage nachgegangen werden, inwiefern sich die inhaltlichen Ausführungen Reifs/Schmitts (1980) mit den Ergebnissen der Wahl decken. Darüber hinaus werden hier die Anlage der Untersuchung und die Ergebnisse einer eigenen Untersuchung der Presseberichterstattung von vier bzw. fünf überregionalen deutschen Tageszeitungen und Wochenzeitungen bzw. -magazinen vorgestellt. Im zweiten Teil des Hauptteils wird unter Gliederungspunkt 5 die Überprüfung des Nebenwahlkonzeptes auf die übrigen Mitgliedsländer der EU ausgeweitet, um einen Beleg für eine umfassende Gültigkeit des Konzeptes zu liefern. Aus Gründen der inhaltlichen Begrenzung werden hier ausschließlich die bedeutendsten Kriterien des Nebenwahlkonzeptes für die Untersuchungen herangezogen.

Die Arbeit schließt mit dem letzten logischen Schritt (Kapitel 6), der die wichtigsten Ergebnisse zusammenfasst und die Erfolge und Misserfolge des Nebenwahlkonzeptes (Reif/Schmitt 1980) kritisch hinterfragt.

Die kurze Darstellung der Gliederung zeigt, dass Kapitel 2 und 3 der Dissertation deskriptiv und qualitativ-vergleichend angelegt sind. Die Kapitel 4 und 5 zur Überprüfung des Nebenwahlkonzeptes arbeiten ebenfalls mit vergleichenden und zusätzlich mit quantitativ-empirischen Methoden.

1.3 Quellen

Grundlage für die vorliegende Arbeit ist die verfügbare Literatur zur Nebenwahlthematik, zu politischen Wahlen im Allgemeinen sowie die (Presse-)Berichterstattung zur Europa- und Bundestagswahl 2009 in qualitativen Tageszeitungen und Wochenmagazinen. In den vergangenen Jahren ist eine größere Zahl an Publikationen zur Nebenwahltheorie und verwandten Themen entstanden. Im internationalen Vergleich beziehen sich diese Studien hauptsächlich auf Untersuchungen zu Europawahlen, während in der Bundesrepublik zunehmend versucht wird, auch die Regional- und Kommunalebene in die Thematik einzubinden.

Bei der Literaturrecherche zur Europawahl 2009 waren vorrangig Analysen zu den Ergebnissen und zum Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland zu finden. Zur Europawahl in den übrigen Mitgliedsstaaten der EU liegen nur wenige Untersuchungen vor, die in deutscher und/oder englischer Sprache verfasst sind. Zudem gibt es kaum Ausführungen, die komparativ angelegt sind. Im Allgemeinen wird das Thema getrennt zwischen alten und neuen Mitgliedsstaaten behandelt. Der gegenwärtige Untersuchungsstand ermöglicht es aber dennoch, dass inzwischen an fast allen Stellen auf zugängliche Literatur verwiesen werden kann.

Trotz vieler technischer Möglichkeiten ist es schwierig, die amtlichen Europawahlergebnisse der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu recherchieren. Da es sich bei den Wahlen zum Europäischen Parlament um nationale Wahlen handelt, sind nationale Institutionen für die Festlegung der amtlichen Endergebnisse sowie deren Veröffentlichung verantwortlich. Dies hat zur Folge, dass die amtlichen Ergebnisse nur über die nationalen Wahlinstitutionen erhältlich sind.

Für die Jahre 1979 bis 2004 finden sich die Angaben der nationalen Behörden in der Mannheimer Dokumentation der amtlichen Europawahlergebnisse⁴ wieder. Sie sind auf der Homepage <http://www.mzes.uni-mannheim.de> abrufbar. Da weder alle Ergebnisse lückenlos gelistet sind, noch die Daten für das Jahr 2009 dort recherchiert werden konnten, musste in der Analyse der Ergebnisse auf verschiedene Quellen zurückgegriffen werden.

Neben der verwendeten Literatur wurden Gespräche mit verschiedenen Akteuren der Bundes- und Europapolitik sowie der Wissenschaft und Forschung herangezogen. Dabei handelte es sich um einzeln vorbereitete, offene Gespräche, die, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht als direkte Datenquelle für die schriftliche Ausarbeitung herangezogen wurden. Sie dienten vor allem als Hintergrundgespräche, um die Zusammenhänge und die Problematik besser verstehen zu können.

⁴ Die Mannheimer Dokumentation der amtlichen Europawahlergebnisse 1979 bis 2004 entstand im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Euromanifesto-Projektes am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES). Das Projekt wurde von Prof. Dr. Hermann Schmitt geleitet und von Dr. Andreas Wüst begleitet.

2 Forschungsüberblick

Neben Europawahlen zählen auch Regionalwahlen nach Reif/Schmitt (1980) zur Kategorie der Nebenwahlen. Die Termini „first-order elections“ und „second-order elections“ wurden jedoch bisher nicht systematisch auf Regionalwahlen angewendet.⁵ Trotz der Tatsache, dass die Annahmen von Reif und Schmitt hierbei weitgehend bestätigt werden, bleiben die Untersuchungen von Regionalwahlen als zweitrangige Wahlen fast wissenschaftliches Neuland (vgl. Jeffery/Hough 2001). Vor dem Hintergrund der Literaturlage in Deutschland scheint dies umso überraschender, da die verschiedenen wissenschaftlichen Ausführungen auf genau die gleichen Aspekte hindeuten, die in der europäischen Literatur zu second-order elections und in der verwandten US-amerikanischen Literatur zum Wahlzyklus dokumentiert werden.

Die Theorie eines vorherrschenden Wahlzyklus nimmt dabei einen besonderen Stellenwert ein. Sie ist Ausgangspunkt für die weitere Forschung und steht in Zusammenhang mit der Nebenwahltheorie, deren theoretischer Rahmen unter Gliederungspunkt 3.2ff. vorgestellt wird. Vorab werden bestehende theoretische Ansätze aufgezeigt und zu einer integrierten Sichtweise verknüpft. So können in einem weiteren Schritt auch Europawahlen als second-order elections klassifiziert werden.

2.1 Wahlzyklustheorie als Ursprung der weiteren Forschung

Europawahlen sind nicht nur supranationale, sondern zugleich auch nationale Wahlen. Aus diesem Grund kann die Europawahlebene nicht isoliert von den politischen Gegebenheiten und Entwicklungen auf der nationalen Wahlebene betrachtet werden. Der nationale Wahlzyklus ist für die Interpretation von Europawahlergebnissen deshalb von besonderer Bedeutung.

„Als nationalen Wahlzyklus bezeichnet man in der Regel den Zeitraum, der zwischen zwei Wahlen zum nationalen Parlament liegt. Die Länge dieses Zyklus‘ wird jeweils vom nationalen Wahlsystem bestimmt, welches entweder eine feste oder eine flexible Wahlperiode vorsieht.“ (Seemann 2009b: 03)

⁵ Eine Ausnahme bildet eine Serie von Artikeln, die Kommunal- und Europawahlen in Großbritannien als second-order elections bestimmt und vergleicht (vgl. McLean/Heath/Taylor 1997; Heath/McLean/Taylor/Curtice 1999).

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland⁶ legt die Terminierung der Bundestagswahlen fest. Sie sollen alle vier Jahre mit einem Abstand von mindestens 46 und maximal 48 Monaten stattfinden.⁷ Während eindeutige Terminvorgaben auch für die Präsidentschafts- und Kongresswahlen in den Vereinigten Staaten bestehen⁸, gestattet die britische Verfassung dem Premierminister innerhalb von fünf Jahren nach der letzten Wahl jederzeit die Ausrufung von Unterhauswahlen (vgl. dazu Smith 2003: 398). Danach ist der Wahlzyklus der Zeitrahmen, der der neu gewählten Regierung für die Regierungsbildung und Amtsübernahme sowie für die Gesetzgebung und Umsetzung politischer Maßnahmen zur Verfügung steht, bevor die Wählerinnen und Wähler bei den nächst anstehenden Wahlen erneut über die Regierungszusammensetzung entscheiden (vgl. Linz 1998: 23).

Die Variablen „Beteiligungsraten“, „Stimmanteile“, aber auch „Gesetzgebungsaktivitäten“ variieren in Abhängigkeit der zeitlichen Nähe bzw. Distanz zur letzten oder nächsten (nationalen) Hauptwahl. In der politikwissenschaftlichen als auch in der ökonomischen Literatur werden diese zyklischen Schwankungen als Wahl- (election cycle) oder politische Konjunkturzyklen (political business cycle) bezeichnet. Ihr Auftreten wird in der Regel entweder auf die Bemühungen der amtierenden Regierung, ihre Wiederwahl zu sichern oder auf das spezifische Wahlverhalten des Elektorats bei Nebenwahlen zurückgeführt (Reif/Schmitt 1980; Belke 1996; Jeffery/Hough 2001). Nach Burkhart (2004 und 2005) wird die Terminierung einer Zwischenwahl innerhalb der nationalen Legislaturperiode sogar als eine der Haupterklärungsvariablen für das Abschneiden von Regierungsparteien angesehen.

Seemann (2009b: 04) differenziert entsprechend der zu erklärenden Variablen zwischen drei Arten von Wahlzyklen: Dem *politischen Konjunkturzyklus*, dem Schwankungen von ökonomischen Variablen zugrunde liegen, dem *legislativen Wahlzyklus*, der Veränderungen der gesetzgeberischen Aktivitäts- und Abstimmungsmuster folgt und dem *Popularitätszyklus*, in dem Varianzen der Zustimmungswerte oder Stimmenanteile von politischen Akteuren, zwischen zwei nationalen Parlamentswahlen, zu beobachten sind. Der Begriff „Wahlzyklus“ wird als Oberbegriff für alle Arten von Zyklen verwendet.

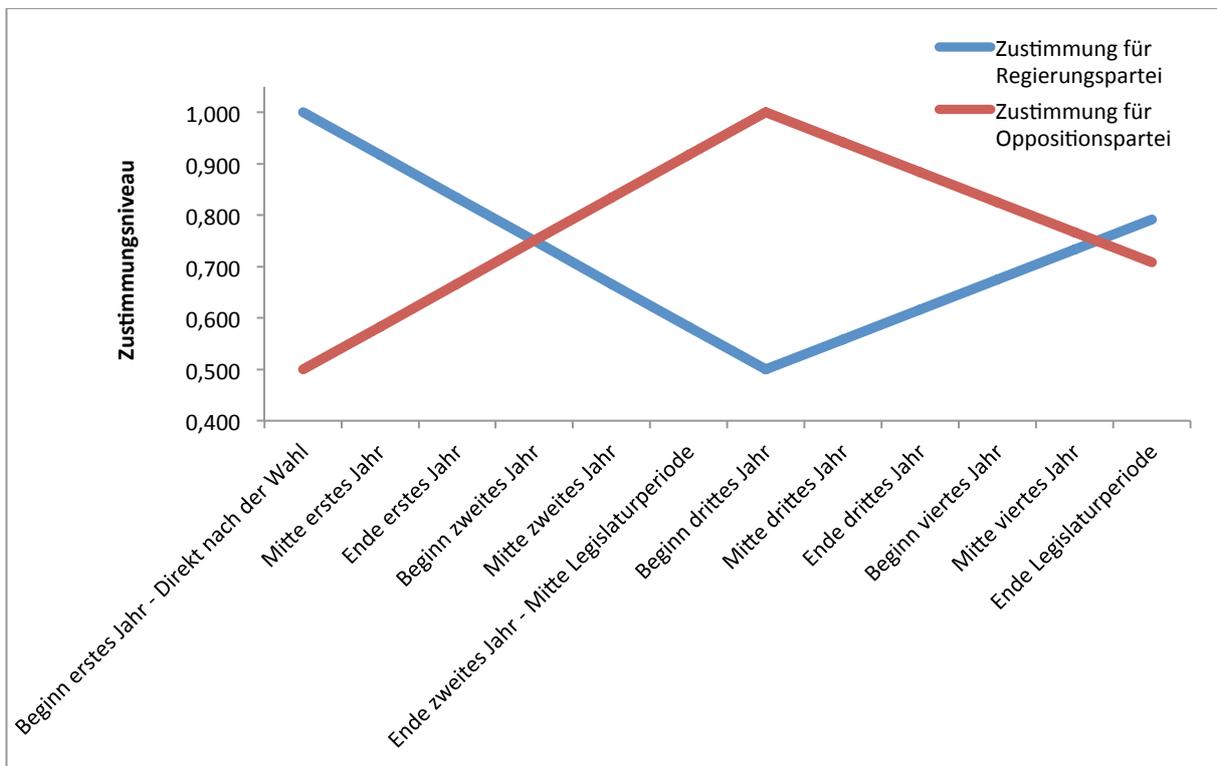
⁶ Art. 39 Abs. 1 GG: Der Bundestag wird vorbehaltlich der nachfolgenden Bestimmungen auf vier Jahre gewählt. Seine Wahlperiode endet mit dem Zusammentritt eines neuen Bundestages. Die Neuwahl findet frühestens sechsvierzig, spätestens achtundvierzig Monate nach Beginn der Wahlperiode statt. Im Falle einer Auflösung des Bundestages findet die Neuwahl innerhalb von sechzig Tagen statt. In: <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/gg/gesamt.pdf>. Letzter Zugriff: 15.04.2011.

⁷ Abweichungen von dieser klar festgeschriebenen Regelung gab es in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund vorzeitiger Auflösung und Neuwahlen des Deutschen Bundestags bisher dreimal: In der sechsten (1969-1972), in der neunten (1980-1983) und in der fünfzehnten Wahlperiode (2002-2005).

⁸ Alle vier Jahre wird der Präsident der Vereinigten Staaten in der ersten Novemberwoche gewählt, der Kongress alle zwei Jahre zeitgleich mit dem Präsidenten sowie in der Mitte der präsidentiellen Amtsperiode. Vgl. dazu Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika, Artikel I Abs. 2; Artikel II Abs. 1. In: <http://www.law.cornell.edu/constitution/index.html>. Letzter Zugriff: 15.04.2011.

Vor allem der Popularitätszyklus steht in Zusammenhang mit der Nebenwahltheorie. Erste wissenschaftliche Ausarbeitungen dazu wurden in den siebziger Jahren veröffentlicht. Anlass dafür war ein von Analytikern über Jahre festgestellter Popularitätsverlust der amtierenden Regierungspartei zwischen zwei nationalen Wahlen. Die Wissenschaftlicher Goodhart und Bhansali (1970) sowie Miller und Mackie (1973) waren die ersten, die für Großbritannien einen für die Forschung interessanten Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt innerhalb einer Legislaturperiode und den zu diesem Zeitpunkt ermittelten Popularitätswerten der Regierungspartei feststellten. In ihren Untersuchungen kamen sie zu dem Ergebnis, dass die in der Bevölkerung wahrgenommene Popularität der Regierung nach der Wahl kurzzeitig ansteigt (Bestätigungseffekt), um bald darauf wieder abzufallen. Nach Aussage der Wahlzyklustheorie erreichen die Popularitätswerte zur Mitte der Legislaturperiode ihren Tiefpunkt. Erst mit dem Herannahen der nächstst stattfindenden Wahl erhöhen sich die in Umfragen erhobenen Popularitätswerte für die Regierung wieder (siehe Abb. 1).

Abb. 1: Beispielhafter Verlauf der Zustimmungsraten zu Regierungs- und Oppositionspartei gemäß Popularitätszyklus



Quelle: Eigene Darstellung

In der einschlägigen Literatur zum Wahlzyklus werden verschiedene Erklärungsmodelle aufgezeigt, die zu unterschiedlichen Ergebnissen der politischen Arbeitsweise innerhalb einer Legislaturperiode führen können. Beispielsweise schlussfolgern Stimson (1976) und Hudson (1985) in ihren Untersuchungen, dass die in der Bevölkerung meist unliebsamen und schmerzhaften, aber notwendigen Maßnahmen wie etwa Steuererhöhungen zu Beginn einer Legislaturperiode verabschiedet werden sollten, da sie ein Absinken der Popularitätswerte zur Folge haben. Falls diese von der Regierung verabschiedeten Maßnahmen bis zum Ende der Legislaturperiode ihr Ziel erreicht haben sollten, dürften sich deren positiven Auswirkungen in besseren Stimmungswerten für die Regierung auszahlen.

Eng verknüpft mit dem Einfluss der Regierungszufriedenheit auf das Wahlergebnis wird auch der wirtschaftliche Erfolg oder Misserfolg einer Regierung betrachtet. Die so genannte „Economic-Voting“-Literatur (vgl. Lewis-Beck/Stegmaier 2000) nimmt bspw. im klassischen Belohnungs- und Bestrafungsmodell an, dass die Wähler ökonomische Gegebenheiten bewerten und Regierungsparteien für die wirtschaftliche Entwicklung verantwortlich machen. Verschlechtern sich die makroökonomischen Werte, wird dies die Regierungsparteien Wählerstimmen kosten.⁹

In diesem Zusammenhang zeigen Untersuchungen ein taktisches Agieren im Sinne des „political business cycle“ auf (Nordhaus 1975; Drazen 2000; Paldem 1997). Nordhaus (1975) geht bspw. davon aus, dass Regierungen Wachstums- und Beschäftigungsraten vor einer Wahl durch wirtschaftspolitische Steuerung gezielt anheben, um die Beliebtheit der Regierungsparteien zu steigern.¹⁰ Regierungen würden damit versuchen, ihre Wiederwahlchancen zu erhöhen.

⁹ Veränderungen im Wirtschaftswachstum, die Arbeitslosigkeit und die Inflation sind Standardvariablen, die die ökonomische Performanz einer Regierung messen. Für die Bundesrepublik Deutschland finden Anderson/Ward (1996) ein kontraintuitives Verhältnis zwischen der ökonomischen Performanz einer Bundesregierung und den Ergebnissen bei Landtagswahlen. Steigende Arbeitslosigkeit wirkt sich hier nicht negativ, sondern signifikant positiv auf die Wahlchancen der Regierungspartei bei Landtagswahlen aus.

¹⁰ Den verschiedenen Ausführungen zur Thematik des „political business cycle“ (vgl. Nordhaus 1975; Frey/Schneider 1978) liegt die Annahme zugrunde, dass von Seiten der Regierung eine Manipulation der Phillips-Kurve erfolgt. Die Phillips-Kurve wurde im Jahr 1958 vom englischen Statistiker und Ökonomen Aban William Housego Phillips publiziert. Das ökonomische Modell erklärt den Zusammenhang zwischen der Veränderung von Nominallöhnen bzw. Preisen auf der einen und Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite. Die Phillips-Kurve wurde seither mehrfach modifiziert, etwa zur so genannten erweiterten Phillips-Kurve im Jahr 1960. Diese stellt einen Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und der Veränderung der Inflationsrate her. Vgl. dazu <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/phillips-kurve.html>. Letzter Zugriff: 20.03.2012.

2.2 Popularitätsverlust amerikanischer Präsidenten zum Midterm

Das Phänomen, wonach Regierungsparteien bei Zwischenwahlen, Wahlen zur zweiten Kammer oder Nachwahlen, innerhalb der Legislaturperiode teils erhebliche Stimmenverluste erleiden, ist aus vielen westlichen Demokratien bekannt. Am umfangreichsten wurde dieses Phänomen aber bei den Midterm-Wahlen zum amerikanischen Kongress untersucht.

Das beschriebene Muster des abgebildeten Zyklus (Abb. 1) gab Wissenschaftlern Anlass zu der Frage, inwiefern sich aus den niedrigen Popularitätswerten der Regierung Schlussfolgerungen für die Ergebnisse weiterer Wahlen, die über die Legislaturperiode verteilt stattfinden, ableiten lassen. Das zentrale Interesse lag darin, die teilweise erheblichen Wahlniederlagen der jeweiligen Partei des amtierenden Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika (United States, US) bei den *midterm-elections*¹¹ erklären zu können.

Die Arbeiten von Tufté (1975) und Stimson (1976) gehörten dabei zu den ersten, die sich systematisch mit den US-amerikanischen Wahlzyklen auseinandersetzten und früh feststellten, dass Schwankungen in der Popularität der amtierenden Präsidenten im Wahlzyklus bestehen.

„The approval accorded to presidents by the American public is found to follow a cyclical pattern over time. All presidents begin their terms with great popularity, experience parabolic declines, steadily lose popular support for about three years, and then recover some at the ends of their terms.“ (Stimson 1976: 01)

Tufté (1975) brachte als erster die Popularität des Präsidenten unmittelbar mit dem Stimmenverlust seiner Partei bei den Midterm-Wahlen zum amerikanischen Kongress in Verbindung. Er zeigte auf, dass die Partei des amtierenden US-Präsidenten im Vergleich zur vorherigen *one-year-election* des Kongresses bei den Midterm-Wahlen regelmäßig an Stimmen verliert. Nach Burkhart (2005: 16) *„gleicht es beinahe einem empirischen Gesetz“*, dass die Partei des Präsidenten in den Midterm-Wahlen Stimmen verliert. Seit dem amerikanischen Bürgerkrieg (1861-65) gelang es der Partei des Präsidenten nur in drei von 37 Midterm-

¹¹ Der Kongress setzt sich in den USA aus zwei Kammern (dem Senat und dem Repräsentantenhaus) zusammen. Alle zwei Jahre finden Kongresswahlen statt, in denen das Repräsentantenhaus (bestehend aus 435 Abgeordneten) sowie ein Drittel des Senats (33 Senatoren) gewählt werden. Alle vier Jahre fallen dann die Wahlen zum Kongress mit der Präsidentschaftswahl zusammen. Demnach wird im Rahmen der US-amerikanischen Midterm-Kongresswahlen die Hälfte der Repräsentanten zeitgleich mit dem Präsidenten gewählt (*one-year-elections*). Die andere Hälfte der Abgeordneten wird dagegen in der Mitte der Legislaturperiode des Präsidenten (*midterm-elections*) gewählt.

Wahlen¹² (1934, 1998 und 2002), mehr Stimmen zu gewinnen als in der vorangegangenen Kongresswahl. Anhand einer quantitativen Studie untersuchte Tufte die Auswirkungen von Umfrageergebnissen zur Popularität des Präsidenten und ökonomischen Makroindikatoren auf das Ausmaß des Stimmenverlustes der Präsidentenpartei bei den Midterm-Wahlen. Tufte kam zu folgendem Ergebnis:

„Although the in-party’s share of the nationwide congressional vote almost invariably declines in the midterm compared to the previous one-year election, the magnitude of that loss is substantially smaller if the President has a high level of popular approval, or if the economy is performing well, or both.“ (Tufte 1975: 824)

Es handelt sich bei Midterm-Wahlen nach Tufte folglich um ein Referendum über den Präsidenten und die Performanz seiner Wirtschaftspolitik. Diese *„Referendumstheorie“* besagt, dass der Verlust, den die Partei des Präsidenten zum Midterm erleidet, umso höher ist, je geringer die Popularität des Präsidenten zum Zeitpunkt der Midterm-Wahl ist.

Weitere Analysen (Erikson 1988; Hough/Jeffery 2003) verstehen den regelmäßigen zyklischen Rhythmus in den USA als Ergebnis des Sanktionswahlverhaltens, den so genannten *„Presidential Penalty“* (Erikson 1988: 1017). Die Popularität des Präsidenten fällt demnach automatisch und unabhängig von der Leistung und Effizienz der Regierung ab (vgl. Erikson 1988: 1013). In diesem Fall wird die Präsidentschaftspartei bestraft und zwar *„aus dem einfachen Grund, dass sie an der Macht ist“* (Hough/Jeffery 2003: 82).

Erklärungen für das Sanktionswahlverhalten der Wählerinnen und Wähler bieten sich erstens in der These, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr Wähler mit einer negativen Grundeinstellung gegenüber der präsidentiellen Partei wählen gehen als solche, die dem Präsidenten wohlgesonnen sind. Somit würden tendenziell mehr *„regierungsfeindliche“* Wähler ihre Stimme abgeben.

Zweitens erscheinen auch diejenigen Erklärungsansätze plausibel, die die Annahme von Balancierungsbestrebungen rationaler Wähler, die an moderaten Politikergebnissen interessiert sind, unterstellen. Sie wollen durch ihr Abstimmungsverhalten eine Gegenmacht im Kongress

¹² Stand 01.01.2014: Die letzten midterm-elections fanden am 2. November 2010 statt und brachten überwiegend Gewinne für die Republikaner, die damit die Mehrheit im Repräsentantenhaus und in zahlreichen Staatsparlamenten errangen. Mit zusätzlichen sechs Sitzen im Repräsentantenhaus war es der größte Sieg einer Partei seit mehr als sechs Jahren. Die nächsten *„Halbzeitwahlen“* fallen auf den 4. November 2014.

schaffen, indem sie bei den Midterm-Wahlen gegen die Partei des Präsidenten stimmen.¹³ Diese so genannte „*Moderationstheorie*“ wurde von Alesina und Rosenthal im Jahr 1995 im Hinblick auf das US-amerikanische Regierungssystem entwickelt. Ihr Ansatz unterstellt der Wählerschaft, dass sie als rationale Individuen handeln und als moderate Wähler die polarisierenden Effekte des Parteienwettbewerbs in der Hoffnung auf „gemäßigte“ Politikergebnisse bei geteilter Regierungsmacht (divided government) dämpfen. Dazu stimmen sie bei den Zwischenwahlen zum Kongress gegen die Partei des Präsidenten (Burkhart 2005: 19). Dieses balancierte Wahlverhalten eines Teils der Wähler¹⁴ würde dabei die Hauptursache für den Stimmenverlust der Partei des Präsidenten bei den Midterm-Kongresswahlen darstellen. In diesem Zusammenhang wird in der Theorie von Alesina/Rosenthal (1995) eine „bedingte Entscheidung“ bei den Midterm-Wahlen vorausgesetzt. Das Individuum ist zum Zeitpunkt der one-year-elections unsicher in Bezug auf die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen, während zum Zeitpunkt der Midterm-Wahlen Gewissheit über den Präsidenten herrscht.

„The difference between the one-years, in which the legislative elections are held under uncertainty about the identity of the president, and midterms, in which the uncertainty is removed, is the key to the midterm cycle.“ (Alesina/Rosenthal 1995: 83)

In der internationalen Literatur finden sich schließlich weitere empirische Studien, welche das Phänomen des Wahlzyklus und der dahinter stehenden Logik des Mehrebenenwahlverhaltens sowie Regierungshandelns untersuchen. Shugart (1995) erweitert bspw. den Blickwinkel, indem er in seinen vergleichenden Analysen auch andere, überwiegend lateinamerikanische Länder, mit präsidentiellen Regierungssystemen einbezieht.

2.3 Popularitätsverlust der nationalen Regierungspartei bei Europawahlen

Auch bei der Analyse der Wahlen zum Europäischen Parlament wird ein Popularitätsverlust der nationalen Regierungsparteien mit deren schlechtem Abschneiden bei Europawahlen im Vergleich zur vorangegangenen nationalen Wahl in Verbindung gebracht. Als grundlegend konzeptionellen Rahmen, um das Wahlverhalten im europäischen Kontext zu erklären, entwickelten die Wissenschaftler Karlheinz Reif und Hermann Schmitt eine allgemeine Theorie

¹³ Dieses Wahlverhalten impliziert auch den Effekt des „ticket-splitting“. Dieser entsteht dadurch, dass die Wähler beabsichtigen, die Oppositionspartei im Kongress zu stärken, damit die Partei des Präsidenten nicht zu übermächtig wird (vgl. Hough/Jeffery 2003: 82).

¹⁴ Diesen Teil der Wähler bezeichnen Wissenschaftler als „*moderate Wähler*“.

der Nebenwahlen (vgl. Reif/Schmitt 1980).¹⁵ In dieser Theorie unterscheiden sie „erstrangige“ (first-order elections oder Hauptwahlen)¹⁶ von „zweitrangigen“ Wahlen (second-order elections oder Nebenwahlen), wozu neben Europawahlen auch Regionalwahlen oder Wahlen zur Zweiten Kammer zählen.

Reif/Schmitt (1980) sind der Meinung, dass das Ergebnis einer Nebenwahl von erstrangigen nationalen Faktoren beeinflusst wird (vgl. Reif/Schmitt 1980: 07). Aufbauend auf der US-amerikanischen Literatur zum Wahlzyklus formulieren Reif/Schmitt (1980) daher wesentliche Merkmale von second-order elections. Als zentrales Charakteristikum gilt, dass Nebenwahlen als weniger wichtig empfunden werden als Hauptwahlen, da weniger „auf dem Spiel steht“. Dies verdeutlicht, dass die wichtigen Entscheidungen von der nationalen Regierung und nicht von repräsentativen Institutionen auf europäischer, regionaler oder lokaler Ebene getroffen werden. Nach den zweiten Direktwahlen zum Europäischen Parlament unterstreicht Reif (1984a und 1985) diese Position und stellt fest:

„(...) the political situation of the first-order political arena at the moment when second-order elections are being held, plays an important, if not decisive, role determining the results of the second-order election.“ (Reif 1985: 08)

Reif (1984), Marsh (1998 und 2005) sowie Schmitt/Reif (2003) verbinden seit den achtziger Jahren immer wieder das Modell des „Electoral Cycle“ mit dem Konzept von Haupt- und Nebenwahlen. Dabei unterstellen auch sie den typischen Verlauf der Popularitätskurve einer Regierung entsprechend dem Wahlzyklus und stützen damit die Annahmen der Referendumstheorie¹⁷.

2.4 Einfluss der Bundespolitik auf deutsche Regionalwahlen

Das oben vorgestellte Zyklusargument lässt sich konkreter nur mit einer Untersuchung mehrerer Wahlen, die zu verschiedenen Zeitpunkten während der Legislaturperiode stattfinden, stützen. Als erster unternahm Rainer Dinkel im Jahr 1977 den Versuch, das Modell des „Electoral Cycle“ auf die Bundesrepublik Deutschland zu übertragen. Kern der Überlegungen Dinkels und

¹⁵ Da das Nebenwahlkonzept der zentrale Untersuchungsgegenstand in dieser Arbeit ist, wird es unter Gliederungspunkt 3.2ff. separat und detailliert untersucht. Die zum jetzigen Zeitpunkt kurze Ausführung dient dazu, dem Lesepublikum zu helfen, einen verständlichen Gesamteindruck zur Nebenwahlthematik entwickeln zu können.

¹⁶ Zu den Hauptwahlen zählen die Wahlen zum nationalen Parlament, bspw. die Bundestagswahl in Deutschland. Siehe dazu Gliederungspunkt 3.2.

¹⁷ vgl. dazu Gliederungspunkt 2.2

anderer Wissenschaftler (Decker/Blumenthal 2002; Burkhart 2004 und 2005) ist die Annahme, dass die Bundespolitik die Landtagswahlentscheidungen maßgeblich beeinflusst. *„Journalisten, politische Beobachter, aber auch Wissenschaftler interpretieren und analysieren Landtagswahlen im Licht der Bundespolitik“* (Burkhart 2004: 05).¹⁸ Mit Hilfe von Regressionsdaten errechnet Dinkel (1977) in der Zeit von 1949 bis 1976 für 67 Landtagswahlen einen „erwarteten Stimmenanteil“ für die Regierungsparteien. Dazu vergleicht er die Ergebnisse von Landtagswahlen mit denen der vorausgegangenen und folgenden Bundestagswahlen und stellt dabei einen zyklischen Trend fest, dessen Form den Erwartungen entsprach. Nach einer gewonnenen Bundestagswahl schneiden Regierungsparteien bei Landtagswahlen demnach zunächst kurzfristig besser ab. Diese Entwicklung kehrt sich jedoch um, sodass die Regierungsparteien bis zur Mitte der Legislaturperiode zunehmend an Stimmen verlieren. In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode verringern sich die Verluste und nähern sich letztlich wieder der Stimmenanzahl an, die bei der folgenden Bundestagswahl erreicht wird. Dinkel kommt zu der Schlussfolgerung, dass die Ergebnisse der Landtagswahlen mit deren Terminierung innerhalb der Legislaturperiode des Bundes zusammenhängen. In der Mitte der Legislaturperiode erhalten Regierungsparteien folglich systematisch weniger Stimmen als kurz vor oder kurz nach einer Bundestagswahl. Der relative Stimmenverlust ist daher nicht über die Zeit konstant, sondern folgt einem zyklischen Muster.

„Relativ verlieren heißt dabei, dass sie (die Regierungsparteien des Bundes) bei Landtagswahlen weniger Stimmen erhalten, als sie erwarten könnten, wenn das Ergebnis der Landtagswahl genau den Trend in der Entwicklung der Stimmenverhältnisse bei Bundestagswahlen in diesem Bundesland widerspiegeln würde.“ (Dinkel 1977: 349)

Damit hat Dinkel (1977) die Existenz eines deutschen Wahlzyklus nachgewiesen. Dinkel vernachlässigt in seinem Modell parteispezifische Aspekte, auftretende politische Ereignisse, regionale Besonderheiten im Wahlverhalten, Persönlichkeitseinflüsse sowie konjunkturelle Entwicklungen (vgl. Dinkel 1977: 351f.). Seine Analyse basiert zudem auf einem abgeschlossenen Wahlzyklus. Aus diesem Grund können nur Zwischenwahlen, die innerhalb einer festen Legislaturperiode liegen, berücksichtigt werden.

Die von Dinkel (1977) beschriebene zyklische Entwicklung der Stimmenverteilung wird von der Untersuchung Andersons/Wards (1996) gestützt. Ihre empirische Analyse bezieht sich auf den Zeitraum von 1950 bis 1992. Die Wissenschaftler definieren britische Nachwahlen und

¹⁸ Der Einfluss der Bundespolitik auf die Landtagswahlentscheidungen gilt in der Bundesrepublik zwar als weitgehend unumstritten (vgl. Burkhart 2004: 05f.), es gibt jedoch verschiedene Auffassungen über die Stärke, Ursachen und Entwicklungen des bundespolitischen Einflusses.

Landtagswahlen in Deutschland als „Stimmungswahlen“. In diesen „barometer elections“ artikuliert die Wählerschaft ihre veränderte Einstellung zur Regierung, die durch politische und wirtschaftliche Veränderungen hervorgerufen werden kann. Anderson und Ward begründen den Stimmenverlust der Regierungspartei mit ökonomischen Bestimmungsfaktoren, dem Wahlzyklus, der Regierungszufriedenheit und mit dem Resultat der Regierungspartei bei der vorausgegangenen landesweiten Wahl. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die Regierungspartei mehr Stimmen erzielt, je näher ein Wahltermin in den Ländern an die nationale Wahl rückt.

Es existieren nur wenige systematische Untersuchungen, die über den Einzelfall hinaus den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen betrachten. Die oben dargelegte Dinkelsche Theorie (1977) ist die erste grundlegende Forschungsarbeit. Aber weder Dinkel (1977) noch Anderson/Ward (1996) konnten die Effekte der Wiedervereinigung in den neunziger Jahren in ihre Analysen einbeziehen. Wissenschaftlicher Disput entzündet sich an der Frage, inwieweit es im Zuge der Wiedervereinigung und der damit verbundenen Änderung der Parteienlandschaft sowie dem unterschiedlichen Wahlverhalten in West und Ost zu einer Modifikation der Beziehung zwischen Bundes- und Landtagswahlen gekommen ist. Bisher bestehen nur wenige wesentliche Analysen, die den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen auch nach 1990 berücksichtigen. Die Wissenschaftler (Decker/Blumenthal 2002; Jeffery/Hough 2001 sowie Burkhart 2004 und 2005) kommen jedoch jeweils zu unterschiedlichen Ergebnissen.

Decker/Blumenthal (2002) überprüfen das Ausmaß an bundespolitischer Durchdringung von Landtagswahlen im Zeitraum von 1970 bis 2001. Sie bemühen sich hierbei um eine differenzierte Analyse, in welche strukturelle und auch situative Faktoren einbezogen werden.¹⁹ Ihre Argumentation stützen sie vor allem auf Fallbeispiele von ausgesuchten Landtagswahlen. Diese zeigen das dem Wahlzyklus entsprechende Bild. In der Mitte der Legislaturperiode stehen Gewinne der Opposition den erheblichen Verlusten der Parteien der Bundesregierung gegenüber. Den zyklischen Rhythmus im Verhalten der Wähler auf Bundes- und Landtagswahlebene haben Decker/Blumenthal (2002) folglich bestätigt. Hinzu kommt, dass die Wissenschaftler ähnlich wie Erikson (1988) und Hough/Jeffery (2003) ein „Sanktionswahlverhalten“ konstatieren, durch das die Wähler eine Proteststimme gegen die Parteien der Bundesregierung abgeben.

¹⁹ Strukturelle Faktoren bezeichnen bspw. die Größe eines Bundeslandes und die Gestalt des Parteiensystems im Allgemeinen. Zu den situativen Faktoren zählen jede Art von landespolitischen Ereignissen, bspw. Politskandale oder auch die deutsche Wiedervereinigung.

„Das Sanktionswählerverhalten begünstigend, führen sie in der Regel zu Stimmenverlusten für die im Bund regierenden Parteien. Diese Stimmen müssen (...) nicht immer der jeweiligen Opposition zugute kommen, sondern können auch in eine extremere Form des „Protestes“ münden.“ (Decker/Blumenthal 2002: 145)

Decker/Blumenthal (2002) sind zu dem Ergebnis gekommen, dass Landtagswahlen stark von der jeweiligen Bundespolitik beeinflusst werden. Es könne *„keinen Zweifel geben, dass die Landtagswahlen in der Bundesrepublik tatsächlich einem starken Einfluss der Bundespolitik unterliegen“* (Decker/Blumenthal 2002: 164). Das Ausmaß dieser bundespolitischen Durchdringung *„hängt von vielen Faktoren ab, dürfte aber besonders groß sein, wenn die Mehrheitsverhältnisse in Bundestag und Bundesrat auseinander fallen“* (Decker/Blumenthal 2002: 144). Decker und Blumenthal beziehen sich mit der zuletzt genannten Aussage auf die Analyse von Gerhard Lehbruch aus dem Jahr 1976, die in den neunziger Jahren abermals in den Fokus der Betrachtung rückte. Lehbruch verweist in seinem Buch *„Parteienwettbewerb im Bundesstaat“* auf die Bedeutung und die Folgen des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik, in der die Zusammensetzung des Bundesrates von den Landtagswahlergebnissen abhängig ist. Eine starke Verflechtung von Bundes- und Landespolitik ist durch das föderale System der Bundesrepublik Deutschland unabdingbar. Die Wählerinnen und Wähler neigen dazu, die Bundesparteien mit ihren Landesregierungen gleichzusetzen (vgl. Burkhart 2005: 14). Dies lässt Wissenschaftler oft auf Bundeseinflüsse bei Landtagswahlen schließen. Allerdings muss der bundespolitische Einfluss den landespolitischen nicht unbedingt überwiegen, wie Decker/Blumenthal (2002: 164) ausführen.

Klein/Ohr (2003: 235) stellen z.B. fest, dass im Jahr 2005 bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im direkten Vergleich zu den Bundesparteien ein größerer Einfluss der Landesparteien zu erkennen ist. Die beiden Wissenschaftler erkennen damit, dass sich die Relevanz zugunsten der Landespolitik verschiebt.

Jeffery/Hough (2001) und Hough/Jeffery (2003) widersprechen den Analyseergebnissen Deckers/Blumenthals (2002). Basierend auf Dinkels Methodenansatz bestätigen die Wissenschaftler den Einfluss des Wahlzyklus und die damit einhergehenden zyklischen Verluste der Regierungsparteien des Bundes bei Landtagswahlen nur bis zum Jahr 1990. Bis zu diesem Zeitpunkt kommt den Landtagswahlen folglich noch ein Nebenwahlcharakter zu. In den Jahren nach der deutschen Wiedervereinigung zeigt sich hingegen ein anderes Bild. Die große Regierungspartei des Bundes verliert zwar auch noch nach 1990 bei Landtagswahlen innerhalb einer Legislatur an Stimmen, die große Oppositionspartei kann jedoch weniger Profit daraus schlagen und keinen eigenen Stimmengewinn verbuchen. Oppositions- und Regierungspartei

des Bundes folgen vielmehr demselben Muster. Beide Parteien erzielen nach Hough/Jeffery (2003) in der Mitte der Legislaturperiode ihre schlechtesten Ergebnisse und schneiden am Besten direkt vor oder nach einer Bundestagswahl ab. Die kleinen Parteien werden stattdessen als Gewinner bezeichnet.

„Die kleineren Parteien erhalten den klaren zyklischen Bonus; sie erzielen in Landtagswahlen nur bescheidene Ergebnisse am Anfang und am Ende der Wahlperiode, im „Midterm“ hingegen sehr gute Resultate“ (Hough/Jeffery 2003: 87).

Hough und Jeffery unterstützen damit auch eine These von Reif/Schmitt (1980)²⁰. Hough und Jeffery deuteten ihre Ergebnisse als Anzeichen einer *„gestiegene(n) territorialen Heterogenität der Bundesrepublik nach 1990“* (Hough/Jeffery 2003: 87). Das politische Miteinander der großen Parteien veränderte sich vor dem Hintergrund neuer Konfliktlinien zwischen den alten und neuen Bundesländern. Nach der Wiedervereinigung seien nach Hough/Jeffery (2003: 88) die klassischen Hauptkonfliktlinien (Bildung, soziale Schicht etc.) der zuvor territorial homogenen Bundesrepublik zunehmend verblasst. Die zentrale Hauptkonfliktlinie sei jetzt in den Gegensätzen zwischen den neuen und alten Bundesländern zu sehen. Infolgedessen sehen sich die Parteien nicht mehr in der Lage, *„den Spagat zwischen Bundes- und territorial unterschiedlichen Landesinteressen“* (Burkhart 2004: 10) überzeugend umzusetzen.

„Diese neue Territorialität der Landtagswahlen nach der deutschen Vereinigung hat den herkömmlichen zyklischen Charakter des Verhältnisses von Landtags- zu Bundestagswahlen gesprengt“ (Hough/Jeffery 2003: 90).

Nach Jeffery und Hough profitieren hiervon kleine, territorial auftretende Parteien. Landtagswahlen verlieren damit ihren untergeordneten, zweitrangigen Charakter, sie folgen nun eher einer landeseigenen Logik und Dynamik. Landtagswahlen scheinen nach den beiden Wissenschaftlern demnach einen geringeren Nebenwahlcharakter zu verzeichnen und reflektieren in größerem Ausmaß landesspezifische Faktoren. Der Einfluss der Bundespolitik auf die Landespolitik ist somit nach der deutschen Wiedervereinigung geringer geworden (vgl. Hough/Jeffery 2003: 93). Ebenso sollte auch die nach der Wiedervereinigung veränderte Parteienlandschaft Anlass zum Überdenken der Beziehung zwischen Bundespolitik und Landtagswahlergebnissen geben. Vor allem das Fortbestehen der ehemaligen Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und die damit verbundene unterschiedliche

²⁰ *„Brighter prospects for small and new political parties“* (Reif/Schmitt 1980: 09).

Stimmenverteilung in Ost und West²¹ sei nach Hough/Jeffery (2003: 89) als Ausdruck von unterschiedlichen materiellen Interessen und Wertesystemen zu deuten.

Damit kommen Decker/Blumenthal (2002) und Hough/Jeffery (2003) für die Zeit nach der Wiedervereinigung Deutschlands zu unterschiedlichen Ergebnissen, was teilweise durch die unterschiedlichen Operationalisierungen begründet sein kann.²² Eine weitere Analyse zum Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen, unter Berücksichtigung der deutschen Wiedervereinigung, ist von der Wissenschaftlerin Simone Burkhart (2004 und 2005) vorgenommen worden – und auch sie kommt zu anderen, aber durchaus einleuchtenden Ergebnissen. In ihrem Beitrag „Parteipolitikverflechtung“²³ untersucht sie – ausgehend von dem Vertrauen auf die Existenz eines autonomen Wahlzyklus – die Erklärungskraft des Wahlzyklus für Deutschland vor und nach 1990. Ausgangsbasis dabei ist die „Referendumstheorie“, die sich auch schon bei Tufte (1975) finden lässt.²⁴ Nach Burkhart (2004) besagt die Referendumstheorie vereinfacht, *„dass die Regierungsparteien umso mehr Stimmen bei Wahlen innerhalb der Legislaturperiode verlieren, je schlechter ihre Regierungsarbeit beim Wähler zu diesem Zeitpunkt wahrgenommen oder beurteilt wird“* (Burkhart 2004: 16). Im Mittelpunkt der Analyse steht demnach vor allem das Abschneiden der Regierungsparteien des Bundes bei Landtagswahlen. Ähnlich wie Hough/Jeffery (2003) stützt vorerst auch Burkhart ihre Analyse für den Zeitraum 1976 bis 2002 auf die Dinkelsche Methodik. Burkhart (2004: 12) stellt fest, dass die Ergebnisse für den Zeitraum von 1946 bis 1976 Dinkels Ergebnisse bestätigen. *„Die beiden Zeitkoeffizienten zeigen die erwarteten Vorzeichen und sind signifikant.“* Für die Zeit von 1976 bis 2002 kann Dinkels Modell jedoch nicht mehr als Erklärung dienen (vgl. Burkhart 2004: 13). Die Schlussfolgerungen Dinkels sind nach Burkharts (2004 und 2005) Aussage an eine entscheidende Prämisse geknüpft: die Existenz eines Wahlzyklus in der von Dinkel beschriebenen quadratischen Funktion. Sollte sich der Wahlzyklus nicht mehr nachweisen lassen oder seine Gestalt verändert haben, können Zeitvariablen in der bisher verwendeten Form keine hinreichende Erklärung für das Abschneiden der Regierungsparteien darstellen. Burkhart (2004: 26) findet stattdessen heraus, dass sich der Kurvenverlauf nach der Wiedervereinigung als Zäsur verändert. Die Regierung Kohl stürzte nach 1990 in ihrer

²¹ Die PDS bzw. die heutige Linke stellt in Ostdeutschland die drittstärkste politische Kraft dar. In Westdeutschland erhält sie hingegen nur wenige Stimmen.

²² Decker und Blumenthal (2002) nehmen gewichtete aggregierte Parteiengewinne und -verluste von Landtagswahl zu Landtagswahl als zu erklärende Variable. Im Gegensatz dazu verwenden Hough/Jeffery (2003) einen an Dinkel angelehnten erwarteten Stimmenanteil, der die Ergebnisse einer Partei in einer Landtagswahl mit den Ergebnissen der vergangenen und folgenden Bundestagswahl vergleicht.

²³ Simone Burkhart veröffentlichte ihren Beitrag „Parteipolitikverflechtung: Der Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976 bis 2002“ in den Jahren 2004 und 2005. Zum Einen als Diskussionspapier des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, zum Anderen in der Politischen Vierteljahresschrift. Die maßgebliche Quelle in der Ausführung ist das erstveröffentlichte Diskussionspapier aus dem Jahr 2004. Dennoch wird in den verschiedenen Quellenangaben auch auf die Veröffentlichung aus dem Jahr 2005 verwiesen.

²⁴ vgl. Gliederungspunkt 2.2

Popularität drastischer ab als jede andere Regierung zuvor. Eine Erholung setzte erst kurz vor der Wahl ein: Nicht nach dem klassischen Midterm, sondern erst kurz vor dem unmittelbaren Ende der Legislaturperiode konnte die Regierung wieder an Boden gewinnen. Nach Burkhart (2004: 27) ergeben sich zwei Unterschiede für die Zustimmungskurven nach 1990 im Vergleich zum Zeitraum vor der Wiedervereinigung: Erstens fallen die Regierungen mit Ausnahme der 13. Legislatur (1994-1998) unmittelbar in ein Stimmungstief, wobei sich das Abfallen der Popularitätswerte bedeutend rasanter und fast linear entwickelte. Zweitens kann für die Legislatur (1998 und 2002) überhaupt nicht mehr von einer klassischen U-Form gesprochen werden. Eine vorschnelle Interpretation dieser Ergebnisse könnte zu der Annahme verleiten, dass Burkhart (2004 und 2005) die Untersuchungen von Hough/Jeffery (2003) bestätigt. Demnach würden sich Landtagswahlen vom Einfluss der Bundespolitik losgelöst haben. Burkhart geht jedoch im Gegensatz zu Hough/Jeffery (2003) nicht von der Existenz eines bundesdeutschen Wahlzyklus in Bezug auf die Regierungspopularität aus.²⁵ Sie untersucht die Regierungspopularität, die als *„Wirkungsmechanismus mit dem Wahlzyklus antizipiert wurde, direkt und nicht über den problematischen Proxy des zeitlichen Abstands von der Bundestagswahl“* (Burkhart 2004: 16). Burkhart (2004: 21) kommt in ihrer empirischen Untersuchung mit Aggregatdaten zum bundesdeutschen Wahlzyklus letztlich zu dem Schluss, dass das Ausmaß des relativen Stimmenverlustes der Bundesregierung bei den Landtagswahlen von der Höhe ihres Popularitätsverlustes seit Amtsantritt abhängig ist. Die Popularitätsverläufe von Bundesregierung und auch -opposition²⁶ haben sich insoweit verändert, *„dass ein Wahlzyklus für die Bundesrepublik nach 1990 nicht mehr bestätigt werden kann“* (Burkhart 2004: 26). Auf der Grundlage des Kausalzusammenhanges, der früheren Analysen teilweise zugrunde lag (je stärker die Popularität der Bundesregierung seit Amtsantritt gesunken ist, desto höher die Verluste der Parteien der Bundesregierung bei Landtagswahlen), zieht Burkhart (2004: 26) letztlich das Fazit, dass der *„Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen (...) seit der Wiedervereinigung sogar eher zu- als abgenommen (hat).“*

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass Burkhart (2004 und 2005) die bereits von Dinkel (1977: 351) eingebrachte Relativierung zum zyklischen Muster bestätigt. Bei Landtagswahlen kann der so genannte Amtsbonus eines populären Ministerpräsidenten dem zyklischen Effekt entgegenwirken. Darüber hinaus müssen jeweilige regionale Besonderheiten,

²⁵ Die monatlichen Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen e.V. sind die Datengrundlage der Berechnungen Burkharts. Bei der Betrachtung der Popularitätsentwicklung fällt auf, dass sich das Muster der Regierungszufriedenheit bis 1990 entsprechend des Wahlzyklus bestätigt. Nach der Wiedervereinigung kann die Regierung jedoch nicht nach dem Midterm an Stimmen gewinnen, sondern erst kurz vor dem Ende der Legislaturperiode (vgl. Burkhart 2004: 15).

²⁶ Nicht nur die Regierung, sondern auch die Oppositionspartei zeigt veränderte Zustimmungsmuster seit 1990. Nach Burkhart (2004: 16) entspricht die Oppositionskurve interessanterweise eher dem Wahlzyklus als die Regierungskurve.

z.B. Hochburgen bestimmter Parteien, berücksichtigt werden. Landtagswahlen sind nicht ausschließlich ein Produkt bundespolitischer Stimmungen. Die Bedeutung landesspezifischer Themen und Personen ist für den Ausgang einer Landtagswahl nicht zu unterschätzen. Beliebte „Landesväter“ und „Landesmütter“ schaffen es immer wieder, dem Stimmungstrend einer Partei auf Bundesebene bei Landtagswahlen zu trotzen (Burkhardt 2005: 28).

Es lässt sich festhalten, dass ein zyklischer Zusammenhang zwischen den Bundestags- und Landtagswahlergebnissen der einzelnen Parteien im Zeitraum von 1949 bis 1990 nachweisbar ist. Darüber hinaus lässt sich für den Zeitraum 1976 bis 2004 ein signifikanter Einfluss der Popularitätswerte insbesondere der großen Parteien auf ihre jeweiligen Landtagswahlergebnisse statistisch belegen.

2.5 Zwischenfazit

In der obigen Ausführung wurde der bisherige Forschungsstand zur Nebenwahlthematik und der ihr zugrunde liegenden theoretischen Ansätze zusammenfassend diskutiert. Dabei wurden verschiedene alternative Erklärungsansätze aufgezeigt, die versuchen, die regelmäßig zu beobachtenden Stimmeneinbrüche der Bundesregierung in Nebenwahlen zu interpretieren. Nebenwahlen werden im Allgemeinen als weniger wichtig empfunden als Hauptwahlen und sind daher empfänglich für den Einfluss der nationalen Politik und des Wahlzyklus.

Die wenigen systematischen Untersuchungen, die den Einfluss der nationalen Politik auf Nebenwahlen thematisieren, beziehen sich in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend auf empirische Analysen der Wahlen auf Landesebene. Sie verfolgen hauptsächlich das Ziel, eine Erklärung für den Popularitätsverlust von Regierungsparteien unter Betrachtung des bundespolitischen Einflusses zu finden. Obwohl eine Einwirkung der Bundespolitik auf die Landtagswahlentscheidungen weitgehend bejaht wird, gibt es doch unterschiedliche Ansichten über die Ursachen und jüngsten Entwicklungen dieses Einflusses.

Ein weitgehender Konsens über den bundespolitischen Einfluss auf Nebenwahlergebnisse, insbesondere Landtagswahlergebnisse, lässt sich in der Zeit vor der deutschen Wiedervereinigung beobachten. Dinkel (1977), Anderson/Ward (1996) und Decker/Blumenthal (2002) stellen in ihren Analysen immer wieder fest, dass das jeweils aktuelle politische Klima für den Ausgang einer Landtagswahl von entscheidender Bedeutung ist. Dieses Verhältnis,

wonach Landtagswahlen vorwiegend den Charakter von „Bundestestwahlen“ haben oder „Pseudo-Plebiszite“ über die Bundespolitik seien, wird im Rahmen der Fachdebatte in Frage gestellt. Vor allem Jeffery/Hough (2001) und Hough/Jeffery (2003) haben in ihren Untersuchungen unter Anwendung des Dinkelschen Analyseansatzes zu den Landtagswahlergebnissen nach 1990 einen zunehmend loser werdenden Einfluss der Bundespolitik auf die Landtagswahlergebnisse in der Bundesrepublik festgestellt. Aufgrund der bestehenden theoretischen Ansätze, die teilweise sehr unterschiedliche Ergebnisse vorweisen, wäre es bei deren Analyse sicher ein Fehler, die bundespolitischen Effekte zu Lasten der betreffenden Landesarena zu überschätzen.

Fabritius (1979: 33) resümiert schon 1979: *„So stehen die Landtagswahlen und die Landespolitik nicht ganz im Schatten der Bundespolitik, sondern eher im Halbschatten.“* Landesregierungen treffen Entscheidungen, die wichtig sind und haben somit einen entscheidenden Anteil an der zukünftigen Entwicklung des jeweiligen Bundeslandes. Und auch Reif/Schmitt (1980) stellen in ihrem Nebenwahlkonzept fest, dass bei Nebenwahlen zwar weniger, aber doch etwas auf dem Spiel steht.

3 Europawahlen als (nationale) Nebenwahlen: Das Second-Order Election Modell (Reif/Schmitt 1980)

Seit im Jahr 1979 die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament stattfanden, werden auch Europawahlen als Nebenwahlen bezeichnet. Der Begriff der „*Second-Order National Elections*“ (Reif/Schmitt 1980) wurde seitdem in der Politikwissenschaft geprägt und ist in seiner Grundbotschaft, abgesehen von einer Verdreifachung der teilnehmenden Länder, bis heute gültig. Ebenso wie Hauptwahlen werden Europawahlen landesweit abgehalten. Die landesweite Dimension führt ähnlich wie bei Landtagswahlen weitgehend dazu, dass Europawahlen sowohl von einigen Vertretern der Forschung und Wissenschaft als auch von Teilen der Öffentlichkeit als Test für die nächststehenden Hauptwahlen angesehen werden. Dieser Umstand macht den Einfluss nationalstaatlicher Politik auch auf der europäischen Ebene deutlich. Karheinz Reif stellte dazu schon im Jahr 1984 fest „*The European Community is a common subsystem of ten national states*“ (Reif 1984: 245). Er wird in dieser Ansicht von verschiedenen Autoren, unter anderem von Adam/Maier (2009) unterstützt. Die Wissenschaftler bestätigen, dass Europawahlen nach Reif/Schmitt (1980) Wahlen mit nationalem Bezug sind, da diese sich auf nationale Politiker, nationale Themen und nationale Konflikte fokussieren (vgl. Adam/Meier 2009: 01).

Europawahlen sind also Wahlen, die von innenpolitischen Themen und Stimmungen bestimmt werden, nach Wüst/Tausendpfund (2009: 05): „*nationale Nebenwahlen aus Anlass einer Europawahl*“. Die Umfrageergebnisse im Wahlreport von Infratest Dimap im Vorfeld der Europawahl 2009 stützen diese These. Hier gaben 65 Prozent der Wähler an, die Entscheidungen des EP seien sehr wichtig oder wichtig – weitaus weniger als die Entscheidungen im Landtag, in Kommunalparlamenten oder im Bundestag (85 Prozent). Für die Wahlentscheidung spiele für 56 Prozent die Bundespolitik und nur für 25 Prozent die Europapolitik eine Rolle. Lediglich für 43 Prozent war das Interesse an der Europawahl stark oder sehr stark, was fast der späteren Wahlbeteiligung entspricht. Für 57 Prozent war es weniger stark oder gar nicht vorhanden (vgl. Infratest dimap 2009).

Weshalb den Wahlen zum Europaparlament so wenig eigenständige Bedeutung zuteil wird - häufig gelten sie sogar als die „*bedeutungsloseste(n) Nebenwahlen*“ (Weber 2005: 06) - und Europawahlen deshalb als Wahlen zweiter Ordnung bezeichnet werden, ist u.a. in der Struktur

des Europaparlaments begründet. Hinzu kommen institutionelle und prozedurale Faktoren wie das Vorhandensein unterschiedlicher Wahlsysteme, die eine Betrachtung losgelöst von der politischen Hauptwahlarena unmöglich machen. Diese Besonderheiten von Europawahlen, die ihrer Charakterisierung als Nebenwahlen entsprechen, sollen im Folgenden veranschaulicht werden.

3.1 Gründung, Struktur und Zusammensetzung des Europaparlaments

„Europawahlen laufen in Deutschland (...) nach anderen Gesetzen ab als Landtags- oder Bundestagswahlen.“ (Hirscher 2009: 07)

Die erste Europawahl fand im Jahr 1979 mit ca. 181 Millionen Wahlberechtigten statt. Zuvor wurden die Abgeordneten der nationalen Parlamente in die so genannte Parlamentarische Versammlung delegiert. Die Parlamentarische Versammlung erhielt bereits im Vertrag von Paris 1951 zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) die Aufgabe, Ideen und Möglichkeiten für die Modalitäten zur Wahl des Europaparlaments zu erarbeiten. Da eine Einigung der nationalen Parlamente aufgrund der Furcht vor potenziellen Machtverlusten erst spät erzielt werden konnte, mussten 28 Jahre bis zu den ersten Direktwahlen vergehen. Die Bezeichnung „Europäisches Parlament“ besteht seit dem Jahr 1987.

Im Juni 1979 wurden 410 direkt gewählte Abgeordnete in das Europaparlament gewählt. Die Europäische Union bestand aus den neun Mitgliedsländern Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Die vier bevölkerungsreichsten Länder der EU (Deutschland, Großbritannien, Italien und Frankreich) erhielten jeweils 81 Sitze.

Der Präsident des EPs amtiert jeweils für zweieinhalb Jahre, das heißt für eine halbe Wahlperiode. Er wird in geheimer Stimmenabgabe gewählt. Seit Januar 2012 übt der deutsche Sozialdemokrat Martin Schulz das Amt des Präsidenten aus. Unterstützt wird er von 14 Vizepräsidenten und fünf Quästoren²⁷. Zusammen vertreten sie die Interessen der Europaparlamentarier und bilden das Präsidium. Sie leiten alle Angelegenheiten des EPs und

²⁷ In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode 2009 bis 2014 hat Martin Schulz zwei deutsche von vierzehn Stellvertretern, Rainer Wieland (EVP) und Alexander Alvaro (ALDE).

seiner Organe sowie die Debatten in den Plenartagungen.²⁸ Die Arbeit des EPs ist in 20 ständigen Ausschüssen organisiert.²⁹ Sie sind für die Ausarbeitung und Annahme der Berichte über Gesetzesvorschläge zuständig. Abstimmungen finden entweder mit einfacher, absoluter oder mit Zwei-Drittel-Mehrheit statt. Die Parlamentarier des EPs schließen sich länderübergreifend einer wechselnden Zahl politischer Parteien bzw. Fraktionen an. Europäische Parteien werden offiziell als „Politische Parteien auf europäischer Ebene“ tituiert, die eine Verbindungslinie zu den nationalen Parteien ziehen.

Die Zusammenarbeit von programmatisch nahestehenden Parteien ist nicht neu, sie reicht bis ins 19. Jahrhundert zurück. Vor dem Hintergrund ähnlicher weltanschaulicher Ansichten und sozio-ökonomischer Konflikte haben sich vergleichbare ideologische Positionen herausgebildet, die es einzelnen Parteien erlaubten, sich in größere Parteifamilien einzuordnen. Tabelle 1 listet die sechs Fraktionen, die im aktuellen Europaparlament 2009 vertreten sind: Die „Fraktion der Europäischen Volkspartei“ (EVP), in der christdemokratische und konservative Parteien vertreten sind. Die „Sozialdemokratische Fraktion im Europaparlament“ (SPE), die „Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa“ (ALDE), der Liberale und Zentristen angehören, die „Fraktion Union für das Europa der Nationen“ (UEN) aus nationalkonservativen Parteien, die „Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz“ (GRÜNE/EFA) aus Grünen und Regionalparteien und die „Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke“ (KVEL/NGL) aus Parteien links von der Sozialdemokratie sowie die Fraktionslosen.

Tab. 1: Europäische Fraktionen im Europaparlament 2009

Fraktion im EP	Kürzel
Europäische Volkspartei	EVP
Sozialdemokratische Fraktion	SPE
Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa	ALDE
Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz	GRÜNE/EFA
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke	KVEL/NGL
Fraktion Union für das Europa der Nationen	UEN

Quelle: Eigene Darstellung; Stand 01/2011

²⁸ Mehr dazu unter <http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/002fe4ba57/The-President.html>. Letzter Zugriff: 10.08.2012. Im Einzelnen sind die Aufgaben des Parlamentspräsidenten in Art. 20 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments geregelt.

²⁹ Dazu kommen zwei Unterausschüsse des Auswärtigen Ausschusses – Menschenrechte sowie Sicherheit und Verteidigung. Im Einzelnen unter <http://www.europarl.europa.eu/committees/de/full-list.html>. Letzter Zugriff: 10.08.2012.

Die Fraktionen des EPs lassen sich nicht, wie in nationalen Parlamenten üblich, in eine Mehrheitsgruppe, die eine Regierung unterstützt bzw. sie stellt und eine Minderheitengruppe (Opposition) einteilen. Eine solche Konstellation ist dem Europaparlament deshalb fremd, weil das Regierungssystem der Europäischen Union sich vom Modell parlamentarischer Regierungsweise unterscheidet. In der EU steht das Europaparlament als Institution dem Rat als Institution gegenüber, beide teilen sich die Zuständigkeit für Rechtssetzung. Mit dieser Struktur wird das oft dargestellte Legitimationsdefizit der EU begründet. Der Rat würde bspw. zu viele politische Arenen (Umwelt, Verbraucherschutz, Wirtschaft) berühren. Die Debatte zum Legitimationsdefizit der EU und des EPs wird in der Forschung kontrovers geführt. Unbestreitbar ist, dass das EP eine erhebliche Machtfülle aufgebaut hat. Mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon³⁰ wurden neben der Ausweitung der Kontroll- und Haushaltsrechte des Parlaments auch die Mitentscheidungsrechte der Parlamentarier ausgedehnt. Der Mitentscheidung unterliegen nun auch Bereiche, die auf der politischen Agenda oben stehen, wie die der Haushalts-, Handels-, Innen- und Justizpolitik.³¹ Einige Analytiker sind der Ansicht, dass durch einen stetigen Zuwachs an Zuständigkeiten und damit an politischer Macht nicht nur das Selbstbewusstsein der EU-Parlamentarier erhöht wird (vgl. dazu Kietz/Ondarza 2010: 03ff.), sondern ebenfalls die Bedeutung des Europaparlaments im institutionellen Gefüge der EU steigt (vgl. dazu Brok 2009: 15). Andere Wissenschaftler verweisen darauf, dass zwar die Befugnisse der Volksvertreter durch den Lissabonner Vertrag erheblich ausgeweitet wurden, die Kernbereiche nationaler Souveränität, für viele Bürger Ausdruck wirklicher Parlamentsmacht, aber außerhalb der Reichweite des Parlaments bleiben. Dies gilt für die Festlegung der nationalen Beitragszahlungen an die EU genauso wie für die Steuerpolitik oder die Zustimmung zur Entsendung von Streitkräften (Kietz/Ondarza 2010: 08). Auch sei noch nicht absehbar, dass Präsident und Kommissare analog der national gesetzmäßigen Verfahren direkt aus den Reihen des Parlaments kommen und entlang der dort herrschenden Mehrheiten bestimmt werden. Solange dieses von den meisten Mitgliedsstaaten (durchaus gewollte) parlamentarische Defizit nicht beseitigt ist, werden Europawahlen ihren nationalen Charakter behalten und für die Bürger Wahlen zweiter Ordnung bleiben (Forschungsgruppe Wahlen 2009: 20f.).

³⁰ Der Vertrag von Lissabon sieht vor, die Abgeordnetenzahl von derzeit 785 auf 751 zu verringern. Bei einer Obergrenze von 96 Parlamentariern und einer Untergrenze von sechs Abgeordneten pro Land werden die Sitze nach dem Prinzip der proportionalen Degressivität verteilt. Deutschland wird demnach drei Parlamentssitze von derzeit 99 Sitzen auf 96 verlieren. Allerdings hat die Bundesrepublik Deutschland in der Wahlperiode 2009-2014 weiterhin 99 Abgeordnete, da der Vertrag von Lissabon erst nach der Europawahl 2009 in Kraft getreten ist (Brok 2009: 18).

³¹ Eindrucksvoll konnte sich das Parlament bspw. in den auswärtigen Beziehungen durchsetzen. Nach Lissabon stehen sowohl Handels- und Assoziierungsabkommen als auch alle Abkommen in Politikbereichen, in denen das Mitentscheidungsverfahren oder das Zustimmungsverfahren angewandt werden, unter parlamentarischem Zustimmungsvorbehalt. Bspw. werden deshalb Rat und Kommission das Europaparlament in Gespräche zu Handelsabkommen wie der Doha-Runde der World Trade Organisation (WTO) oder den verhandelten bilateralen Abkommen mit Indien, Japan oder Südkorea voll einbinden müssen. In: Daniel Caspary MdEP anlässlich des Gesprächskreises Globalisierung im Deutschen Bundestags. 13.05.2009.

Auch die Tatsache, dass die Europäischen Parteien vorrangig auf nationaler Ebene agieren und deshalb europaweit kaum aktive Parteienkonkurrenz stattfindet, begünstigt den Status von Europawahlen als Nebenwahlen (vgl. Klos 2003). Außerhalb der Wahlkämpfe werden europäische Parteien kaum in der Öffentlichkeit wahrgenommen, was ihnen den Ruf von so genannten „Phantomorganisationen“ einbrachte. Dabei ist das Handlungspotenzial europäischer Parteien in den letzten Jahren erheblich gewachsen (Mittag 2009: 42f). Grund dafür war der 2003 in Kraft getretene Vertrag von Nizza, der Anerkennungskriterien für europäische Parteiorganisationen festlegte und Bestimmungen zu ihrer Finanzierung erließ.³² Gerade die Erhöhung der finanziellen Mittel gab Anlass für die Ausweitung der Aktivitäten europäischer Parteien (Mittag 2009). 2004 haben die Zuwendungen für die satzungsgemäß anerkannten europäischen Parteien 2,4 Millionen Euro betragen, 2007 erhöhte sich die Summe bereits auf knapp 10 Millionen (siehe Tab. 2). Eigenmittel aus Spenden und Beiträgen der nationalen Parteien beliefen sich lediglich auf 3,1 Millionen Euro. Die Ressourcen der europäischen Parteien wurden kontinuierlich ausgeweitet, wenngleich sie im Verhältnis zu nationalen Parteien weiterhin bescheiden sind (Mittag 2009: 43f.).

Auch die Etablierung politischer Stiftungen auf europäischer Ebene, die vor 2008 kaum eine Rolle in Brüssel spielten, ist als wichtig für die steigenden Kompetenzen europäischer Parteien anzusehen. Die Verantwortlichen erhofften sich, dass europäische politische Stiftungen, die seit September 2008 vom EP finanziert werden, dazu beitragen können, kommunikative Defizite zwischen Öffentlichkeit und politischen Institutionen abzubauen. Im Frühjahr 2009 kooperierten nach Jürgen Mittag (2009: 45f.) insgesamt neun europäische Parteien mit politischen Stiftungen.

³² Nach der entsprechenden „Verordnung (...) über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung“ vom 15.02.2004 müssen folgende vier Kriterien erfüllt sein, damit eine Vereinigung oder ein Bündnis auf europäischer Ebene als politische Partei anerkannt wird: Sie muss formal Rechtspersönlichkeit in dem EU-Staat besitzen, in dem sie ihren offiziellen Sitz hat. Sie muss in wenigstem einem Viertel der Mitgliedsstaaten mit Abgeordneten des Europaparlaments oder der nationalen bzw. regionalen Parlamente vertreten sein – alternativ wird anerkannt, wenn bei der jeweils letzten Europawahl in einem Viertel der Mitgliedsländer mindestens drei Prozent der Stimmen erzielt wurden. Ihre Zielsetzungen und Aktivitäten müssen die Grundsätze, auf denen die EU basiert, respektieren. Schließlich muss die Absicht verfolgt werden, an Wahlen des EPs teilzunehmen (vgl. dazu Mittag 2009: 43). 2009 entsprachen nach diesem Kriterienkatalog insgesamt zehn Gruppierungen den Anforderungen einer europäischen Partei.

Tab. 2: Summe der Zuwendungen für europäische Parteien in Mio. Euro

Europäische Partei	2004	2005	2006	2007	Eigenanteil Partei 2007
Europäische Volkspartei	1,6	2,9	2,9	3,3	1,0
Sozialdemokratische Partei Europas	1,3	2,5	2,6	2,9	1,0
Europäische Liberale und Demokratische Reform-Partei	0,6	0,9	0,9	1,1	0,4
Europäische Grüne Partei	0,3	0,6	0,6	0,6	0,2
Europäische Freie Allianz	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Europäische Linke	0,2	0,4	0,5	0,5	0,2
Europäische Demokratische Partei	0,3	0,5	0,5	0,5	0,1
Allianz für ein Europa der Nationen	0,2	0,5	0,5	0,3	0,1
Allianz für ein Europa der Demokraten			0,2	0,2	0,1
Allianz der Unabhängigen Demokraten			0,3	0,3	0,1
Gesamtsumme	4,7	8,5	9,2	9,9	3,1

Quelle: Mittag (2009: 45)

Im Jahr 2009 waren rund 379 Millionen Bürger aufgerufen, über 736 Mandate des Europäischen Parlaments zu bestimmen. In Deutschland haben die Wähler über die Sitzverteilung der 99 nationalen Mandate entschieden. Nach Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon erhöht sich die Gesamtzahl der Mitglieder auf 751. Die zusätzlichen Abgeordneten wurden bereits mit der Wahl 2009 gewählt und erhalten bis dahin Beobachterstatus. Für Deutschland, das dann statt 99 nur noch 96 Mandate hat, gilt, dass die drei „überzähligen“ Abgeordneten bis zum Ende der Wahlperiode ihre Mandate behalten, sodass dann die Gesamtzahl der Mitglieder des EPs vorübergehend, bis zur Wahl 2014, 754 betragen wird (Hrbek 2009: 200).

Tabelle 3 und 4 zeigen, dass die EVP weiter stärkste politische Kraft ist, auch wenn ihr die aus britischen Konservativen und Abgeordneten der tschechischen ODS (Demokratische Bürgerpartei) bestehende Gruppierung der ED (Europäischen Demokraten) nicht länger angehört. Die Europäische Volkspartei konnte an Homogenität gewinnen und ihr Profil als politische Kraft, welche die Vertiefung des EU-Systems anstrebt, noch schärfen. Sie zählt 265 Mandate. Vor allem in den größeren Mitgliedsstaaten wie Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Ungarn war die EVP deutlicher Wahlsieger.

Zweitstärkste Fraktion bleiben die Abgeordneten der SPE mit 184 Mitgliedern. Als Vorsitzender der Fraktion, die sich nach dem Beitritt der italienischen Partito Democratico jetzt „Progressive Allianz von Sozialisten und Demokraten“ (PASD) nennt, wurde der Deutsche Martin Schulz wiedergewählt. Er benannte die drei Themen soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Schutz der Menschenrechte als Hauptziele der Fraktion.

Die Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) haben 84 Mandate erhalten und bauen somit ihren dritten Platz im Europaparlament aus. Die deutschen Liberalen sind stärkste nationale Gruppe. An die Spitze der Fraktion wurde der ehemalige belgische Ministerpräsident, Guy Verhofstadt, gewählt.

55 Sitze verzeichnet die Fraktion der Grünen/Europäische Freie Allianz (Grüne/EFA). Sie konnten ihren Anteil von 5 Prozent auf 7,5 Prozent der Sitze erhöhen. Das ist auf das Erstarken der französischen Grünen sowie auf das gute Ergebnis der deutschen Grünen zurückzuführen. Die Fraktion bleibt wie bereits in den Jahren 2004 bis 2009 fast ganz auf Parteien aus den EU-15 beschränkt. Die einzige Grüne-MdEP aus den neuen Mitgliedsstaaten kommt aus Lettland.

Die Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken – Nordische Grüne Linke (KVEL/NGL) zählt 35 Abgeordnete, die Fraktion Union für das Europa der Nationen (UEN), der europäische Konservative und Reformisten angehören, kommt auf 54 Sitze. Die erst 2004 gegründete Fraktion der Freiheit und der Demokratie (IND/DEM) stellt 32 Abgeordnete und die Fraktionslosen sind mit 27 Parlamentariern vertreten.

Hrbek (2009: 201) zeigt auf, dass das Ergebnis der Europawahl 2009 im Vergleich zur vorangegangenen Wahl Unterschiede aufweist. Der Abstand zwischen den beiden stärksten Fraktionen ist um einen Prozentpunkt von 10 auf 11 Prozent gestiegen (vgl. dazu Tab. 3 und 4). Trotz dieser Verschiebungen kommt Hrbek zu dem Schluss, dass die politische Struktur des EPs im Vergleich zu 2004 aber erhalten bleibt.

Tab. 3: Zusammensetzung des Europäischen Parlaments 2004 – 2009

2004	EVP-ED	SPE	ALDE	Grüne/ EFA	VEL/NGL	UEN	IND/DEM	fraktionslos	gesamt
Sitze	288	217	100	43	41	44	22	30	785
Prozent	37,0	27,0	13,0	5,0	5,0	6,0	3,0	4,0	100

Quelle: <http://www.europarl.europa.eu/members/expert/groupAndCountry.do?language=DE>.
Letzter Zugriff: 20.07.2009.

Tab. 4: Zusammensetzung des Europäischen Parlaments 2009 – 2014

2009	EVP-ED	SPE	ALDE	Grüne/ EFA	VEL/NGL	UEN	IND/EM	fraktionslos	gesamt
Sitze	265	184	84	55	35	54	32	27	736
Prozent	36,0	25,0	11,4	7,5	4,8	7,5	4,3	3,5	100

Quelle: [http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/00082fcd21/Results-by-country-\(2009\).html](http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/00082fcd21/Results-by-country-(2009).html).
Letzter Zugriff: 10.01.2012.

3.2 Theoretische Grundlagen des Nebenwahlkonzeptes (Reif/Schmitt 1980)

Das Konzept der Nebenwahlen, auch *Second-Order Election Modell* genannt, ist im Jahre 1980 von Karlheinz Reif und Hermann Schmitt entwickelt worden. Die Idee zum Auftakt des Nebenwahlkonzeptes resultierte einerseits aus der US-amerikanischen Literatur zum Wahlzyklus, andererseits aus den von Dinkel (1979) beschriebenen bundespolitischen Stimmungslagen in der Bundesrepublik und dem damit verbundenen Wahlverhalten der Bevölkerung bei Landtagswahlen.³³ Im Gegensatz zu den bisherigen theoretischen Ansätzen zur Nebenwahlthematik auf Landesebene gingen Reif und Schmitt (1980) auf der Grundlage der Erkenntnisse aus den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1979 der Frage nach, inwieweit auch Europawahlen von anderen Wahlen beeinflusst werden. Dazu unterscheiden die Wissenschaftler in ihrem Nebenwahlkonzept zwei verschiedenen Typen von Wahlen: Haupt- und Nebenwahlen.

Als *Hauptwahlen* werden dabei diejenigen Wahlen bezeichnet, bei denen über Machtverhältnisse auf nationaler Ebene abgestimmt wird. In parlamentarischen Regierungssystemen wie in Deutschland oder Großbritannien gehören dieser Kategorie die Wahlen zum nationalen Parlament an. In präsidentiellen Systemen, wie dem der USA, bezieht sich der Terminus auf die Präsidentschaftswahlen. Die Autoren bezeichnen die so genannten Hauptwahlen als erstrangig („first-order elections“) (Reif/Schmitt 1980: 08f.).

Zu *Nebenwahlen* zählen, neben den Wahlen zum Europäischen Parlament³⁴, alle subnationalen Wahlen (z.B. Kommunal- und Landtagswahlen in Deutschland). Im Falle von präsidentiellen Regierungssystemen gehören hierzu auch die Wahlen von Repräsentanten der legislativen Staatsorgane (vgl. Reif/Schmitt 1980). Nebenwahlen werden im Gegensatz zu Hauptwahlen in der subjektiven Wahrnehmung von dem überwiegenden Teil der Bevölkerung als weniger wichtig empfunden. Sie werden als zweitrangig („second-order elections“) charakterisiert. Dies zeigt sich insbesondere darin, dass die Wahlbeteiligung bei Nebenwahlen geringer ist als in „*decisive elections*.“³⁵ Ebenso schneiden Regierungsparteien bei Nebenwahlen in der Regel schlechter ab als Oppositionsparteien. Kleine und neue Parteien haben dagegen bessere Chancen

³³ Die Informationen zum Hintergrund sowie zur Idee der Entwicklung des Nebenwahlkonzeptes wurden in einem Gespräch zwischen Dr. Hermann Schmitt und der Verfasserin am 20.04.2005 in Mannheim deutlich.

³⁴ Nach Reif und Schmitt stellen Europawahlen, solange die nationalen politischen Systeme maßgeblich in politische Entscheidungen involviert sind, gleichzeitig nationale Wahlen in jedem der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union dar (vgl. Reif/Schmitt 1980).

³⁵ Karlheinz Reif und Hermann Schmitt setzen in ihrer Ausführung „*decisive elections*“ mit „entscheidende, bedeutsame Wahlen“ gleich (Reif; Schmitt 1980: 08).

auf einen Wahlerfolg. Dies begründet sich nach Wagner (2003) darin, dass einerseits taktische Erwägungen bei einer Nebenwahl weniger wichtig sind, andererseits die Wähler die Wahl als Ausdruck der Kritik an den großen Regierungs- und Oppositionsparteien nutzen (vgl. Wagner 2003: 328). Die Stimmabgabe vieler Wähler scheint demnach auf der Grundlage nationaler Faktoren – und nicht im spezifischen Kontext der jeweiligen Nebenwahl – zu erfolgen (vgl. Reif/Schmitt 1980: 08). Dies bedeutet, dass Themen und Aktivitäten, die die nationale Politik des jeweiligen Staates bestimmen, in die Wahlentscheidung eingehen. Somit wird eine politische Verbindung zwischen der Nebenwahl und der nationalen politischen Konfiguration hergestellt. Die Konsequenz in Bezug auf die Wahlkampfstrategien und -taktiken ist eine Wahlkampfführung der politischen Parteien, die von politischen Kalkulationen unter Berücksichtigung der nationalen Hauptwahl beeinflusst wird (vgl. Reif/Schmitt 1980: 09).

Der von Reif und Schmitt entwickelte konzeptionelle Rahmen zur Analyse von Nebenwahlen wurde folglich zur Erklärung unterschiedlichen Verhaltens der Wähler bei Wahlen auf den verschiedenen Ebenen des nationalen und europäischen Systems herangezogen (vgl. Wagner 2003: 328). Van der Eijk/Franklin/Marsh haben im Jahr 1996 ergänzend zum Nebenwahlkonzept die These des „*expressive tactical voting*“³⁶ in Nebenwahlen aufgestellt. Diese wird als Kommunikationsmöglichkeit der Wähler mit der nationalen Regierung und anderen politischen Parteien verstanden. Die Wähler artikulieren auf diese Weise ihre Meinung zum gegenwärtigen Auftritt der Regierung (vgl. Van der Eijk/Franklin/Marsh 1996).

Im Gegensatz dazu geht eine weitere These von Karlheinz Reif davon aus, dass die Wähler in Nebenwahlen nicht vernunfts-, sondern gefühlsorientiert wählen „*they follow their heart or tentatively try a new party*“ (vgl. Reif 1984a: 246). Da nach Reif (1984a) Wähler in Nebenwahlen „mit dem Herzen wählen“, besitzt die einzelne Wählerstimme somit keinen instrumentellen Charakter. Mit dieser These kann insbesondere der Erfolg kleinerer Parteien bei europäischen Parlamentswahlen erklärt werden.

„Consequently, smaller, newer and more extreme parties have somewhat brighter prospects of mobilizing support than bigger and more established parties“ (Reif 1984a: 246).

³⁶ Mit „*expressive tactical voting*“ ist die ausdrucksstarke, taktische Stimmabgabe der Wähler gemeint (Van der Eijk; Franklin; Marsh 1996: 153).

3.3 Die Dimensionen zur Klassifizierung von Nebenwahlen im Nebenwahlkonzept

Greifbarer werden die verschiedenen Thesen zum Wahlverhalten in Nebenwahlen bei einer genaueren Betrachtung der Dimensionen des Nebenwahlkonzeptes, die Reif/Schmitt (1980) auf der Basis der Wahlergebnisse der ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament konzipierten. Da die Ergebnisse von Reif/Schmitt (1980) in dieser Dissertation einerseits kritisch hinterfragt und andererseits auf die Europawahl 2009 angewendet werden sollen, werden sie im Folgenden herausgearbeitet und erläutert.

3.3.1 Wichtigkeitsdimension

Die erste Dimension, die von den Wissenschaftlern Reif und Schmitt zur Grundlage der Analyse von Nebenwahlen genannt und ausgeführt wird, ist die so genannte „*Less-At-Stake Dimension*“ (Reif/Schmitt 1980: 09).³⁷ Diese Dimension beinhaltet die zentralen Aspekte zur Klassifikation von Nebenwahlen. Die Hauptthese lautet, dass bei Nebenwahlen „weniger auf dem Spiel steht“ als bei Hauptwahlen. Aus dieser These ergeben sich vier unterschiedliche Konsequenzen.

In einer ersten Konsequenz wirkt sich die Wichtigkeitsdimension und die ihr zugrunde liegende Hauptthese auf die Wahlbeteiligung aus. Reif und Schmitt treffen in ihrer Ausführung die Aussage, dass es weniger Wähler gibt, die eine Stimmabgabe in Nebenwahlen als relevant erachten. Die geringe Bedeutung von Europawahlen im Vergleich zu nationalen Hauptwahlen wird besonders in der europaweit geringen Partizipation sichtbar.³⁸ Bei der ersten Europawahl im Jahr 1979 betrug die Wahlbeteiligung im Durchschnitt 62 Prozent. Deutschland lag mit 65,7 Prozent fast vier Prozentpunkte über dem Partizipations-Durchschnittswert der Mitgliedsstaaten. Diese beiden Werte lassen sich heute als Spitzenwerte charakterisieren. Sie wurden, inklusive der jüngst vergangenen Wahl, nicht mehr erreicht (vgl. Tab. 5).

³⁷ Nach einem Gespräch am 20. April 2006 mit Prof. Dr. Hermann Schmitt erachten der Wissenschaftler und die Verfasserin „Wichtigkeitsdimension“ als eine angemessene wissenschaftliche Übersetzung für die *Less-At-Stake Dimension*.

³⁸ Von einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 62 Prozent bei der ersten Wahl 1979 fiel die Beteiligung 1984 auf 61 Prozent, 1989 auf 58,5 Prozent, bei der vierten Wahl 1994 auf 56,8, 1999 auf 49,4 und schließlich bei der bisher letzten Wahl zum EP lediglich auf 45,7 Prozent.

Tab. 5: Wahlbeteiligung an EU-Parlamentswahlen 1979 – 2009 in Prozent

	1979	1981	1984	1987	1989	1994	1995/96	1999	2004	2007	2009
B	91,4		92,1		90,7	90,7		91,1	90,8		90,4
D	65,7		56,8		62,3	60,0		45,2	43,0		43,3
F	60,7		56,7		48,8	52,7		46,8	42,8		40,6
I	85,7		82,5		81,1	73,6		69,8	71,7		65,1
L	88,9		88,8		87,4	88,6		87,3	91,4		90,8
NL	58,1		50,9		47,5	35,7		30,0	39,3		36,8
DK	47,8		52,4		46,2	52,9		50,5	47,9		59,5
IRL	63,6		47,6		68,3	44,0		50,2	58,6		58,6
UK	32,4		32,6		36,4	36,4		24,0	38,5		34,7
GR		81,5	80,6		80,0	73,2		70,3	63,2		52,6
P				72,4	51,1	35,5		39,9	38,6		36,8
E				68,5	54,7	59,1		63,1	45,1		44,9
S							41,6	38,8	37,9		45,5
A							67,7	49,4	42,4		46,0
FIN							57,6	30,1	39,4		40,3
EST									26,8		43,9
LT									48,4		21,0
LV									41,3		53,7
M									82,4		78,8
PL									20,9		24,5
SL									17,0		19,6
SLO									28,4		28,3
CS									28,3		28,2
H									38,5		36,3
CY									72,5		59,4
BUL										29,2	39,0
ROM										29,5	27,7
gesamt	62,0		59,0		58,4	56,7		49,5	45,5		43,0

Quelle: <http://www.europarl.europa.eu/elections2009>. Letzter Zugriff: 20.07.2010.

Umfragen zeigen, dass die geringe Wahlbeteiligung an den Wahlen zum EP nicht mit dem Bekanntheitsgrad des Europaparlaments oder mit einer negativen Einstellung gegenüber dem Europäischen Parlament zusammenhängt. Von allen europäischen Institutionen ist das Europäische Parlament bei den Bürgern am Bekanntesten und auch das Vertrauen in das EP ist im Vergleich zu den anderen europäischen Institutionen am Höchsten (vgl. Landfried 2004: 12f.). Dass die Wahlbeteiligung trotz wachsender Kompetenzen des Parlaments stetig abnimmt, liegt wohl eher darin begründet, dass Wählerinnen und Wähler sehr viel mehr an der nationalen

Politik interessiert sind. Bei einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen e.V. (2009)³⁹ haben nur 33 Prozent angegeben, sich sehr stark bzw. stark für die Wahl zum EP zu interessieren. Insgesamt zwei Drittel der Bürger erklärten, weniger großes bzw. gar kein Interesse daran zu haben. Während 45 Prozent der Befragten erklären, sich stark für Politik zu interessieren, sind dies in Bezug auf europäische Angelegenheiten lediglich 30 Prozent, 43 Prozent interessieren sich etwas dafür und 27 Prozent wenig oder gar nicht.

Auch die Analysen des Politikwissenschaftlers Simon Hix (2003) zum Wahlverhalten bei Europawahlen haben ergeben, dass die Wähler den Wahlen keine politische Bedeutung beimessen. Die politische Bedeutung bezieht sich hierbei jedoch nicht auf den fehlenden Einfluss der Europawahlen auf die Politik der EU, „sondern eher auf die Wahrscheinlichkeit, dass die Ergebnisse europäischer Wahlen etwas an der nationalen Politik ändern“ (Hix 2003: 171).

Der Wissenschaftler Hermann Schmitt (2005a: 127) kommt in seiner Analyse ebenfalls zu dem Ergebnis, „dass die Wahlenthaltung bei Europawahlen nicht generell als Ausdruck der Ablehnung der Politik der Europäischen Union verstanden werden kann.“ Vielmehr ergibt sich die geringe Partizipation aus dem Wesen von Europawahlen als Nebenwahlen (vgl. Reif/Schmitt 1980). Die Wähler interessieren sich weniger für Europawahlen, den Parteien fällt die Mobilisierung schwerer und die Medienaufmerksamkeit ist deutlich reduziert. Es lässt sich folglich feststellen, dass für alle Akteure (Medien, Politiker und Wähler) relativ wenig „auf dem Spiel steht“ und der Anteil der Wähler, die aufgrund mangelnder medialer Aufmerksamkeit nicht realisieren, dass überhaupt Wahlen stattfinden, entsprechend hoch ist.⁴⁰

Tabelle 6 vermittelt einen Eindruck davon, wie stark die Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen der jeweiligen nationalen Hauptwahl und der ersten Europawahl im Jahr 1979 waren. Die Partizipation war in acht von neun Mitgliedsstaaten in der Europawahl geringer (teilweise ausgesprochen stark) als in den jeweils vorangegangenen Hauptwahlen. „*The level of participation, in all nations except Luxembourg, is lower than in first-order elections*“ (Reif/Schmitt 1980: 15). Der leichte Anstieg der Wahlbeteiligung um 0,1 Prozent in Luxemburg kann damit erklärt werden, dass im Wahljahr 1979 die Europawahlen und die nationalen Wahlen auf denselben Tag fielen.

³⁹ Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen e.V. (2009): Insgesamt wurden am Wahltag 31.342 per Zufallsauswahl ermittelte Wähler in ganz Deutschland vor 347 zufällig ausgewählten Wahllokalen nach dem Verlassen des Wahllokals schriftlich befragt. Diese Interviews waren die Grundlage für die beschriebene Prognose.

⁴⁰ Reif und Schmitt benennen dieses Phänomen als „*subdued campaign*.“ Viele Wähler realisieren hierbei erst gar nicht, dass überhaupt Wahlen stattfinden (vgl. Reif/Schmitt 1980: 09).

*Tab. 6: Differenz der Wahlbeteiligung zwischen Haupt- und Nebenwahlen
in den Staaten der EU (1979) in Prozent*

Mitgliedsländer	Differenz der Wahlbeteiligung zwischen Europawahlen/ Nationalwahlen in %
Belgien	- 2,4
Dänemark	- 41,9
Deutschland	- 25,9
Frankreich	- 22,0
Großbritannien	- 43,0
Irland	- 12,5
Italien	- 4,4
Luxemburg	+ 0,1
Niederlande	- 29,1

Quelle: Reif/Schmitt (1980: 16)

Als zweite Konsequenz schildern Reif und Schmitt, dass kleinere und neue politische Parteien bessere Aussichten auf einen Wahlerfolg besitzen als die fest etablierten, großen Parteien.⁴¹ „*Nationally small parties in big Euro federations win*“ (Reif/Schmitt 1980: 25). Dieser Fakt resultiert ebenfalls daraus, dass Nebenwahlen als weniger wichtig empfunden werden als Hauptwahlen und somit Wähler eher die Chance ergreifen können, ihre Stimme den kleineren Parteien zuzuschreiben. Im Gegensatz dazu erhalten in Hauptwahlen (in denen viel auf dem Spiel steht) entgegen der Parteipräferenzen der Wähler, die großen politischen Parteien dennoch ihre Wahlstimme. Auch wenn die kleinen und neueren Parteien die Meinung der Wähler präziser ausdrücken sollten, wird sich der Wähler zu hoher Wahrscheinlichkeit dennoch für die Unterstützung einer größeren, etablierten Partei entscheiden (vgl. Reif/Schmitt 1980: 09). Dieses Argument bestätigt auch die eingangs formulierte Hypothese von Karlheinz Reif: „Wähler wählen in Nebenwahlen häufig mit dem Herzen“ (vgl. Reif 1984a: 246).

Des Weiteren kommen Reif und Schmitt zu dem Ergebnis, dass in Nebenwahlen ein höherer Anteil an ungültigen Stimmen vorliegt (vgl. Tab. 7). „*In (...) five of the eight nations for which we have figures on invalid ballots the hypothesis holds that the proportion of these would have increased*“ (Reif/Schmitt 1980: 17). Die Wissenschaftler begründen den erhöhten Anteil an ungültigen Wahlzetteln durch ein (absichtlich) falsches Ausfüllen der Wahlzettel. Hiermit wird scheinbar der Unzufriedenheit über Parteien oder Koalitionsbildungen auf nationaler Ebene Ausdruck verliehen (vgl. Reif/Schmitt 1980: 09).

⁴¹ Die beiden Wissenschaftler kommen zu dem Schluss, dass die Legitimität der großen politischen Parteien in der internationalen Politik nicht als so selbstverständlich erachtet wird, wie dies in der Innenpolitik der Fall ist.

Tab. 7: Differenz zwischen Haupt- und Nebenwahlen in Bezug auf den Anteil ungültiger Stimmen in Prozent

Mitgliedsländer	Differenz in Prozent
Belgien	+ 4,00
Dänemark	- 3,90
Deutschland	- 0,23
Frankreich	+ 3,22
Irland	+ 2,97
Italien	- 0,74
Luxemburg	+ 2,78
Niederlande	+ 0,01

Quelle: Reif/Schmitt (1980: 16)

Als vierte und letzte Folge der ersten Dimension stellen Reif und Schmitt fest, dass die Regierungsparteien in Nebenwahlen verhältnismäßig schlecht abschneiden (vgl. Reif/Schmitt 1980: 09). In der Wahlforschung wird aufgezeigt, dass die Beliebtheit der nationalen Regierung einem zyklischen Muster folgt.⁴² Wenn die Wahlen zum Europäischen Parlament in der Mitte der Legislaturperiode stattfinden, haben die Regierungsparteien dem Verlauf des Wahlzyklus entsprechend einen relativen Nachteil, während die Opposition im Vorteil ist. Dieses Phänomen erklärt auch, dass in Nebenwahlen sogar die eigentlichen Anhänger der jeweiligen Regierungspartei für die Opposition stimmen. Sie versprechen sich davon, mehr Druck auf die Regierung ausgeübt zu haben, ohne dass sie ihre tatsächliche politische Einstellung geändert hätten. Dieser Faktor belegt die bereits aufgeführte These des „*expressive tactical voting*“ (Van der Eijk; Franklin; Marsh 1996). Nebenwahlen werden demnach von einer Vielzahl der Wähler als Möglichkeit einer scheinbar gefahrlosen Artikulation von Protest begriffen. Sie fungieren in diesem Sinne als „nationale Denkmittelwahlen“, die den politischen Parteien entweder die Bestätigung des Regierungskurses oder dessen Ablehnung signalisieren.

Auch Hix (2003) kommt in seinen Analysen zu dem Ergebnis, dass die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedsländer der EU bei den Wahlen zum EP taktisch wählen. Nach Hix (2003) wählen etwa 20 Prozent der Wähler der Mitgliedsländer der Europäischen Union bei Europawahlen eine Partei, die für sie bei nationalen Wahlen nicht in Frage käme. Den Analysen zufolge wählen die Bürgerinnen und Bürger taktisch⁴³, um die nationalen politischen Prozesse zu beeinflussen.

⁴² vgl. dazu Gliederungspunkt 2.3

⁴³ Stephen Fisher (2000: 01) definiert taktische Wähler als „*someone who votes for a party they believe is more likely to win than their preferred party, in order to vote effectively*“.

„Sei es um Regierungsparteien abzustrafen, Oppositionsparteien zu belohnen oder um Parteien zu unterstützen, die bei wichtigeren Wahlen als verschwendete Stimme anzusehen wären.“ (Hix 2003: 172)

Umso geringer jedoch der zeitliche Abstand zwischen Europawahlen und nationalen Wahlen ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass das Wahlergebnis der Europawahl klare Tendenzen für das nationale Wahlergebnis widerspiegelt (vgl. Reif/Schmitt 1980: 10).⁴⁴

3.3.2 Dimension des Umfeldes

Trotz des offensichtlichen Einflusses, den nationale Politik bzw. nationale Themen auf Nebenwahlen besitzen, dürfen die bisher genannten Ausführungen nicht zu dem Schluss führen, dass allein nationale Aspekte die Aktivitäten und Entscheidungen in Nebenwahlen prägen. Die Politik und das Verhalten politischer Parteien vor dem Hintergrund des Umfeldes der jeweiligen Nebenwahl (z.B. Europawahlen auf europäischer Ebene, Landtagswahlen auf nationaler Ebene) fallen ebenso ins Gewicht. Auch wenn die spezifische Politik und das Verhalten der Parteien im jeweiligen Nebenwahlkontext nur von untergeordneter Bedeutung sind, so spielen sie doch eine Rolle. „*There is less at stake to be sure, but there is still something at stake, nevertheless*“ (Reif/Schmitt 1980: 10).

Bei der Betrachtung der Ergebnisse von Nebenwahlen sind die politischen und institutionellen Gegebenheiten des betreffenden politischen Umfeldes wichtige Faktoren. Gemeint sind hiermit unter anderem Parteien, Kandidaten, Programme und Politikfelder. Dieses politische Umfeld variiert von Land zu Land teilweise stark. Zählten 1979 lediglich neun Staaten zur Europäischen Gemeinschaft (EG)⁴⁵ waren 30 Jahre später nach dem Erweiterungsprozess der Europäischen Union plötzlich 27 Mitgliedsstaaten mit rund 342 Millionen Bürgern aufgerufen, die 732 Mandate des EP zu bestimmen. In Deutschland, das 1979 als eines der bevölkerungsreichsten Länder der EU 81 Sitze erhielt, hatten die Wähler in 2009 über die Sitzverteilung von 99 nationalen Mandaten zu entscheiden. Diese Beispiele machen deutlich, dass die Gegebenheiten des politischen Umfeldes stets Veränderungen ausgesetzt sind. Deshalb ist es von großer

⁴⁴ Auf diesen Aspekt wird im Rahmen der institutionell-prozeduralen Dimension ausführlicher eingegangen.

⁴⁵ Die Europäische Gemeinschaft (EG) war eine supranationale Organisation, die mit dem Vertrag von Maastricht 1993 aus der 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hervorging. Sie war als eine der drei Europäischen Gemeinschaften Teil der ersten und wichtigsten der drei Säulen der Europäischen Union. Der EG gehörten 1979 die Staaten Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Dänemark, Großbritannien und Irland an.

Bedeutung, bei einer vergleichenden Analyse immer auch Aspekte wie die sich zur Wahl stellenden Parteien, die Korrespondenz oder Divergenz von Koalitionsmustern oder aber die grundsätzliche Rolle und Akzeptanz der politischen Parteien in den unterschiedlichen Staaten zu berücksichtigen.

In Bezug auf Europawahlen als Nebenwahlen lässt sich festhalten, dass das politische Umfeld bei den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament 1979 für alle beteiligten Akteure (Medien, Politiker, Wähler) ungewohnt war. Dieser Faktor erklärt die schwache Signifikanz, den mangelnden Informationsstand sowie die daraus resultierende bescheidene Wahlbeteiligung (vgl. Reif/Schmitt 1980: 11). Damals war nicht absehbar, dass es im Laufe folgender Europawahlen zu keinem sichtbaren Anstieg der Partizipation der europäischen Wähler kommen würde.

Ein weiterer Aspekt, der Europawahlen von anderen Haupt- und Nebenwahlen abgrenzt, ist, dass bei den Wahlen zum Europäischen Parlament nationale Grenzen überschritten werden. Bei den üblichen Nebenwahlen handelt es sich nach Reif und Schmitt um „*sub-national arenas*“ (Ebenda). Europawahlen bieten folglich denjenigen Parteien, die sich stark mit subnationalen Gruppen identifizieren, bessere Möglichkeiten, die Dominanz der nationalen Ebene abzuschwächen. Die Rolle der nationalen Regierung wird dabei mit dem Ziel einer hohen Wählerschaftsunterstützung im europäischen Kontext heruntergespielt.

Ein dritter Faktor, der den Nebenwahlcharakter von Europawahlen zeigt, ist die dem Europäischen Parlament zugeschriebene Machtlosigkeit. Andere repräsentative Körperschaften in Nebenwahlen verfügen – zumindest zum Entstehungszeitpunkt des Konzeptes – über eine bedeutendere Position. Seit 1980 haben sich die Aufgabengebiete des Europäischen Parlaments zwar stetig erweitert, dennoch nimmt die Öffentlichkeit das EP heute immer noch als machtlos wahr.

Abschließend muss auch auf das sehr komplizierte Koalitions- und Parteiensystem der europäischen Ebene hingewiesen werden. Die Mitglieder können ihrer politischen Zugehörigkeit entsprechende Fraktionen bilden.⁴⁶ Einer Fraktion müssen Mitglieder angehören, die in mindestens einem Viertel der Mitgliedsstaaten gewählt wurden. Zur Bildung einer Fraktion bedarf es wenigstens 25 Mitgliedern. Dass Parlamentarier sich länderübergreifend in einer

⁴⁶ Das Parlament braucht die politische Zugehörigkeit von Mitgliedern einer Fraktion grundsätzlich nicht zu bewerten. Nur wenn von den betreffenden Mitgliedern in Abrede gestellt wird, dass eine politische Zusammengehörigkeit vorliegt, ist es erforderlich, dass das Parlament bewertet, ob die Fraktion gemäß den Bestimmungen dieser Geschäftsordnung gebildet wurde.

wechselnden Zahl von politischen Fraktionen zusammenschließen, gewährleistet einerseits nach Landfried (2004: 05), „*dass nicht nur die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsstaaten, sondern auch die der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen in den Staaten berücksichtigt werden*“. Andererseits begünstigt das Wesen der konkurrierenden Parteien den Status von Europawahlen als Nebenwahlen. Die Parteien agieren vorrangig auf nationaler Ebene, europaweit findet dagegen kaum eine aktive Parteienkonkurrenz statt (vgl. Klos 2003)⁴⁷. Eine Wahlentscheidung aufgrund von nationalen und weniger aufgrund von europäischen Hintergründen wird demnach gefördert. Dieser Aspekt erklärt vermutlich die mangelnde Bereitschaft eines großen Teils der Bevölkerung, sich intensiver mit den Wahlen zum EP zu beschäftigen.

3.3.3 Institutionell-prozedurale Dimension

Es besteht kein Zweifel daran, dass das Europaparlament seit dem „Einheitlichen Akt“ aus dem Jahr 1985 immer weitere Rechte erhalten hat. Es wurde in seiner Stellung gegenüber Europäischem Rat und Europäischer Kommission aufgewertet, „*um glaubhafte, transparente und legitime Politik auf europäischer Ebene zu ermöglichen*“ (Brok 2009: 18). Bei all den „emanzipatorischen Entwicklungen“ (Ebenda) ist aber dennoch auf die aus institutioneller Sicht begrenzte Bedeutung von Europawahlen hinzuweisen. Europawahlen bringen keine Regierung hervor. Die Kontrollrechte des Europaparlaments sind seit der ersten Direktwahl zwar größer geworden, dennoch sind sie im unmittelbaren Vergleich zu nationalen Parlamenten nach wie vor deutlich eingeschränkt. Das Parlament muss sich im Mitentscheidungsverfahren oft harten Auseinandersetzungen mit dem Europäischen Rat liefern. Dies hat Verzögerungen im Gesetzgebungsprozess, Konflikte in den Finanzverhandlungen und eine unflexible Haushaltspolitik zur Folge (Kietz/Ondarza 2010: 3ff).

Bürgerinnen und Bürger haben in diesen Machtkämpfen wenig Möglichkeiten zu politischem Einfluss. Verstärkt wird dieser Eindruck durch das politische System der EU, das ein Konkordanzsystem ist. Nach Haller (2009: 23) werden in einem Konkordanzsystem über relevante Entscheidungen solange Verhandlungen geführt, bis sich alle Parteien einig sind und zustimmen. In einem Westminster- oder Wettbewerbssystem liefern sich Regierung und Opposition dagegen offene und harte Kämpfe. Der Vorteil liegt darin, dass es zu den jeweiligen Themen eine breite, öffentliche Debatte gibt, an der die Bevölkerung Anteil haben kann.

⁴⁷ Die parteipolitische Zusammensetzung zeigt seit der ersten Direktwahl ein so genanntes „*Duopol*“ (Landfried 2004: 06). Die beiden stärksten politischen Kräfte sind die Fraktionen der SPE und der EVP-ED bzw. nur EVP. Sie gewährleisten die absolute Mehrheit im Parlament und können damit Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen.

Die Wahlsoziologie blendet die institutionellen Rahmenbedingungen oft aus, da diese zumeist bekannt sind und im Zeitverlauf kaum Veränderungen unterliegen. Dabei zählt das für eine Wahl wichtige Wahlsystem zu den stabilen institutionellen Faktoren.

Gewählt wird⁴⁸, nach einer Wahlperiode von fünf Jahren, gemäß der verschiedenen Wahltraditionen in den Mitgliedsstaaten von Donnerstag bis Freitag. Bereits die Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaften 1957 sahen die allgemeine und unmittelbare Wahl der Mitglieder der Vorgängerinstitution des EPs nach einem einheitlichen Verfahren vor. Auch ein halbes Jahrhundert später ist es nicht gelungen, ein einheitliches Wahlsystem zur Europawahl zu verabschieden.⁴⁹ In den bisherigen Gemeinschaftsverträgen wurden lediglich einige wenige Punkte festgeschrieben, wie etwa die Zahl der Mitglieder des EPs und ihre Verteilung auf die Mitgliedsländer. Die Mandatsverteilung wird in verschiedenen Analysen und Aufsätzen kritisch betrachtet (vgl. Nohlen 2004), denn sie erfolgt nicht proportional nach dem Anteil, den die verschiedenen Länder an der Gesamtbevölkerung stellen. Staaten mit einer geringen Einwohnerzahl sind überproportional stark im EP vertreten, während die Länder mit den höchsten Bevölkerungsanteilen unterrepräsentiert sind. Besonders oft ist hierbei aufgerechnet worden, wie ungleich sich die Stimmen luxemburgischer Wähler zu der Stimmenwirkung deutscher Wähler verhält⁵⁰ (vgl. Ebenda: 01). Dieser Umstand wird oft als Legitimitätsmangel des Europäischen Parlaments begriffen und unter das Demokratiedefizit der Europäischen Union gefasst.

Nach wie vor ist also das Wahlrecht zum Europäischen Parlament national geregelt und damit nach Ländern unterschiedlich. Für alle Mitgliedsstaaten gilt jedoch inzwischen der Grundsatz der Verhältniswahl. Diese Einheitlichkeit zu bewirken, ist durch die Änderung des britischen Wahlsystems für die Europawahl 1999 gelungen, in dessen Folge der Rat der EU mit Beschlüssen vom 25. Juni und 23. September 2002 die Verhältniswahl nach Parteilisten oder das Verfahren der übertragbaren Einzelstimme⁵¹ für Europawahlen verbindlich festgelegt hat

⁴⁸ Für die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland galt das Europawahlgesetz (EuWG) vom 16. Juni 1978, in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1994. Zuletzt ist es durch das Gesetz vom 7. Oktober 2013 geändert worden (BGBl. I S. 3749). Vgl. <http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/downloads/rechtsgrundlagen/europawahlgesetz.pdf>. Letzter Zugriff: 15.10.2013.

⁴⁹ In sämtlichen Wahlperioden wurden Versuche unternommen, die vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. In den achtziger Jahren waren die Bemühungen besonders intensiv. Bspw. wurde im März 1982 der Seitlinger-Entwurf vom EP verabschiedet. Er enthielt als wichtigste Aussage, dass das Europaparlament nach der Verhältniswahl zu wählen sei. Vorgesehen wurden Mehrpersonenwahlkreise, die drei bis fünfzehn Mandate umfassen sollten. Damit zeichnete sich ein einheitliches Wahlsystem in Form der Verhältniswahl in Wahlkreisen unterschiedlicher Größe ab. Der Seitlinger-Entwurf wurde jedoch vom Rat im Februar 1983 verworfen (vgl. Nohlen 2004: 04f.).

⁵⁰ Bei den Wahlen zum EP 1994 entfiel in Luxemburg ein Abgeordneter auf 37338 Wähler. In Deutschland entfiel ein Abgeordneter auf 610848 Wähler (vgl. Nohlen 2004: 13).

⁵¹ Die so genannte Single Transferable Vote wird aufgrund ihres proportionalen Effekts eher den Verhältnis- als den Mehrheitswahlsystemen zugerechnet, praktiziert in Irland, Nordirland und Malta.

(Wüst/Tausendpfund 2009: 04f.). In den meisten Ländern wird damit dem Prinzip der Repräsentation entsprochen.⁵² Auch nach der EU-Erweiterung auf 27 Mitglieder besteht Einheitlichkeit im Repräsentationsprinzip, da alle neuen Mitgliedsstaaten in Übereinstimmung mit ihren nationalen Parlamenten ein System der Verhältniswahl einführen (siehe Tab. 8).

Tab. 8: Besonderheiten der Wahlsysteme für die Wahl der Abgeordneten des EPs 2009

Kürzel	MdEP	Wahlsystem	Wahlregionen	Sperrklausel	Stimmenverrechnung	Wahlalter aktiv/passiv	Wahltag
A	17	VW	1	4%	d'Hondt	16/18	07.06.09
B	22	VW	3	-	d'Hondt	18/21	07.06.09
BUL	17	VW	1	-	Hare-Niemeyer	18/21	07.06.09
CY	6	VW	1	-	Droop + gr. Rest	18/25	06.06.09
CZ	22	VW	1	5%	d'Hondt	18/21	05.06.09 06.06.09
D	99	VW	1	5%	Sainte-Laguë	18/18	07.06.09
DK	13	VW	1	-	d'Hondt	18/18	07.06.09
E	50	VW	1	-	d'Hondt	18/18	07.06.09
EST	6	VW	1	-	d'Hondt	18/21	07.06.09
F	72	VW	8	5% (je Wahlkreis)	d'Hondt	18/23	07.06.09
FIN	13	VW	1	-	d'Hondt	18/18	07.06.09
GR	22	VW	1	3%	"Enishimeni-Analogiki"	18/25	07.06.09
H	22	VW	1	5%	d'Hondt	18/18	07.06.09
I	72	VW	5	4% (landesweit)	Hare	18/25	06.06.09 07.06.09
IRL	12	STV	4	-	Droop (STV)	18/21	05.06.09
L	6	VW	1	-	d'Hondt	18/18	07.06.09
LT	12	VW	1	5%	Hare-Niemeyer	18/21	07.06.09
LV	8	VW	1	5%	Sainte-Laguë	18/21	06.06.09
M	5	STV	1	-	Quote (STV)	18/18	06.06.09
NL	25	VW	1	-	d'Hondt	18/18	04.06.09
P	22	VW	1	-	d'Hondt	18/18	07.06.09
PL	50	VW	1	5%	d'Hondt	18/21	07.06.09
ROM	33	VW	1	5%	d'Hondt	18/23	07.06.09
S	18	VW	1	4%	Modifiz. Sainte-Laguë	18	07.06.09
SK	13	VW	1	5%	Droop + gr. Rest	18	06.06.09
SLO	7	VW	1	4%	d'Hondt	18	07.06.09
UK	72	VW	12	-	GB: d'Hondt, Nordirland: STV	18	04.06.09

Quelle: In Anlehnung an Forschungsgruppe Wahlen (2009: 228f).

⁵² Ausnahmen bilden Frankreich und Großbritannien. Bereits 1979 wechselte Frankreich von der absoluten Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen, die für die Wahl der Nationalversammlung gilt, zur Verhältniswahl. Großbritannien hingegen ging erst 1999 zur Verhältniswahl über, während die Wahlen des britischen Parlaments auf der Basis der Mehrheitswahl in Ein-Mann-Wahlkreisen stattfinden (vgl. Landfried 2004: 07).

Einige Unterschiede in den Wahlsystemen bleiben jedoch auch nach der letzten Europawahl bestehen. Sie liegen vor allem in der technischen Ausgestaltung der Verhältniswahlsysteme nach Wahlkreiseinteilung, Kandidaturform, Stimmgebung, und Verrechnungsverfahren (siehe Tab. 8). In diesem Zusammenhang verweisen auch Wüst/Tausendpfund (2009) in ihrem Beitrag „27 (nationale) Europawahlsysteme“ darauf, dass grundlegende Elemente des Wahlrechts unterschiedlich sind. Viele Länder haben bspw. ein höheres Mindestalter für Kandidaten (passives Wahlrecht). Österreich z.B. weicht erstmals beim Mindestwahlalter für das aktive Wahlrecht ab. Auch 16- und 17-Jährige sind nun, analog zur Nationalratswahl, bei der Europawahl stimmberechtigt. Alle Mitgliedsstaaten können darüber hinaus den Wahltag innerhalb einer vom Rat der EU festgelegten Zeitspanne von Donnerstag bis Sonntag selbst bestimmen und auch hinsichtlich der Wahlzeiten (Öffnungszeiten der Wahllokale) sind sie frei (Wüst/Tausendpfund 2009: 05).

Da das Wahlrecht den Ausführungen entsprechend immer noch Ländersache ist, erscheint es unter Betrachtung des Nebenwahlaspektes plausibel, dass die Stimmabgabe vieler Wähler auf der Grundlage nationaler Faktoren erfolgt – und nicht im spezifischen Kontext der Europawahl (vgl. Reif/Schmitt 1980: 08). Die Wahrnehmung von Europawahlen als Nebenwahlen wird zusätzlich gestützt.

Nach Reif/Schmitt (1980: 12) ist die institutionell-prozedurale Dimension zur Analyse von Nebenwahlen unter anderem insofern wichtig, als das Ergebnis und die Wahlbeteiligung maßgeblich davon abhängig sind, ob in dem entsprechenden Mitgliedsland wichtige Institutionen der Europäischen Union angesiedelt sind und ob der Wahlgang in den jeweiligen Ländern gesetzlich vorgeschrieben ist. In einigen Ländern der Europäischen Union besteht Wahlpflicht. Bei Wahlenthaltung wird mit Geldbußen entsprechend sanktioniert. Wahlpflicht besteht in Belgien, Luxemburg, Griechenland und Zypern.⁵³ Zudem finden in den beiden Beneluxstaaten während der Wahlen zum EP gleichzeitig Wahlen auf anderen Ebenen des politischen Systems statt. Wenn Europawahlen am selben Tag mit der nationalen Hauptwahl stattfinden, kann – unabhängig von der Art der nationalen Wahl – von einer höheren Wahlbeteiligung ausgegangen werden. *„If European elections are held the same day as other national elections (e.g. local, regional, legislative) turnout is expected to be higher“* (Reif/Schmitt 1980: 13). In der Vergangenheit führte dies immer wieder zu einer Steigerung der Wahlbeteiligung. Bei den fünften Europawahlen 1999 lag die Wahlbeteiligung in den Ländern

⁵³ In Italien gibt es eine perzipierte Wahlpflicht. Nach Roth/Kornelius (2004: 11) wissen jedoch viele italienische Wähler nicht, dass eine Wahlpflicht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Gegensatz zu den nationalen Wahlen nicht besteht.

der Bundesrepublik, in denen gleichzeitig Kommunalwahlen durchgeführt wurden, bei 56,2 Prozent. In den übrigen Bundesländern partizipierten dagegen nur 42,8 Prozent der Wahlberechtigten (vgl. Roth/Kornelius 2004: 06).

In der von Reif und Schmitt benannten ersten Dimension, der Wichtigkeitsdimension, heißt es, dass Regierungsparteien in Nebenwahlen in der Regel benachteiligt sind und demzufolge mit höheren Stimmenverlusten zu rechnen haben als neue und kleinere Parteien. Die Wissenschaftler halten jedoch fest, dass diese Benachteiligung der Regierungsparteien umso geringer ausfällt, je näherfolgend die nationalen Hauptwahlen stattfinden. Ursache dafür ist der so genannte „Testwahl-Effekt“. Hierbei werden die Ergebnisse von Nebenwahlen als Testwahl-Ergebnisse für nationale Hauptwahlen gewertet.

3.3.4 Kampagnendimension

In Zusammenhang mit den ersten politischen Wahlen wurde das Bild vom „dreibeinigen Hocker“ entworfen. Die Beine des Hockers stellen die drei Akteure Parteien, Medien und Wählerschaft dar (vgl. Holtz-Bacha 2005: 26). Diese Symbolik verweist auf die Notwendigkeit, dass alle Beine dieselbe Stärke haben müssen, um ein Umfallen des Hockers zu verhindern. Für eine erfolgreiche Wahlkampf- und Kampagnenführung bedarf es folglich des Engagements aller drei Protagonisten.

Die Routinen in der Organisation von Wahlkampagnen, die sich bereits bei Bundestagswahlkämpfen eingestellt haben, lassen sich auf Europawahlkämpfe nicht bedingungslos übertragen. Die Besonderheiten des Europäischen Parlaments führen zu anderen Strategien hinsichtlich der Ausgestaltung von Europawahlkampagnen.

Auch Reif/Schmitt (1980: 13) stellen dazu fest, dass Hauptwahlen von Seiten der Öffentlichkeit eine größere Aufmerksamkeit entgegengebracht wird als den unterschiedlichen Nebenwahlen. Zu erkennen ist dies beispielsweise daran, dass sich das gesamte politische Leben nach der jeweiligen Parlaments- oder Präsidentschaftswahl richtet, während Nebenwahlen nur selten eine größere Rolle spielen. Reif und Schmitt führen aus, dass die Inhalte der Kampagnen in Nebenwahlen mit bundespolitischen Themen, die als vorrangig erachtet werden, konkurrieren und daher die Wählerschaft die „*campaign news*“ (Reif/Schmitt 1980: 13) nur bedingt als

wichtig wahrnimmt. Es scheint demnach, dass in Nebenwahlen die Bemühungen von Parteien und Kandidaten schwieriger, aber dafür umso wichtiger sind (vgl. Ebenda).

In Nebenwahlen muss sich die Kampagne gegenüber anderen politischen Themen und Ereignissen durchsetzen. Hinzu kommt, dass die Wählerschaft schlecht informiert ist und sie nicht darauf vorbereitet ist, die bestehenden, relevanten Informationen als wichtig zu begreifen. Einer Untersuchung von Thoveron (1983: 142) zufolge, konnten schon bei der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament die Wahlkampagnen in allen Mitgliedsländern bei der Bevölkerung nur wenig Interesse hervorrufen. In Deutschland lag der Anteil derjenigen, die sich nicht für den Wahlkampf interessierten, bei 53 Prozent. Die Bedeutung dieses Aspektes wird von den politischen Verantwortlichen jedoch oftmals unterschätzt. Dieses äußert sich unter anderem darin, dass ein Großteil der Parteien ihren Wahlkampf nur halbherzig gestaltet. Die Parteien scheinen sich nicht so intensiv um eine gute Kampagnenplanung zu bemühen, wie sie es bspw. in Bundestagswahlkämpfen täten.

In der Forschung werden die Wählkämpfe zum EP deshalb oft als „*low-key*“-Kampagnen (vgl. Holtz-Bacha 2005:13) charakterisiert. Dieses Verhalten der Verantwortlichen der politischen Parteien erscheint widersinnig. Gerade weil sich die Wähler nur unzureichend über die EU und die Wahl zum EP informiert fühlen, sollten Europawahlkampagnen alles andere als halbherzig gestaltet werden. Holtz-Bacha (2005: 13f.) schlägt vor, dass die Kampagnenplaner von Europawahlkämpfen vorrangig auf die Information und die Motivation der Wahlberechtigten zielen sollten (vgl. Holtz-Bacha 2005: 13f.).

Zusätzlich wirkt der Aspekt der Finanzierung. Den Parteien stehen für Nebenwahlen im Allgemeinen weniger finanzielle Mittel zur Verfügung als bei Bundestagswahlen. Alle kapitalaufwendigen Kampagnenteile, wie zum Beispiel die Wahlwerbung in den privaten Medien und die Einstellung von externen Beratern, werden demnach weniger genutzt als bei Hauptwahlen. Parteien, die in ihrer Struktur gut organisiert sind und die erforderlichen finanziellen Mittel zur Durchführung einer zielgerichteten Kampagne besitzen, haben nach Reif/Schmitt (1980) somit bessere Chancen, die Aufmerksamkeit der Wähler und damit letztlich Wählerstimmen zu erlangen.

3.3.5 Dimension der Verschiebung politischer Präferenzen

Die Dimension der Verschiebung politischer Präferenzen ist deswegen von Bedeutung, weil in bisherigen Ausführungen nicht berücksichtigt wurde, dass sich Wählerpräferenzen, auch unabhängig von dem Phänomen, die Opposition zu wählen, um die Regierung damit unter Druck zu setzen, verschieben können. Reif und Schmitt sprechen in diesem Zusammenhang von einer „*party preference distribution which is real*“ (Reif/Schmitt 1980: 13). Die Verschiebung von Parteipräferenzen sehen die Wissenschaftler im politischen Wandel begründet. Dieser kann durch wirtschaftliche und politische Entwicklungen bedingt sein (vgl. Reif/Schmitt 1980: 14) und gilt demnach als Konsequenz der Verschiebung politischer Präferenzen sowohl bei Neben- als auch bei Hauptwahlen. Diese Verschiebung von Parteipräferenzen sollte bei der Untersuchung von Nebenwahlen herangezogen werden, auch wenn sie eine vergleichsweise geringere Rolle zu spielen scheint als beispielsweise das „expressive tactical voting.“

Anthony Heath, Ian McLean und Bridget Taylor haben diesbezüglich in ihrer Studie von 1997 das Wahlverhalten in Nebenwahlen anhand der Europawahlen – wenn auch stärker am Beispiel lokaler Wahlen in Großbritannien – untersucht. Sie kamen zu einer umfassenden Unterstützung der Theorie von Reif und Schmitt. Unter anderem wurde im Rahmen der Studie eine Befragung derjenigen britischen Wähler vorgenommen, die in der nationalen Parlamentswahl 1992 und in der darauf folgenden Europawahl 1994 unterschiedliche Parteien wählten. Begründet werden konnte diese Verschiebung der politischen Präferenzen auf der Basis folgender vier Antwortkriterien:

1. “At heart, you haven’t changed party, but you wanted to show you were fed up with them this time.”
2. “At heart, you have changed your party to the one you voted for this time.”
3. “At heart, you have always been a supporter of the party you voted for this time.”
4. “You voted differently this time because you were voting about Europe.”

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass die bevorzugten Antworten der Wähler die erste (35,3 Prozent) und die letzte (34,7 Prozent) waren. Diese beiden Antwortkriterien wurden als „Proteststimmabgabe“ beziehungsweise „Kontext-spezifische Stimmabgabe“ gewertet (vgl. Heath/McLean/Taylor 1997). Eine fundamentale Veränderung politischer Einstellungen war

somit nicht der ausschlaggebende Grund für die Verschiebung politischer Verhältnisse zwischen Haupt- und Nebenwahlen. Diese spielten eher eine untergeordnete Rolle.⁵⁴

3.3.6 Dimension des sozialen und kulturellen Wandels

Der soziale und kulturelle Wandel stellt, ähnlich der Verschiebung politischer Präferenzen, bei jeder Wahl einen bestimmenden Faktor dar. Grund dafür ist, dass die politischen Parteien oft mit sozioökonomischen oder kulturellen Gruppen verbunden sind. Wenn diese sich verändern und Parteien es versäumen, sich den neuen Umständen anzupassen, verändert sich automatisch die Unterstützung der jeweiligen Partei durch ihre Wählerschaft (vgl. Reif/Schmitt 1980: 15). Als Beispiele hierfür führen Reif und Schmitt den Säkularisierungsprozess sowie die ökonomischen Ungleichgewichte an. Der Säkularisierungsprozess lässt bspw. die Zustimmung zu religiösen Parteien sinken und die vorherrschenden ökologischen Ungleichgewichte könnten den Erfolg von derartig ausgerichteten Parteien steigern.

Hinzu kommt, dass infolge eines Wertewandels aber auch durch eine zunehmende Individualisierung, die bspw. mit der Auflösung herkömmlicher Familienstrukturen einhergeht, Wahlenthaltungen gefördert werden. Jesse (2009b: 42) erklärt dazu, dass in der Konsequenz die Partizipation an Wahlen infolge des Wandels der politischen Kultur immer weniger als staatsbürgerliche Pflicht angesehen wird.

3.4 Diskurs - Weiterentwicklung des Nebenwahlkonzeptes in der Forschung

Seit der ersten Europawahl im Jahr 1979 setzte sich der Eindruck fest, dass es sich bei Europawahlen im Vergleich zu nationalen Parlamentswahlen um nachrangige Wahlen handelt. Bei Europawahlen wird nicht über die Macht im Staat und nicht über die Vergabe von nationalen Regierungsämtern entschieden. Seinen Niederschlag fand dies in der aufgezeigten Forschung Reifs/Schmitts (1980)⁵⁵, die seither die Begrifflichkeiten Haupt- und Nebenwahlen sowie im englischen first-order elections und second-order elections prägten. Sowohl die geschaffene

⁵⁴ Dies ist vor allem an den Ergebnissen der Antwortformate 2 und 3 erkennbar. Der zweiten Antwortvorgabe schlossen sich 24,8 Prozent, der dritten Antwortvorgabe lediglich 15,9 Prozent der Wähler an (vgl. Heath/McLean/Taylor 1997).

⁵⁵ vgl. Gliederungspunkt 3.3 ff.

Begrifflichkeit als auch die zugrunde liegenden Kriterien des Nebenwahlkonzeptes haben sich in der Folgezeit in der politischen Wissenschaft fest etabliert. Die Autoren des Nebenwahlkonzeptes selbst haben die 1979 dargestellten Befunde an nachfolgenden europäischen Wahlen immer wieder überprüft (vgl. Reif 1984a, 1984b, 1997) und auch nach über einem Vierteljahrhundert (1999 und 2004) in ihren Grundannahmen bestätigt. Reif (1984a) bezeichnete die Wahlen zum Europäischen Parlament auch als zusätzliche nationale Wahlen und deutete zugleich darauf hin, dass Europawahlen zu einer Wahl dritter Klasse werden könnten (vgl. Reif 1984a). Den Schritt zu einer Einteilung der Wahlen in drei Kategorien unternahm er im Jahr 1997 ohne Hermann Schmitt.

„In the eyes of citizens, SOE would be less important than FOE, but are still real elections. They produce a government, especially a Head of Government (...). TOE (Third-Order Elections) produce an assembly but have no impact on the production of the representative government.“ (Reif 1997: 121)

Prof. Dr. Hermann Schmitt äußerte sich in einem Gespräch mit der Verfasserin diesbezüglich eher kritisch. *„Durch eine Klassifikation der Europawahlen als third-order elections würde das politisch interessierte Lesepublikum unnötig verwirrt“*, so der Wissenschaftler.⁵⁶

Zuletzt wird die Frage „Still Second-order?“ bei den Europawahlen 2009 wieder aufgeworfen (Schmitt 2010; Niedermayer 2009).⁵⁷ Bis 1999 fanden die drei wichtigsten Thesen des Konzeptes umfassende Anwendung: Die Wahlbeteiligung bei Europawahlen ist geringer als bei nationalen Wahlen und Regierungsparteien verlieren im Vergleich zu nationalen Parlamentswahlen Stimmen, während kleine und neue Parteien Stimmenanteile gewinnen. 2004 zeigte sich erstmals, dass die benannten Hypothesen nur partiell bestätigt werden konnten (vgl. Schmitt 2005b).⁵⁸

Die aufgezeigten Unterschiede zwischen Haupt- und Nebenwahlen sowie die Begrifflichkeiten finden aber nicht nur in der politikwissenschaftlichen Forschung Anwendung, sie wurden auch in die kommunikationswissenschaftliche Forschung übertragen. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, welche Rolle die Medien, die als *„Motoren europäischer Öffentlichkeit“* (Pfetsch/Heft 2009: 40) fungieren, in der Massenkommunikation bei Wahlen spielen. Die ersten Studien zu nationalen Wahlen existieren seit den 1940er Jahren (vgl. Lazarsfeld/Berelson/Gaudet 1944)

⁵⁶ Gespräch zwischen Dr. Hermann Schmitt und der Verfasserin am 20.04.2006 im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.

⁵⁷ Antworten darauf finden sich in Gliederungspunkt 4 und 5.

⁵⁸ vgl. Gliederungspunkt 4 und 5

und zu Europawahlen seit ihrem ersten Stattfinden im Jahr 1979. Die meisten Untersuchungen beziehen sich auf die nationale politische Ebene, aber in einigen Fällen wurden auch Vergleiche zur Berichterstattung über nationale und europäische Wahlen angestellt (Reiser 1994; Peter/Lauf/Semetko 2004; Wilke/Reinemann 2007; Strömbäck/Nord 2008; Wilke/Schäfer/Leidecker 2011).

Reiser (1994) untersuchte für die Europawahl des Jahres 1989 die Medienberichterstattung sowohl für die Qualitätszeitungen als auch für das Fernsehen. Hier wurde vor allem deutlich, wie sehr die Aufmerksamkeit für Europa auch in den letzten Wochen vor dem Wahltermin von der allgemeinen Nachrichtenlage abhängig ist. Gab es in einer Woche bspw. keine bedeutenden innen- und außenpolitischen Ereignisse, mehrte sich die Berichterstattung im Fernsehen zugunsten der bevorstehenden Europawahl (vgl. Reiser 1994: 71ff.). Die Berichterstattung der fünf deutschen Qualitätszeitungen (taz, Die Tageszeitung, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Welt) fiel bei der Wahl zum Europaparlament im Jahr 1989, was die Zahl der Artikel betrifft, im Vergleich zum Medium Fernsehen gleichmäßig aus. Die Presseberichterstattung wurde allerdings sehr viel umfangreicher mit dem Herannahen der bevorstehenden Wahl (vgl. Reiser 1994: 71ff.). Reiser zieht letztlich das Fazit, dass der Stellenwert einer Europawahl als geringer zu bezeichnen ist als der einer Bundestagswahl.

Eine ebenfalls international vergleichende Studie zur Wahlberichterstattung liegt z.B. für die Europawahl 1999 vor. Die Wissenschaftler Peter/Lauf/Semetkow (2004) untersuchten die Fernsehnachrichtensendungen in den damals 14 EU-Mitgliedsstaaten. Dabei kamen sie zu dem Ergebnis, dass die Beachtung, die der Europawahl in Nachrichtensendungen zuteil wird, in den verschiedenen Mitgliedsstaaten erheblich variiert. Deutschland gehörte dabei zu den Ländern, in denen die Berichterstattung auch in den letzten beiden Wochen des Wahlkampfes gering ausfiel. Ebenfalls wurde den Vertretern des Europaparlaments insgesamt wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht.

In Bezug auf die Wahlkampfberichterstattung im Vergleich der nationalen mit der supranationalen Ebene wurden seit jeher Unterschiede festgestellt. Den Parteien scheint wenig Anreiz für einen engagierten Wahlkampf geboten zu werden und schließlich finden die Medien entsprechend wenig Anlass für die Berichterstattung (vgl. Reiser 1994: 81f.). Wenn es um Europa und die Wahlen zum Europäischen Parlament geht, wird den Medien oft ein schlechtes Zeugnis ausgestellt und damit die Mitschuld am diskutierten Öffentlichkeitsdefizit der EU gegeben. Aus Umfragen ist bekannt, dass sich europäische Bürger unzureichend über die Europapolitik informiert fühlen. Landfried (2004: 14) stellt zwar fest, dass die Zahl der Artikel über die EU in der nationalen Qualitätspresse zwar eher zu- als abnimmt, doch wird die überregionale Qualitätspresse lediglich von einem Teil der Bürgerinnen und Bürger gelesen. Das

Fernsehen als ein Medium, das sehr viel mehr Menschen erreichen kann, hat die Berichterstattung über die Europäische Union stattdessen bisher vernachlässigt (vgl. Landfried 2004: 14). Nationale Probleme werden in einer Vielzahl von Talkshows und Unterhaltungssendungen diskutiert. Europäische Themen werden jedoch kaum in Gesprächsrunden proklamiert und debattiert. Auch Niedermayer (2005a) kommt zu dem Schluss, dass bei allen bisherigen Europawahlkämpfen bis zur Europawahl 2004 nationale Themen im Mittelpunkt der Wahlkämpfe standen, *„insgesamt war (...) Europa im Wahlkampf eher ein Randthema“* (Niedermayer 2005a: 18). Dies deutet auf die geringere Aufmerksamkeit hin, die Europawahlen sowohl von Seiten der Bevölkerung als auch von Seiten der Medien zuteil wird.

In der Rückschau fand diese Vermutung stets Bestätigung, dennoch wurde erst im Jahr 2007 das Nebenwahlkonzept (Reif/Schmitt 1980) auf die Medienlandschaft in die Formeln der „first-rate coverage“ und die der „second-rate coverage“ übertragen (de Vreese/Lauf/Peter 2007). Eine neue Untersuchung der Wissenschaftler Wilke/Leidecker (2013) nimmt in Anlehnung an Reif (1997) sogar eine Dreistufung vor, da in der Analyse zur Berichterstattung der Qualitätszeitungen neben der nationalen und supranationalen auch die regionale Ebene unter Betrachtung der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz miteinbezogen wurde.⁵⁹ Wilke/Leidecker (2013) ziehen den Schluss, dass die Berichterstattung zur Europawahl 2009 nicht auf der gleichen Stufe steht, auf der Landtagswahlen sind. *„Vielmehr liegen regionale Wahlen bei den meisten herangezogenen Indikatoren der Berichterstattung zwischen der nationalen und supranationalen Wahl“* (Wilke/Leidecker 2010: 175). Wilke/Leidecker (2013: 176) unterscheiden deshalb für die Wahlkampfberichterstattung drei Ebenen: erstrangige Berichterstattung (first-rate coverage) bei Bundestagswahlen, zweitrangige Berichterstattung (second-rate coverage) bei Landtagswahlen und drittrangige Berichterstattung (third-rate coverage) bei Europawahlen.

3.5 Annahmen und Vorgehensweise

Nach Pfetsch/Heft (2009: 28) spielen Massenmedien eine Schlüsselrolle *„im Prozess der Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten“*. Sie sind sowohl Informationsvermittler, die für sie relevante Informationen selektieren und der Öffentlichkeit bereitstellen als auch eigenständige

⁵⁹ Untersucht wurde die Berichterstattung in vier Qualitätszeitungen vier Wochen vor der Europawahl und Bundestagswahl 2009 sowie jeweils vier regionale Zeitungen zur Wahlkampfberichterstattung in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im März 2011 (vgl. Wilke/Leidecker 2010).

Akteure, die dazu in der Lage sind, Themen in öffentlichen Debatten Relevanz zu geben und sie auch für europäische Akteure und transnationale Perspektiven zu öffnen. Damit können sie dazu beitragen, dass rein nationale Perspektiven in der Berichterstattung überwunden werden. Die Forschung hat sich im Zeitverlauf vor allem dafür interessiert, wie sich der Anteil der Berichterstattung über europäische Themen im Vergleich zum Umfang der nationalen Politikberichterstattung entwickelt hat. Ein wichtiger Befund ist hierbei auch, dass die Wahrscheinlichkeit der Europäisierung von Öffentlichkeit in dem Maße steigt, wie politische Entscheidungsbefugnisse von der nationalen Politikebene auf die EU-Ebene übertragen werden (vgl. Pfetsch/Heft 2009: 39). In Bezug auf die Rolle der Massenmedien stellen Reif/Schmitt (1980: 14) etwas Ähnliches fest: Je mehr die Medien an den Themen und Informationsressourcen des nationalen Hauptwahlumfeldes orientiert sind, desto stärker ist ihr Beitrag zur Wählermobilisierung im Hinblick auf die Nebenwahl von der Aufmerksamkeit der nationalen Politikarena abhängig. In diesen wenigen Zeilen äußern sich Reif/Schmitt (1980) zur Bedeutung der Massenmedien bei Nebenwahlen. Die Autoren versäumen es, aufzuführen, dass eine deutlich geringere Medienberichterstattung in Wahlkampfzeiten von Europawahlen im Vergleich zu nationalen Wahlen zu erwarten ist. Dies mag daran liegen, dass es zum Entstehungszeitpunkt des Konzeptes im Jahr 1980 nicht viele Möglichkeiten gab, einen Vergleich der Berichterstattung zwischen supranationaler und nationaler Ebene anzustellen. Schließlich fanden die ersten Wahlen zum Europäischen Parlament erst ein Jahr vor der Analyse Reifs/Schmitts (1980) statt. Die Kommunikationswissenschaft nahm sich dieser Fragestellung seither an und konnte ihre Grundannahme der reduzierten Berichterstattung bei Wahlen zum Europäischen Parlament für die Jahre von 1979 bis 2004 durchweg bestätigen. Darüber hinaus spielten im Rückblick mehr nationale als europäische Themen eine Rolle.

Die Verfasserin der Dissertation geht der Frage nach, ob auch die Europawahl 2009 im direkten Vergleich zur Bundestagswahl 2009 von einer reduzierten Presseberichterstattung gekennzeichnet ist. Falls diese Annahme Bestätigung findet, so könnte dem Nebenwahlkonzept (Reif/Schmitt 1980) neben den bereits dargestellten ein weiteres Charakteristikum für die Klassifizierung von Europawahlen als Nebenwahlen zugrunde liegen. Im Verständnis der These zur „second-rate coverage“⁶⁰: Nebenwahlen sind im Vergleich zu nationalen Hauptwahlen von einer geringeren Medienberichterstattung (hier Presseberichterstattung) gekennzeichnet. Dabei ist es unerheblich, ob die nationale Hauptwahl der Nebenwahl vor- oder nachgelagert ist. Europa- und Bundestagswahl eignen sich im „Superwahljahr“ 2009 besonders für diese

⁶⁰ Wenngleich die Verfasserin, die von Wilke/Leidecker (2013) vorgenommene Dreistufung (FOE/SOE/TOE) für plausibel hält, wird hier die Unterscheidung zwischen erstrangiger und zweitrangiger Untersuchung bevorzugt. Für eine allgemeingültige Bestätigung der Dreistufigkeit bedarf es weiterer vergleichender Untersuchungen unter Berücksichtigung der Presseberichterstattung auf regionaler Ebene (Landtags- und Kommunalwahlen).

komparative Analyse, da sie zeitlich eng aufeinander folgen, aber zugleich soweit voneinander entfernt sind, dass genügend Abstand für eine getrennte Betrachtung der beiden Wahlen vorliegt. In Anlehnung an Reiser (1994) wird erstens die Berichterstattung von fünf überregionalen deutschen Qualitätstageszeitungen, die einen direkten Bezug zur Europawahl bzw. Bundestagswahl haben, untersucht. Der Untersuchungszeitraum umfasst jeweils sechs Wochen vor dem eigentlichen Wahltermin. Die Verfasserin ist sich bewusst, dass während des Entstehungsprozesses der Dissertation einzelne Untersuchungen zur Wahl-Presserichterstattung vorgenommen wurden. Diese hier vorgenommene unterscheidet sich von diesen in der Auswahl der untersuchten Zeitungen und dem Untersuchungszeitraum. Weiter wird eine Analyse der vier auflagenstärksten Qualitätswochenzeitungen bzw. -magazine (Die Zeit, Focus, Der Spiegel, stern) vorgenommen, die in der Rückschau zumeist kein Gegenstand der Betrachtungen waren. Vorgestellt werden die Methodik der Untersuchung sowie deren Ergebnisse unter Gliederungspunkt 4 dieser Ausführung, da dort der Übergang von der Theorie zur Empirie erfolgt. Ziel ist es, nicht allein aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht, die im Vergleich zu nationalen Wahlen reduzierte Presseberichterstattung nachzuweisen, sondern vielmehr aus politikwissenschaftlicher Perspektive, dem 1980 entstandenen Nebenwahlkonzept ein neues Kriterium für die Klassifikation von Nebenwahlen (hier Europawahlen) hinzuzufügen.

Zuvor und darüber hinaus werden die hinter dem Nebenwahlkonzept (Reif/Schmitt 1980) stehenden Thesen am Beispiel der Europawahl 2009 umfassend anhand der Ergebnisse in der Bundesrepublik Deutschland und teilweise in den Mitgliedsländern der Europäischen Union kritisch überprüft. Die Verfasserin behält sich dabei vor, neu aufkommende Gedanken während der Analysetätigkeit in den Dimensionen direkt zu erarbeiten. Ein besonderes Augenmerk wird dabei zum Beispiel auf dem Anteil ungültiger Stimmen und einem möglichen Zusammenhang mit der Höhe des Verlustes der Senior-Regierungspartei liegen.⁶¹

3.6 Zwischenfazit

In der bisherigen Ausführung wurde anhand der strukturellen Besonderheiten von Europawahlen entsprechend ihrer Charakterisierung als second-order elections sowie durch die Darstellung des Nebenwahlkonzeptes (Reif/Schmitt 1980) verdeutlicht, dass eben jenes von einer systematischen Beziehung zwischen den Wahlergebnissen bei Haupt- und Nebenwahlen ausgeht. Wie bereits Dinkel (1977), Anderson/Ward (1996) und auch Decker/Blumenthal

⁶¹ vgl. dazu Gliederungspunkt 4.4.1.4

(2002) in ihren Analysen zum Einfluss der Bundespolitik auf die Landtagswahlergebnisse stellen auch Reif/Schmitt (1980) klar, dass Nebenwahlen von der politischen Hauptwahlarena beeinflusst werden. Nach dieser Interpretation sind Europawahlen immer auch nationale Nebenwahlen (second-order *national* elections), deren Ergebnisse stets vor dem Hintergrund der politischen Ereignisse auf der erstrangigen Ebene betrachtet werden müssen. Dieses spiegelt sich in den Wahlergebnissen von Nebenwahlen wieder und führt unter anderem zu Konsequenzen wie geringer Partizipation, Stimmenverlusten von Regierungsparteien, Stimmengewinn kleiner Parteien oder etwa einem hohen Anteil an ungültigen Stimmen. Hinter diesen Fakten steht die Theorie, dass bei Nebenwahlen im Vergleich zu Hauptwahlen „weniger auf dem Spiel steht“. Daher sehen die Wähler weder einen Anreiz in der Beschaffung wahlrelevanter Informationen noch im Wählen selbst.

Reif/Schmitt (1980) erweiterten das Second-Order Election Modell zwar generell auf alle Nebenwahlen. Europawahlen werden hierbei jedoch in besonderer Weise als Nebenwahlen angesehen, da die Parteien in erster Linie auf nationaler Ebene agieren und damit europaweit kaum eine Parteienkonkurrenz stattfindet. Die Kompetenzen des Europaparlaments sind trotz Ausweitung infolge des Lissabonner Vertrages begrenzt. Nach wie vor bringen die Wahlen zum Europäischen Parlament keine Regierung hervor. Dieser Aspekt unterscheidet Europawahlen von anderen second-order elections (z.B. Landtags- oder Kommunalwahlen in Deutschland). Reif (1997) schlägt aus diesem Grunde vor, Europawahlen als *third-order elections* zu definieren. Second-order elections sind danach alle Nebenwahlen, die eine Regierung hervorbringen, third-order elections alle nachrangigen Wahlen, die lediglich über die Zusammensetzung eines Parlaments entscheiden.

Auch dass der Wahlkampf ausschließlich von nationalen Parteien ausgetragen wird, führt zu Schwierigkeiten, die europäische Politikebene als eigenständig wahrzunehmen, weshalb eine Wahlentscheidung aufgrund nationaler Gesichtspunkte wahrscheinlicher wird. Ebenso wurde in der Ausführung deutlich gemacht, dass die geringe Bedeutung europäischer Sachfragen und Europawahlen zu zweitrangigen Wahlen werden lässt. „*Europäische Themen erlangen nur dann Bedeutung, wenn sie nationale Fragen berühren*“ (Klos 2003: 338). Dieser Fakt gab auch der Kommunikationswissenschaft Anlass zu der Fragestellung, welche Rolle die Medien und ihre Berichterstattung in Wahlkampfzeiten auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems einnehmen. Mit dem Stattfinden der ersten Wahlen zum Europaparlament wurden sogleich Unterschiede in der Berichterstattung von Bundestags- und Europawahlen festgestellt, die im Jahr 2007 in der Klassifizierung nach first-rate coverage, second-rate coverage (de

Vreese/Lauf/Peter 2007) und darüber hinaus third-rate coverage (Wilke/Leidecker 2013) mündeten.

Hier setzen die Überlegungen der Autorin an, die nicht nur das Nebenwahlkonzept (Reif/Schmitt 1980) und seine zugrunde liegenden Dimensionen in detaillierter Form vorstellt, sondern es auch am Beispiel der Europawahlen 2009 in der Bundesrepublik und eingeschränkt auch in den Mitgliedsländern der Europäischen Union kritisch überprüft. Sie will darüber hinaus dem Konzept das Kriterium einer reduzierten Berichterstattung in Nebenwahlen in Folge einer Analyse zur Presseberichterstattung im Wahljahr 2009 hinzufügen.

4 Die Europawahl 2009 in der Bundesrepublik Deutschland: Prüfung der Gültigkeit des Nebenwahlkonzeptes

Das Nebenwahlkonzept und seine zugrunde liegenden Kennzeichen sind in der Forschung anerkannt. In zahlreichen Untersuchungen wurde die Gültigkeit des Konzeptes und der damit verbundenen Fragestellung „*Still Second-order?*“ (Schmitt 2005b) am Beispiel vergangener Europawahlen bestätigt, auch von den Urhebern des Konzeptes selbst⁶². Ob das Nebenwahlkonzept der Wissenschaftler Reif/Schmitt (1980) auch auf die jüngste Wahl vom 7. Juni 2009 anwendbar ist, wurde bisher nicht umfassend geprüft.

Nachdem die Verfasserin dem Lesepublikum einen Überblick zum Forschungsstand der Nebenwahlthematik⁶³ gegeben sowie das Nebenwahlkonzept in detaillierter Form vorgestellt hat⁶⁴, soll nun in einem ersten Schritt die Anwendbarkeit des Konzeptes am Beispiel der Wahlsituation in der Bundesrepublik Deutschland anhand der von Reif/Schmitt (1980) hergeleiteten Kriterien geprüft werden. Die Verfasserin wird sich dabei auf die von Reif/Schmitt (1980) benannten Thesen, die der Wichtigkeitsdimension, der Dimension des Umfeldes, der institutionell-prozederalen und der Kampagnendimension⁶⁵ zuzuordnen sind, konzentrieren, da diese sowohl von den Gründungsvätern des Konzeptes als auch von ihr selbst als die ausschlaggebenden angesehen werden. Sowohl die Dimension der Verschiebung politischer Präferenzen als auch die Dimension des sozialen und kulturellen Wandels stellen Besonderheiten dar, die weder neu noch allein für Nebenwahlen bedeutsam sind. Sie werden deshalb in der weiteren Analyse nicht betrachtet.

Zum besseren Verständnis der politischen Situation in der Bundesrepublik soll zuvor kurz die Ausgangslage, in der sich die Parteien vor der Europawahl 2009 befanden, sowie die Kandidaten- und Parteienpräsenz im Wahlumfeld beschrieben werden. Unter Gliederungspunkt 4.3 werden die Wahlergebnisse der deutschen Parteien aufgrund der besseren Übersichtlichkeit kurz erläutert und tabellarisch dargestellt.

⁶² vgl. Gliederungspunkt 3.4

⁶³ vgl. Gliederungspunkt 2

⁶⁴ vgl. Gliederungspunkt 3.2ff.

⁶⁵ vgl. Gliederungspunkt 3.3ff.

4.1 Deutschland vor der Wahl

Nicht nur die deutsche Wahlbeteiligung zur Europawahl 2004 zeigte mit 43,0 Prozent einen Tiefstand, auch die amtierende sozialdemokratische Regierungspartei erlebte ein historisch niedriges Wahlergebnis. Die SPD kam lediglich auf 21,5 Prozent der Stimmen, womit es ihr nicht gelang, ihr selbst erklärtes strategisches Ziel, ein besseres Ergebnis als im Jahr 1999, zu erreichen. Der hohe Stimmenverlust von 9,2 Prozentpunkten (siehe Tab. 9) fußte zum Einen auf dem zum damaligen Zeitpunkt geringen Ansehen der Regierungspartei, zum Anderen wurde ihr aber auch die Unterstützung ihrer eigenen sozialdemokratischen Klientel verweigert.

Tab. 9: Parteianteile bei der Europawahl 2004 in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu 1999

Parteien	Stimmen 2004 in Prozent	Stimmen 1999 in Prozent	Differenz in Prozent
CDU	36,5	39,3	-2,8
CSU	8,0	9,4	-1,4
CDU/CSU	44,5	48,7	-4,2
SPD	21,5	30,7	-9,2
Grüne	11,9	6,4	5,5
PDS	6,1	5,8	0,3
FDP	6,1	3,0	3,1
REP	1,9	1,7	0,2
Die Tierschutzpartei	1,3	0,7	0,6
GRAUE	1,2	0,4	0,8
FAMILIE	1,0	0,0	1,0
NPD	0,9	0,4	0,5
ÖDP	0,6	0,4	0,2
DIE FRAUEN	0,6	0,4	0,2
Deutschland	0,5	-	0,5
Sonstige	1,9	1,4	0,5

Quelle: <http://www.bundeswahlleiter.de>. Letzter Zugriff: 12.01.2011.

Auch die Union erlitt Verluste, blieb mit 44,5 Prozent der erzielten Stimmen und 49 Sitzen im Europaparlament (vgl. Tab. 10) aber mehr als doppelt so stark wie die SPD. Die Opposition erklärte die damalige Europawahl kurzerhand zur Abstimmung über die Politik in Berlin und forderte die Bevölkerung auf, dem Schröder-Kabinett die „rote Karte“ zu zeigen. Tatsächlich schienen bei der Mehrheit der Wähler bundespolitische Motive zu überwiegen, wie die Ergebnisse einer Umfrage von Infratest dimap verdeutlichen. 88 Prozent der Wählerinnen und

Wähler der Unionsparteien verstanden 2004 ihre Stimmenabgabe als Kritik an die zu diesem Zeitpunkt regierende rot-grüne Bundesregierung und 58 Prozent der Wahlberechtigten waren der Ansicht, dass die SPD am Wahlsonntag einen Denkmals verdient (vgl. dazu Infratest dimap 2004: 01ff.).

*Tab. 10: Sitzverteilung der Europawahl 2004 in der Bundesrepublik Deutschland
im Vergleich zu 1999*

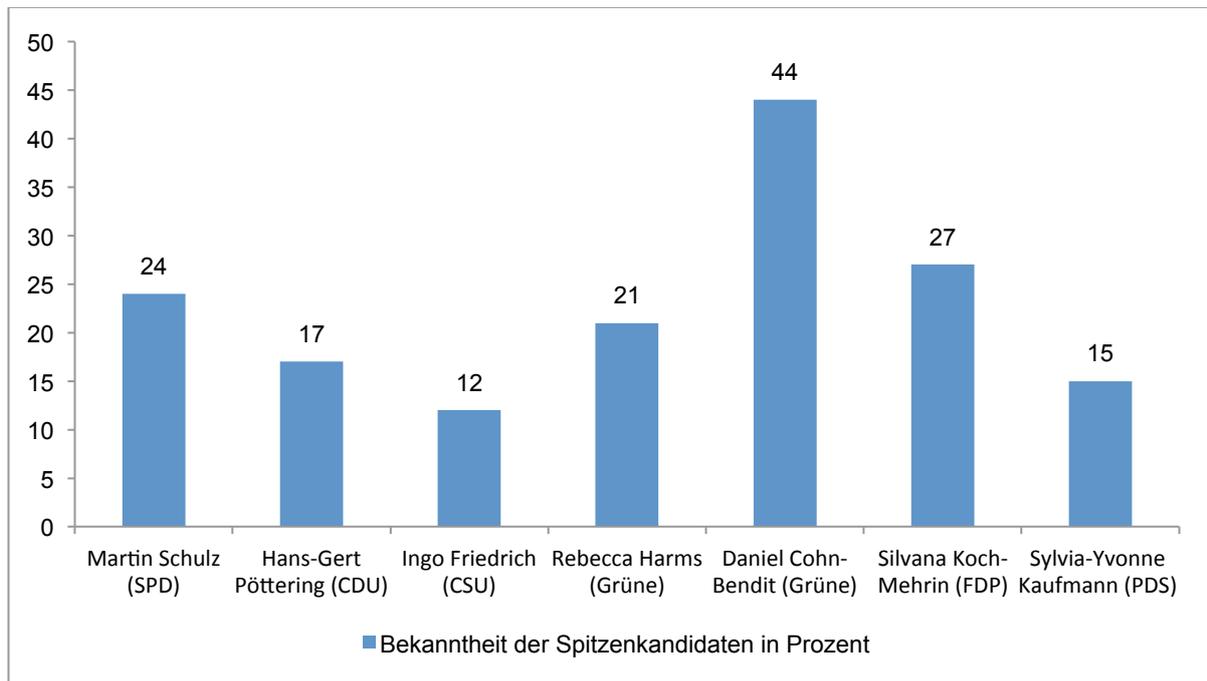
Parteien	Sitze 2004	Sitze 1999	Differenz
CDU	40	43	-3
CSU	9	10	-1
CDU/CSU	49	53	-4
SPD	23	33	-10
FDP	7	0	7
Grüne	13	7	6
PDS	7	6	1
Insgesamt	99	99	0

Quelle: <http://www.bundeswahlleiter.de>. Letzter Zugriff: 12.01.2011.

Zu den Gewinnern der 2004er Wahl zählten insbesondere die kleineren Parteien. Die Grünen gewannen 11,9 Prozent der Stimmen. Der Zuwachs von 5,5 Prozentpunkten im Vergleich zu 1999 wurde auch durch ihre bekannten Außen- und Europapolitiker begünstigt. Neben dem ehemaligen Bundesaußenminister Joschka Fischer besaß vor allem der Spitzenkandidat der Grünen, Daniel Cohn-Bendit, die im Wahlkampf größte Bekanntheit von allen Spitzenkandidaten (siehe Abb. 2).

Auch die Liberalen durften sich zu den Wahlsiegern zählen. Nach zehn Jahren Abwesenheit haben sie 2004 den erneuten Sprung ins Europaparlament geschafft. Der Verdienst dafür ist auch ihrer Spitzenkandidatin Silvana Koch-Mehrin zuzuschreiben, die in der Bevölkerung hohe Bekanntheit erzielte (vgl. Abb. 2). Im Hinblick auf die Bedeutung der FDP für Europa wurden die Liberalen zwar als weniger wichtig als die Grünen empfunden, jedoch vertraten rund 49 Prozent der Bürgerinnen und Bürger die Position, dass auch die FDP in Europa gebraucht würde (vgl. Infratest dimap 2004).

Der PDS (heutigen Linken) ist es 2004 zum zweiten Mal gelungen, in das Europaparlament einzuziehen. Mit 6,1 Prozent der Stimmen hat sie sich um 0,3 Prozentpunkte im Vergleich zu 1999 verbessert (vgl. Tab. 9).

Abb. 2: Bekanntheit der Spitzenkandidaten kurz vor der Europawahl 2004

Quelle: Infratest dimap 2004: 61ff.

Dass die Wahl der Abgeordneten des Europaparlaments entgegen der Interpretation vieler Medien und Politiker nicht zwangsläufig als Testlauf für den Bund anzusehen ist, wurde ein Jahr später, 2005, bewiesen: Lag die Union bei der Europawahl 2004 noch spektakuläre 23 Punkte vor den Sozialdemokraten, so trennte die beiden großen Parteien bei der darauf folgenden Bundestagswahl gerade ein einziger Punkt. Die Europawahlergebnisse in Deutschland sind demnach vor dem Hintergrund der jeweiligen politischen Situation zum Zeitpunkt der Wahl zu sehen. In diesem Zusammenhang wird auch darauf verwiesen, dass Europawahlen schon allein deshalb nicht als Testwahlen für die Entscheidung im Bund geeignet sind, weil bei einer Bundestagswahl deutlich mehr Wählerinnen und Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2009: 55).

Die Wahlbeteiligung in Deutschland, nicht nur das Ergebnis der Sozialdemokraten, war bei der Europawahl 2004 auf ein Rekordtief gefallen. Der Wert von 43,0 Prozent war der Schlechteste, der jemals bei einer bundesweiten Wahl zu verzeichnen war.

4.2 Kandidaten, Parteien und Programme

Im Politbetrieb wird im Vorfeld von Europawahlen oft der unter den Parteien bekannte Scherz gemacht: „*Hast du einen Opa, dann schick ihn nach Europa*“. Es ist kein Geheimnis, dass schon mit der ersten Direktwahl im Jahr 1979 verdiente Staatsmänner zum Ausklang ihrer politischen Karriere nach Brüssel geschickt wurden. 30 Jahre später hatte sich bei der Kandidatenaufstellung einiges verändert: In allen Bundestagsparteien hat ein Europamandat – im Vergleich zu einem Bundestags- oder Landtagsmandat – deutlich an Ansehen und Beachtung gewonnen (Höhne 2009). Höhne (2009: 25) stellt dazu fest, dass sich „*Konturen eines Trends zur Europäisierung der Kandidatenaufstellungen zum Europäischen Parlament*“ abzeichnen. Immer seltener wird das EP als „*Verschiebepbahnhof für gescheiterte oder als Versorgungsstation für ausgemusterte Politiker*“ genutzt. Expertise und Qualifikation der Bewerber seien mittlerweile unverzichtbar für eine chancenreiche Nominierung (Höhne 2009: 27). Für die meisten Delegierten ist es fast selbstverständlich, auf den Aufstellungsversammlungen einen Abgeordneten, dessen Arbeit in Parlament und Partei positiv bewertet wird, wiederzuwählen. Europakompetenz zählt damit als wichtiges Selektionskriterium. Im Gegenschluss heißt dies allerdings, dass es für neue und unerfahrene Kandidaten nicht einfach ist, einen guten Listenplatz mit Parlamentseintrittschancen zu bekommen.

Der Bundesrepublik Deutschland stehen im Europäischen Parlament für die Wahlperiode 2009 bis 2014 zum vorerst letzten Mal 99 Sitze zur Verfügung.⁶⁶ Über dreißig Parteien und sonstige politische Vereinigung mit insgesamt 1196 Kandidaten⁶⁷ bewarben sich um sie. Es war ein Mix aus „*etablierten und engagierten Europapolitikern, degradierten nationalen Politgrößen und Exoten, neben Rallye-Weltmeister oder Kosmonaut (...) kämpften auch eine Präsidententochter und ein Königsenkel um die Sitze*“ (Forschungsgruppe Wahlen 2009:22).

Bei CDU/CSU und SPD werden die Europabewerberaufstellungen weitgehend durch den Regionalproporz und den Wettbewerbsvorteil amtierender Europaabgeordneter dominiert. Die Unionsparteien stellen ihre Kandidaten auf Landeslisten zusammen, die SPD setzt auf die Bundesliste, was der SPD kaum personalpolitische Gestaltungsspielräume bei der Kandidatenauswahl eröffnet. Die CSU und ihr Parteivorsitzender Horst Seehofer hatten sich für

⁶⁶ vgl. Gliederungspunkt 3.1

⁶⁷ vgl. <http://www.stern.de/wahl-2009/europawahl/europawahl-2009-spd-faellt-auf-historisches-tief-702922.html>.
Letzter Zugriff: 18.06.2012.

die ehemalige Kultusministerin Monika Hohlmeier eingesetzt. Dieses Vorhaben konnte sich u.a. deshalb nicht durchsetzen, da die CSU-Bezirksverbände darüber entscheiden, welche Kandidaten auf die Landesliste kommen und Hohlmeier in weiten Teilen der Partei als umstritten gilt. FDP, Grüne und Linke zeigen sich hingegen experimentierfreudiger bei der Aufstellung der Europakandidaten. Einen regionalen Ausgleich nach Landesverbänden können sie wegen der wenigen aussichtsreichen Plätze auf ihren Bundeslisten ohnehin kaum bewerkstelligen (vgl. Höhne 2009: 26).

Die CDU zog wie schon in der vergangenen Europawahl mit einem der profiliertesten Europapolitiker überhaupt in den Wahlkampf. Der 63jährige Jurist Hans-Gert Pöttering gilt als Vorsitzender der EVP-Fraktion nicht nur als hochkompetent, sondern ist darüber hinaus auch der einzige Parlamentarier, der seit der ersten Direktwahl ein Mandat besitzt.

Auch der gelernte Buchhändler Martin Schulz spielt in Europa seit Langem eine zentrale Rolle. Sein Europamandat hat er bereits seit dem Jahr 1994 inne und spätestens seitdem er 2004 zum Vorsitzenden der sozialdemokratischen SPE-Fraktion gewählt wurde, ist er eine Schlüsselfigur im europäischen Parlamentsbetrieb. Trotz des Engagements und der Kompetenz, die Martin Schulz zugesprochen wird, ist er der breiten Öffentlichkeit in Deutschland ebenso wenig bekannt wie sein christdemokratischer Gegenspieler Hans-Gert Pöttering (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2009: 23).

Die FDP, die bislang nur dreimal Mandate im Europaparlament erzielte, schenkte wie schon zur vorangegangenen Wahl der ehemaligen Brüsseler Unternehmerin Silvana Koch-Mehrin ihr Vertrauen. Auf dem Europaparteitag der FDP bestätigten 95,9 Prozent der Delegierten Koch-Mehrin als Spitzenkandidatin. Unter Führung von Koch-Mehrin gelang der FDP 2004 der Wiedereinzug in das EP, nachdem die liberale Partei zehn Jahre lang nicht im Parlament vertreten war. Die FDP ist die einzige der fünf im Parlament vertretenen deutschen Parteien, die gezielt mit einer Europaabgeordneten um Stimmen warb.

Die Grünen nominierten zwei Spitzenkandidaten. Sie benannten die Vizepräsidentin der Grünen im Europaparlament Rebecca Harms sowie den ehemaligen Bundesparteichef Reinhard Bütikofer. Wenngleich sich die Doppelspitze hätte sehen lassen können, spielte die personelle Komponente im Wahlkampf eine untergeordnete Rolle (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2009: 24).

Die Linke schickte einen ihrer prominentesten Bundespolitiker ins Rennen. Lothar Bisky, zum damaligen Zeitpunkt amtierender Parteivorsitzender der Fraktion DIE LINKE, nahm die Kandidatur für seine Partei an. Im letzten Europawahlkampf bemühte sich die Partei vergeblich darum, prominente Politiker wie Lothar Bisky oder Gregor Gysi für die Kandidatenaufstellung zu

gewinnen. Stattdessen wurde die Vorsitzende der PDS-Gruppe im Europäischen Parlament, Sylvia-Yvonne Kaufmann, zur Spitzenkandidatin gekürt.

Trotz der vergleichsweisen „namenhaften“ Besetzung konnten auch 2009 unmittelbar vor der Wahl zum Europaparlament die wenigsten Deutschen sagen, wer Spitzenkandidat der einzelnen Parteien ist. In einer Umfrage für das Wochenmagazin *stern*⁶⁸ wussten lediglich zwei Prozent, dass der Spitzenkandidat der CDU und zum Zeitpunkt der Wahl gleichzeitig auch Präsident des Europaparlaments, Hans-Gert Pöttering, heißt. Auf die Frage nach dem SPD-Spitzenkandidaten, Martin Schulz, haben sechs Prozent der Befragten richtig geantwortet. Ebenfalls sechs Prozent wussten, dass Lothar Bisky die Liste der Linkspartei anführt. Den Spitzenkandidaten der deutschen Grünen, Reinhard Bütikofer, kannten vier Prozent. Schlusslichter waren CSU-Frontmann Markus Ferber und die Grünen-Kandidaten Rebecca Harms, deren Namen lediglich von einem Prozent der Befragten benannt werden konnten. Ähnlich wie im Jahr 2004 konnte sich auch 2009 die Spitzenkandidatin der Liberalen, Silvana Koch-Mehrin, an einem relativ hohen Bekanntheitsgrad erfreuen. 13 Prozent antworteten auf die Frage nach dem FDP-Spitzenkandidaten mit ihrem Namen. Die jeweiligen Spitzenleute waren aber nicht nur für große Teile der Wahlbevölkerung unbekannt, auch die wenigsten Anhänger der Parteien selbst konnten spontan die Namen des politischen Spitzenpersonals zur Europawahl angeben. Pöttering kam auch unter den CDU-Wählern nur auf drei Prozent, Schulz wurde von 13 Prozent der SPD-Anhänger richtig benannt, Bisky von zwölf Prozent der Linken-Wähler und Bütikofer von sieben Prozent der Wählerinnen und Wähler der Partei Bündnis90/Die Grünen. Das beste Ergebnis erzielte auch hier Koch-Mehrin, die von 26 Prozent der FDP-Sympathisanten richtig benannt wurde.

Zur Europawahl am 7. Juni 2009 warben in der Bundesrepublik Deutschland 32 Parteien, Wählervereinigungen und sonstige politische Gruppen um die Stimmen des Wählerpublikums (siehe Tab. 11). Die Wahlvorschläge wurden entweder in Form einer gemeinsamen Liste beim Bundeswahlleiter oder aber in Form von Landeslisten bei den zuständigen Landeswahlleitern eingereicht. Abgesehen von CDU und CSU reichten alle zugelassenen Parteien ihre Wahlvorschläge mit gemeinsamen Listen für alle Bundesländer ein.⁶⁹

⁶⁸ vgl. Ergebnisse der Umfrage unter <http://www.stern.de/politik/deutschland/stern-umfrage-zur-europawahl-keiner-kennt-die-spitzenkandidaten-702461.html>. Letzter Zugriff: 12.03.2013.

⁶⁹ CDU und CSU stimmten separat über ihre Kandidatenaufstellungen ab. Die CSU trat nur im Bundesland Bayern selbst an, demzufolge stellte die CDU lediglich 15 in Listenverbindung stehende Landeslisten auf.

Tab. 11: Zur Europawahl 2009 zugelassene deutsche Parteien

Anzahl	Kürzel	Parteiename
1	50 Plus	50 Plus Das Generationen-Bündnis
2	ab jetzt	ab jetzt... Bündnis für Deutschland, für Demokratie durch Volksabstimmung
3	AUF	Partei für Arbeit, Umwelt und Familie
4	Aufbruch	Aufbruch für Bürgerrechte
5	BP	Bayernpartei
6	BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
7	CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
8	CM	CHRISTLICHE MITTE - Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten
9	CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.
10	DKP	Deutsche Kommunistische Partei
11	DVU	Deutsche Volksunion
12	EDE	Europa-Demokratie-Esperanto
13	Familie	Familien-Partei Deutschlands
14	FBI	Freie Bürger-Initiative
15	FDP	Freie Demokratische Partei
16	Frauen	Feministische Partei - Die Frauen
17	FW	Freie Wähler
18	Graue	Die Grauen - Generationspartei
19	Grüne	Bündnis 90/Die Grünen
20	Linke	Die Linke
21	Newrop	Newropeans
22	ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei
23	PBC	Partei Bibeltreuer Christen
24	Piraten	Piratenpartei Deutschland
25	PSG	Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale
26	Rentner	Rentner-Partei-Deutschland
27	REP	DIE REPUBLIKANER
28	RRP	Rentnerinnen und Rentner Partei
29	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
30	Tier	Die Tierschutzpartei - Mensch Umwelt Tierschutz
31	Violett	Die Violetten - für spirituelle Politik
32	Wgvolk	Wählergemeinschaft für Volksentscheide

Quelle: Eigene Darstellung

Die Richtlinien für die Wahlprogramme der deutschen Parteien⁷⁰ geben die übergeordneten europäischen Parteien vor. Die „Mutterpartei“ der christdemokratischen Parteien, die EVP, hat ihren auf die Europawahl ausgerichteten Kongress erst spät am 29./30. April 2009 in Warschau abgehalten. Im Wahlprogramm werden die fünf Hauptthemen „Wohlstand für alle“, „Für ein

⁷⁰ Das Formulieren eines Programms ist eine der zentralen Aufgaben einer Partei. Ohne eigenes Programm kann eine deutsche Partei nach deutschem Parteiengesetz nicht als solche anerkannt werden. „Mit ihrer Programmatik gewinnen bzw. verlieren Parteien Wahlen, binden neue Mitglieder an sich oder lösen innerparteiliche Konflikte“ (Treibel 2010: 89).

sicheres Europa“, „Bekämpfung des Klimawandels“, „Bewältigung des demografischen Wandels“ und „Ein geeintes Europa in der Welt“ benannt. CDU/CSU versuchten, im deutschen Europawahlkampf den Bürgerinnen und Bürgern insbesondere die Vorteile der europäischen Einigung näherzubringen und sich bei der Frage des Türkei-Beitritts in die Europäische Union⁷¹ zu positionieren. Für die Unionsparteien war es nach Aussage ihres Spitzenkandidaten Pöttering dabei wichtig, mit einem „*proeuropäischen Programm den Wahlkampf zu gestalten*“ (Pöttering 2009b: 34).

Die SPE verabschiedete ihr Wahlmanifest unter dem Motto „Der Mensch im Mittelpunkt: Eine neue Richtung für Europa.“ einstimmig auf ihrem Kongress in Madrid im Dezember 2008. Bei der Europawahl müsse dafür gekämpft werden, dass der Lebensstandard aller Arbeiter vor der Rezession geschützt wird. Darüber hinaus stünde die SPE für den Klimaschutz ein und fordere den Erhalt und Ausbau der sozialen Gerechtigkeit sowie Gerechtigkeit und Fairness in der globalisierten Welt (vgl. dazu auch Hrbek 2009: 196).

Das Manifest der europäischen Liberalen, der ELDR, wurde auf einem Kongress in Stockholm am 31.10.2008 beschlossen. Es trägt den Titel: „Die Top 15 der Europäischen Liberalen für die Wahlen zum Europaparlament 2009“. Die insgesamt 15 Punkte werden unter vier Hauptkapiteln abgehandelt: Bürgerrechte, EU-Binnenmarkt, Wachstum und Beschäftigung; Umwelt- und Energiepolitik; EU-Erweiterung; Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die deutschen Liberalen haben neben der Zustimmung zur Spitzenkandidatin Koch-Mehrin auf ihrem Europaparteitag auch dem Entwurf des Europawahlprogramms „Ein Europa der Freiheit für die Welt des 21. Jahrhunderts“ zugestimmt. Die deutschen Liberalen plädieren für die Vertiefung der Europäischen Union und eine gemeinsame europäische Außenpolitik sowie einen europäischen Außenminister. Kritisiert wird die „Regulierungswut der EU“, stattdessen wird für die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips geworben. Nach Meinung der FDP würden eine Reihe überflüssiger Verbote, wie das Verbot der Glühbirne, erlassen oder gefordert. *„Europa müsse sich auf wesentliche Aufgaben beschränken. Die EU wird verständlicher, wenn sie ihre Kraft aus der Beschränkung auf das Wesentliche schöpft.“*⁷²

Zur Thematik der EU-Erweiterung und der besonderen Frage des Türkei-Beitritts hält die FDP in ihrem Programm fest, dass auch Staaten des westlichen Balkans und die Ukraine eine „*mittel- bis langfristige*“ Beitrittsperspektive erhalten sollen. Es heißt:

⁷¹ Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen (2009: 35) kommen zu dem Ergebnis, dass die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union mehrheitlich (59 Prozent) abgelehnt wird. Nur 36 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass die Türkei in einigen Jahren EU-Mitglied werden sollte. 5 Prozent gaben keine Aussage dazu.

⁷² vgl. Freie Demokratische Partei (2009: 03)

„Die Entscheidung über einen EU-Beitritt der Türkei steht in der kommenden Legislaturperiode noch nicht an. Die Türkei hat zwar eine Reihe wichtiger Reformschritte gemacht, in vielen Bereichen gibt es aber noch erhebliche Defizite, die EU-Standards (Kopenhagener Kriterien), die für einen Beitritt erfüllt sein müssen, zu erreichen. Schlüssel für den Beitritt zur EU sind die Umsetzung der Reformen in der Türkei und die Aufnahmefähigkeit der EU.“⁷³

Am 27. und 28. März fand in Brüssel im Europäischen Parlament der „European Green Party Election Congress“ statt. Hier wurde das umfangreiche Manifest der europäischen Grünen verabschiedet. Es hat 158 Seiten und trägt den Titel „A Green New Deal for Europe“. Die Grüne-Fraktion verstehen darunter *„ein Europa der Solidarität, das seinen Bürgern eine vernünftige Lebensqualität auf der Grundlage wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit garantieren kann“* (Hrbek 2009: 197).

Die europäische Linke beschloss ihre Wahlplattform am 29.11.2008 in Berlin unter dem Titel: *„Gemeinsam für den Wechsel in Europa! Das Europa des 21. Jahrhunderts braucht Frieden, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Solidarität!“*. Dem Vertrag von Lissabon steht die Partei skeptisch gegenüber und kritisiert, die wirtschaftliche Entwicklung nur über die Förderung des Binnenmarktes anzustreben. Es müsse eine Garantie auf Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit geben. Sie fordert in diesem Zusammenhang ein Mindesteinkommen (Hrbek 2009: 198).

Die Universität Hohenheim untersuchte die Wahlprogramme der deutschen Parteien zur Europawahl 2009⁷⁴. Die politischen Konzepte wurden nach den Kriterien „Satzkomplexität“, „Fachsprache“ sowie „Formulierung“ analysiert. Unter Einbeziehung eines errechneten Verständlichkeitswertes von 0 (unverständlich) bis 20 (maximal verständlich) fanden die Wissenschaftler heraus, dass die CSU mit 10,24 Punkten ihren Wählern das sprachlich verständlichste Programm bot. Das sprachlich unverständlichste Programm lieferte die SPD. Studienleiter und Parteienforscher Frank Brettschneider sieht darin einen Grund für niedrige Beteiligungsraten bei Europawahlen:

⁷³ vgl. FDP (2009: 5f.)

⁷⁴ vgl. Bündnis 90/Die Grünen (2009); CDU (2009); CSU (2009); FDP (2009); SPD (2009), Die Linke (2009)

„Es ist fast so schwierig zu lesen wie eine politikwissenschaftliche Doktorarbeit. (Die) Parteien geben sich kaum Mühe, den Bürgern ihre Europapolitik verständlich zu machen. Eine niedrige Wahlbeteiligung würde mich nicht wundern“. (Focus 2009)

4.3 Kurzübersicht des Wahlergebnisses

Mit 43,3 Prozent (+0,3) fällt die Wahlbeteiligung in Deutschland bei der Europawahl 2009 marginal höher aus als bei der Europawahl 2004. Damit liegt sie leicht über dem europäischen Durchschnittswert von 43,1 Prozent. Die Beteiligung an der Wahl schwankt in den unterschiedlichen Regionen Deutschlands zum Teil erheblich. Zwischen den beiden Bundesländern mit der jeweils höchsten und niedrigsten Wahlbeteiligung liegen fast 29 Prozentpunkte. 58,6 Prozent wählten im Saarland, dagegen machten nur 29,9 Prozent der Wahlberechtigten in Brandenburg von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Zwischen Ost und West insgesamt gibt es bei den Beteiligungsquoten von 42,1 Prozent bzw. 43,6 Prozent dagegen keinen großen Unterschied (vgl. Tab. 12).

Trotz erheblicher Verluste bleiben CDU/CSU auch bei der Europawahl 2009 wieder stärkste politische Kraft im EP. Die Union verliert 6,7 Prozentpunkte (vgl. Tab. 13) und erreicht ein Ergebnis von 37,9 Prozent. Dabei erzielt die CDU 30,7 Prozent der Stimmen (-5,9 Prozent) und die CSU 7,2 Prozent (-0,8 Prozent). Bei der Wahlbeteiligung von 43,3 Prozent wird die Union mit 9.966.760 absoluten Stimmen von rund einem Sechstel aller Wahlberechtigten gewählt (Forschungsgruppe Wahlen 2009: 10).

Ein anderes Bild zeigt sich in der Betrachtung des Ergebnisses der Sozialdemokraten, die mit 5.471.703 der absoluten Stimmen von nur neun Prozent der Wahlberechtigten Zuspruch erhielten. Mit einem Parteianteil von 20,8 Prozent des Stimmenergebnisses wiederholen sie ihr unzureichendes Ergebnis von 2004 und fallen mit Verlusten von 0,7 Prozentpunkten auf ihr bislang schlechtestes Ergebnis bei einer bundesweiten Wahl zurück (vgl. Tab. 13).

Grüne, FDP und Linke haben bei der Europawahl 2009 Stimmen hinzugewonnen. Nach einem leichten Plus von 0,2 Prozentpunkten blieben die Grünen stärkste Kraft unter den kleineren Parteien und entsendeten 14 der 99 deutschen Abgeordneten ins Europäische Parlament. Dahinter die FDP, die ihren Stimmenanteil fast verdoppeln kann und mit elf Prozent (+4,9 Prozentpunkte) ihr bisher bestes Ergebnis bei einer Europawahl erreicht hat (vgl. Tab. 12 und

13). Nachdem sie seit 1979 bislang nur dreimal überhaupt Mandate erzielt hat, erhielt die FDP nun zwölf Sitze. Die Linke kommt mit 7,5 Prozent ebenfalls auf ihr bestes Resultat und stellt derzeit acht Abgeordnete.

Tab 12: Europawahl 2009 in Deutschland:

Wahlbeteiligung und Parteianteile in den Bundesländern

Alle Werte in %	WB	CDU/CSU	SPD	GRÜNE	LINKE	FDP	Sonstige
Bundesländer ohne Zusatzwahl							
Schleswig-Holstein	36,8	37,9	24,6	13,5	3,9	12,7	7,4
Hamburg	34,7	29,7	25,4	20,5	6,7	11,1	6,5
Niedersachsen	40,5	39,2	27,2	12,5	4,0	10,2	6,8
Bremen	38,9	24,5	29,3	22,1	7,2	8,9	8,0
Nordrhein-Westfalen	41,8	38,0	25,6	12,5	4,6	12,3	7,0
Hessen	37,9	36,4	24,4	15,0	3,9	12,6	7,6
Bayern	42,4	48,1	12,9	11,5	2,3	9,0	16,2
Berlin	35,1	24,3	18,8	23,6	14,7	8,7	9,9
Brandenburg	29,9	22,5	22,8	8,4	26,0	7,4	13,0
Bundesländer mit Zusatzwahl							
Rheinland-Pfalz	55,6	39,9	25,7	9,5	3,5	11,1	10,3
Baden-Württemberg	51,9	38,7	18,1	15,0	3,0	14,1	11,2
Saarland	58,6	35,9	26,6	7,7	12,0	8,1	9,7
Mecklenburg-Vorpommern	46,7	32,3	16,7	5,5	23,5	7,6	14,3
Sachsen	47,6	35,3	11,7	6,7	20,1	9,8	16,4
Sachsen-Anhalt	37,8	29,1	18,1	5,4	23,6	8,6	15,2
Thüringen	53,0	31,1	15,7	5,8	23,8	8,2	15,5
BUNDESLÄNDER							
ohne Zusatzwahl	39,8	38,8	22,2	13,3	5,3	10,8	9,6
mit Zusatzwahl	50,3	35,3	18,4	10,2	11,1	11,2	12,7
GEBIET							
West mit Berlin-West	43,6	39,6	21,9	13,2	3,9	11,5	9,8
Ost mit Berlin-Ost	42,1	30,2	15,9	7,3	23,2	8,4	15,0
WAHLERGEBNIS	43,3	37,9	20,8	12,1	7,5	11,0	10,8

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (2009: 15)

Von den sonstigen Parteien, die mit insgesamt 10,8 Prozent (+1,0) wie schon bei den Europawahlen 1989, 1994 und 2004 gut ein Zehntel aller Stimmen auf sich vereinen konnten, hat keine den Sprung ins Parlament geschafft. Das beste Ergebnis unter den kleinsten Parteien erzielten mit 1,7 Prozent die Freien Wähler, gefolgt von den Republikanern mit 1,3 Prozent, der Tierschutzpartei mit 1,1 Prozent sowie der Familien-Partei mit 1,0 Prozent aller abgegebenen Stimmen.

Tab. 13: Differenz 2004 in Prozentpunkten

Alle Werte in %	WB	CDU/CSU	SPD	GRÜNE	Linke	FDP	Sonstige
Bundesländer ohne Zusatzwahl							
Schleswig-Holstein	0,4	-9,1	-0,8	0,3	2,1	6,4	1,1
Hamburg	-0,2	-7,0	0,1	-4,1	3,9	5,6	1,3
Niedersachsen	0,4	-6,3	-0,6	0,4	2,2	3,9	0,4
Bremen	1,6	-3,5	-1,2	-0,2	3,5	2,6	-1,3
Nordrhein-Westfalen	0,7	-6,9	-0,1	-0,1	2,5	4,8	-0,2
Hessen	0,1	-4,8	-0,1	0,0	1,8	5,0	-1,9
Bayern	2,7	-9,3	-2,4	-0,2	1,4	4,8	5,6
Berlin	-3,5	-2,1	-0,4	0,8	0,3	3,4	-2,1
Brandenburg	3,0	-1,5	2,3	0,6	-4,9	2,7	0,9
Bundesländer mit Zusatzwahl							
Rheinland-Pfalz	-2,7	-7,5	0,0	0,4	2,3	4,6	0,1
Baden-Württemberg	-1,2	-8,7	-1,5	0,6	1,9	7,3	0,5
Saarland	1,4	-8,7	-3,4	-0,1	10,0	3,6	-1,4
Mecklenburg-Vorpommern	1,6	-10,1	0,6	0,7	1,8	3,7	3,2
Sachsen	1,5	-1,2	-0,2	0,6	-3,4	4,6	-0,4
Sachsen-Anhalt	-4,2	-5,2	-0,4	0,9	0,1	3,0	1,7
Thüringen	-0,7	-6,7	0,3	0,3	-1,5	4,0	3,7
BUNDESLÄNDER							
ohne Zusatzwahl	0,9	-6,5	-0,8	-0,1	1,8	4,6	1,1
mit Zusatzwahl	-0,9	-6,9	-0,8	0,6	0,9	5,3	0,7
GEBIET							
West mit Berlin-West	0,4	-7,3	-1,0	0,0	2,2	5,2	0,9
Ost mit Berlin-Ost	0,1	-4,0	0,3	0,7	-2,0	3,7	1,3
WAHLERGEBNIS	0,3	-6,7	-0,7	0,2	1,4	4,9	1,0

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (2009: 15)

Beim Blick auf die Ergebnisse einzelner Bundesländer (vgl. Tab. 12) gibt es das beste Detailresultat einer Partei in Bayern. Hier gewann die CSU 48,1 Prozent der Stimmen, war aber von hohen Verlusten (9,3 Prozentpunkte) gezeichnet. Gerade in Bayern war die Europawahl 2009 stark von innenpolitischen Aspekten geprägt. Nach den Wechseln an der Spitze von Partei und Staat 2007 und dem historischen Ergebnis der Landtagswahl von September 2008, das die CSU zu einem erneuten Führungswechsel und einer Koalition mit der FDP drängte, wurde das Ergebnis als Indikator für den „aktuellen Marktwert“ der CSU interpretiert. Die Frage, ob die CSU die Fünf-Prozent-Hürde bundesweit mglw. nicht überschreiten kann, erhielt während des gesamten Wahlkampfes besondere Aufmerksamkeit. Die CSU wäre dann erstmals seit 1979 nicht mit eigenen Abgeordneten im EP vertreten gewesen (vgl. dazu auch Hirscher 2009: 06). Grund für die Mutmaßungen über ein Ausscheiden der CSU aus dem Europaparlament war das

plötzliche Auftreten der neuen Partei der Freien Wähler, die bei der vorausgegangenen Landtagswahl am 28. September 2008 aus dem Stand 10,2 Prozent der Stimmen erhielten.⁷⁵ Ihren Aufschwung konnten sie bei der Europawahl aber nicht fortsetzen. Sie erreichten in Bayern 6,7 Prozent und kamen bundesweit nur auf 1,7 Prozent. Insgesamt kamen 60 Prozent aller deutschen Stimmen für die Freien Wähler aus Bayern (vgl. Hirscher 2009: 06).

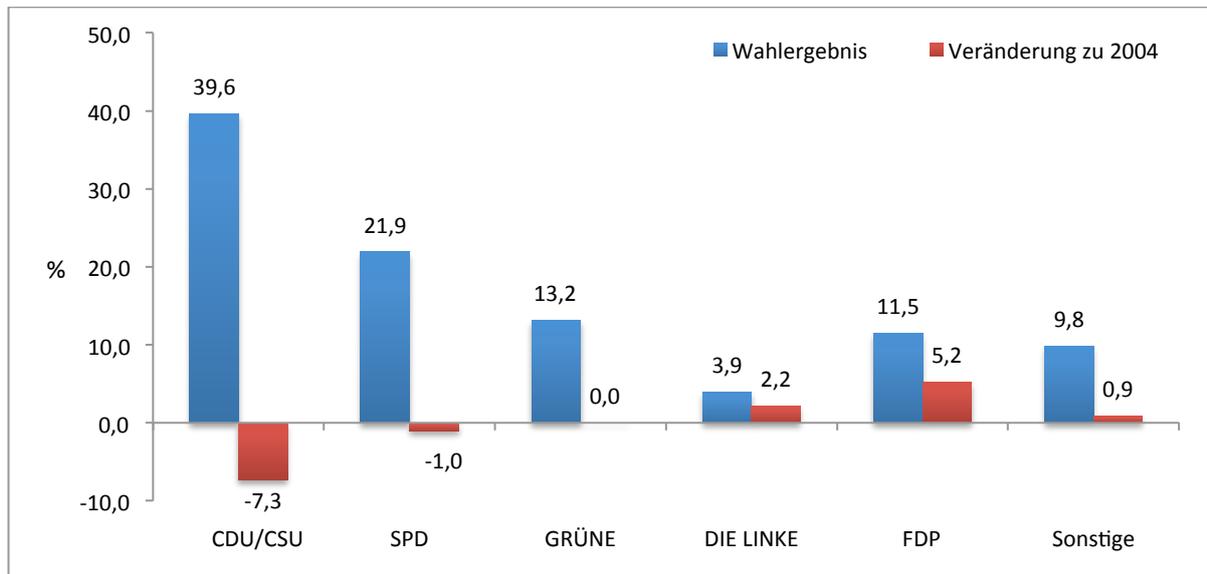
Noch stärkere Verluste einer Partei gab es nur in Mecklenburg-Vorpommern (MV), wo die CDU 10,1 Prozent der Stimmen verlor. Das ist erstaunlich vor dem Hintergrund, dass die CDU noch bei den Europawahlen 1999 und 2004 mit 45,9 Prozent bzw. 42,5 Prozent in MV zwei ihrer besten Ergebnisse (vgl. Jesse 2009a: 970) überhaupt erzielen konnte. Besonders schwach ist die CDU in Brandenburg. Hier wird sie mit 22,5 Prozent hinter der SPD (22,8) drittstärkste Kraft. Mit 26,0 Prozent der Stimmen gewinnen die Linken die Wahl in Brandenburg. Das stärkste Plus hat die Linke im Saarland erzielt, wo sie zweistellig zugelegt und ihr mit Abstand bestes Ergebnis im Westen erreicht hat. Ein Grund dafür liegt sicher darin, dass der prominente Linken-Politiker Oskar Lafontaine im Saarland seine Heimat hat. Die SPD hatte hier mit 3,4 Prozentpunkten ihre stärksten Verluste, war mit 26,6 Prozent aber weiter knapp vor den Linken. Die Grünen sind auch 2009 besonders in den Stadtstaaten stark. In Berlin (23,6 Prozent), Bremen (22,1 Prozent) und Hamburg (20,5 Prozent) erreichten sie die 20-Prozent-Marke. Besonders bemerkenswert ist das Ergebnis der Grünen in der Hauptstadt, weil die Fraktion hier weniger als einem Prozentpunkt vom Wahlsieger CDU/CSU (24,3 Prozent) entfernt war. Die FDP hatte ihre größten Zuwächse in Baden-Württemberg (+7,3 Prozentpunkte) und in Schleswig-Holstein (+6,4 Prozentpunkte), wo sie im Bundesländervergleich zur Europawahl 2009 gleichzeitig ihre besten Ergebnisse verbuchen konnte.

Während wie oben ausgeführt, bei der Beteiligung an der Europawahl zwischen Ost und West insgesamt nur geringe Unterschiede auftreten, gibt es beim Abschneiden der Parteien aus Ost-West-Perspektive auffallende Differenzen (vgl. dazu Abb. 3 und 4). Im Westen der Republik liegen Union, SPD, Grüne und FDP etwas über ihrem Gesamtergebnis der Europawahl 2009, Linke und in der Summe auch die sonstigen Parteien liegen etwas darunter. Ganz anders im Osten Deutschlands: Hier liegt die CDU mit 30,2 Prozent fast zehn Prozentpunkte hinter dem Unionsergebnis im Westen, die SPD erreicht kaum verändert lediglich 15,9 Prozent und rangiert damit klar hinter der Linken, die im Osten trotz Verlusten mit 23,2 Prozent zweitstärkste Kraft bleibt. FDP und Grüne können analog ihrem Gesamtergebnis bei dieser Europawahl im Osten

⁷⁵ https://www.statistik.bayern.de/presse/archiv/2008/ltw_8_2008.php. Letzter Zugriff: 13.08.2010.

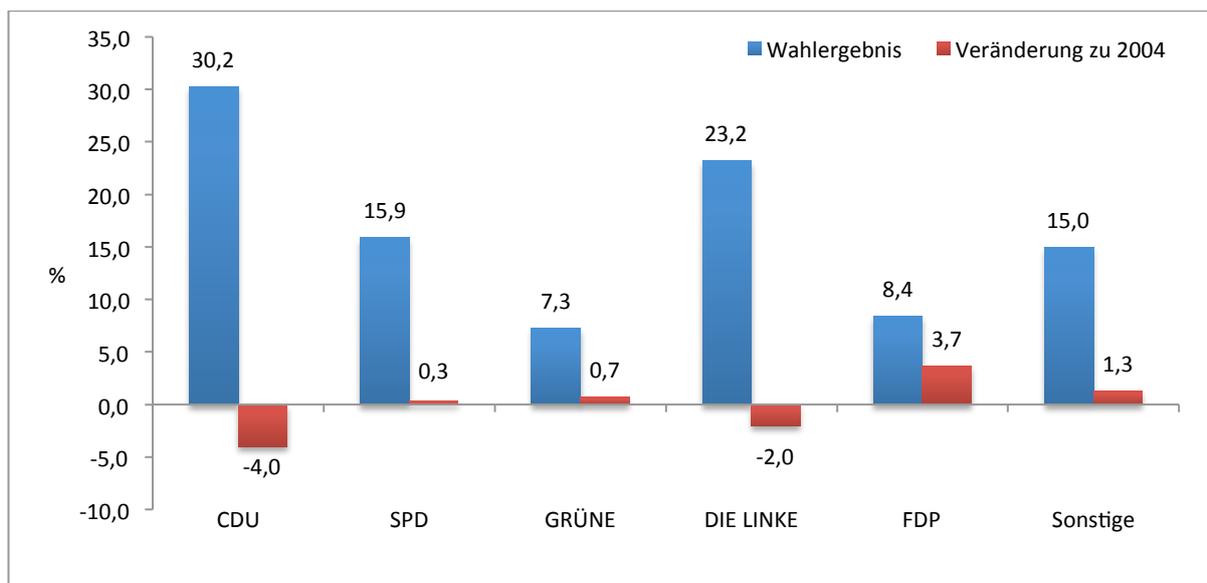
zulegen, wobei die Freidemokraten in diesem Teil der Republik etwas besser abschneiden als die Grünen. Es verbleiben die „Sonstigen Parteien“, die im Osten mit 15,0 Prozent erheblich stärker sind als mit 9,8 Prozent im Westen (Forschungsgruppe Wahlen 2009: 11).

Abb. 3: Endergebnis der Europawahl 2009: West



Quelle: Eigene Darstellung

Abb. 4: Endergebnis der Europawahl 2009: Ost



Quelle: Eigene Darstellung

4.4 Prüfung der Gültigkeit des Nebenwahlkonzeptes

Die theoretischen Ausgangsbedingungen wurden bis hierher umfassend dargelegt. Im Weiteren wird der von Reif/Schmitt (1980) entwickelte Analyserahmen für Nebenwahlen auf die Ergebnisse der Europawahl 2009 angewendet werden. Wie bereits ausgeführt, sind die Erkenntnisse Reifs/Schmitts (1980) zu den Dimensionen der Verschiebung der politischen Präferenzen und des sozialen und kulturellen Wandels weder neu noch greifen sie ausschließlich für Nebenwahlen.⁷⁶ Aus diesem Grund werden sie in der weiteren Untersuchung nicht betrachtet.

4.4.1 Ergebnisse in der Wichtigkeitsdimension

In der Wichtigkeitsdimension machen Reif/Schmitt (1980) ihre bedeutendsten Kriterien für die Analyse von Nebenwahlen aus: geringe Wahlbeteiligung, Stimmenverlust für Regierungsparteien, Stimmengewinn für kleine und neue Parteien und ein hoher Anteil ungültiger Stimmen. Dazu werden die Ergebnisse der Europawahl 2009 in Deutschland mit den Erkenntnissen Reifs/Schmitts (1980) verglichen und dargelegt.

4.4.1.1 Wahlbeteiligung

In dem von Reif/Schmitt (1980) entwickelten Nebenwahlkonzept gilt eine in Nebenwahlen geringere Wahlbeteiligung im Vergleich zur vorausgegangenen nationalen Hauptwahl als zentrales Merkmal. Dass auch 2009 wieder von einer geringen Partizipation der Deutschen auszugehen war, ließ ein Rückblick auf die Beteiligung vergangener Europawahlen vermuten (siehe Tab. 14). Seit 1999 fiel sie deutlich unter die von Hegewald/Schmitt (2009: 10) gezogene „Schmerzgrenze von 50 Prozent“.

⁷⁶ vgl. dazu Gliederungspunkt 3.3.5 und 3.3.6

Tab. 14: Wahlbeteiligung bei Europawahlen in der Bundesrepublik seit 1979

Jahr	Wahlbeteiligung in Prozent
1979	65,7
1984	56,8
1989	62,3
1994	60,0
1999	45,2
2004	43,0
2009	43,3
Differenz 09/04	0,3

Quelle: Eigene Darstellung nach gelisteten Daten www.election.de. Letzter Zugriff: 14.09.2013

Mit nur 43,3 Prozent der wahlberechtigten Deutschen (43,7 Prozent in den alten und 42,7 Prozent in den neuen Bundesländern) stabilisiert sich die Wahlbeteiligung mit einer minimalen Steigerung um 0,3 Prozentpunkte auf einem insgesamt niedrigen Niveau. Im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl (als nationale Hauptwahl) im Jahr 2005 beteiligten sich 34,4 Prozent weniger (vgl. Tab. 15). Die Wahlbeteiligung liegt damit weit unter der Beteiligungsquote der nationalen Parlamentswahl von 77,7 Prozent.

Tab. 15: Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 in der Bundesrepublik im Vergleich zur vorangegangenen Hauptwahl

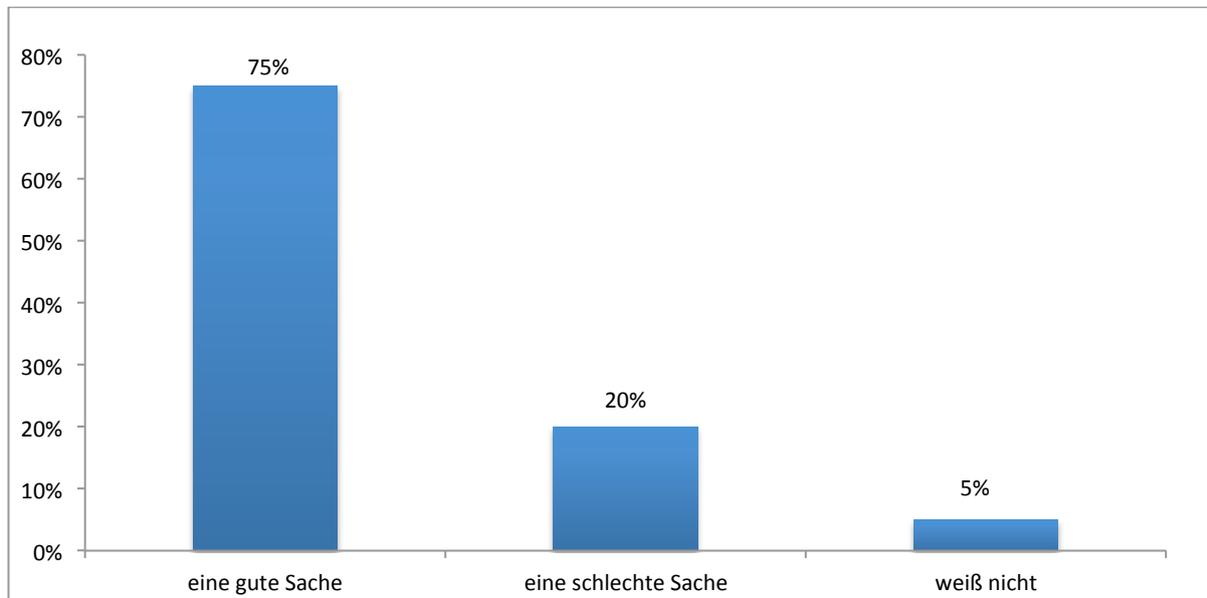
	Anzahl EW 2009	in Prozent	Anzahl BTW 2005	in Prozent	Differenz
Wahlberechtigte	62.202.967	100	61.870.711	100	0,0
Wahlbeteiligung	26.924.813	43,3	48.044.134	77,7	-34,4

Quelle: Eigene Darstellung nach gelisteten Daten der Dokumentation der CDU-Bundesgeschäftsstelle zur Europawahl 2009. 08.06.2013

Der Verdacht, es könne Verdruss oder Europaskepsis für die niedrige Wahlbeteiligung bei Europawahlen verantwortlich sein, liegt nahe. Umfragen zeigen aber, dass der europäische Einigungsprozess und auch die gemeinschaftliche Problemlösung in verschiedenen Politikbereichen von den Bürgern in Deutschland positiv wahrgenommen werden. Gefragt nach dem Einigungsprozess halten ihn drei Viertel der Deutschen für eine gute Sache, nur 20 Prozent finden ihn schlecht, fünf Prozent antworten mit „weiß nicht“ (siehe Abb. 5). Auch denkt eine Mehrheit der Befragten (48 Prozent), dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Union der

deutschen Bevölkerung mehr Vor- als Nachteile bringt. Für 26 Prozent überwogen zum Zeitpunkt der Wahl die Vorteile, für nur 22 Prozent die Nachteile (vgl. dazu Forschungsgruppe Wahlen 2009: 34).

Abb. 5: Die Europäische Einigung ist...



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (2009: 34)

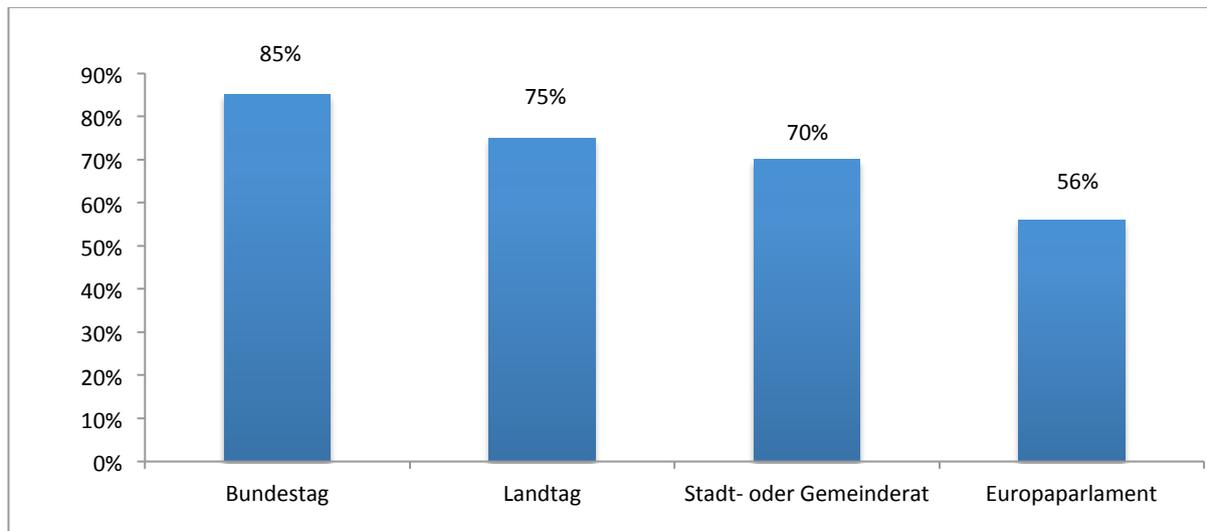
Auch auf die Frage nach einer generellen Legitimationskrise innerhalb der EU, für welche die geringe Wahlbeteiligung ein Indiz sein könne, findet sich nach Hegewald/Schmitt (2009: 11f) eine klare Antwort. Zur Grundvoraussetzung für Legitimität und Vertrauen zählt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die zentralen politischen Institutionen. Ein Vertrauensverlust schwächt die politischen Institutionen und das gesamte politische System. Nach den Ergebnissen von Hegewald/Schmitt (2009) bringen die Deutschen unter den europäischen Institutionen dem Europäischen Gerichtshof (EUGH, 68 Prozent) sowie der Zentralbank (61 Prozent) das größte Vertrauen entgegen. Jeweils etwa jeder zweite Bundesbürger vertraut dem Europäischen Parlament als Akteur (52 Prozent), dem Europäischen Rechnungshof (49 Prozent) und der Europäischen Kommission (46 Prozent). Ein Vergleich zur Bundesebene zeigt, dass auch hier die politikunabhängigen Instanzen (wie der EUGH und die Zentralbank auf europäischer Ebene) höheres Vertrauen als die politischen Institutionen erhalten. Die Vertrauenshierarchie führt auf nationaler Ebene das Bundesverfassungsgericht an. Hegewald/Schmitt (2009: 12) stellen fest, dass ein Vertrauensdefizit in die EU und in ihre politischen Institutionen keine Ursache für die

geringe Wahlbeteiligung ist, vielmehr liege ein erhebliches Informationsdefizit über die Arbeit des Europaparlaments vor.

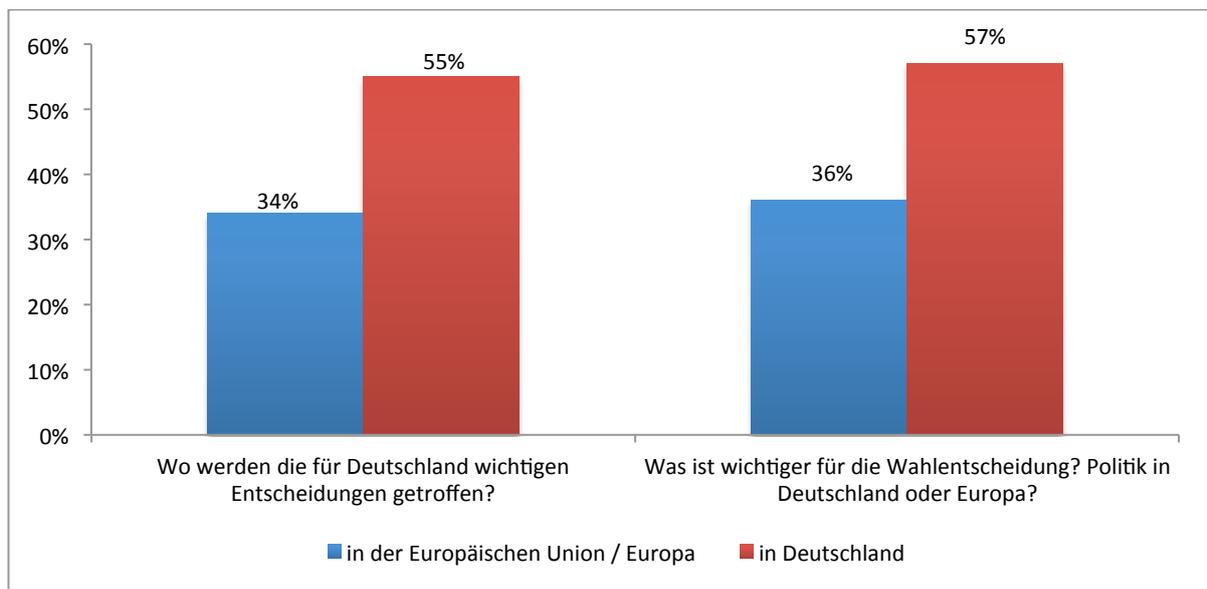
Folglich scheinen Uninformiertheit des Elektorats und die als gering wahrgenommene Bedeutung der europäischen Parlamentsebene für die niedrige Partizipation verantwortlich zu sein. Schon in der Medienberichterstattung 2004 wurde die geringe Beteiligung an der Wahl mit dem „*mangelhaften Wissen über die in den vergangenen Jahren gewachsene Bedeutung des Europäischen Parlaments*“ (Nonnenmacher 2004: 01) begründet. 2004 gaben 68 Prozent der Wahlberechtigten an, über die Politik, Institutionen und Gremien der Europäischen Union wenig oder überhaupt nichts zu wissen (vgl. Infratest dimap 2004: 04). Obwohl immer mehr Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden, ist den meisten Bürgern die Politik in Brüssel und Straßburg fremd. In Irland wurde 2009 mit dem Slogan geworben „If you don't know vote no“. Dieses Problem ist ernst zu nehmen, denn wer nicht informiert ist, dem fällt es schwer, politische Entscheidungen zu treffen. Vor dem Hintergrund, dass sich die meisten der nationalen und europäischen Institutionen auf vielfältige Weise bemühen, die Öffentlichkeit zu informieren⁷⁷, stellt sich die Frage, worin dieses Informationsdefizit, dass mit einer niedrigen Wahlbeteiligung einhergeht, begründet ist.

Pöttering (2009b: 34) begründet die niedrige Wahlbeteiligung damit, dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und in der EU die Arbeit des Europaparlaments für ihren persönlichen Alltag nicht als bedeutend wahrnehmen. Die Ergebnisse der Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen e.V. (2009: 26f.) unterstützen diese These. Hiernach halten 85 Prozent aller Befragten die Entscheidungen, die im Bundestag getroffen werden, persönlich für wichtig. Die Zahl in Bezug auf das Europaparlament fällt mit 56 Prozent deutlich niedriger aus (siehe Abb. 6). Darüber hinaus glaubt eine Mehrheit von 55 Prozent, dass die Deutschland betreffenden wichtigen Entscheidungen auf nationaler Ebene stattfinden, nur rund ein Drittel hält die europäische Politik hier für maßgeblich (siehe Abb. 7). Hinzu kommt, dass die Politik auf europäischer Ebene nur für eine Minderheit (36 Prozent) bei der eigenen Wahlentscheidung im Vordergrund steht, für eine Mehrheit hingegen ist eher die Politik in Deutschland (57 Prozent) ausschlaggebend (siehe Abb. 7).

⁷⁷ Gefragt nach den Aktivitäten, welche die Bundesregierung unternimmt, um die Wahlbeteiligung an den Wahlen zum EP am 7. Juni 2009 zu erhöhen, ergeht von der Bundesregierung folgende Antwort: Unterstützung des Meinungsbildungsprozesses bei allen Wahlberechtigten durch ausgewogene Informationen über Themen, Programme und Akteure. Hierbei wurden insbesondere der Wahl-O-Mat, das VoteMatch Europe, ein Onlinedossier zur Europawahl sowie der bundesweite EU-Projekttag an Schulen angeboten (vgl. Deutscher Bundestag 2009).

Abb. 6: Wichtig sind die Entscheidungen im...

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (2009: 26).

Abb. 7: Bedeutung Deutschlands und Europas in der Wahlentscheidung

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (2009: 27)

Doch die sinkende Wahlbeteiligung ist kein auf die europäische Ebene beschränktes Problem. Auch auf Bundesebene löste der Rückgang der Wahlbeteiligung 1987 und 1990 Diskussionen aus (vgl. dazu Hegewald/Schmitt 2009). In den Jahren 1994 bis 2004 lag sie recht stabil um 80 Prozent, im Jahr 2009 hat die geringe Wahlbeteiligung von 70,8 Prozent aber kaum Einzug in den öffentlichen Diskurs gefunden (vgl. Bruns 2009; Faas 2009). Dabei war sie, mit einem

Rückgang von 6,9 Prozentpunkten im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl, die niedrigste Wahlbeteiligung in der Geschichte der Bundesrepublik (siehe Tab. 16). Faas (2010) als einer der wenigen Autoren, der die Hintergründe der Beteiligung an der 2009er Wahl und ihre Veränderung gegenüber 2005 darzustellen versuchte, fand heraus, dass sich ein Muster einstellt, wonach Männer, ältere Menschen, Menschen mit formal höherer Bildung sowie Menschen, denen es wirtschaftlich gut geht, häufiger an der Bundestagswahl 2009 partizipiert haben. Dem stehen die Gruppen „Arbeitslose“ sowie „Ostdeutsche“ gegenüber, die eine signifikant niedrigere Wahlbeteiligungsrate aufweisen (Faas 2010: 77). Wahrnehmungen der eigenen wirtschaftlichen Lage erweisen sich dabei als besonders einflussreich: Im Vergleich zu Personen, die ihre eigene Wirtschaftslage als sehr gut einstufen, haben Menschen, für die das Gegenteil der Fall ist, eine um 38 Punkte niedrigere Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit. Sozial Schwächere waren demnach am 27. September 2009 weniger sichtbar als andere, schlussfolgert Faas (2010: 78).

Tab. 16: Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen seit 1949 in Prozent

Wahltag	Wahlbeteiligung	Differenz zur vorangegangenen Wahl
14.08.49	78,5	0
06.09.53	86,0	7,5
15.09.57	87,8	1,8
17.09.61	87,7	-0,1
19.09.65	86,8	-0,9
28.09.69	86,7	-0,1
19.11.72	91,1	4,4
03.10.76	90,7	-0,4
05.10.80	88,6	-2,1
06.03.83	89,1	0,5
25.01.87	84,3	-4,8
02.12.90	77,8	-6,5
16.10.94	79,0	1,2
27.09.98	82,3	3,3
22.09.02	79,1	-3,2
18.09.05	77,7	-1,4
27.09.09	70,8	-6,9
22.09.13	71,5	0,7

Quelle: Eigene Darstellung nach gelisteten Daten <http://www.election.de>. Letzter Zugriff: 30.09.2013.

Auch von wahrgenommener Problemlösungskompetenz sowie wahrgenommenen Unterschieden zwischen Parteien gehen positive Effekte für die Wahlbeteiligung aus. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass von wahrgenommener Beliebtheit und Unfähigkeit auch ein Impuls ausgeht, der Wahlurne fernzubleiben (Faas 2010: 81). Diese These kann auch in die Analysen zur Wahlbeteiligung bei Europawahlen Eingang finden. Auf der europäischen Ebene findet keine aktive Parteienkonkurrenz statt, sodass sicher nicht für jedermann Unterschiede zwischen den Parteien und ihren Inhalten erkennbar sind. Die Wahlaufrufe der europäischen Parteien stellen einen gemeinsamen Nenner dessen dar, worauf sich die Mitgliedsparteien geeinigt haben. Oft muss ein Kompromiss gefunden werden, sodass sie in ihren Aussagen vielfach allgemein bleiben und kein scharfes politisch-programmatisches Profil erkennen lassen (Hrbek 2009: 196). Dabei ist seit längerem Folgendes bekannt:

„Wähler können gewonnen werden, indem die Parteien politische Nischen besetzen und sich inhaltlich, personell oder im Hinblick auf den Politikstil maßgeblich von anderen Parteien unterscheiden.“ (Naßmacher 2001: 09)

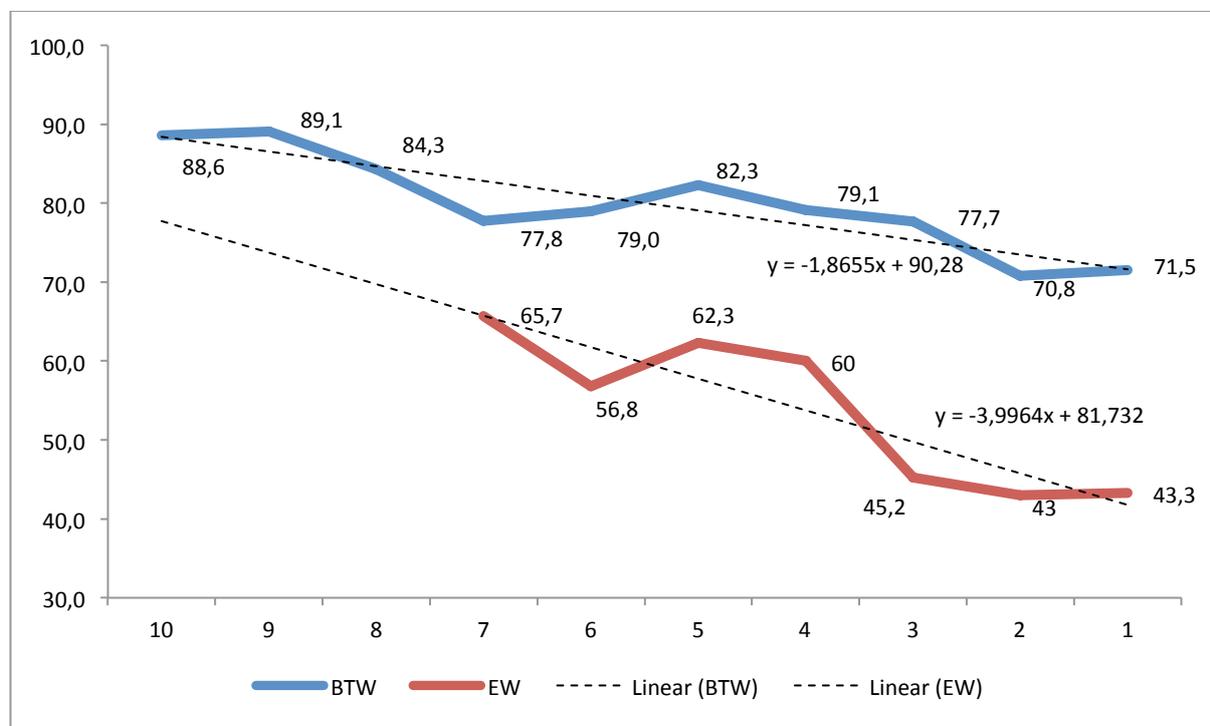
Bezieht man diesen Aspekt mit ein, verwundert es nicht, dass die Beteiligungsraten auf europäischer Ebene seit jeher fallen und geringer als bei nationalen Parlamentswahlen sind. Es erstaunt aber, dass sich an der Europawahl 2009 mit Verweis auf die nachfolgende Bundestagswahl (September 2009) „nur noch“ 27,5 Prozent weniger (-34,7 im Vergleich zur Bundestagswahl 2005) beteiligten. In Anbetracht dessen stellt sich der Verfasserin die Frage, ob sich die Beteiligungsraten von Haupt- und Nebenwahlen im Zeitverlauf einander nähern. Um eine Antwort darauf zu finden, werden die Beteiligungsraten der Europawahlen seit ihrem ersten Stattfinden im Jahr 1979 bis zum Jahr 2009 mit den bei Bundestagswahlen erreichten Werten von 1976 bis 2013 verglichen. In den aufgezeigten Zeiträumen stehen zehn Bundestagswahlen sieben Europawahlen gegenüber, wobei diese von der am weitesten zurückliegenden bis zur jüngsten Wahl von links nach rechts auf der x-Achse in Abbildung 8 angeordnet sind.

Abbildung 8 zeigt Folgendes: Bei Europawahlen gibt es einen stark abfallenden Trend bei den Beteiligungsraten. Bei Bundestagswahlen zeigt sich ebenfalls ein abfallender Trend, jedoch fällt dieser weit weniger dramatisch als bei Bundestagswahlen aus. Sichtbar wird dies an den unterschiedlichen (negativen) Anstiegen der linearen Regressionsfunktionen, die die Trendlinien in der Beteiligung der jeweiligen Wahlen darstellen. Der negative Anstieg der linearen Funktion für die Wahlbeteiligung an Europawahlen ist mit -3,9964 deutlich stärker

abfallend als der negative Anstieg der linearen Funktion zur Beteiligung an Bundestagswahlen (-1,8655). Ein Indiz dafür, dass sich die Partizipationsraten an nationalen und supranationalen Wahlen annähern bzw. insgesamt auf einem niedrigen Niveau stabilisieren, ist dies nicht. Vielmehr suggerieren die Daten, dass die Schere bei Fortschreibung der Trends zukünftig noch größer werden wird. Hier kann hinterfragt werden, warum sich anscheinend auf beiden Ebenen immer mehr Menschen aus der politischen Partizipation verabschieden.

Eine tatsächliche Entwicklung der Beteiligungsraten ist schwer prognostizierbar. Ein Annähern der Graphen wird aber erst dann wahrscheinlich, wenn die generelle Bedeutung der Wahlen sich harmonisiert.

Abb. 8: Entwicklung der Wahlbeteiligung an Bundestags- und Europawahlen seit 1979 in Prozent



Quelle: Eigene Darstellung

Abschließend ist festzuhalten, dass nicht etwa eine ausgeprägte Anti-Europa-Haltung, sondern vielmehr das Gefühl, es gehe bei dieser Wahl nicht wirklich um etwas, die Entscheidung, zur Wahl zu gehen, bestimmte. Dass nicht einmal die Hälfte der deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger bereit war, 2009 zur Wahl zu gehen, bestätigt Reifs/Schmitts (1980) These von der geringen Beteiligung in Nebenwahlen, bei gleichzeitigem Hinweis darauf, dass auch die Partizipation der Deutschen an den Wahlen zum Deutschen Bundestag geringer als in vorausgegangenen nationalen Parlamentswahlen ausgefallen ist.

4.4.1.2 Stimmenverluste für Regierungsparteien

Neben der geringen Wahlbeteiligung als einem Merkmal von Nebenwahlen benennen Reif/Schmitt (1980) in der Wichtigkeitsdimension ein Weiteres: das schlechte Abschneiden von Regierungsparteien im Vergleich zur vorangegangenen Hauptwahl. Diese These fand bei zurückliegenden Wahlen stets Bestätigung. Zuletzt bei der Europawahl 2004, als in der Zeit der rot-grünen Koalition die kanzerstellenden Sozialdemokraten ihr bisher schlechtestes Ergebnis von 21,5 Prozent erzielten. Im Vergleich zu 1999 büßten sie 9,2 Prozentpunkte ein, im direkten Vergleich zur vorausgegangenen Hauptwahl, der Bundestagswahl 2002, erhielt die SPD sogar 17 Prozentpunkte weniger (vgl. Tab. 17). Ein interessanter Ansatzpunkt zur Erklärung des hohen Stimmenverlustes der SPD ergab sich aus den Untersuchungen Koussers (2004). Wie Reif/Schmitt (1980) geht auch er von einem Stimmenverlust der Regierungsparteien bei Europawahlen aus. Der Verlust ist am größten, wenn die Wahl genau zur Halbzeit der Legislaturperiode im nationalen Hauptwahlzyklus stattfindet. Zusätzlich betrachtet Kousser (2004: 16) den Faktor „Arbeitslosigkeit“ zu diesem Zeitpunkt. Er kommt zu dem Schluss, dass die Stimmenverluste im „Midway“ besonders dramatisch sind, sobald die Arbeitslosigkeit stagniert oder steigt. *„They (...) lose support, especially in the middle of their tenures, if unemployment stagnates or rises“* (Kousser 2004: 16).⁷⁸ Zum Zeitpunkt der Europawahl 2004 betrug die Arbeitslosenquote 11,7 Prozent in Gesamtdeutschland (4,4 Mio. Arbeitslose). Damit war die Arbeitslosigkeit seit dem Jahr 2000 um einen Prozentpunkt gestiegen. Für die Bundesrepublik kann der These Koussers im Jahr 2004 damit zugestimmt werden.

Auffällig bei der letzten Europawahl war, dass der kleinere Koalitionspartner der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, sowohl gegenüber der Europawahl 1999 (+5,5 Prozent) als auch gegenüber der Bundestagswahl 2002 (+3,3 Prozent) Stimmen gewinnen konnte (vgl. Tab. 17). Die Gründe für das gute Ergebnis der Grünen von 11,9 Prozent wurden mit den Verlusten der SPD begründet, die einen Teil ihrer Wähler an die Grünen abgeben musste, mit den positiven Bewertungen zu ihrer Leistungsbilanz sowie mit der Wahlkampagne der Grünen, die *„als einzige (...) erkennbar europäische oder besser übernationale Themen populär zu machen suchte“* (Leithäuser 2004: 02). Die These für das schlechte Abschneiden von Regierungsparteien fand 2004 für den Regierungspartner Bündnis 90/Die Grünen keine Anwendung.

⁷⁸ Auch Anderson/Ward (1996: 447) formulierten diese These in ihrer Analyse zu den Landtagswahlergebnissen in der Bundesrepublik Deutschland (vgl. hierzu Gliederungspunkt 2.4).

Tab. 17: Die Ergebnisse der Europawahl 2004 im Vergleich zur Europawahl 1999 und zur Bundestagswahl 2002

	EW 2004 in Prozent	BTW 2002 in Prozent	Differenz in Prozent	EW 1999 in Prozent	Differenz in Prozent
Wahlbeteiligung	43	79,1	-36,1	45,2	-2,2
SPD	21,5	38,5	-17	30,7	-9,2
CDU	36,5	29,5	7	39,3	-2,8
CSU	8	9	-1	9,4	-1,4
Grüne	11,9	8,6	3,3	6,4	5,5
PDS	6,1	4	2,1	5,8	0,3
FDP	6,1	7,4	-1,3	3	3,1
REP	1,9	0,6	1,3	1,7	0,2
Tierschutzpartei	1,3	0,3	1	0,7	0,6
Graue	1,2	0,2	1	0,4	0,8
Familie	1	0,1	0,9	0	1
NPD	0,9	0,4	0,5	0,4	0,5
ödp	0,6	0,1	0,5	0,4	0,2
Die Frauen	0,6	0,1	0,5	0,4	0,2
Deutschland	0,5		0,5		0,5
PBC	0,4	0,2	0,2	0,3	0,1
Unabhängige Kandidaten	0,3		0,3		0,3
DP	0,2		0,2		0,2
CM	0,2		0,2	0,1	0,1
Aufbruch	0,2		0,2		0,2
DKP	0,1		0,1		0,1
BP	0,1		0,1	0,1	0
Zentrum	0,1		0,1		0,1
PSG	0,1		0,1		0,1
BüSo	0,1		0,1		0,1

Quelle: Dokumentation der CDU Bundesgeschäftsstelle/Pressestelle zur Europawahl am 13.06.2004. Berlin. 14.06.2004. S. 04.

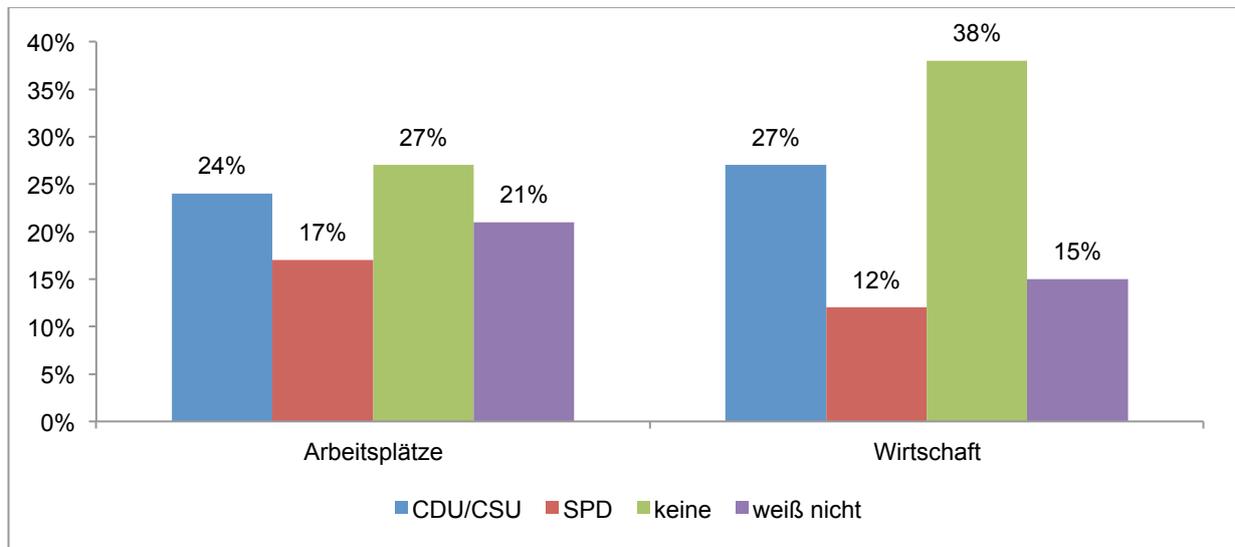
Der Rückblick auf 2004 legt die Vermutung nahe, dass in einer Regierungskoalition, die kanzlerstellende Partei in Nebenwahlen das Gros an Stimmen verliert, hingegen der kleinere Regierungspartner nicht von den Wählerinnen und Wählern „bestraft“ wird, sondern im Gegenteil von den hohen Verlusten der kanzlerstellenden Partei profitiert. Entgegen der Vermutung und der gängigen Praxis hat die regierende und kanzlerstellende CDU am 7. Juni 2009 mit 30,7 Prozent der Stimmen den größten Anteil aller in der Bundesrepublik Deutschland angetretenen Parteien erhalten. Im Vergleich zur vorigen Bundestagswahl 2005, bei der die

Partei 27,8 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte, hat die CDU zusätzlich 2,9 Prozentpunkte erzielen können. Die These, dass Regierungsparteien in Nebenwahlen im Vergleich zu der vorangegangenen Hauptwahl Stimmen verlieren, trifft für das Wahlergebnis 2009 nicht zu. Ein Vergleich mit früheren Wahlen zeigt, dass die CDU vor 2009 dreimal zum Zeitpunkt von Europawahlen an der Regierung beteiligt war, im Jahr 1984, 1989 und 1994. Dabei verzeichnete sie im Vergleich zur vorangegangenen Hauptwahl jeweils Stimmenverluste (vgl. Kläne 2009: 03). 2009 gelang es ihr damit erstmalig, mehr Erststimmen im Vergleich zur Referenzgröße First-Order-Bundestagswahl zu erzielen. Kläne (2009) untersucht auch die Wahlergebnisse aller anderen Regierungsparteien bei Europawahlen in Deutschland seit 1979 und stellt fest, dass sich ein fast identisches Bild zeigt. Einzige Ausnahme sind die Grünen, die allein in 2004 einen höheren Stimmenanteil als bei der vorangegangenen Bundestagswahl erreichen (siehe oben). Das 2009er CDU-Ergebnis ist seit den ersten Europawahlen 1979 daher erst die zweite Ausnahme.

Eine plausible Erklärung für das gegen den Trend gute Ergebnis der CDU kann in dem Fakt liegen, dass den Unionsparteien und der CDU im Besonderen von den Bürgerinnen und Bürgern im Vergleich zu den übrigen Parteien eine deutlich höhere Kompetenz in den Bereichen der Wirtschafts- und der Finanzpolitik zugesprochen wird. Die Europawahl fiel zeitgleich mit der Wirtschafts- und Finanzkrise aufeinander. Als wichtigste Probleme in Deutschland wurden die finanz- und wirtschaftspolitischen Themen, insbesondere die Auseinandersetzung mit dem Thema Arbeitslosigkeit, von den Bürgerinnen und Bürgern benannt (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2009: 30). Die Union konnte von ihrer zugesprochenen Problemlösungskompetenz in den von der Krise betroffenen Politikfeldern profitieren. Der SPD hingegen schreiben nur 12 Prozent Wirtschaftskompetenz zu (vgl. auch Abb. 9).

Dennoch hatte der kleinere Regierungspartner, die SPD, damit gerechnet, sich in der Wirtschaftskrise profilieren zu können:

„Nur zu gerne hätte sie eine Art Monopol der sozialen Kompetenz beansprucht und sich als einzige Partei dargestellt, der es gelingen würde, ein neues, gerechteres Wirtschaftssystem zu errichten.“ (Neue Zürcher Zeitung: 2009)

Abb. 9: Parteienkompetenz

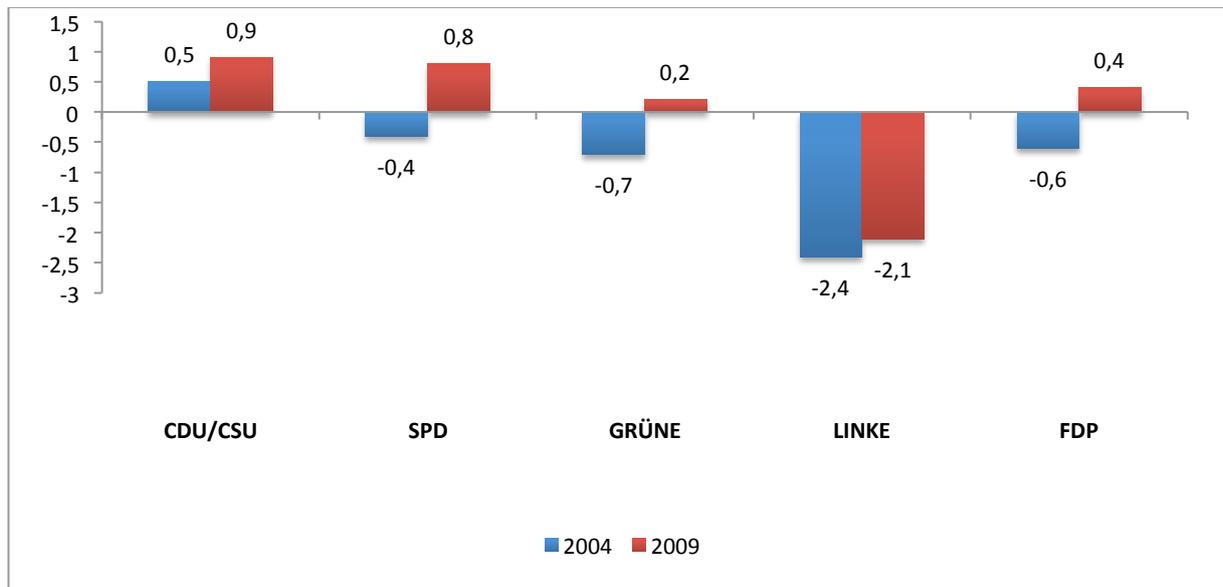
Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Forschungsgruppe Wahlen (2009: 30)

Diese Strategie ging nicht auf, stattdessen hat sie mit 20,8 Prozent der Stimmen (-0,7 Prozent im Vergleich zur Europawahl 2004 und -13,4 Prozent im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl 2005) „ein historisches Negativergebnis eingefahren, von dem sie angesichts der demoskopischen Daten völlig überrascht wurde“ (Hirscher 2009: 07). Umfragen im Vorfeld der Wahl vermittelten den Eindruck, dass das Parteiansehen der SPD im Vergleich zu 2004 gewachsen ist. So bewertete Forschungsgruppe Wahlen (2009: 28) im Vorfeld der Wahlen 2004 und 2009 die Arbeit der amtierenden Regierungen auf einer Skala von +5 bis -5 (sehr zufrieden bis sehr unzufrieden) und kommt dabei zu dem Ergebnis, dass die Leistungsbeurteilung der Großen Koalition mit 0,5 leicht positiv ausfällt.⁷⁹

Auch wenn es um die Bewertung der Partei und nicht um die Leistungsbilanz der Regierung geht, lagen Union und SPD 2009 nah beieinander. CDU/CSU erzielten einen Durchschnittswert von 0,9 (2004: 0,5), die SPD folgt mit 0,8 (2004: -0,4) knapp dahinter (siehe Abb. 10). Trotz dieser positiven Umfrageergebnisse konnte die SPD davon an der Wahlurne nicht profitieren oder aus der Krise politisches Kapital schlagen.

⁷⁹ Noch vor fünf Jahren (2004) wurde die gemeinsame Arbeit von SPD und Grüne mit einer deutlich negativen Note von -1,3 bewertet (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2009: 28).

Abb. 10: Beurteilung der Parteien (Skala von +5 bis -5)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (2009: 28)

Das zeigt die strukturelle Schwierigkeit, die der Juniorpartner der Großen Koalition zu bewältigen hat. Diese „Zwangsehe“ (Neue Zürcher Zeitung 2009) wirkt sich für die SPD zum Nachteil aus. Es fällt schwer, einen aggressiven Wahlkampf gegen die mitregierende Partei zu führen, ohne am Ende selbst als Regierungspartei unglaubwürdig dazustehen. Darüber hinaus gelingt es der Union bei niedriger Wahlbeteiligung traditionell besser als der SPD, ihre Wählerschaft zu mobilisieren.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die CDU bei der Europawahl 2009 einen höheren Stimmenanteil als bei der Bundestagswahl 2005 erreicht hat. Dieses Ergebnis steht im Gegensatz zur These Reifs/Schmitts (1980) und im Gegensatz zu früheren Europawahlen, bei denen deutsche Regierungsparteien fast immer schlechter abgeschnitten haben. Einen Erklärungsansatz für das CDU-Ergebnis bietet die Wirtschafts- und Finanzkrise, die die öffentliche Diskussion im Vorfeld der Wahl beherrschte. Der CDU wird in Umfragen eine hohe Kompetenz in den in der Krise gefragten Bereichen Wirtschafts- und Finanzpolitik zugesprochen. Ebenso sollte der so genannte Amtsbonus-Effekt als Erklärung für das gute Ergebnis der CDU herangezogen werden. Bundeskanzlerin Merkel erfreut sich in der Bevölkerung einer hohen Bekannt- und Beliebtheit. Dinkel (1977) und Burkhart (2004 und 2005) haben in ihren Analysen zu den Ergebnissen von Landtagswahlen bereits festgestellt, dass

es beliebte Regierungschefs immer wieder schaffen, dem Popularitätsverlust entgegenzuwirken.⁸⁰ Der Amtsbonus kann damit den Negativtrend begrenzen.

Für die SPD als kleineren Regierungspartner trifft die von den Wissenschaftlern aufgestellte These in vollem Umfang zu. Sie verschlechterte sich um 13,4 Prozentpunkte im Vergleich zur vorangegangenen nationalen Hauptwahl.

4.4.1.3 Stimmengewinne für kleine und neue Parteien

Neben der geringen Wahlbeteiligung und dem schlechten Abscheiden von Regierungsparteien gilt ein Stimmenzuwachs für kleine und neue Parteien als weiteres Merkmal von Nebenwahlen. Dieser These Reifs/Schmitts (1980) kann auch bei der Europawahl 2009 umfassend zugestimmt werden. Vor allem die drei kleineren Parteien, Grüne, FDP und Linke, die in ihrer Organisationsstruktur wesentlich kleiner aufgestellt sind als die Volksparteien CDU und SPD⁸¹, gelten ausnahmslos als Gewinner der Wahl. Ihnen ist es gelungen, zusätzliche Wählerstimmen zu mobilisieren.

Die Grünen haben ihr gutes Ergebnis von der vorangegangenen Europawahl noch verbessert (+0,2 Prozentpunkte). Sie erhielten 12,1 Prozent der Stimmen und sind damit stärkste Kraft unter den kleineren Parteien im aktuellen Europaparlament. Gegenüber der Bundestagswahl 2005 ist das ein Zuwachs von 4,0 Prozentpunkten. Auch im Vergleich zur nachfolgenden nationalen Hauptwahl 2009 haben die Grünen bei der Europawahl 1,4 Prozentpunkte mehr von den Wählerinnen und Wählern erhalten. Als einzige unter den deutschen Parteien haben sie den Wahlkampf unter dem Motto „Green New Deal For Europe“ gesamteuropäisch organisiert. Darüber hinaus haben die Grünen wie auch schon 2004 wieder viele Stimmen von ursprünglichen CDU- und SPD-Wählern erhalten. Von den 16,4 Prozent, die die CDU und den 9,0

⁸⁰ vgl. Gliederungspunkt 2.4

⁸¹ Nach Jesse (2009b: 36) ist der Begriff „Volkspartei“, der nach 1945 zuerst auf die CDU und dann später auf die SPD angewendet wurde, durch drei Charakteristika gekennzeichnet: Erstens durch eine große Wählerschaft, zweitens durch eine Programmatik, die aufgrund der Ansprache unterschiedlicher sozialer Schichten, breit gefächert ist und drittens durch die Akzeptanz demokratischer Prinzipien. Die heutigen Volksparteien sind demokratisch orientiert und zeichnen sich durch eine breite Programmatik aus. Allerdings verlieren sie zunehmend das Vertrauen ihrer Stammwähler. Zu Beginn der 90er Jahre hatte die SPD noch 400.000 und die CDU rund 300.000 Mitglieder mehr. Jesse (2009b:44) sieht einen Grund dafür in der nachlassenden Problemlösungskompetenz der beiden großen Parteien. Die kleineren Parteien sind programmatisch und strategisch oft besser aufgestellt. Die schwache Repräsentation der Volksparteien zeigt sich besonders in den neuen Bundesländern. Ende 2008 hatte die CDU in den ostdeutschen Ländern rund 46.000 Mitglieder, die SPD knapp 22.000. Dagegen kommt die CDU in Westdeutschland auf 470.000 und die SPD auf 483.000 Mitglieder (Jesse 2009a: 972). Hans-Herbert von Arnim prägte in diesem Zusammenhang den Begriff „Volksparteien ohne Volk“ (vgl. Arnim, Hans-Herbert von 2009).

Prozent, die die SPD an das Nichtwählerlager abgeben mussten, liefen einige derjenigen, die 2005 noch für die beiden großen Regierungsparteien stimmten, zu den Grünen über (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2009). Das kann ein Indiz dafür sein, dass in Nebenwahlen die eigentlichen Anhänger der Regierungsparteien, ohne ihre tatsächliche politische Einstellung zu ändern, bereit sind, für die Opposition zu stimmen (vgl. Van der Eijk; Franklin; Marsh 1996; Hix 2003).

Korte (2010: 24) erklärt in diesem Zusammenhang, dass sich in den vergangenen 20 Jahren der Anteil der Wechselwähler verdoppelt hat. Das Wählerprofil hat sich gewandelt. Immer weniger Wählerinnen und Wähler sind parteipolitisch gebunden und immer mehr Wählerinnen und Wähler sind bereit, ihre Parteipräferenz in kurzen Abständen zu wechseln. Grundsätzlich sind Wähler auch rationaler in ihren Entscheidungen, was auch zur Folge hat, dass der Anteil der Koalitionswähler mit bewusstem Stimmensplitting zunimmt (Korte 2010: 24).

Darin kann eine Erklärung für das gute Ergebnis der FDP liegen, die – wenngleich sie 1,1 Prozent der Stimmen weniger als die Grünen erhielt – der eigentliche „kleine“ Gewinner der Wahl war. Sie konnte im Vergleich zur Europawahl 2004 ihren Stimmenanteil fast verdoppeln (+4,9) und erreichte mit 11 Prozentpunkten ihr bisher bestes Ergebnis bei einer Europawahl überhaupt. Seit 1979 haben die Liberalen bisher nur dreimal den Sprung ins Parlament geschafft, 2009 stellten sie zwölf Abgeordnete. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 verbesserte sich die FDP um 1,2 Prozentpunkte (9,8 Prozent der Stimmen). Dieser Aufwärtstrend setzte sich in der nachfolgenden Bundestagswahl 2009 fort. Hier erreichten die Liberalen 14,6 Prozentpunkte. Auffällig im Stimmenverhalten der FDP ist, dass sie vor allem bei der Europawahl 2009 von Wahlberechtigten jeder Altersgruppe Stimmen erhalten hat. Am stärksten hat sie bei den 30- bis 44-Jährigen zugelegt. Hier konnte die Freie Demokratische Partei ihr Ergebnis von 2004 fast verdoppeln und kam *„auf überdurchschnittliche 14 Prozent“* (Forschungsgruppe Wahlen 2009: 41).

Die Linke kommt mit 7,5 Prozent ebenfalls auf ihr bislang bestes Resultat bei einer Europawahl und stellt derzeit acht Abgeordnete im Europäischen Parlament.

Alle drei kleineren Parteien haben Stimmen gewonnen. Neben Grüne, FDP und Linke haben aber noch 29 weitere kleinere Parteien, Wahlvereinigungen und sonstige politische Gruppen um Stimmen geworben. Keine davon hat die erforderlichen fünf Prozent erreicht, die nötig sind, um im Europäischen Parlament vertreten zu sein. In der Summe aber erhielten die Sonstigen vergleichsweise viel Zuspruch, was die These Reifs/Schmitts (1980) der guten Chancen auf einen Wahlerfolg für kleinere, ideologisch ausgerichtete Parteien in Nebenwahlen ebenfalls

stützt. Mit insgesamt 10,8 Prozent (+1,0 Prozentpunkte im Vergleich zur EW 2004) konnten sie wie schon bei den Europawahlen 1989, 1994 und 2004 gut ein Zehntel aller Stimmen auf sich vereinen (vgl. Tab. 12). Im Vergleich zur vorausgegangenen Bundestagswahl ist dies ein Zuwachs um 6,8 Prozentpunkte (4,0 Prozent), mit Bezug zur nachfolgenden Bundestagswahl ein Gewinn von 4,8 Prozentpunkten (6,0 Prozent). Reif/Schmitt (1980), Heath/McLean/Taylor (1997) und Kornelius/Roth (2005) schildern, dass ein hoher Anteil der sonstigen Parteien auch immer auf eine Proteststimmabgabe mit dem Ziel, die Regierung abzustrafen, hinweist. In der Europawahl 2009 zeigt sich das in den Ergebnissen der Freien Wähler, die mit 1,7 Prozent der Stimmen das beste Resultat unter den „*Splitterparteien*“ (Kornelius/Roth 2005: 106) erzielten, und dem Abschneiden der Republikaner (1,3 Prozent). Gute Ergebnisse unter den kleinsten Parteien erreichten darüber hinaus die Tierschutzpartei mit 1,1 Prozent aller abgegebenen Stimmen, gefolgt von der Familien-Partei mit 1,0 Prozent.⁸²

Eine interessante Ergänzung führen dazu Kulick und Onken (2008) an. Die beiden Wissenschaftler teilen mit, dass Nebenwahlen einen dauerhaften Wandel der Parteienlandschaft begünstigen können oder aber als Ventil für kurzfristiges Protestwahlverhalten dienen (Kulick/Onken 2008: 01). Die These, Nebenwahlen kündigen einen Wandel an, sehen Kulick/Onken (2008: 08) durch die Grünen bestätigt. Nach Beiträgen von Hiltrud Naßmacher⁸³ können Parteien erst dann, wenn sie auf den „nachrangigen Ebenen“ wie in der Kommunal- oder der Landespolitik Mandate gewinnen, auch auf Bundesebene Wahlerfolge verzeichnen und an Koalitionen beteiligt werden. Kulick und Onken (2008) stellen fest, dass die Grünen sich erst über die Erfolge in Nebenwahlen (Landtags- und Europawahlen) über eine gute Mitwirkung in den Parlamenten soweit etabliert haben, dass sie sich seit 1998 auch an einer Regierung auf Bundesebene beteiligen konnten. Dies könne als vollständige Integration in das politische System gewertet werden. Im Gegensatz dazu schafften es die Republikaner nicht, sich langfristig im deutschen Parteiensystem zu etablieren. Wenngleich sie bei einigen Landtagswahlen beachtliche Erfolge erzielten, konnten sie diese nicht auf Bundesebene übertragen. Bei den Wahlerfolgen der Republikaner spielten nach Ansicht der Wissenschaftler eher kurzfristige Proteste eine entscheidende Rolle, die bisher keinen nachhaltigen Effekt auf der nationalen Ebene hinterlassen haben.

Letztlich bleibt es der Interpretation des Einzelnen überlassen, ob dem Wahlverhalten zugunsten der Sonstigen eher taktische Ursachen wie bspw. die Abstrafung einer Regierung

⁸² Vgl. dazu: http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_09/ergebnisse/bundesergebnisse/.
Letzter Zugriff: 14.07.2012.

⁸³ vgl. Beiträge von Hiltrud Naßmacher (1989: 169-190; 1997: 427-442; 2001: 3-18)

oder aber ganz simple Erklärungen zugrunde liegen. Kornelius/Roth (2005) begründen den Erfolg der kleinsten Parteien bspw. hauptsächlich mit ihrer Anhängerschaft. Ihre Klientel sei treuer und dadurch leichter zu mobilisieren. Vielleicht liegt es aber doch in der sympathischen Begründung, dass die Mehrzahl der Wähler sich in Nebenwahlen zu der Partei bekennen, die sie im Herzen favorisieren (Reif 1984a: 245).

4.4.1.4 Hohe Anteile ungültiger Stimmen

Ein letztes bedeutendes Merkmal, das Reif/Schmitt (1980) in der Wichtigkeitsdimension des Konzeptes benennen, ist der relativ hohe Anteil ungültiger Stimmen in Nebenwahlen. In der Europawahl 2009 wurden in der Bundesrepublik 590.170 ungültige Stimmzettel (2,2 Prozent) gezählt (siehe Tab. 18). Verglichen mit den beiden vorangegangenen nationalen Hauptwahlen (2005: 1,6 Prozent und 2002: 1,2 Prozent), in denen der Wert jeweils knapp einen Prozentpunkt weniger betrug, sind 2,2 Prozent zu viel, um als ein einfaches Versehen oder eine Unaufmerksamkeit interpretiert werden zu können. Auch in den nachfolgenden Bundestagswahlen 2009 und 2013 lag der Wert der ungültigen Stimmen mit 1,7 (-0,5 Prozentpunkte) bzw. 1,5 Prozent (-0,7 Prozentpunkte) deutlich darunter.

Tabelle 18 zeigt, dass es in der Historie der Europawahlen im Jahr 2004 den höchsten Wert ungültiger Stimmzettel gab. Mit 2,8 Prozent oder 739.426 absoluten Stimmen enthielten sich so fast drei Prozent der Wahlberechtigten einer Zuordnung zu einer bestimmten Partei. Reif/Schmitt (1980: 09) unterstellen ein (absichtlich) falsches Ausfüllen der Wahlzettel und auch Leithäuser (2004: 02) kommt zu dem Schluss, dass dieser Spitzenwert keine „*Summe von Irrtümern*“ ist. Die deutschen Wählerinnen und Wähler würden vielmehr mit einer ungültigen Stimmabgabe ihre Unzufriedenheit mit dem Regierungskurs bekunden. Entgegen vieler anderer, die die Regierung abstrafen, indem sie für die Opposition stimmen, zeigen die „Ungültigen“ auf diese Weise ihren Protest.

Der vergleichsweise niedrige Wert mit nur 0,9 Prozent ungültiger Stimmen im ersten Jahr der deutschen Europawahlen erklärt sich ähnlich wie die anfangs hohe Wahlbeteiligung mit der Tatsache, dass für alle noch neuen politischen Terrains und einer damit einhergehenden Begeisterung. Ein eindeutiger Trend im Zeitverlauf lässt sich auf den ersten Blick nicht

erkennen. Weder erhöht sich die Anzahl ungültiger Stimmen, noch verringert sie sich stetig. Vielmehr liegt der Wert sporadisch mal über-, mal unterhalb der Zwei-Prozent-Marke.

Tab. 18: Anteil ungültiger Stimmen bei Europawahlen in der Bundesrepublik im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl seit 1979

Jahr der Europawahl	Wahlbeteiligung	Anteil ungültiger Stimmen	Anteil ungültiger Stimmen bei vorangegangener Hauptwahl	Vorausgegangene Hauptwahl	Differenz
1979	65,7%	0,9%	0,9%	BTW 1976	0,0%
1984	56,8%	1,5%	0,9%	BTW 1983	0,6%
1989	62,3%	1,1%	0,9%	BTW 1987	0,2%
1994	60,0%	2,4%	1,3%	BTW 1990	1,1%
1999	45,2%	1,5%	1,3%	BTW 1998	0,2%
2004	43,0%	2,8%	1,2%	BTW 2002	1,6%
2009	43,3%	2,2%	1,6%	BTW 2005	0,6%

Quelle: <http://www.bundeswahlleiter.de>. Letzter Zugriff: 17.02.2013

Wenn aber nach Reif/Schmitt (1980) sowie Leithäuser (2004) die Aussage zutrifft, dass ungültige Stimmen kein Irrtum sind, sondern bewusst von den Wählerinnen und Wählern vergeben werden, um die nationale Regierung abzustrafen, dann sollten nach Ansicht der Verfasserin hohe Verluste der Regierungsparteien mit einer hohen Anzahl ungültiger Stimmzettel einhergehen. Um dies zu belegen, bedient sich die Verfasserin einer mathematischen Regressionsanalyse (Einfachregression). Mit Hilfe dieser Analyse können Beziehungen zwischen zwei oder mehreren Merkmalen veranschaulicht werden, wobei jedoch kein kausaler Zusammenhang zwischen den Ausprägungen der Variablen bestehen muss. Unterstellt wird, dass ein linearer Zusammenhang zwischen den Variablen besteht, wobei eine abhängige Variable y (zu erklärende Variable) von einer unabhängigen Variablen x (erklärende Variable) gekennzeichnet ist. Die Messgröße zur Darstellung des Zusammenhangs ist der Korrelationskoeffizient nach Bravais-Pearson. Dieser kann Werte zwischen -1 und $+1$ annehmen, wobei ein Wert von $+1$ einen vollständig positiven linearen Zusammenhang („je mehr x , desto mehr y “) zeigt und ein Wert von -1 einen vollständig negativen linearen Zusammenhang („je mehr x , desto weniger y “) darstellt. Ein Wert von 0 deutet darauf hin, dass kein linearer Zusammenhang besteht (Bleymüller/Gehlert/Gülicher 2008: 139 ff.) Berechnet man den Korrelationskoeffizienten für die Variablen „Stimmenverluste der Senior-Regierungspartei bei Europawahlen im Vergleich zur vorangegangenen Hauptwahl“ (erklärende

Variable, siehe Tab. 19) und „Anteil ungültiger Stimmen“ (zu erklärende Variable, siehe Tab. 18) im Verlauf der jeweils zueinander gehörigen Wahlereignisse, so ist das Ergebnis 0,41 zu erhalten. Abbildung 11, in der dem Anteil der ungültigen Stimmen der jeweiligen Wahl der zugehörige Stimmenverlust der Senior-Regierungspartei zugeordnet wurde, zeigt diesen Zusammenhang auch grafisch (Lineare Regressionsgerade).

Tab. 19: Wahlergebnis der Senior-Regierungspartei der BRD bei Europawahlen im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl

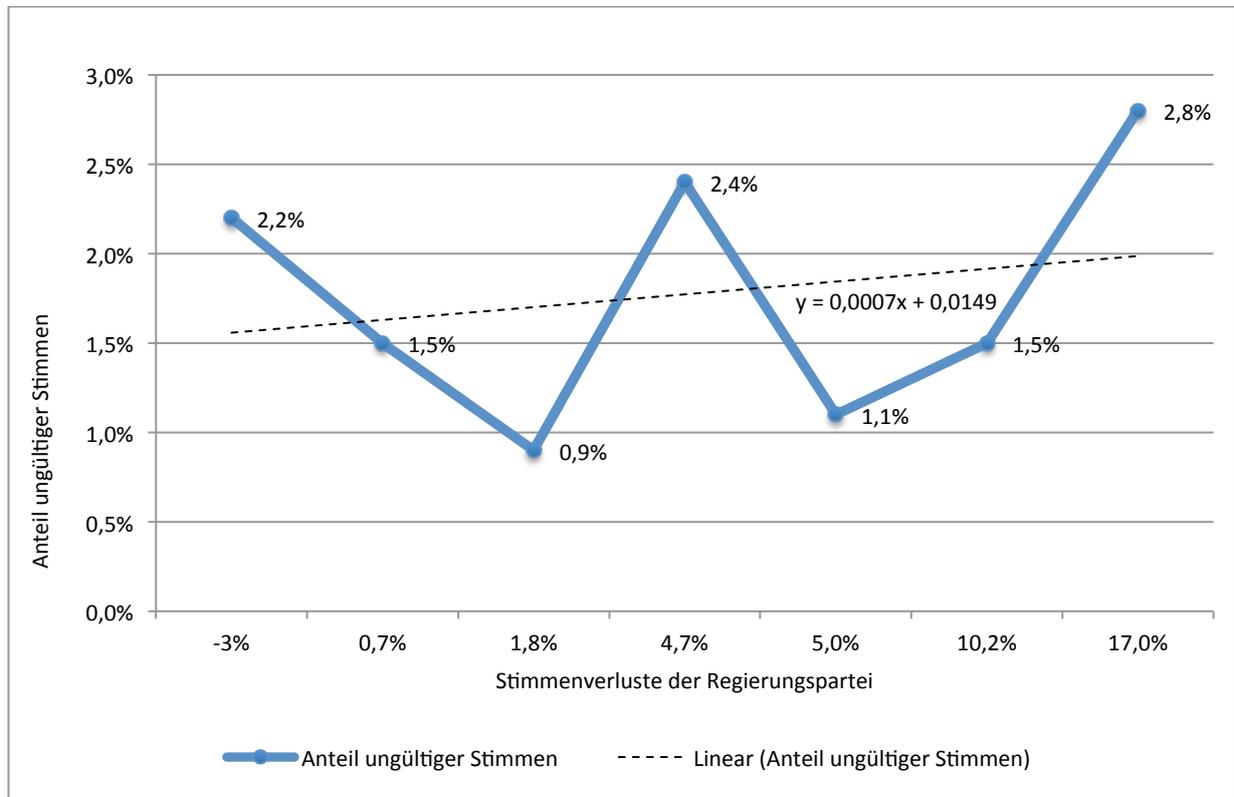
Jahr der Europawahl	Senior-Partner Regierungsparteien	Ergebnis EW	Ergebnis vorangegangener BTW	Vorausgegangene Hauptwahl	Differenz BTW - EW (Stimmenverluste)
1979	SPD	40,8%	42,6%	BTW 1976	1,8%
1984	CDU	37,5%	38,2%	BTW 1983	0,7%
1989	CDU	29,5%	34,5%	BTW 1987	5,0%
1994	CDU	32,0%	36,7%	BTW 1990	4,7%
1999	SPD	30,7%	40,9%	BTW 1998	10,2%
2004	SPD	21,5%	38,5%	BTW 2002	17,0%
2009	CDU	37,9%	35,2%	BTW 2005	-2,7%

Quelle: Eigene Darstellung nach gelisteten Ergebnissen <http://www.bundeswahlleiter.de>. Letzter Zugriff: 17.02.2013.

Es besteht somit ein messbarer Zusammenhang zwischen einer hohen Anzahl ungültiger Stimmen und hohen Verlusten der Regierungsparteien bei Europawahlen im Vergleich zur vorangegangenen nationalen Hauptwahl. Die Formel der linearen Regressionsgeraden ($y = 0,0007x + 0,0149$) besagt, dass der Anteil der ungültigen Stimmen je Prozentpunkt an Verlusten der Regierungspartei um 0,07 Prozent steigt, ausgehend von einem Anteil ungültiger Stimmen von 1,49 Prozent, der bei einem Verlustwert von Null für die Regierungspartei besteht. Der Wert des Korrelationskoeffizienten von 0,41 zeigt zwar keine vollständige Abhängigkeit aber doch einen gewissen Zusammenhang der Variablen (siehe Abb. 11). Aufgrund der eher geringen Datenlage der statistischen Auswertung und des berechneten Bestimmtheitsmaßes⁸⁴ (0,04771) der linearen Regressionsgeraden ist dies kein abschließender Beweis, jedoch ein weiteres Indiz für die These des Protestwahlverhaltens über die Abgabe eines ungültigen Stimmzettels.

⁸⁴ Das Bestimmtheitsmaß kann als Indikator für die Aussagefähigkeit der Regressionsgeraden interpretiert werden. Es kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen, wobei ein Wert von 1 bedeutet, dass der zu erklärende Wert (abhängige Variable) auf der linearen Regressionsgeraden liegt, also vollständig durch sie erklärt wird. Ein Wert von 0 bedeutet dagegen, dass die lineare Regressionsgerade keinen Erklärungsbeitrag zur Ausprägung des zu erklärenden Wertes trifft (Bleymüller/Gehlert/Gülicher 2008: 143 ff.).

Abb. 11: Anteil ungültiger Stimmen bei Europawahlen in Abhängigkeit zu Stimmenverlusten der Senior-Regierungspartei im Vergleich zur vorangegangenen BTW



Quelle: Eigene Darstellung

4.4.2 Ergebnisse in der Dimension des Umfeldes

Reif/Schmitt (1980) führen an, dass es für den Ausgang der Wahl von entscheidender Bedeutung ist, in welchem Umfeld Nebenwahlen stattfinden. Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden auf europäischer Ebene statt. Da jedoch in jedem der 27 Mitgliedsländer gewählt wird, stellen sie zugleich auch nationale Wahlen dar. Nach Reif/Schmitt (1980) „*second-order national elections*“. Dass Europawahlen auch nach über 30 Jahren zu einem großen Teil nationale Wahlen sind, zeigt sich u.a. auch daran, dass diejenigen, die an amtlichen Wahlergebnissen interessiert sind, die verantwortlichen Institutionen in allen Mitgliedsländern der EU kontaktieren müssen. Sie werden nicht auf übergeordneter Stelle gesammelt (vgl. Wüst/Tausendpfund 2009: 09). Es verwundert nicht, dass der Wahlkampf der sich zur Wahl stellenden Parteien auch und vor allem auf nationale Themen und nicht etwa auf europäische

ausgerichtet ist. Verstärkt wurde dies durch den Umstand, dass die Europawahl nur drei Monate vor der nationalen Parlamentswahl stattgefunden hat. Vor dem Hintergrund des europapolitischen Umfeldes/Kontextes der Europawahl 2009, werden hier diejenigen Parteien genauer betrachtet, die sich im Wahlkampf thematisch von der nationalen Ebene zu lösen versuchten.

Die Betrachtung fällt dabei auf die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die 2009 wie auch schon 2004 als einzige der deutschen Parteien die Wähler mit einem länderübergreifenden Wahlkampf mobilisierten. Der Grundstein für die einheitliche europäische Kampagne wurde bereits am 21. und 22. Februar 2004 gelegt, als sich im italienischen Rom 32 grüne Parteien aus ganz Europa zur ersten gesamteuropäischen Partei zusammengeschlossen haben. Schon zur Europawahl 2004 war es der Verdienst der Wahlkampfmanager der Fraktion, dass die Grünen mit 11,9 Prozent die meisten Stimmen unter den kleineren Parteien erhielten. Als Grund für das gute Ergebnis wurde in der Fachliteratur der weitgehende Verzicht auf die Instrumentalisierung nationaler Probleme zugunsten europäischer Themen ausgemacht (vgl. Leithäuser 2004: 02). Das Besondere daran: Zum ersten Mal in der Geschichte der Europawahlen gestaltete eine europäische „Parteifamilie“ einen europaweiten Wahlkampf, den die Hamburger Lead-Agentur der deutschen Grünen „Zum Goldenen Hirschen“ verantwortete.⁸⁵ In allen Mitgliedsländern wurde auf Werbemitteln der einheitliche Slogan „*Du entscheidest*“ abgebildet, ein gleiches Plakat-Set sowie Verweise auf die Websites der European Greens verwendet. Inhalte waren im Jahr 2004 ihre Kernthemen Energiepolitik, Klima- und Gewässerschutz sowie die Friedenspolitik.

Auch bei der jüngsten Europawahl 2009 haben die Grünen ihrer Kampagne mehr als die anderen Parteien einen europäischen Anstrich gegeben. Nationale Themen wurden weitgehend ausgeklammert und dennoch (oder gerade deswegen) gehörten sie zu den Gewinnern der Wahl. Mit 12,1 Prozent der Stimmen sind sie im aktuellen Europaparlament stärkste unter den kleinen Parteien.⁸⁶ Zusammen mit ihren Schwesterparteien der anderen Mitgliedsstaaten haben sie ihren Wahlkampf unter dem Motto „*Green New Deal For Europe*“ gesamteuropäisch organisiert. Dabei setzten sie wieder auf die bewährte Unterstützung durch die Agentur „Zum Goldenen Hirschen“, was eine homogene Werbestrategie ermöglichte. Holtz-Bacha und Leidenberger

⁸⁵ Bisher wurden alle Wahlkämpfe der Fraktion Bündnis90/Die Grünen von der Agentur „Zum Goldenen Hirschen“ betreut. Nach Michael Scharfschwerdt, der lange Jahre im Bundesvorstand der Grünen tätig war und die Leitung der Öffentlichkeitsarbeit der Partei verantwortete, hat dies zur Folge, dass sämtliche Kampagnen an eine zentrale Kampagnenführung angelehnt sind und somit von der Europa- bis zur Kommunalebene eine einheitliche Linie besteht (Antwort von Michael Scharfschwerdt auf Anfrage der Verfasserin vom 30.08.2009).

⁸⁶ vgl. dazu auch Gliederungspunkt 4.4.1.3 und Tab. 12

(2010: 30) untersuchten u.a. die von den Grünen zum Einsatz in der Fläche entworfenen Plakate, um zu prüfen, wie europäisch die Kampagne konzipiert war. Das auffälligste Element auf Plakaten sind die Slogans der Parteien, die die Kampagne einer Partei zu einer zentralen Wahlkampfaussage verdichten. Slogans sollen Aufmerksamkeit für die Partei wecken und die Bürgerinnen und Bürger zur Wahl mobilisieren. Die europäischen Grünen gingen mit dem Slogan „*Mit Wums! für ein besseres Europa*“ um die Gunst der Wählerstimmen ins Rennen. Im Nachhinein blieb die Bedeutung von „Wums“ für viele kryptisch, da nur durch sehr aufmerksames Studieren und weniger im Vorbeigehen erkennbar war, dass das Ideenwort für „Wirtschaft & Umwelt sowie menschlich & sozial“ stand.⁸⁷ Auffälliger und vor allem entschlüsselbarer war, dass neben dem deutschen auch das Logo des europäischen Zusammenschlusses „The Greens“ zu sehen war. Darüber hinaus waren die dargestellten Themen grenzüberschreitend. Es gab keinen Bezug zur nationalen Politik, Bundespolitiker wurden nicht abgebildet. In der Summe lässt es die Wissenschaftler den Schluss ziehen, dass die Grünen im Vergleich zu den anderen deutschen Parteien die „europäischste“ Plakatkampagne entwickelten (Holz-Bacha/Leidenberger 2010: 33).

Ein Ausblick auf 2014 verrät, dass die europäischen Grünen auch bei den nächsten Europawahlen am 25. Mai unter dem Motto „*You decide Europe*“ eine grenzüberschreitende Kampagne planen. Die ersten Entwürfe sind im Internet bereits abrufbar: Ein Katzenbaby schaut in die Kamera, dazu die Fragen „U no vote? Are you kitten me?“ (Du wählst nicht? Willst Du mich veralbern?).⁸⁸ Katzen sind in den sozialen Netzwerken beliebt. Wer Inhalte darüber ins Netz stellt, kann in der Regel mit einer weiten Verbreitung und einer hohen Anzahl von Klicks rechnen. Diese Popularität wollen die europäischen Grünen für sich nutzen. Darüber hinaus ist es ein Versuch, die Wahlbeteiligung zu steigern. Köpfe der Dachkampagne sind die Berliner Agentur KKL D und die Beratungsfirma „Joschka Fischer & Company“.⁸⁹

Zur Vollständigkeit sei gesagt, dass das gute Ergebnis der Grünen bei der Europawahl 2009 letztlich aber nicht einzig auf den europäisch geführten Wahlkampf zurückzuführen ist. Die Gründe dafür liegen auch in der Wählerstruktur der Partei.

⁸⁷ Die Bedeutung der Abkürzung befand sich in einer Fußnote in kleiner Schriftgröße in der linken unteren Ecke des Plakates wieder.

⁸⁸ „Kitten“ ist der englische Begriff für Kätzchen und hier als Anspielung auf „kidding“ (veralbern) zu verstehen.

⁸⁹ vgl. dazu: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article122726726/Gruene-werben-mit-Katzen-fuer-Europa.html>. Letzter Zugriff: 14.12.2013.

Zur Wählerschaft von Bündnis 90/Die Grünen gehören vor allem auch die Höhergebildeten an.⁹⁰ Belegbar ist das mit einem Blick auf die Stimmenanteile, die die einzelnen Parteien innerhalb der verschiedenen Berufsgruppen bei der Europawahl 2009 auf sich vereinen konnten. Beim Wahlverhalten der Angestellten liegen die Grünen mit 14 Prozent über ihrem Ergebnis auf Bundesebene, bei den Beamten und Selbstständigen schneiden sie mit jeweils 16 Prozent ebenfalls überdurchschnittlich ab. Zum Vergleich FDP und Linke bleiben in der Kategorie der Beamten mit 9 bzw. 5 Prozent trotz leichter Stimmengewinne unterdurchschnittlich (Forschungsgruppe Wahlen 2009: 44f.). Da der gebildeteren Bevölkerungsschicht unterstellt wird, gewohnheitsgemäß wählen zu gehen, könnten Bündnis90/Die Grünen weniger Verluste durch den hohen Anteil des Nichtwähler-Lagers erlitten haben als andere Parteien.

Der einheitlich geführte Wahlkampf und das auch damit einhergehende gute Wahlergebnis der Grünen zeigen, dass nicht allein nationale Aspekte die Aktivitäten und Entscheidungen bei Europawahlen prägen. Es handelt sich aufgrund des politischen Umfeldes zwar auch um nationale Wahlen, aber eben vor allem um second-order elections. Die von der EU-Bevölkerung wahrgenommene Machtlosigkeit des Europäischen Parlaments stellt nach wie vor eines der größten Probleme dar. *„Ob das Parlament nun von Vertragsform zu Vertragsform immer mehr zu sagen hat (...) – den meisten Europäern ist das fern und gleichgültig“* (FAZ 2004).

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die Gegebenheiten des politischen Umfeldes permanent Veränderungen ausgesetzt sein können. Es ist deshalb immer auch von Bedeutung, die sich zur Wahl stellenden Parteien, die verschiedenen Koalitionsmuster oder grundsätzliche institutionelle und prozedurale Rahmenbedingen, wie bspw. das in den jeweiligen Mitgliedsstaaten angewendete Wahlsystem, in der Ergebnisanalyse zu betrachten.

4.4.3 Ergebnisse in der institutionell-prozeduralen Dimension

Ergänzend zur Dimension des Umfeldes schließt sich im Nebenwahlkonzept (Reif/Schmitt 1980) die institutionell-prozedurale Dimension an. Die folgenden formulierten Thesen sind darin für Europawahlen von besonderer Bedeutung:

⁹⁰ Die Wählerstruktur der Grünen zeichnet sich nicht nur durch einen hohen Bildungsgrad aus, die Grünen sind darüber hinaus seit dem Jahr 2000 die Partei, deren Wähler über das höchste Einkommen verfügen. Dennoch wird oft die FDP als Partei der Besserverdienenden tituliert. Haas (2005) erklärt, dass dies u.a. in der Bedeutung liegt, die die jeweiligen Wähler dem Einkommen beimessen. Während FDP-Wähler den materiellen Werten eine hohe Bedeutung beimessen, definieren sich die Wähler der Bündnis90/Die Grünen an anderen Wertvorstellungen (Haas 2005: 66).

1. Die Wahlbeteiligung fällt umso höher aus, sobald in den Mitgliedsländern die Pflicht zur Wahl zu gehen besteht.
2. Die Wahlbeteiligung fällt umso höher aus, sobald die Europawahl mit anderen nationalen Wahlen zusammenfällt.
3. Die Stimmenverluste für Regierungsparteien fallen umso geringer aus, je näher die nachfolgenden nationalen Hauptwahlen stattfinden.

4.4.3.1 Einflussfaktor Wahlpflicht

In der Bundesrepublik Deutschland besteht keine gesetzlich vorgeschriebene Wahlpflicht, weder für die Beteiligung an nationalen Hauptwahlen noch bei Europawahlen oder anderen Nebenwahlen. Dass Nicht-zur-Wahl-gehen zieht folglich keine unmittelbaren Konsequenzen nach sich. Anders in einigen wenigen Ländern der Europäischen Union. In Belgien, Griechenland, Zypern und Luxemburg wird das Fernbleiben von der Wahlurne bei Europawahlen mit einer Geldbuße sanktioniert. Wer ohne nachvollziehbaren Grund seiner Wahlpflicht nicht nachkommt, muss eine finanzielle Aufwendung bspw. in Belgien in Höhe von 25 bis 50 Euro erbringen. Im Wiederholungsfall kann sich die Strafe deutlich erhöhen. Wer innerhalb von 15 Jahren vier Mal absichtlich nicht wählen gegangen ist, wird für zehn Jahre aus dem Wahlregister gestrichen. Während dieser Zeit darf er von einer Behörde weder in ein öffentliches Amt berufen noch befördert oder ausgezeichnet werden. Niemand ist jedoch verpflichtet, den Parteien auch tatsächlich seine Stimme zu geben, es steht dem Elektorat frei, einen leeren oder ungültigen Wahlzettel abzugeben. Schaut man auf die Wahlbeteiligung dieser Länder, die per Gesetz zum Wahlgang verpflichtet, so hat die Wahlpflicht gleichwohl eine disziplinierende Wirkung auf das Volk. Die Beteiligungsraten in Belgien, Griechenland, Luxemburg und Zypern liegen deutlich über den in Deutschland erzielten 43,3 Prozent.⁹¹

Auch eine Rückschau auf vergangene Europawahlen bestätigt die Vermutung. In den Ländern, in denen der Wahlgang gesetzlich vorgeschrieben ist, ist die Wahlbeteiligung deutlich höher als in den Mitgliedsstaaten ohne Wahlpflicht. Der These Reifs/Schmitts (1980: 12) kann somit sowohl für die vorhergehenden als auch für die Europawahl 2009 umfassend zugestimmt werden.

⁹¹ vgl. dazu Gliederungspunkt 5.2 und Tab. 22

Angesichts der niedrigen Beteiligungsrate wurden im Nachgang der Europawahl 2009 auch in der Bundesrepublik Forderungen, das Nichtwählen mit Bußgeld zu bestrafen, gestellt. Einen Vorstoß unternahm der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörn Thießens, der Wahlenthaltungen mit 50 Euro bestrafen will. *„Wir Politiker müssen im Parlament abstimmen – das kann man auch von den Wählern bei einer Wahl verlangen“*, so die Begründung Thießens, der dazu Ablehnung aus den Reihen seiner eigenen und vieler anderer Parteien erhielt.⁹²

4.4.3.2 Einflussfaktor zusätzliche Wahlen

Bereits in der Vergangenheit sprach es für eine höhere Partizipation bei Europawahlen, wenn zeitgleich zur Wahl andere nationale Wahlen stattgefunden haben, bspw. im Jahr 2004 als neben der Europawahl am 13. Juni in sechs weiteren Bundesländern Kommunalparlamente und in Thüringen der Landtag gewählt wurden. Ob in Rheinland-Pfalz (58,3 Prozent), im Saarland (57,3 Prozent), in Thüringen (53,9 Prozent), in Baden-Württemberg (53,1 Prozent), in Sachsen (46,2 Prozent) oder in Mecklenburg-Vorpommern (45,4 Prozent), fast überall⁹³ lag die Wahlbeteiligung signifikant über dem Bundesdurchschnitt von 43,0 Prozent.

Auch im Jahr 2009 bestätigt sich dieser Trend. Wie schon 2004 wurden zeitgleich zur Europawahl 2009 in der Bundesrepublik wieder in sechs Bundesländern Kommunalparlamente gewählt sowie in Thüringen der Landtag. Tabelle 20 zeigt, dass die Wahlberechtigten im Saarland mit einer Quote von 58,6 Prozent den höchsten Wert erzielten, gefolgt von Rheinland-Pfalz (55,6 Prozent), Thüringen (53 Prozent) und Baden-Württemberg (51,9 Prozent). Auch in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern lagen die Beteiligungsraten mit 47,6 und 46,7 Prozent noch über dem Bundesdurchschnitt von 43,3 Prozent. Einzig in Sachsen-Anhalt, wo lediglich 37,8 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben, lag die Beteiligung mit einem Minus von 5,5 Prozent deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. In der Summe kann auch für 2009 bestätigt werden, dass dort, wo zeitgleich zur Europawahl auch die kommunalen Parlamente neu gewählt wurden, denen die Bundesbürger eine individuell höhere Bedeutung zumessen als dem Europäischen Parlament, die Wahlbeteiligung einen höheren Wert erreicht. In den

⁹² Ablehnend äußerten sich öffentlich u.a. der SPD-Abgeordnete Klaas Hübner, der parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe Hartmut Koschyk, CDU-Mann Wolfgang Bosbach oder Linken-Abgeordnete Petra Pau. http://www.focus.de/politik/deutschland/wahlen-2009/europawahl/wahlpflicht-bussgeld-fuer-nichtwaehler-erntet-spott_aid_406855.html. Letzter Zugriff 09.06.2009.

⁹³ Einzige Ausnahme bildete das Wahlverhalten in Sachsen-Anhalt. Obwohl neben der Europawahl 2004 zeitgleich auch Kommunalwahlen stattfanden, beteiligten sich hier lediglich 39,3 Prozent.

Bundesländern mit Zusatzwahl hat die Wahlbeteiligung kumuliert⁹⁴ 50,3 Prozent erreicht (-0,9 im Vergleich zur Europawahl 2004), in Bundesländern ohne zusätzliche Kommunalwahl lag der entsprechende Wert mit 39,8 Prozent deutlich darunter (vgl. Tab. 20).

Tab. 20: Wahlbeteiligung und Parteianteile 2009 in den Bundesländern in Prozent

	Beteiligung	CDU/CSU	SPD	GRÜNE	LINKE	FDP	Sonstige
Bundesländer ohne Zusatzwahl							
Schleswig-Holstein	36,8	37,9	24,6	13,5	3,9	12,7	7,4
Hamburg	34,7	29,7	25,4	20,5	6,7	11,1	6,5
Niedersachsen	40,5	39,2	27,2	12,5	4,0	10,2	6,8
Bremen	38,9	24,5	29,3	22,1	7,2	8,9	8,0
Nordrhein-Westfalen	41,8	38,0	25,6	12,5	4,6	12,3	7,0
Hessen	37,9	36,4	24,4	15,0	3,9	12,6	7,6
Bayern	42,4	48,1	12,9	11,5	2,3	9,0	16,2
Berlin	35,1	24,3	18,8	23,6	14,7	8,7	9,9
Brandenburg	29,9	22,5	22,8	8,4	26,0	7,4	13,0
Bundesländer mit Zusatzwahl							
Rheinland-Pfalz	55,6	39,9	25,7	9,5	3,5	11,1	10,3
Baden-Württemberg	51,9	38,7	18,1	15,0	3,0	14,1	11,2
Saarland	58,6	35,9	26,6	7,7	12,0	8,1	9,7
Mecklenburg-Vorpommern	46,7	32,3	16,7	5,5	23,5	7,6	14,3
Sachsen	47,6	35,3	11,7	6,7	20,1	9,8	16,4
Sachsen-Anhalt	37,8	29,1	18,1	5,4	23,6	8,6	15,2
Thüringen	53,0	31,1	15,7	5,8	23,8	8,2	15,5
BUNDESLÄNDER							
ohne Zusatzwahl	39,8	38,8	22,2	13,3	5,3	10,8	9,6
mit Zusatzwahl	50,3	35,3	18,4	10,2	11,1	11,2	12,7
GEBIET							
West mit Berlin-West	43,6	39,6	21,9	13,2	3,9	11,5	9,8
Ost mit Berlin-Ost	42,1	30,2	15,9	7,3	23,2	8,4	15,0
WAHLERGEBNIS	43,3	37,9	20,8	12,1	7,5	11,0	10,8

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (2009: 14)

In Tabelle 20 fällt weiter auf, dass vor allem die Linke von den zeitlich aufeinander fallenden Wahlen profitierte. In vier der fünf neuen Bundesländer (ohne Berlin) wurden zusätzlich zur Europawahl Regionalwahlen abgehalten. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen erhielt die ostdeutsche Linke Stimmenanteile von jeweils über 20

⁹⁴ Kumulieren, auch Stimmenhäufung oder Häufeln, bedeutet, dass bei Wahlen mit offenen Listen oder reinen Personenwahlen, bei denen der Wähler mehr als eine Stimme hat, mehrere dieser Stimmen auf einen Kandidaten vereinigt werden können. Durch fortlaufende Summierung (Kumulierung) lassen sich aus den absoluten Häufigkeiten mittels einer mathematischen Formel die absoluten Summenhäufigkeiten ermitteln (vgl. dazu Bley Müller/Gehlert/Gülicher 2008: 08).

Prozent. Das legt die Vermutung nahe, dass nicht nur die Wahlbeteiligung höher ist, wenn parallel zur Europawahl noch andere nationale Wahlen stattfinden, sondern auch diejenigen Parteien, die in einer spezifischen Region besonders aktiv sind, davon profitieren können. Das vergleichsweise gute Ergebnis der Linken von 7,5 Prozent der Stimmen ist für die besonders in Ostdeutschland dominante Partei auch zum Teil durch die für sie günstige Wahlterminierung zustande gekommen.

4.4.3.3 Einflussfaktor Wahlterminierung gemäß Wahlzyklus

Ein möglicher Erklärungsansatz für den Stimmenverlust von Regierungsparteien liefert die nationale Wahlzyklustheorie. Danach verzeichnen Regierungsparteien zur Halbzeit der Legislaturperiode die höchsten Einbußen. Die Europawahl 2004 hat in der Mitte der Legislaturperiode stattgefunden. Die hohen Verluste der SPD (-9,2 Prozent) konnten damals mit der Wahlzyklustheorie erklärt werden. Für den Regierungspartner Bündnis90/Die Grünen, die entgegen der Erwartung einen Stimmenanteil im Wert von 5,5 Prozentpunkten hinzugewinnen konnten, fand sie keine Anwendung. Stattdessen bestätigte dieses Bild die Ergebnisse der Analyse Webers (2005), der die Wahl zum Europäischen Parlament aus dem Jahr 1999 unter Berücksichtigung des Wahlzyklus untersuchte. Anlehnend an Dinkel (1977) und Reif (1984a und 1984b) quantifiziert Weber (2005: 10) die Verluste der Regierungsparteien bei der Europawahl, indem er als Vergleichsgrundlage den Wert berechnet, *„den eine Partei zu dem Zeitpunkt innerhalb der Legislaturperiode, zu dem die Nebenwahl stattgefunden hat, hätte erwarten können, wenn das Ergebnis dem linearen Trend zwischen zwei Hauptwahlen gefolgt wäre“*. Wie auch seine Mitstreiter bestätigt Weber das vorherrschende Bild, dass Regierungsparteien bis zur Hälfte der Legislatur Stimmen verlieren, um sie dann langsam wieder hinzuzugewinnen. Das Neuartige daran ist, dass lediglich die Partei des Regierungschefs von diesem Effekt betroffen ist, die übrigen Koalitionspartner nicht. Der Wissenschaftler zieht das Fazit:

„(Die) führenden Parteien (werden) von den Wählern in weit höherem Maße für die Politik der Regierung in die Verantwortung genommen (...), was angesichts der besonderen Machtposition des Regierungschefs als rational anzusehen ist.“ (Weber 2005: 27)

Was für 1999 und 2004 noch galt, sollte bei der Europawahl 2009 ganz anders aussehen. Nicht die führende Partei, die CDU, sondern die SPD als kleinerer Regierungspartner, war von hohen

Stimmenverlusten gezeichnet. Wie geht das mit der Wahlzyklustheorie zusammen? Reif/Schmitt (1980: 10) sagen in ihrem Nebenwahlkonzept: Je geringer der zeitliche Abstand zwischen Europawahlen und nationalen Wahlen, desto wahrscheinlicher, dass das Wahlergebnis der Europawahl klare Tendenzen für das nationale Wahlergebnis widerspiegelt. Kurz gesagt, je näher die nationale Hauptwahl rückt, desto mehr steigt auch die Beliebtheit der Regierungsparteien. Die 2009er Europawahl fand zum Ende der Legislaturperiode statt, nur drei Monate später entschieden die Deutschen über die Zusammensetzung des nationalen Parlaments. Mit einem guten Ergebnis der CDU wäre zu rechnen gewesen, dennoch wäre nach Kläne (2009: 02) für die CDU zum Zeitpunkt der Europawahl ein Stimmenverlust von ca. 2,5 Prozentpunkten zu erwarten gewesen. Das wirkliche Ergebnis der CDU liegt stattdessen um 5,4 Prozent höher, als der Wahlzyklus vorhergesagt hätte. Bei der Bundestagswahl 2009 gaben 27,3 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme der CDU, nur 0,5 Prozent weniger als 2005 und ganze 3,4 Prozentpunkte weniger im Vergleich zur vorangegangenen „nachrangigen“ Europawahl. Für das Wahlergebnis der CDU wirkte die Finanz- und Wirtschaftskrise, in deren Lösung die Christdemokraten im Vergleich zur Parteienkonkurrenz hohe Kompetenz von den Wählerinnen und Wählern bescheinigt bekommt, zusätzlich begünstigend.⁹⁵ Die SPD konnte von der zeitlichen Terminierung der Europawahl zum Ende der Legislaturperiode hingegen nicht profitieren. Ein Grund dafür liegt in der Schwierigkeit der SPD, sich als Juniorpartner in einer Großen Koalition zu behaupten.

Nach Korte (2010: 04) sind Große Koalitionen „*Stillhalteabkommen über politischen Minenfeldern*“, die die Wählerinnen und Wähler langweilen. Scharfe Auseinandersetzungen bleiben aus. Der Abstieg der SPD korrespondiert deshalb nicht zwangsläufig mit einer Zunahme der Wählergunst für die Union. Unzufriedene SPD-Wähler entziehen ihrer Partei zeitweilig die Unterstützung. Diese Art des Wahlverhaltens bestätigt zum einen die These Deckers/Blumenthals (2002), die eine Proteststimmabgabe zugunsten der Opposition feststellen und zum anderen die Theorie des „expressive tactical voting“ (Van der Eijk; Franklin; Marsh 1996).

⁹⁵ vgl. dazu auch Gliederungspunkt 4.4.1.2 und Abb. 9

4.4.4 Ergebnisse in der Kampagnendimension

Nach Niedermayer (2005b: 05) müssen Parteien im Europawahlkampf vor allem zwei wesentliche Aufgaben erfüllen: Sie müssen erstens ihre Anhänger mobilisieren und zweitens versuchen, alle übrigen Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen. Bei Europawahlen im Besonderen steht für die Wahlkampfabteilungen der jeweiligen Parteien die Mobilisierung der eigenen Wählerklientel im Vordergrund. Dies erfordert aufgrund des allgemein geringeren Wahlinteresses besondere Mühe und geht oft zu Lasten verbleibender Wählerschichten. Erschwerend kommt hinzu, dass dem Wahlpublikum kaum bewusst ist, welche europapolitischen Positionen die einzelnen Parteien vertreten. Die Parteien werden vielmehr aufgrund ihrer Programmatik, die sie in der Bundespolitik einnehmen, beurteilt. Aus Perspektive der Parteien – insbesondere der Oppositionsparteien – stellt dies im Umkehrschluss wiederum eine wirkungsvolle Möglichkeit dar, einen Großteil der zumeist innenpolitisch interessierten Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren.

Bei der Europawahl 2004 haben bspw. die Christdemokraten, als sie noch in der Opposition waren, davon profitieren können. Sie erzielten 15 Prozent mehr Stimmen als die damalige Regierungspartei SPD. Die CDU setzte sich zum Ziel, *„die Europawahl vorrangig zu einer Abstimmung über die Politik der (...) Bundesregierung zu machen“* (Niedermayer 2005a: 05). Dazu fokussierte sich die Union auf innenpolitische Themen wie die damalige Wirtschaftsflaute, die hohe Arbeitslosigkeit von 11,7 Prozent sowie eine Abrechnung mit der Bundesregierung insgesamt. Die Wahlplakate der CDU, z.B. das mit der Aufschrift *„Europa macht man nicht mit links“* oder das Plakat mit dem wurmstichigen rot-grünen Apfel untermauerten die Wahlkampfstrategie. Der damalige Bundesgeschäftsführer der CDU, Johannes von Thadden, erklärte, dass folgende zentrale Botschaft, den Wählerinnen und Wählern vermittelt werden sollte: *„Wer es in Deutschland nicht kann, kann es in Europa auch nicht.“*⁹⁶

Hinzu kommt, dass die Entscheidung für eine bestimmte Partei immer häufiger erst kurz vor dem Wahltermin getroffen wird. Der Kampagnenplanung sollte gerade deshalb besonders in Nebenwahlen umso mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht werden. Das ist leichter gesagt als getan, ist einem bewusst, dass den Europawahlkampagnen einige Ressourcen, die heute als

⁹⁶ CDU-Bundesgeschäftsführer Johannes von Thadden am 22.04.2004 im Gespräch mit Parteienforscher Prof. Dr. Oskar Niedermayer.

Merkmale der Modernisierung⁹⁷ von Wahlkämpfen bzw. als Indikatoren für eine zunehmende Professionalisierung genannt werden, fehlen. Darüber, wann in der Kampagnenforschung erstmals die Rede von Professionalisierung⁹⁸ ist, gibt es keine Auskunft. Spätestens wohl seit der Nixon-Kampagne im Jahr 1968, als der Wahlkampf in den USA geschäftsmäßig betrieben wurde. Nach Holtz-Bacha (2010b: 10) liegt es nahe, dass der Begriff in Zusammenhang mit der zunehmenden Prominenz politischer Berater und der Untersuchung ihrer Rolle im Wahlkampf aufkam. *„(Professionalisierung) bezeichnet den Trend, die Organisation von Wahlkämpfen in die Hände externer Berater zu legen“* (Holtz-Bacha 2010b: 10).

Auch wenn der Professionalisierungsgrad bei Europawahlen nicht so hoch ist wie bei Bundestagswahlen, findet er sich bei der Europawahl 2009 aber doch wieder (vgl. Tenscher 2011). Dies zeigt sich u.a. bei einem Vergleich zur Ausgestaltung der Plakatkampagnen der Parteien. Alle fünf deutschen Parteien arbeiteten mit externen Werbeagenturen zusammen. Die CDU arbeitete mit den Agenturen „Kolle Rebbe“ und „Shipyard“, die CSU mit der Münchner Agentur „McCann Erickson“ zusammen. Die SPD engagierte für ihren Europawahlkampf die Agentur „Butter“. Auf bewährte Agenturen setzten die FDP, die schon bei der Europawahl 2004 mit der Agentur „von Mannstein“ zusammenarbeitete, sowie Bündnis 90/Die Grünen, die auch 2009 wieder auf die Zusammenarbeit mit der Agentur „Zum Goldenen Hirschen“ vertraute. Die Linke setzte 2009 die Zusammenarbeit mit der ihr bekannten Berliner Agenturgemeinschaft DIG/Trialon fort.⁹⁹ Ein Blick auf die Plakataufgaben verrät, dass die Parteien im Vergleich zu Bundestagswahlen hier deutlich weniger bereit sind, zu investieren bzw. überhaupt investieren können. Die gesamte Plakatauflage der CDU lag bei 400.000 Exemplaren, darunter 12.000 Großflächenplakate, die bundesweit einheitlich waren. Bei der Bundestagswahl 2009 betrug die Gesamtauflage rund 100.000 mehr, insgesamt 492.699 Stück (vgl. Lessinger/Holtz-Bacha 2010: 81).

Ähnlich verhält es sich bei der SPD, die in drei Phasen 175.000 Plakate, davon 8.000 Großflächenplakate, anbrachte. Die höchste Auflage erreichte ein Plakat der Comic-Angriffsserie mit dem Claim *„Finanzhaie würden FDP wählen“* (Lessinger/Holtz-Bacha 2010: 81). Im

⁹⁷ „Modernisierung“ von Wahlkämpfen kann als Wandel des politischen Kommunikationsprozesses zwischen Parteiliten, Medien und Wählern bezeichnet werden. Dieser Wandel ist durch *„eine zunehmende Mediatisierung, Personalisierung und Entideologisierung der Politikvermittlung von den Parteiliten an die Wähler, eine wachsende Bedeutung der Massenmedien und der Demoskopie bei der Interessenvermittlung von den Wählern an die Parteiliten sowie eine zunehmende Professionalisierung des gesamten Kommunikationsmanagements gekennzeichnet“* (Niedermayer 2005b: 39).

⁹⁸ Ursprünglich stammt der Begriff Professionalisierung aus der Arbeitssoziologie und beschreibt wie sich aus Tätigkeiten Professionen entwickeln. Nach Wilensky (1964) sind wesentliche Merkmale von Professionen spezifisches Fachwissen und ein Dienstleistungsideal. Zu klassischen Professionen gehören Ärzte, Anwälte und das Militär. Als der Begriff in der Analyse moderner Wahlkämpfe aufkam, blieb von der klassischen Definition nicht mehr viel nach.

⁹⁹ Die PDS hatte bereits 1994 mit Trialon kooperiert.

nachfolgenden Bundestagswahlkampf wiederum betrug die Plakatgesamtauflage 278.000 Stück, 103.000 mehr im Vergleich zur Europawahl. Dazu wurden 15.500 Großflächen gebucht.

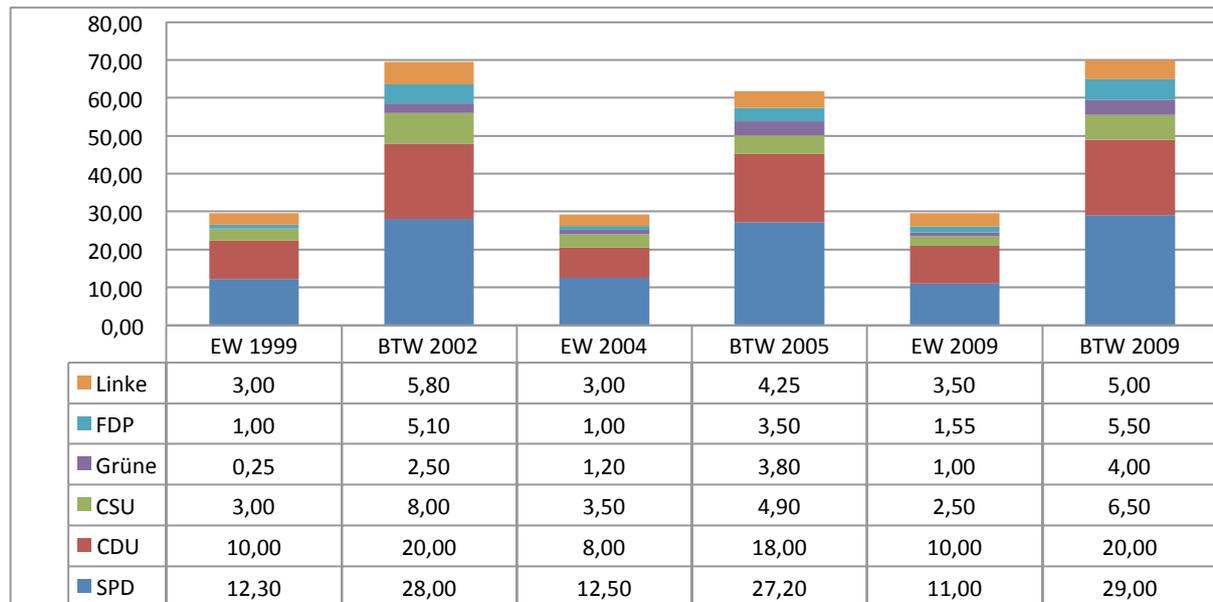
Bündnis90/Die Grünen haben sogar nur 1.200 Großflächenplakate bei der Europawahl eingesetzt, die auch erst in den letzten beiden Wochen vor dem Wahltermin am 7. Juni geklebt wurden. Die beiden großen Parteien begannen bereits Ende April (sechs Wochen vor Wahltermin) mit der Plakatierung.

Lessinger/Holtz-Bacha (2010: 68) stellen weiter heraus, dass es verwundert, wie wenig die Parteien von den unterschiedlichen Gestaltungsmöglichkeiten, die Plakate bieten, Gebrauch gemacht haben. Das Wahlplakat ist ein zentrales Element jeder Wahlkampfkampagne und ein integraler Bestandteil der Kommunikationsstrategien der Parteien. *„Das Wahlplakat erzeugt eine unmittelbare Präsenz im öffentlichen Raum, stiftet Identifikationspotenziale und Mobilisierungsanreize“* (Geise 2010: 154). Trotz dessen bedeutender Funktion unterscheiden sich die Plakate der Europawahl- und Bundestagswahlkampagnen, was die visuelle Gestaltung betrifft, nur wenig (vgl. Lessinger/Holtz-Bacha 2010: 96). Beliebte Motive waren die Köpfe von einzelnen und mehreren Kandidaten, Szenen aus dem Alltagsleben mit Familie und Kindern, der Einsatz von politischen Symbolen, Tieren sowie das schlichte Textplakat. Gerade die Konfrontation zweier nationaler Wahlen innerhalb weniger Wochen habe deutlich gezeigt, wie wenig die Parteien und ihre Berater in die Gestaltung dieses für deutsche Wahlkämpfe geradezu charakteristischen Wahlkampfinstrumentes investieren, obwohl sie es hier mit einer Werbeform zu tun haben, welche die direkte Ansprache der Wählerschaft erlaubt (vgl. Ebenda: 213).

Entsprechend der Charakterisierung von Europawahlen als second-order elections gelten die Wahlkampagnen nicht nur aufgrund der dargestellten vergleichsweise geringen Plakatierungen als „low-key“-Kampagnen (Holtz-Bacha 2005: 13). Die Parteien investieren nicht viel in den Wahlkampf, vor allem nicht an finanziellen Mitteln. Kapitalaufwendige Kampagnenteile, wie zum Beispiel die Wahlwerbung in den privaten Medien und die Einstellung von externen Beratern, werden demnach weniger genutzt als in Bundestagswahlen. Will man die Frage, ob Parteien ihren Wahlkampf in Nebenwahlen halbherzig führen, so wie es Reif/Schmitt (1980) feststellen, mit der Höhe der Wahlkampfbudgets der Parteien beantworten, ergibt sich ein eindeutiges Bild. Bei den Bundestagswahlen 2002, 2005 und 2009 gaben die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien stets mindestens doppelt soviel aus wie bei den jeweils vorangegangenen Europawahlen (vgl. Tenscher 2011: 75). Im Europawahlkampf 2009 investierten SPD und CDU mit elf bzw. zehn Millionen Euro am meisten Geld, gefolgt von den

Linken mit 3,5 Millionen Euro, der CSU mit 2,5 Millionen Euro und der FDP mit 1,55 Millionen Euro. Die Grünen waren mit nur einer Million Euro das Schlusslicht (vgl. Abb. 12), bei der nachfolgenden Bundestagswahl waren sie bereit, drei Millionen mehr zu investieren, soviel wie noch nie zuvor bei einer nationalen Parlamentswahl.¹⁰⁰

Abb. 12: Wahlkampfausgaben der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien 1999 – 2009 (in Millionen Euro):



Quelle: Tenscher (2011: 75)

„Zum modernen Wahlkampf braucht man drei Dinge: Geld, Geld, Geld“ (Radunski 2003: 185). Je mehr finanzielle Mittel den Parteien zur Verfügung stehen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Partei, ihre Spitzenkandidaten und die von ihnen vertretenen Positionen Aufmerksamkeit in den Medien und damit auch in der Öffentlichkeit erhalten. Schon im Vorfeld der Wahl gab es die Sorge, dass die Kampagnen zur Europawahl lediglich „second-rate“ (de Vreese 2009) ausfallen würden. Die Vermutung lag nahe, dass der Europawahlkampf den Parteien als „Übungsfeld für die Bundestagswahlkampagne“ (Holtz-Bacha 2010b: 18) diene, mit der Konsequenz, dass mit kreativen Kräften sparsam umgegangen werden würde und der Einsatz für Europa eher zurückhaltend sein würde.

¹⁰⁰ Auch wenn hier der Eindruck erweckt wird, dass das für den Bundestagswahlkampf investierte Geld der Parteien vergleichsweise hoch ist, so relativiert sich dies mit einem Verweis auf die amerikanischen Wahlkampfausgaben. Die midterm-elections im Jahr 2010 waren z.B. mit knapp 4 Milliarden US-Dollar die teuersten der Geschichte. Im Jahr 2006 wurden dafür 3,1 Milliarden US-Dollar investiert (Mildner/Rytz/Thimm 2010: 02).

Für den deutschen Wahlkampf im Internet fand zumindest die Vermutung der fehlenden Kreativität keine Bestätigung. Internetportale wie YouTube waren wichtige Kampagneninstrumente, um Bewegtbildnachrichten direkt an die Bürgerinnen und Bürger zu richten. Auch die interaktive Kommunikation wurde vereinfacht und fand nach Albers (2009: 34) umfassender als je zuvor statt. Thorsten Schäfer-Gümbel, Spitzenkandidat der SPD zur Landtagswahl in Hessen, war der Erste, der den Videodialog über YouTube initiierte. Ihn erreichten mehr als 1000 Anfragen zu verschiedenen Themen (vgl. Albers 2009: 34). Auch die Grünen setzten neue Maßstäbe im Internet. Mit ihrer Aktion „3-Tage-wach“, die am Donnerstag vor den Europawahlen am Sonntag startete, konnten die Besucher von www.gruene.de Auskünfte zu den Inhalten und Programmen der europäischen und deutschen Grünen erhalten. Rund um die Uhr beantworteten Freiwillige die, nach Angaben der Grünen, rund 12.000 Fragen von interessierten Nutzern (Albers 2009: 38).

Der Internetwahlkampf der Parteien wurde entgegen der Erwartungen professionell geführt. Die standardisierten Instrumente wie Newsletter, Spiele und Download-Angebote wurden weiter eingesetzt. Neu waren Mobilisierungskampagnen über das Web 2.0 und Social-Media-Anwendungen.¹⁰¹ Damit gelang es Parteien, über interne und externe Netzwerke (Facebook, YouTube, StudiVZ, Twitter) mit potenziellen Wählerinnen und Wählern zu kommunizieren.¹⁰²

Mit dem Einsatz von Kreativität durch die Parteien wurde hier nicht gespart. Wie sieht es mit dem Einsatz für Europa aus? Das Fernsehen ist die wichtigste Informationsquelle der Wähler, um sich über das aktuelle Wahlkampfgeschehen zu informieren. Selbst im US-Präsidentenwahlkampf 2008, der als Paradebeispiel einer modernen Internetkampagne gilt¹⁰³, war das Fernsehen wichtigste Informationsquelle (Schulz/Zeh 2010: 313).¹⁰⁴ Die Wahlspots im Fernsehen gehören auch in der Bundesrepublik zu wichtigen Kampagneninstrumenten. Allen Parteien stehen bei ARD und ZDF mindestens zwei Sendeplätze

¹⁰¹ Der Begriff „Web 2.0“ wird unspezifisch verwendet. Forrester Research ein definiert Web 2.0 als eine Menge von Technologien und Anwendungen, die eine effiziente Interaktion zwischen Menschen, Inhalten und Daten ermöglichen, um gemeinsam neue Geschäftsfelder, Technologieangebote und soziale Strukturen zu entwickeln. Der Begriff „Social Media“ wird zumeist auf der Ebene der Anwendungen verwendet und betont besonders die Bedeutung der durch den Nutzer erstellten Beiträge und Inhalte. Social Media umfassen z.B. Blogs, Wikis, Microblogs oder Soziale Netzwerke wie Facebook oder StudiVZ.

¹⁰² Trotz dessen mussten sich die politischen Akteure immer wieder mangelnde Mobilisierungsfähigkeit der über das Internet erreichbaren Bürger vorwerfen lassen. Hauptursache für die Kritik war häufig der Vergleich deutscher und amerikanischer Internetwahlkämpfe, die um ein vielfaches intensiver betrieben werden.

¹⁰³ vgl. Althaus (2011: 38)

¹⁰⁴ Schulz/Zeh (2010: 318) führen weiter aus, dass bei US-amerikanischen Wahlen beobachtet wurde, dass Frauen, die sich um ein politisches Amt bemühen, einen Präsenznachteil in den Medien haben. In neueren Studien ließe sich dieser Präsenznachteil nicht mehr nachweisen, stattdessen werden weibliche Kandidaten eher mit apolitischen und weiblichen Eigenschaften wie Aussehen, Familienleben oder Persönlichkeit dargestellt. Die Wissenschaftler untersuchten die Rolle des Gender-Faktors in der Fernsehberichterstattung zum Bundestagswahlkampf 2009 und kamen zu dem Ergebnis, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel fast nur positive Aussagen wie „kämpferisch, souverän, selbstsicher, locker, sympathisch“ zugesprochen kam (Schulz/Zeh 2010: 332).

à 90 Sekunden zur Verfügung. Dabei ist die Platzierung und Ausstrahlung der Spots von Bedeutung. Sie hat Einfluss auf die Reichweite. Günstige Ausstrahlungstermine sind unmittelbar nach den Nachrichten, im Umfeld von populären Serien und Filmen oder von Fußballübertragungen. Die Platzierung eines SPD-Spots bei RTL gleich nach „Wer wird Millionär?“ sorgte für eine Quote von 6.61 Millionen Zuschauern (Holtz-Bacha 2010a: 185). Aus diesem Grund ist es für politische Parteien und Kampagnenmanager wichtig, dass ihre Themen und Kandidaten dort platziert werden. Holtz-Bacha/Leidenberger (2010: 30) untersuchten die Werbespots, die die Parteien für die Ausstrahlung im Fernsehen produzierten, um zu prüfen, wie europäisch die Kampagne zur Europawahl 2009 konzipiert war. Bis auf eine Ausnahme der zur Europawahl zugelassenen 32 Parteien nahmen alle ihre Sendezeit bei ARD und ZDF in Anspruch. CDU und SPD kauften darüberhinaus Werbezeit im kommerziellen Fernsehen hinzu. Die SPD legte als einzige Partei zwei unterschiedliche Kurzspots vor, die im kommerziellen Fernsehen zum Einsatz kamen (vgl. Holtz-Bacha/Leidenberger 2010: 33f.). Holtz-Bacha/Leidenberger (2010: 34) analysieren, dass Europa ein Randthema im Wahlkampf 2009 darstellte. Inhaltlich spielte der Themenkomplex „Wirtschaft und Finanzen“ die größte Rolle in den Spots. 53 Prozent der Spots zeigten ökonomische Sachverhalte als Hauptthema, 12 Prozent „Sozialpolitik“, was angesichts der damaligen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht überraschend ist. In der Hälfte der Spots (56 Prozent) ließ sich kein Thema mit europäischem Bezug ausfindig machen. Diejenigen Spots, die eines zeigten, drehten sich um „Ein Europa der Bürger“ (16 Prozent), um den Vertrag von Lissabon (9 Prozent) sowie um die EU-Erweiterung (6 Prozent). Auch die Kandidaten für die Mandate im Europaparlament zeigten sich wenig: In 13 Spots (41 Prozent) war überhaupt kein Parteivertreter zu sehen und in denjenigen Spots, die einen Parteivertreter zeigten, war nur in etwas mehr als der Hälfte (53 Prozent), ein Europakandidat zu sehen (Holtz-Bacha/Leidenberger 2010: 36).

Die Ergebnisse Holtz-Bachas/Leidenbergers (2010: 36) zur Kandidatenpräsenz verwundern nicht. Entsprechend ihrer Definition als second-order elections ist ein geringer Grad an Personalisierung Charakteristikum von Europawahlen (vgl. Niedermayer 2005a; Wilke/Reinemann 2005; Wilke/Leidecker 2013). Unter Personalisierung ist zu verstehen, dass einzelne Akteure im Vordergrund der Medienberichterstattung stehen (vgl. Holz-Bacha 2002: 20). Bei modernen Wahlkämpfen sind sie mehr im Vordergrund als in weniger modernen, wie z.B. Europawahlkämpfen. Die Frage „Und wer bitte ist Pöttering?“ verdeutlicht den Aspekt des geringen Personalisierungsgrades, mit dem sich Europawahlen aufgrund der geringen Bekanntheit ihrer Spitzenkandidaten konfrontiert sehen. Sie galt gewissermaßen als „running gag“ der Europawahlkampagne 2004. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch der

Einfluss bekannter nationaler Politiker auf die Wahlberichterstattung. Reif/Schmitt (1980: 14) haben, was die Aufmerksamkeit der Medien betrifft, in ihrem Nebenwahlkonzept festgestellt, dass ihr Beitrag zur Wählermobilisierung maßgeblich von der Aufmerksamkeit abhängt, die nationale Hauptwahlpolitiker den Nebenwahlen widmen. Wiokorwski/Holtz-Bacha (2005) haben in Bezug auf die Akteure der Europawahl 2004 konstatiert, dass in der Tagespresse häufiger über die Kandidaten als über prominente nationale Politiker berichtet wurde. Von den nationalen Spitzenpolitikern standen Angela Merkel (8,3 Prozent), Gerhard Schröder (5,4 Prozent) und Joschka Fischer (5,9 Prozent) im Vergleich zu den Spitzenkandidaten des EPs wenig im Mittelpunkt der Berichterstattung. Vor dem Hintergrund, dass bereits Dinkel (1977) in seinen Untersuchungen feststellte, dass bekannte und populäre Landesväter einen Amtsbonus genießen und dadurch in der Lage sind, dem Popularitätsverlust von Regierungsparteien entgegenzuwirken, verwundert es, dass bisher wenig auf Personalisierungsstrategien mit nationalen Politikern gesetzt wurde.

Zum Europawahlkampf 2009 zeigen verschiedene Analysen, dass sich im Hinblick auf Personalisierungstendenzen bei Europawahlkämpfen ein Anstieg der personalisierten Beiträge in Massenmedien beobachten ließ, diese aber deutlich hinter dem Personalisierungsgrad in Bundestagswahlen zurückblieben (Wilke/Leidecker 2010, Wilke/Schäfer/Leidecker 2011). Ein Grund dafür kann darin liegen, dass sich 2009 ein Trend zu mehr subjektiven und hybriden Darstellungsformen der Wahlkampfberichterstattung gezeigt hat (Wilke/Leidecker 2010: 345). Auch Wilke/Schäfer/Leidecker (2011) stellen fest, dass die Kandidaten für das EP 2009 wesentlich bekannter dargestellt wurden als jemals zu vor. *„Hielten 2004 nur 4 Prozent die Kandidaten für das Europaparlament für mittelmäßig bis sehr bekannt, waren es 2009 12 Prozent“* Wilke/Schäfer/Leidecker (2011: 170).

Gestützt werden diese Analysen durch Tabelle 21, der eine qualitativ- und quantitativ-vergleichende Inhaltsanalyse der Presseberichterstattung aus fünf bzw. vier überregionalen Tages- und Wochenzeitungen¹⁰⁵ zugrunde liegt. Die Tabelle zeigt, dass sich ein Bezug zu den Bundestagswahl-Spitzenkandidaten der CDU und SPD deutlich häufiger nachweisen lässt, als ein inhaltlicher Fokus auf die Europawahl-Spitzenkandidaten dieser Parteien. Grundlage dieser Untersuchung war eine thematische Kategorisierung der Presseartikel, wobei innerhalb der Themenkategorie „Spitzenkandidaten/politisches Personal“ nach einem Bezug zu den in der Tabelle aufgeführten Spitzenkandidaten gesucht wurde. Der Anteil der auf die Spitzenkandidaten entfallenden Artikel ist innerhalb der Themenkategorie bei

¹⁰⁵ Mehr zur Anlage und Methode der Untersuchung unter Gliederungspunkt 4.4.4.2.

Bundestagswahlen etwa doppelt so hoch wie bei Europawahlen. Betrachtet man den Anteil aller Artikel der Kategorie „Spitzenkandidaten/politisches Personal“ – bezieht also auch die Berichte ein, die sich nicht explizit den Spitzenkandidaten widmen – am Gesamtaufkommen der Berichterstattung, so zeigt sich, dass die inhaltliche Personalisierung bei der Europawahl 2009 vier Prozentpunkte unter dem „Personalisierungsgrad“ der Bundestagswahl 2009 liegt.

Tab. 21: Relative Häufigkeit des inhaltlichen Fokus auf die Spitzenkandidaten von CDU und SPD bei der jeweiligen Wahl

	Anzahl Artikel zur BTW	Anteil an Artikeln zu Themenkategorie "Spitzenkandidaten/politisches Personal" zur BTW	Anteil an allen Artikeln zur BTW
Bezug zu Merkel	31	15,98%	3,20%
Bezug zu Steinmeier	30	15,46%	3,09%
Bezug zu Merkel und Steinmeier gesamt	61	31,44%	6,29%
Themenkategorie "Spitzenkandidaten / politisches Personal"	194		20,00%
Gesamte Artikel zur Wahl	970		
	Anzahl Artikel zur EW	Anteil an Artikeln zu Themenkategorie "Spitzenkandidaten/politisches Personal" zur EW	Anteil an allen Artikeln zur EW
Bezug zu Pöttering	2	5,56%	0,88%
Bezug zu Schulz	4	11,11%	1,77%
Bezug zu Pöttering und Schulz gesamt	6	16,67%	2,65%
Themenkategorie "Spitzenkandidaten / politisches Personal"	36		15,93%
Gesamte Artikel zur Wahl	226		

Quelle: Eigene Darstellung

Wenngleich Tendenzen einer zunehmenden modernen Wahlkampagne, so wie sie in nationalen Hauptwahlen praktiziert wird, nicht von der Hand zu weisen sind, ist die Kampagne zur Europawahl 2009 in der Bundesrepublik in der Gesamtheit im Sinne der second-order election Theorie nachrangig gewesen. *„Europa kommt vor, aber eine Kampagne, die dem Sinn der Europawahl gerecht wird, war dies nicht.“* (Holtz-Bacha/Leidenberger 2010: 36)

4.4.4.1 Geringe Berichterstattung zur Europawahl in den Printmedien

Seit der ersten Direktwahl gilt die Klage, dass Europawahlen weniger europäisch, sondern vielmehr national geprägt sind. Man weiß nun, dass das Reglement für Europawahlen dazu beiträgt, dass es das Europäische an der Wahl so schwer hat. Weder haben sich die Mitgliedstaaten bisher auf ein einheitliches Verfahren für die Wahl einigen können, noch gibt es internationale Bewerber für ein Mandat im Europaparlament. Die Kandidaten stammen aus der nationalen Politikarena. Dies ging oft damit einher, dass nationale Themen die europäische Agenda beherrschten und nicht zuletzt deshalb, den Europawahlen der Charakter eines nationalen Stimmungstests zugeschrieben wurde. 2004 wurde in der Presse von einer „*Inszenierung der Wahl als innenpolitisches Referendum*“ (FAZ 2004) gesprochen und auch im Jahr 2009 sprach vieles dafür, dass die Medien die Wahl als nationalen Stimmungstest beschreiben würden. Schließlich fand im Jahr 2009, nur 16 Wochen nach der Europawahl, die Bundestagswahl statt.

Dies veränderte nicht nur den Wahlkampf der Parteien, sondern auch die Berichterstattung in den Printmedien, die gerade in Wahlkampfperioden als wichtige Informationsquellen für die Wählerinnen und Wähler fungieren. Einige Studien deuten sogar darauf hin, dass ihre Nutzung der Wahlbeteiligung förderlich ist (Schmitt-Beck/Wolsing 2010: 59). Es liegt auf der Hand, dass die Berichterstattungen in regionalen und überregionalen Qualitätszeitungen zu Wahlkampfzeiten seit jeher Gegenstand der Forschung sind.

Bis zur Europawahl 2004 zeigen die vorliegenden Analysen, dass die Presseberichterstattung bei Europawahlen im Vergleich zu nationalen Hauptwahlen deutlich reduziert ausfällt, dies galt sowohl im internationalen Diskurs¹⁰⁶ als auch für die Bundesrepublik Deutschland. Wilke/Leidecker (2010) zeigen, dass es in der Häufigkeit der Berichterstattung über die Bundestagswahlen seit dem Jahr 2009 zu Veränderungen gekommen ist. Anhand einer Inhaltsanalyse von vier deutschen Tageszeitungen¹⁰⁷ ist es ihnen möglich, die Entwicklung der Wahlkampfberichterstattung in der deutschen Presse über 60 Jahre und 17 Bundestagswahlen aus den letzten vier Wochen vor der Wahl hinweg zu vergleichen. Wilke/Leidecker (2010: 341)

¹⁰⁶ vgl. Gliederungspunkt 3.4

¹⁰⁷ Die vier untersuchten Zeitungen waren die Frankfurter Rundschau, die Süddeutsche Zeitung, die Frankfurter Allgemeine Zeitung und die Welt. Gegenstand der Inhaltsanalyse waren alle Artikel, die einen Bezug zur Bundestagswahl und/oder zu den Kanzlerkandidaten der beiden vorherrschenden Parteien aufwiesen (Wilke/Leidecker 2010: 341).

kommen zu dem Ergebnis, dass die vier untersuchten Qualitätszeitungen über den Bundestagswahlkampf 2009 erheblich weniger berichteten als in den vorangegangenen drei Bundestagswahlen. Gegenüber 2002 und 2005 gab es 2009 nur halb so viele Beiträge. Der Umfang nach der Anzahl an Zeichenanschlügen sank von 3,67 Millionen (2002) und 3,87 Millionen (2005) auf nur noch 2,11 Millionen (2009). Der Wandel des Umfangs der Berichterstattung könnte nach Wilke/Leidecker (2010: 342) auf äußere oder innere Veränderungen der untersuchten Zeitungen zurückzuführen sein, etwa auf eine generelle Verringerung der Seitenzahl der einzelnen Ausgabe (Wilke/Leidecker 2010: 342).

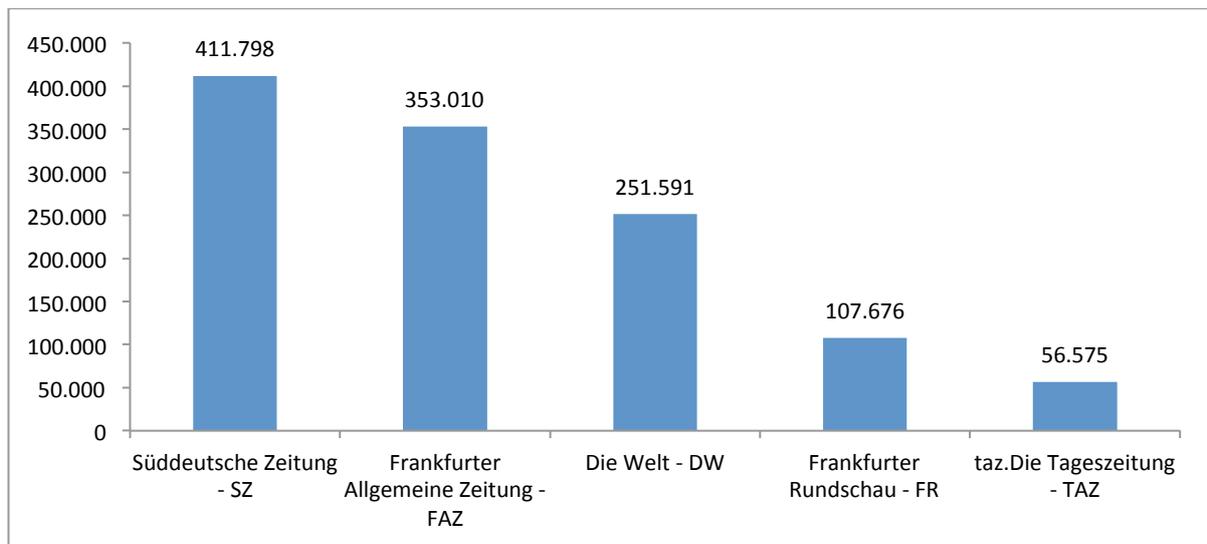
Die Ergebnisse Wilkes/Leideckers (2010) boten Anlass zu der Frage, ob angesichts der deutlich reduzierteren Presseberichterstattung im Bundestagswahlkampf 2009 im Vergleich zu vorangegangenen Wahlen, die These der second-rate coverage im Europawahlkampf 2009 noch Bestätigung findet. Falls dem so ist, kann von einer grundsätzlich geringeren Presseberichterstattung und einem geringeren Personalisierungsgrad bei Europawahlen im Vergleich zur nationalen Hauptwahl ausgegangen werden. In der Konsequenz sollte das Nebenwahlkonzept (Reif/Schmitt 1980) um diese Kriterien in der Kampagnendimension erweitert und in zukünftigen Analysen zu second-order elections Berücksichtigung finden.

4.4.4.2 Anlage und Methode der Untersuchung

Um die Frage zu prüfen, ob auch nach der Reduzierung der Presseberichterstattung im Bundestagswahlkampf 2009 bei Europawahlen nach wie vor eine deutlich geringere Presseberichterstattung zu erwarten ist, wird die Wahlkampfberichterstattung zur Europawahl 2009 und zur Bundestagswahl 2009 aus fünf überregionalen deutschen Zeitungen ausgewertet. In der Forschung werden für wissenschaftliche Untersuchungen bevorzugt folgende vier Tageszeitungen ausgewählt: die Frankfurter Rundschau (FR, Frankfurt), die Süddeutsche Zeitung (SZ, München), die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ, Frankfurt) und Die Welt (DW, Berlin). Sie decken das politische Meinungsspektrum zwischen links (FR), Mitte-links (SZ), Mitte-rechts (FAZ) und rechts (DW) ab und gelten in der Kommunikationswissenschaft als Qualitätszeitungen. Darüber hinaus zählen sie zu den Tageszeitungen mit den stärksten Auflagen (siehe Abb. 13). In Anlehnung an Reiser (1994) wird die Berichterstattung einer weiteren Tageszeitung mit überregionaler Verbreitung in die Analyse mit einbezogen, taz. Die

Tageszeitung (TAZ). Die TAZ entspricht sowohl der Definition einer Tageszeitung¹⁰⁸ sowie dem Kriterium der hohen Auflagenstärke. Mit rund 56.600 verkauften Auflagen belegt die TAZ den siebten Platz¹⁰⁹ unter den überregionalen Tageszeitungen (vgl. Abb. 13), die täglich von Montag bis Sonnabend erscheinen. Darüber hinaus spiegelt sie in der Berichterstattung das linke Meinungsspektrum des politischen Berlins wider, sodass es sich mit dem rechten, den DW abbildet, die Waage hält.

Abb. 13: Verkaufte Auflage der überregionalen Tageszeitungen im Vergleich



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW 4. Quartal 2012).

Um eine umfassendere Gültigkeit der These zu erlangen, wird darüber hinaus die Häufigkeit der Berichterstattung in der als Qualitätswochenzeitungen bzw. -magazine mit den stärksten Auflagen beschriebenen Medien in der Bundesrepublik ausgewertet. Hierbei handelt es sich um: Die Zeit, Der Spiegel, den Focus und den stern.¹¹⁰ Die Auswertung der Artikel erfolgt quantitativ-deskriptiv mit der Anzahl der Artikel, die einen direkten Bezug zur Europawahl bzw. Bundestagswahl, aufweisen. Dabei werden fachliche Beiträge, Glossen, Kommentare und Interviews gleichrangig gezählt. Die der Methode entsprechenden Artikel konnten über das

¹⁰⁸ Tageszeitungen zeichnen sich durch ihre periodische Erscheinungsweise, die Ansprache eines breiten Publikums und die Breite der Themendarstellung aus. Als Tageszeitungen bezeichnet man Zeitungen, die mehrmals wöchentlich erscheinen.

¹⁰⁹ Höhere Auflagen als die TAZ hatten neben den abgebildeten untersuchten Tageszeitungen mit überregionaler Verbreitung noch die Bildzeitung (2.521.054) und das Handelsblatt (138.645). Vgl. dazu die Angaben der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW 2012).

¹¹⁰ Eine Statistik auf der Plattform www.statista.com befasst sich mit den Einzelverkäufen der Nachrichtenmagazine Der Spiegel, stern und Focus und der Wochenzeitung Die Zeit. Im Januar 2013 führte der stern die Rangliste mit 291.311 verkauften Exemplaren vor Der Spiegel mit 272.933 und die Zeit mit 98.906 verkauften Exemplaren an. Der Focus konnte 81.413 Exemplare im Einzelverkauf absetzen. Letzter Zugriff: 14.08.2013.

elektronische Pressearchiv des Deutschen Bundestages ausfindig gemacht werden¹¹¹. Das elektronische Pressearchiv besteht seit dem Jahr 1999. Am Tag werden rund 50 deutsche und internationale Zeitungen und Magazine erschlossen sowie 500 bis 600 Artikel verschlagwortet und archiviert. Die elektronische Indexierung ermöglicht die sachliche Suche mit Schlagwörtern und die Volltextrecherche.¹¹² Die Untersuchungszeiträume der Wahlen wurden analog gestaltet. Sie erstreckten sich jeweils auf sechs Wochen vor dem Wahltermin. Für die Europawahl ergab sich damit die Zeitspanne vom 26.04. bis zum 07.06.2009 und für die Bundestagswahl vom 16.08 bis zum 27.09.2009. Der sechswöchige Untersuchungszeitraum wurde gewählt, da er gemeinhin die „Heiße Phase“¹¹³ des Wahlkampfes darstellt. In dieser Vorwahlphase sind intensivierte Kommunikationsanstrengungen der Parteien im Vergleich zum politischen Normalbetrieb zu verzeichnen (Schmitt-Beck/Wolsing 2010: 48).

4.4.4.3 Ergebnisse der Untersuchung

„Der Umfang der Berichterstattung ist ein grundlegender Indikator für die Bedeutung, die einer Wahl durch die Massenmedien zugemessen wird“ (Wilke/Leidecker 2013: 165). Abbildung 14 listet die Anzahl der Artikel, die in den untersuchten deutschen Tageszeitungen einen Bezug zur Europawahl bzw. zur Bundestagswahl im Jahr 2009 hatten.

Auf den ersten Blick wird hier sofort deutlich, dass die Presseberichterstattung zur Europawahl 2009 im direkten Vergleich zur nachfolgenden Bundestagswahl deutlich reduziert war. Während in der Gesamtheit 826 Artikel mit Bezug zur Bundestagswahl vorlagen, stellten die Berichte der fünf Qualitätstageszeitungen über die Europawahl nur etwa ein Viertel dessen dar (207 Artikel). Auffällig dabei ist, dass sich die Anzahl der Artikel zur Europawahl fast gleichmäßig auf die Tageszeitungen verteilt. Einzig die Frankfurter Rundschau steuert mit 33 Artikeln einen etwas geringeren Anteil im Vergleich zu ihren Print-Kontrahenten bei (vgl. Tab. 14). Die meisten Artikel zur Europawahl waren mit 46 Beiträgen in der FAZ zu finden.

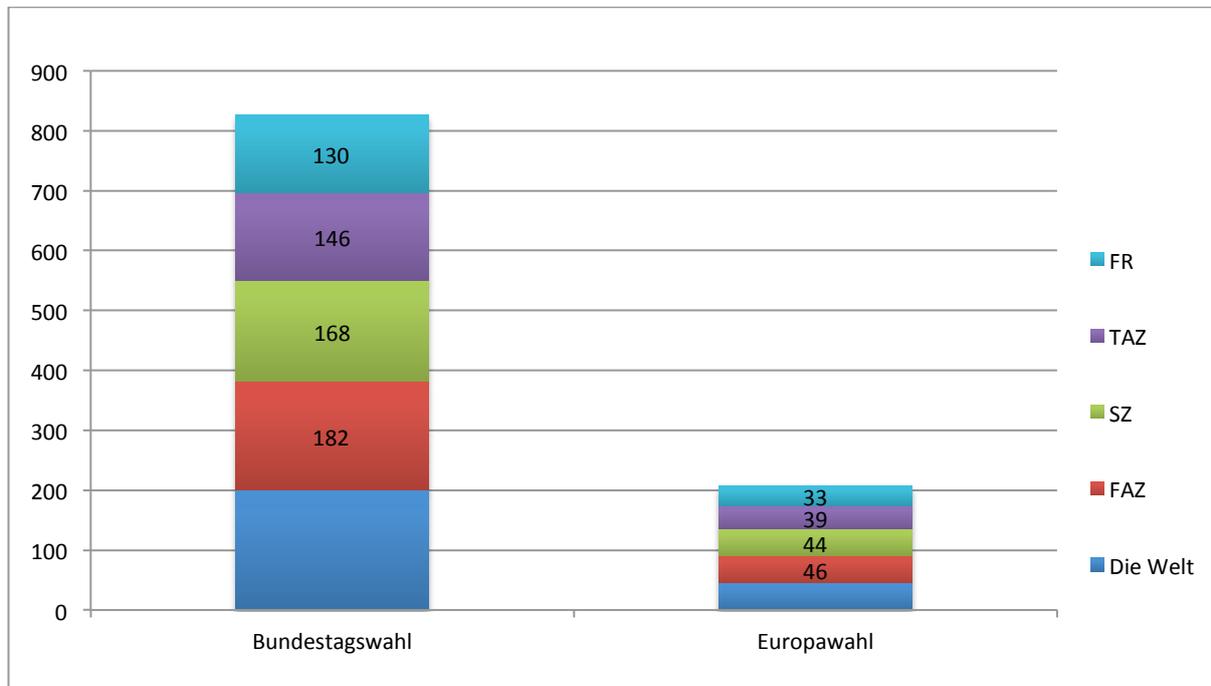
¹¹¹ Die Auswahl der Artikel ist als Anlage der elektronischen Fassung der Dissertation beigefügt.

¹¹² Das elektronische Pressearchiv des Deutschen Bundestags ist nur Angehörigen des Deutschen Bundestags zugänglich. Da die Verfasserin in den Jahren 2006 – 2012 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Abgeordnetenbüro Erich G. Fritz angestellt war, ist es möglich gewesen, Zugriff auf die archivierten Pressedokumentationen zu bekommen.

¹¹³ Mit der „Heißen Wahlkampfphase“ werden üblicherweise die letzten sechs bis vier Wochen vor dem Wahltag bezeichnet. In diesem Zeitraum steigern Parteien ihre Aktionen zur Mobilisierung der Wählerschaft. Im Gegenzug steigert sich die Aufmerksamkeit der Wahlberechtigten und der Medien. Vielen Kommunikationsformen begegnet der Wähler nur in der unmittelbaren Vorwahlzeit. So ist etwa die Wahlwerbung im Fernsehen sogar rechtlich auf diese Periode beschränkt (vgl. Schmitt-Beck/Wolsing 2010).

In der Berichterstattung zum Bundestagswahlkampf erbrachte DW die meisten Artikel (200), gefolgt von der FAZ (182) und der SZ (168). Unter 150 Beiträgen lieferten die TAZ (146) und die FR (130).

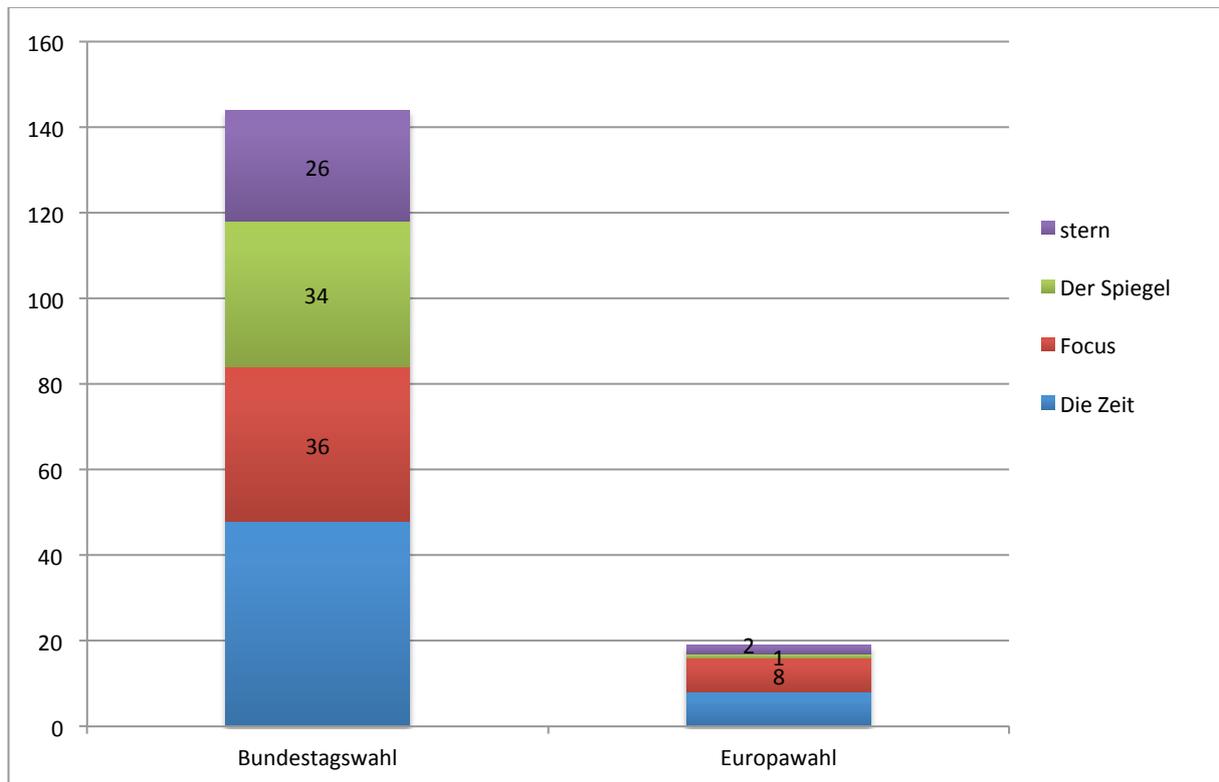
Abb. 14: Anzahl der Artikel in der Presseberichterstattung untersuchter Tageszeitungen



Quelle: Eigene Darstellung

Werden die absoluten Häufigkeiten der Artikel der vier untersuchten Wochenmagazine betrachtet, so zeigt sich ein noch eindeutigeres Bild. 19 Artikel über die Europawahlen stellen nur etwa ein Achtel der 144 Artikel zur Bundestagswahl dar. Spitzenreiter unter den Wochenzeitungen und -magazinen waren Die Zeit und der Focus mit jeweils acht Artikeln zur Europawahl und 48 bzw. 36 Artikeln über die Bundestagswahlen (vgl. Abb. 15).

Abb. 15: Anzahl der Artikel in der Presseberichterstattung untersuchter Wochenmagazine

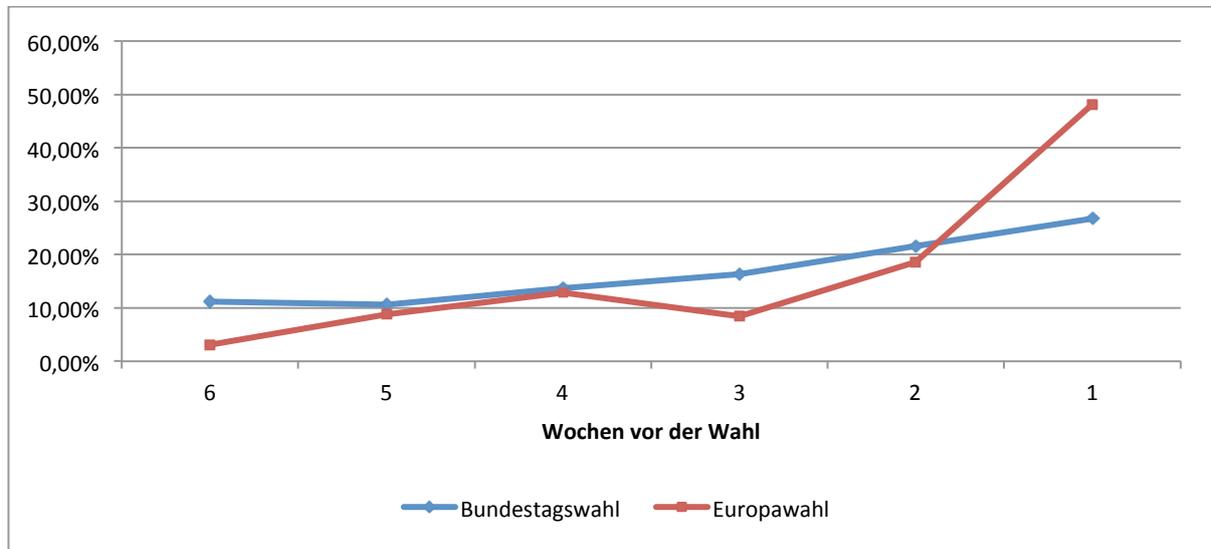


Quelle: Eigene Darstellung

An der Dynamik bzw. am Verlauf der Berichterstattung lässt sich ablesen, wie sich die Anzahl aller Artikel der Tageszeitungen und Wochenmagazine auf die letzten sechs Wochen vor der Wahl verteilt. Der Verlauf der Berichterstattung unterscheidet sich bei den beiden Wahlebenen (vgl. Abb. 16). Während die Berichterstattung zur Bundestagswahl fast gleichmäßig über die heiße Wahlkampfphase hinweg mit einem leichten Anstieg ab dem 14. Tag vor der Wahl verläuft¹¹⁴, fand der Europawahlkampf in den Printmedien erst mit Beginn der zweiten Woche vor dem Wahltermin Aufmerksamkeit. Ihren Höhepunkt hatte die Berichterstattung in der letzten Woche, in der die Hälfte aller Artikel erschien.

¹¹⁴ Ursache dafür war die Fernsehdebatte der Kanzlerkandidaten am 13.09.2009, in deren Folge besonders viele Artikel veröffentlicht wurden.

Abb. 16: Häufigkeitsverteilung der Presseberichterstattung im Zeitraum 6 Wochen vor den Wahlen 2009



Quelle: Eigene Darstellung

Die Berichterstattung zu Bundestagswahlen verläuft über die Zeit der „Heißen Phase“ kontinuierlicher, schlussfolgernd wird ihr von den Printmedien konstante Aufmerksamkeit entgegengebracht. Die Europawahl hatte es schwerer, Berücksichtigung in den Medien zu finden. Dies zeigt sich nicht nur in der absoluten Häufigkeit der Artikel, sondern auch in der Dynamik des Verlaufs der Berichterstattung, die erst wenige Tage vor der Wahl deutlich zunahm.

4.4.4.4 Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlung

Die Ergebnisse der Untersuchungen zur Presseberichterstattung in der „Heißen Phase“ bestätigen die hier untersuchte These zur Presseberichterstattung im Sinne einer second-rate coverage. Auch wenn nach Wilke/Schäfer/Leidecker (2011) und Wilke/Leidecker (2013) in 2009 eine Reduzierung in der Häufigkeit der Berichterstattung zu Bundestagswahlen erkennbar ist, so ist die Berichterstattung zur Europawahl 2009 doch im Vergleich zu vorangegangenen Hauptwahlen (Wilke/Reinemann 2007; Wilke/Leidecker 2010) und hier im Vergleich zur nachfolgenden Bundestagswahl 2009 deutlich reduziert. Dies hat neben der Untersuchung der

Presseberichterstattung von fünf deutschen Tageszeitungen auch die Analyse der Berichterstattung der vier Wochenmagazine ergeben.

Gründe für die im Vergleich zu vorhergehenden Bundestagswahlen geringere Berichterstattung zu den Bundestagswahlen 2009 liegen nach Ansicht der Verfasserin in den besonderen inneren und äußeren Umständen im Wahljahr 2009, nicht etwa in der Wahl selbst. Die Bundestagswahl fand vor dem Hintergrund der Großen Koalition sowie der Wirtschafts- und Finanzkrise statt. Normalerweise bauen sich im Wahlkampf zwischen Union und SPD unterschiedliche Positionen auf. Journalisten brauchen für ihre Berichterstattung Konflikt und Auseinandersetzung. *„Treibstoff dafür sind Themen“* (Brettschneider/Bachl 2009: 53). 2009 war die Bundestagswahl durch eine „außergewöhnliche Konstanz“ (Brettschneider/Bachl 2009: 47) geprägt. Es ist nicht verwunderlich, dass schnell Kritik über die Langeweile im Wahlkampf aufkam: *„Wo bitte geht's zum Wahlkampf?“*, *„Kuschel-Kampagne“*, Wahlkämpfe im *„Stand-By-Modus“* (Holtz-Bacha 2010b: 07). Eine reduzierte Berichterstattung in den Printmedien ist die logische Konsequenz.

Hinzu kommt, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise das Thema „Wahlkampf“ überlagert hat, sie war im Sommer 2009 vorherrschendes Thema in den Massenmedien. Wenn andere, gleichzeitige Themen von hoher Wichtigkeit sind, hat es die Berichterstattung um den Wahlkampf schwer, sich durchzusetzen. Gerade in Krisenzeiten erwartet die Mehrheit der Wähler Zuversicht, die Krise unbeschadet zu überstehen. Die Kooperation der Parteien ist dann mehr gefragt als Konfrontation.

„Die Bundestagswahl von 2009 bleibt ein Solitär“ (Korte 2010: 09). Von einem generellen Schwund der Berichterstattung über nationale Hauptwahlen kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausgegangen werden, dazu bedarf es in der Zukunft weiterer Untersuchungen. Gleichwohl hat aber die These, dass Europawahlen von einer deutlich reduzierten Berichterstattung in den Printmedien gekennzeichnet sind, nach wie vor Bestand. Da in einer aktuellen Studie (Wilke/Leidecker 2013) ebenfalls nachgewiesen wurde, dass die Berichterstattung in Landtagswahlen im Vergleich zur nationalen Hauptwahl reduzierter ausfällt und Reif/Schmitt (1980) Landtagswahlen ebenfalls unter dem Begriff second-order elections führen, kann nicht nur von einer grundsätzlich geringeren Berichterstattung bei Europawahlen, sondern auch in Nebenwahlen im Allgemeinen ausgegangen werden. Die Verfasserin schlägt vor, das Kriterium der Kampagnendimension des Nebenwahlkonzeptes (Reif/Schmitt 1980) zuzuordnen und bei künftigen Analysen der second-order elections einzubeziehen.

4.5 Zwischenfazit

Ziel war es, zu prüfen, ob die vor über dreißig Jahren entwickelten Thesen Karlheinz Reifs und Hermann Schmitts (Reif/Schmitt 1980) auch bei der Europawahl in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2009 Anwendung finden.

Die Europawahl war in vielerlei Hinsicht untypisch. Sie hat zum Ende des Wahlzyklus nur wenige Wochen vor der nationalen Hauptwahl stattgefunden, stand im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise und dem Wirken einer großen Koalition. Da Europawahlen auch immer nationale Wahlen sind, müssen die innenpolitischen Gegebenheiten zum Zeitpunkt der Nebenwahl für die Interpretation der Ergebnisse mitberücksichtigt werden.

Für die Bundesrepublik Deutschland fand ein Großteil der von Reif/Schmitt (1980) zugrunde liegenden Kriterien Bestätigung. Die Thesen zur geringen Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an der Wahl, zu den Stimmengewinnen kleinerer und neuer Parteien und zum hohen Anteil ungültiger Stimmen konnten umfassend bestätigt werden.

Zur Wahlbeteiligung wurde in einer eigenen Analyse untersucht, ob sich die Beteiligungsraten der nationalen Hauptwahl denen der Europawahlen in der Bundesrepublik im Zeitverlauf annähern. Lineare Regressionsfunktionen bestätigten einen leicht abfallenden Trend in der Beteiligung bei Bundestagswahlen und einen stark abfallenden Trend bei Europawahlen. Einen Hinweis darauf, dass sich die Partizipationsraten an nationalen und supranationalen Wahlen annähern bzw. insgesamt auf einem niedrigen Niveau stabilisieren, gab es somit nicht.

Abweichungen gab es in dem von Reif/Schmitt (1980) vorausgesagten Stimmenverlust von Regierungsparteien. Lediglich die Partei des Junior-Regierungspartners war von hohen Verlusten gezeichnet, die Senior-Regierungspartei konnte im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl Stimmen hinzugewinnen. Ursachen dafür konnten vor dem Hintergrund der nationalen Besonderheiten des Ausnahmewahljahres 2009 herausgearbeitet werden.

Darüber hinaus wurde mit einer mathematischen Regressionsanalyse geprüft und eine bejahende Antwort darauf gefunden, ob ein messbarer Zusammenhang zwischen hohen Verlusten für die Regierungspartei und einer hohen Anzahl ungültiger Stimmzettel besteht.

Die Kriterien der institutionell-prozeduralen Dimension fanden nahezu umfassend Bestätigung. Die Wahlbeteiligung ist u.a. deshalb gering ausgefallen, weil es in der Bundesrepublik keine Wahlpflicht gibt. Andere Länder wie Belgien, Luxemburg oder Griechenland weisen deutlich höhere Werte als die in Deutschland erzielten 43,3 Prozent auf. Die Wahlbeteiligung ist dagegen in denjenigen Bundesländern der Republik höher ausgefallen, in denen die Europawahl mit anderen nationalen Wahlen wie Landtags- oder Kommunalwahlen zusammenfiel.

Bei Europawahlen müssen die Parteien besondere Anstrengungen unternehmen, um die Wählerschaft für die Stimmabgabe zu motivieren. Es geht darum, die Bedeutung der Wahlen zum EP, bei denen nicht soviel auf dem Spiel steht, herauszustellen. Wenngleich dies den politischen und medialen Akteuren bekannt ist, wurde auch der Europawahlkampf 2009 in der Bundesrepublik eher halbherzig geführt. Dies zeigte sich besonders in den finanziellen Aufwendungen für die Wahlkampagnen, in denen die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zumeist nur die Hälfte von dem ausgaben, was sie bereit sind, für nationale Wahlkämpfe zu investieren. Weiter waren zumeist nationale Themen in der Wahlkampagne vorherrschend, europäische Themen hatten es schwer, sich durchzusetzen. Dennoch zeigten sich Tendenzen einer modernen Wahlkampagne, wie sie in Bundestagswahlen praktiziert wird. In 2009 zogen alle Parteien externe Berater zur Plakatkampagne heran, führten einen professionellen Internetwahlkampf und zeigten eine stärkere Tendenz in der Personalisierung, auch wenn diese weiterhin hinter Bundestagswahlen zurückbleibt.

Ein besonderer Schwerpunkt lag in der Analyse der Berichterstattung fünf deutscher Tageszeitungen und vier deutscher Wochenmagazine. Gemäß der second-rate coverage Theorie konnte die These der reduzierteren Berichterstattung bei der Europawahl 2009 im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 nachgewiesen werden. Die Ergänzung der Kampagnendimension des Nebenwahlkonzeptes um dieses herausgestellte Kriterium wird empfohlen.

5 Die Europawahl 2009 in den EU-Staaten: Prüfung der Gültigkeit des Nebenwahlkonzeptes

Die von Reif/Schmitt (1980) benannten Kriterien für Nebenwahlen lassen sich zumeist auf die Ergebnisse der Europawahl 2009 in der Bundesrepublik Deutschland übertragen. Die Bundesrepublik ist nur ein Untersuchungsgegenstand. Für eine kritische Überprüfung ist es notwendig, mehrere Fälle (hier Mitgliedsländer der Europäischen Union) zu betrachten. In der deutschen und internationalen Forschung besteht Einigkeit darüber, dass drei Kriterien, die Reif/Schmitt (1980) in der Wichtigkeitsdimension benennen, als die wesentlichen angesehen werden: Eine geringe Wahlbeteiligung, ein Stimmenverlust der großen Regierungspartei und Stimmengewinne für kleine und neue (auch europakritische) Parteien im direkten Vergleich zur vorangegangenen nationalen Parlamentswahl. Diese sollen im Weiteren mit den Ergebnissen der EU-27 abgeglichen werden. Ziel ist es, herauszufinden, ob die Europawahl 2009 „*Still Second-order*“ (Schmitt 2005b) ist, um auf Basis der Analyse eine umfassendere Gültigkeit des Nebenwahlkonzeptes auch nach über dreißig Jahren ihres Bestehens nachzuweisen.

5.1 Ausgangslage

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden seit 1979 direkt gewählt. Wahlberechtigt in den damaligen neun Mitgliedsstaaten waren rund 181 Millionen Bürgerinnen und Bürger, die über die 410 Sitze im Parlament mitentscheiden konnten. Bei den siebten Wahlen zum Europäischen Parlament waren rund 380 Millionen Wahlberechtigte der EU aufgerufen, ihre Stimme zwischen dem 4. und 7. Juni 2009 abzugeben. Die Zahl der zu vergebenden Mandate hat sich 2009 auf 751 fast verdoppelt und die Anzahl der teilnehmenden Länder auf 27 verdreifacht.

Der Grund für diesen enormen Zuwachs liegt auch im Jahr 2004, als gleich zehn neue Staaten der Europäischen Union beigetreten sind. Es handelte sich um Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern, die am 1. Mai in die EU aufgenommen wurden. Bereits 2004 löste der Beitritt der acht mittel- und osteuropäischen Staaten im Vorfeld der Wahl nicht nur Begeisterung, sondern auch Kritik, Sorge und vor allem

Unsicherheit aus (vgl. Hrbek 2004: 219). Dies ist verständlich, in Anbetracht der Kennzeichen so genannter Transformationsstaaten. Sie zeigen ein hohes Maß an politischer Instabilität, wirtschaftliche Schwierigkeiten sowie schnell wechselnde Parteipräferenzen der Wählerschaft (vgl. Ebenda). Mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens im Jahr 2007 sind zur Wahl 2009 zwei weitere osteuropäische Transformationsstaaten hinzugekommen. Es stellt sich die Frage, inwiefern das Nebenwahlkonzept (Reif/Schmitt 1980) der zunehmenden Komplexität der EU standhält. Für diesen Ländervergleich wirken die äußeren Gegebenheiten unterstützend. Die Europawahl findet in allen EU-Mitgliedsländern gleichzeitig, im Abstand nur weniger Tage, statt und auch die einzelnen Wahlkampagnen kommen etwa im selben Zeitraum zum Einsatz. Diese konstanten Bedingungen ermöglichen es, dass Erkenntnisse über Ähnlichkeiten, aber auch Unterschiede für „*die wichtigsten Hypothesen der Wahlforschung*“ (Niedermayer 2009b: 01) festgehalten werden können: Im Vergleich zu nationalen Hauptwahlen kann bei Europawahlen erstens von einer geringeren Wahlbeteiligung und zweitens mit einem schlechteren Abschneiden der großen Regierungsparteien zugunsten kleiner und neuer Parteien ausgegangen werden.

5.2 Wahlbeteiligung

Seit den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament ist die Wahlbeteiligung stetig zurückgegangen. Einmal angefangen bei 63 Prozent im Jahr 1979 liegt sie seit dem Jahr 1999 konstant unter der 50-Prozent-Marke. 2004 war die EU-weite Wahlbeteiligung mit 45,5 Prozent bereits sehr niedrig, im Jahr 2009 wurde dieser länderübergreifende Durchschnittswert mit nur noch 43,0 Prozent sogar um 2,5 Prozentpunkte unterboten.

Wie schon bei früheren Wahlen festgestellt werden konnte (vgl. Hrbek 2004), weisen die Werte zur Wahlbeteiligung nationale Besonderheiten auf. Am Auffälligsten ist der Unterschied zwischen den alten (EU-15) und den neuen (EU-12) Mitgliedern. Tabelle 22 zeigt, dass die durchschnittliche Beteiligung der EU-15 im Jahr 2004 59,4 Prozent betrug, während sich aus den damals zehn neuen Mitgliedsländern lediglich 26,9 Prozent beteiligten. Den sehr guten Beteiligungsraten aus Malta (82,4 Prozent) und Zypern (72,5 Prozent) standen die weit unterdurchschnittlichen Partizipationswerte der mittel- und osteuropäischen Staaten entgegen. Die Schlusslichter stellten die Slowakei mit 17,0 Prozent, Polen mit 20,9 Prozent, Estland mit

26,8 Prozent sowie Slowenien und die Tschechische Republik mit jeweils 28,3 Prozent dar (vgl. Tab. 22).

Tab. 22: Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum EP seit 1979 (in Prozent)

	1979	1984	1987	1989	1994	1995	1996	1999	2004	2007	2009	Differenz
Belgien	91,4	92,2		90,7	90,7			91,0	90,8		90,4	-0,4
Dänemark	47,8	52,4		46,2	52,9			50,5	47,9		59,5	11,7
Deutschland	65,7	58,8		62,3	60,0			45,2	43,0		43,3	0,3
Finnland							60,3	31,4	39,4		40,3	0,9
Frankreich	60,7	56,7		48,7	52,7			46,8	42,8		40,6	-2,2
Griechenland		77,2		79,9	71,2			75,3	63,2		52,6	-10,6
Irland	63,6	47,6		68,3	44,0			50,2	58,6		58,6	0,0
Italien	84,9	83,4		81,5	74,8			70,8	71,7		65,0	-6,7
Luxemburg	88,9	88,8		87,4	88,5			87,3	91,4		90,8	-0,6
Niederlande	57,8	50,6		47,2	35,6			30,0	39,3		36,8	-2,5
Österreich							67,7	49,4	42,4		46,0	3,6
Portugal			72,4	51,2	35,5			40,0	38,6		36,8	-1,8
Schweden						41,6		38,8	37,2		45,5	7,7
Spanien			68,9	54,6	59,1			63,0	45,1		44,9	-0,2
Großbritannien	32,2	32,6		36,2	36,4			24,0	38,5		34,7	-3,8
Alte MS	63,0	61,0		58,5	56,8			49,8	49,4		52,5*	3,1
Bulgarien										29,2	39,0	9,8
Estland									26,8		43,9	17,1
Lettland									41,3		53,7	12,4
Litauen									48,4		21,0	-27,4
Malta									82,4		78,8	-3,6
Polen									20,9		24,5	3,6
Rumänien										29,5	27,7	-1,8
Slowakei									17,0		19,6	2,6
Slowenien									28,3		28,3	0,0
Tschechien									28,3		28,2	-0,1
Ungarn									38,5		36,3	-2,2
Zypern									72,5		59,4	-13,1
Neue MS									26,9		37,1*	10,2
EU-Durchschnitt	63,0	61,0		58,5	56,8			49,8	45,5			

Quelle: Eigene Darstellung auf Datenbasis:

[www.Europaparl.europa.eu/aboutparliament/de/000cdcd9d4/Wahlbeteiligung-\(1979-bis-2009\).html](http://www.Europaparl.europa.eu/aboutparliament/de/000cdcd9d4/Wahlbeteiligung-(1979-bis-2009).html).

Letzter Zugriff: 12.04.2012.

*Hrbek (2009)

Die niedrige Wahlbeteiligung in den Transformationsstaaten war insofern erstaunlich, als dass nur sechs Wochen nach der Erweiterung anzunehmen gewesen wäre, die Wählerschaft hätte mehr Interesse an Europa gezeigt. Ähnlich im Jahr 1979, als das bisher ungewohnte politische Umfeld die Wahlberechtigten vermehrt an die Wahlurnen lockte. Die Gründe für die Stimmenenthaltungen in Ost- und Mitteleuropa sind vielfältig. Die mit der Erweiterung einhergehende Euphorie könnte zu einer Sättigung an europäischen Themen geführt haben, möglich sind auch existenzielle Ängste der Wahlbevölkerung mit Blick auf die neue EU-Mitgliedschaft, ebenso wie eine verbreitete Politikverdrossenheit oder die nur unzureichenden Informationen der Wählerschaft über die EU und das Europäische Parlament (vgl. dazu Hrbek 2004: 213). Darüber hinaus führte ein Brüsseler Parlamentsabgeordneter eine interessante Erklärung für die niedrige Wahlbeteiligung Polens an.

„Poland still views the EU as something that gives Poland instructions and money. They don't see themselves as taking part in European affairs and being co-deciders. So they didn't see the elections as exercising their democratic right on the European scale“¹¹⁵.

Dahinter verbirgt sich die Aussage, dass die polnische Bevölkerung noch nicht mit der Idee der Partizipation in und für Europa umzugehen wusste. Die Unlust bzw. das Desinteresse am Gang zu den Wahlurnen liegt möglicherweise daran, dass es 2004 noch keine Habitualisierung zum Wählen in den neuen Mitgliedsstaaten gab.

Ein Blick auf die Wahlbeteiligungen in den neuen Beitrittsländern Rumänien und Bulgarien in 2009 (vgl. Tab. 22) bestätigt die These der fehlenden Habitualisierung. In Rumänien beteiligten sich lediglich 27,7 Prozent, in Bulgarien waren es mit 39 Prozent zwar deutlich mehr, allerdings haben dort wenige Wochen später nationale Wahlen stattgefunden. Die Europawahl wurde als Testlauf dafür angesehen, sodass es den Parteien deutlich leichter als anderen fiel, die Wählerschaft zu mobilisieren. Im Beitrittsjahr 2007, als in Bulgarien nachträglich Europawahlen abgehalten wurden, beteiligten sich lediglich 29,2 Prozent. Damit liegen die Beteiligungsraten deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 43,0 Prozent im Jahr 2009.

Darüber hinaus bestätigen sich auch für die 2009er Wahl die in 2004 ausgemachten Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedsländern. Die Beteiligungsquote für die EU-15 liegt mit 52,5 Prozent deutlich über dem Wert von 37,1 Prozent, den die zwölf neuen Mitgliedsländer erreicht haben. Der niedrigste Wert wurde in der Slowakei mit nur 19,6 Prozent

¹¹⁵ MdEP Krisztof Bobinski in den BBC Nachrichten vom 14. Juli 2004, zit. n. Auers (2005: 750).

erzielt, gefolgt von Litauen mit 21 Prozent und Polen mit 24,5 Prozent. Im Vergleich zu 2004 gab es in den meisten der 27 EU-Mitgliedsländern keine sehr großen Veränderungen bei der Wahlbeteiligung. Massiv gefallen ist die Beteiligungsquote mit über 27 Prozentpunkten nur in Litauen. Im Jahr 2004 lag sie noch bei 48,4 Prozent. In der Presseberichterstattung und von der Regierung selbst wurde die niedrige Wahlbeteiligung auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zurückgeführt (vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung 2009). Eine weitere Erklärung ist, dass in Litauen zuletzt zeitgleich auch Präsidentschaftswahlen stattgefunden haben (Forschungsgruppe Wahlen 2009: 220). Mit einem Prozentzuwachs von 17,1 ist die Wahlbeteiligung in Estland am Stärksten gestiegen. Das war insofern überraschend, da die Europawahl von einer Regierungskrise begleitet wurde. Nach Auseinandersetzungen zwischen den damaligen Koalitionspartnern Reformpartei, Union von Pro Patria und Res Republica über in der Wirtschaftskrise notwendige Sparmaßnahmen im Staatshaushalt, ist es Ende Mai 2009 zum Bruch der Regierungskoalition um Ministerpräsident Andrus Ansip gekommen. Entgegen den Erwartungen hat die Wahlbeteiligung aber weder unter der Politik- noch unter der Wirtschaftskrise gelitten. Ein Grund dafür: Erstmals bei einer Europawahl überhaupt konnte in Estland von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, die Stimme über das Internet mit digitaler Signatur abzugeben. Nach Analysen der Forschungsgruppe Wahlen (2009: 220) nutzte fast jeder sechste Wahlberechtigte Estlands das Online-Voting. Begünstigend kam hinzu, dass in Estland in 2009 gleichzeitig mit der Europawahl auch Kommunalwahlen abgehalten wurden.

Es gibt nicht nur weite Spannbreiten der Partizipationsraten zwischen alten und neuen Mitgliedsstaaten, auch innerhalb der EU-15 ist die Wahlbeteiligung sehr unterschiedlich ausgefallen. Die Gründe dafür liegen nach Reif/Schmitt (1980) vor allem in den institutionellen und prozederalen Bedingungen, die von Land zu Land differieren.¹¹⁶ Staaten, in denen eine Wahlpflicht besteht, weisen traditionell hohe Beteiligungsquoten auf. So auch im Jahr 2009: In Belgien, Griechenland, Luxemburg und Zypern ist der Gang zur Wahlurne gesetzlich vorgeschrieben. In allen Wahlpflicht-Ländern lag die Beteiligung über dem EU-Durchschnittswert (vgl. Tab. 22). Die beiden Benelux-Staaten erzielten die höchsten Werte, Luxemburg mit 90,8 Prozent, gefolgt von Belgien mit 90,4 Prozent. Begünstigend kam hinzu, dass in Luxemburg zugleich nationale Wahlen und in Belgien Regionalwahlen abgehalten wurden. Dies bestätigt EU-weit die These Reifs/Schmitts (1980), dass die Wahlbeteiligung höher ausfällt, wenn Europawahlen zeitgleich mit einer nationalen Hauptwahl oder mit anderen wichtigen Nebenwahlen wie Regional- oder Kommunalwahlen zusammenfallen. Letzteres wurde bereits im Wahlverhalten Estlands oder der Bundesrepublik Deutschland sichtbar. In den

¹¹⁶ vgl. Gliederungspunkt 3.3.3

sieben Bundesländern, in denen zugleich Kommunalwahlen abgehalten wurden, lag die Wahlbeteiligung im Durchschnitt bei 50,3 Prozent, in den übrigen lediglich bei 38,6 Prozent.¹¹⁷ Von der ersten bis zur letzten Wahl kann insgesamt eine rückläufige Wahlbeteiligung konstatiert werden. Unter Bezugnahme des Faktors Wahlpflicht stellen Wüst/Tausendpfund (2009: 07) fest, dass dieser Rückgang auf den zweiten Blick weit weniger gravierend ist als vermutet werden könnte. Im Zuge der Erweiterung ist der Anteil der Mitgliedsstaaten, in denen Wahlpflicht besteht, kontinuierlich zurückgegangen. Mit Ausnahme Zyperns sind der EU seit dem Jahr 1979 ausschließlich Länder beigetreten, in denen es keine gesetzliche Vorschrift für die Beteiligung an Wahlen gibt und folglich die Wahlbeteiligung tendenziell niedriger ist. Dies trägt nach Wüst/Tausendpfund (2009) insgesamt zur Wahrnehmung einer EU-weiten Abnahme bei.

Die Ergebnisse Wüsts/Tausendpfunds (2009) sollen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Beteiligung an Europawahlen insgesamt niedrig ist. Deutlich wird dies, mit dem Blick auf die in den Mitgliedsstaaten erreichte Wahlbeteiligung bei Europawahlen im direkten Vergleich zur vorangegangenen nationalen Hauptwahl. Reif/Schmitt (1980) sagen, dass die Wahlbeteiligung in Nebenwahlen geringer als in Hauptwahlen ausfällt und konnten das für vergangene Europawahlen nahezu umfassend bestätigen. Spannend wurde es noch einmal 2004, nach der Erweiterung der Europäischen Union. Aber auch hier findet Schmitt (2005b: 658) für seine These Bestätigung: *„This holds for 22 of 25 electoral systems under study.“* Lediglich in drei Mitgliedsstaaten (Belgien, Irland, Luxemburg) beteiligten sich mehr Bürgerinnen und Bürger an der Europawahl als in der vorherigen nationalen Hauptwahl.

Im Jahr 2009 zeigt sich ein ähnliches Bild. Verglichen mit der vorangegangenen nationalen Hauptwahl sind die zwei Länder Belgien und Luxemburg die einzigen Ausnahmen von insgesamt 27 Mitgliedsstaaten, in denen bei der Europawahl höhere Partizipationswerte erzielt wurden. *„(Their) turnout is about at the same level as in national first-order elections“* (Schmitt 2010: 02). Nach Schmitt (2010) resultiert dies zum Einen daraus, dass sowohl das belgische als auch das luxemburgische System Wahlpflicht vorschreiben, zum Anderen wurden in Luxemburg zeitgleich mit der Europawahl die nationalen Parlamentswahlen abgehalten. *„In all other 25 EU member-countries, turnout was lower than it was in the previous FOE (first-order election)“* (Schmitt 2010: 02).

Politiker und Medien sehen in der Wahlbeteiligung einen wichtigen Indikator für die politische Unterstützung der EU. Schmitt (2005b), Van der Eijk/Schmitt (2009) und Schmitt (2010) sehen

¹¹⁷ vgl. dazu Gliederungspunkt 4.4.3.2

in den niedrigen Partizipationswerten insgesamt kein direktes Kennzeichen für einen Legitimitätsmangel des Europaparlaments. Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen und anderer bestätigen dies.¹¹⁸ Vielmehr begründen die Wissenschaftler die geringe Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger mit der Unzufriedenheit der eigenen Stimmabgabe in der letzten vorangegangenen Hauptwahl und einer unzureichenden Wählermobilisation durch die Parteien selbst. Zuspruch erhalten diese Annahmen von Daunis Auers (2005), der in seiner Untersuchung zu den Europawahlen 2004 in den acht östlichen Mitgliedsstaaten feststellt, dass die Parteien selbst den Europawahlen eine niedrigere Bedeutung zumessen als den nationalen Hauptwahlen. Messbar wird dies an den finanziellen Ausgaben der Parteien für ihre Wahlkämpfe. Die zur Europawahl zugelassenen Parteien in allen acht Transformationsstaaten investierten weniger für den Wahlkampf zur Europawahl 2004 als für ihre nationalen Wahlen. Ein konkretes Beispiel ist Lettland. Während die führenden politischen Parteien Lettlands für die Wahlkampfgestaltung bei den Parlamentswahlen im Jahre 2002 noch 2,1 Millionen Euro aufbrachten, investierten sie für die Europawahlen 2004 lediglich 150.000 Euro, „*about 7% of the 2002 total*“ (Auers 2005: 748).

5.3 Stimmenverlust für Regierungsparteien

Der Stimmenverlust von Regierungsparteien ist ein ebenso wichtiges Merkmal wie die geringe Wahlbeteiligung bei Europawahlen. Nach Schmitt (2010: 03) gibt es ausschließlich zwei Gründe, weshalb davon auszugehen ist, dass Regierungsparteien im Vergleich zur vorangegangenen Hauptwahl bei Nebenwahlen Stimmen verlieren. Die Wählerinnen und Wähler sind entweder erstens unzufrieden mit den politischen Aktivitäten der Regierungsparteien, die sie auf der nationalen Ebene ausüben. In der Konsequenz, dass sich das Wahlpublikum gar nicht an den Wahlen beteiligt oder seine Stimme aus strategischen Gründen an eine andere Partei vergibt. Oder zweitens, die Wähler geben ihre Stimme einer anderen als der von ihnen in der nationalen Hauptwahl präferierten Partei, weil sie im Besonderen nicht mit der Europapolitik, die ihre Partei vertritt, einverstanden sind. Für Schmitt (2010: 03) ist dies der Grund für die ernstgemeinte Entscheidung zugunsten einer anderen Partei – „*the sincere motivation of switching to other*“.

¹¹⁸ vgl. Gliederungspunkt 4.4.1.1

Für vergangene Wahlen ist bereits belegt, dass Regierungsparteien bei Europawahlen verlieren (Reif/Schmitt 1980; Schmitt 2005). Zum Beispiel stellt Schmitt (2005b) für die Europawahl 2004 fest, dass lediglich in der Slowakei und in Spanien die Regierungsparteien bei der Europawahl mehr Stimmen als in der vorangegangenen Hauptwahl erzielten. *„23 lost support compared to the previous first-order election“* (Schmitt 2005b: 662). Wie sieht das Bild im Juni 2009 aus? Sind auch hier Regierungsparteien von hohem Stimmenverlust gekennzeichnet? Schmitt (2010: 03) trifft eine eindeutige Aussage: *„Relative to their last first-order election (FOE), national governments lost.“* Niedermayer (2009) bestätigt diese Aussage, wenngleich mit Einschränkung¹¹⁹:

„In mehr als vier Fünfteln der Mitgliedsstaaten, d.h. in 22 von 27, mussten die Parteien, die den nationalen Regierungschef stellen, gegenüber der jeweiligen letzten nationalen Parlamentswahl mehr oder minder große Verluste hinnehmen.“

(Niedermayer 2009b: 05)

Die zwei Ausnahmen, die Schmitt (2010) benennt sind Polen und Finnland. Zum Zeitpunkt der Wahlen standen sich sowohl in Polen als auch in Finnland pro- und anti-europäisch gesinnte Parteien im Regierungsbündnis gegenüber. In Polen die Parteien Recht und Gerechtigkeit (PiS) mit dem EU-skeptischen Präsidenten Lech Kaczynski an der Spitze und die europafreundliche Bürgerplattform (PO) mit Premierminister Donald Tusk als Frontmann. In Finnland bestritten die Zentrums-Partei von Ministerpräsident Vanhanen und deren Koalitionspartner, die National Coalition Party (Kokoomus) des damaligen Finanzministers Jyrki Katainen das Duell. In beiden Fällen gewann die jeweils europafreundlichere Partei, während der Senior-Regierungspartner von Stimmenverlusten gekennzeichnet war. In Finnland verlor die Zentrums-Partei 4,3 Prozent. Schmitt (2010: 04) sieht das auch als Beleg dafür, dass in Finnland pro-europäische Politik ernsthaft unterstützt wird.

Regierungsparteien verlieren nicht nur Stimmen, sie folgten in der Vergangenheit auch einem klaren zyklischen Muster. Seit der ersten Direktwahl entsprachen die Stimmenverluste der Regierungsparteien dem Wahlzyklus entsprechenden Bild (Reif/Schmitt 1980: 09), im EU-Erweiterungsjahr 2004 stellt Schmitt (2005b) erstmalig fest, dass mit Blick auf den Wahlzyklus wesentliche Unterschiede zwischen östlichen und westlichen Mitgliedsländern bestehen. Die Zyklusthese hat bei der Europawahl 2004 nur teilweise Anwendung gefunden. *„There is a clear*

¹¹⁹ Die beiden Wissenschaftler nutzten in ihren Analysen unterschiedliche Berechnungsmodelle. Während Niedermayer (2009a) die den Regierungschef stellende Partei betrachtet, gibt Schmitt (2010) die Stimmendifferenzen für die Gesamtheit der Regierungsparteien an. Niedermayer benennt in seiner Analyse fünf Ausnahmen. Neben der Bundesrepublik Deutschland sind dies Litauen, Polen, die Slowakei und Zypern (vgl. Niedermayer 2009a: 725).

cyclical pattern in the results of the Western member-countries (...). But the Eastern results do not fit into it (...). (Schmitt 2005b: 663). Die Frage, ob der Verlust der Regierungsparteien im Jahr 2009 dem nationalen Wahlzyklus folgt, verneint Schmitt (2010: 05).

„(...) this time we do not find a trace of a cyclical pattern in government losses, even if we control for possible distorting effects in the political makeup of the political systems of the new Eastern member countries of the European Union.“ (Schmitt 2010: 05)

Damit einhergehend stellt Schmitt (2010) aber fest, dass die Verluste der Regierungsparteien umso schwerwiegender sind, je später die Europawahl in der nationalen Legislaturperiode abgehalten wurde, *„(...) even this generalisation is far from deterministic“* (Schmitt 2010: 05).

In Zusammenhang mit dem Stimmenverlust der Regierungsparteien in Nebenwahlen wird von einigen Wissenschaftlern angeführt, dass im Gegenzug Oppositionsparteien an Stimmen gewinnen können. Insbesondere der nationale Testwahlcharakter der Europawahlen spielt hierbei eine Rolle. Er wird vor allem in den dominierenden Wahlthemen zur Europawahl sichtbar. Schon 2004 spielten auf die EU und ihre Politik bezogene Themen in der Wahlkampfzeit nur eine untergeordnete Rolle (vgl. Hrbek 2004). Wenn berichtet wurde, dann handelte es sich zumeist um kritische Darstellungen der Europäischen Union und um die Thematik des Integrationsprozesses im Allgemeinen (vgl. Hrbek 2004: 215). Hrbek (2004) kommt für die Europawahl 2004 zu dem Schluss, dass nationale Themen in den 25 getrennten Wahlkämpfen dominierten. In mehreren EU-Mitgliedsstaaten wurden die Regierungsparteien von den jeweiligen oppositionellen Kräften und der Öffentlichkeit kritisiert. In diesem Kontext wird auch von einer Abstrafung der Regierungsparteien zugunsten der Oppositionsparteien gesprochen. Diese Annahme findet bei der Europawahl 2004 jedoch keine generelle Anwendung. Während sie zwar auf das Wahlverhalten in Portugal und in den Niederlanden zutrifft¹²⁰, mussten bspw. in Schweden sowohl Regierungs- als auch Oppositionsparteien Einbußen hinnehmen. Auffällig war aber, dass sich in 2004 das Bild der Oppositionsstimmengewinne zu Lasten von Regierungsparteien vor allem in den neuen Transformationsstaaten zeigt. Als Beispiele führt Hrbek (2004) Slowenien, Tschechien und Ungarn an.¹²¹

¹²⁰ In Portugal sank die sozialdemokratische Regierungspartei in der Wählergunst, während die oppositionellen Sozialisten ihren Anteil an Stimmen steigern konnten. Auch in den Niederlanden erlitten die Regierungsparteien (CDA, Liberale und D'66) Verluste, während die Oppositionsparteien des linken Spektrums Stimmen gewinnen konnten (vgl. Hrbek 2004: 221).

¹²¹ Bei der Europawahl 2004 haben in Slowenien die drei oppositionellen konservativen Kräfte vier von sieben Mandaten erringen können. In Tschechien wurde die oppositionelle Partei OSD (Demokratische Bürgerpartei) mit etwa 30 Prozent stärkste Kraft und in Ungarn haben die drei bürgerlichen Parteien, als nationale Oppositionsparteien, eine Stimmenmehrheit erreichen können. Die Regierungsparteien dagegen haben in den drei benannten Mitgliedsstaaten Stimmen verloren.

In der aktuellen Europawahl 2009 findet die These, dass Regierungsparteien eher schwächer, Oppositionsparteien eher besser abschneiden, nach Hrbek (2009: 207) keine überzeugende Bestätigung im Wahlergebnis. Zwar haben in Bulgarien, Griechenland, Großbritannien, Irland, Spanien und Ungarn die Regierungsparteien Einbußen hinnehmen müssen, in Frankreich, Italien und Polen dagegen wurden die Regierungsparteien wiederum eindrucksvoll bestätigt. Die entsprechende Opposition fiel sogar noch zurück. Hrbek (2009: 208) schlussfolgert daraus, dass es von großer Bedeutung ist, die im jeweiligen nationalen politischen System liegenden Faktoren zu berücksichtigen, um das Abschneiden von Regierungs- und Oppositionsparteien erklären zu können.

Der Wissenschaftler hat es sich auch aus diesem Grund selbst zur Aufgabe gemacht, die europäischen Wahlprogramme mit denen ihrer zugeordneten deutschen Parteien zu vergleichen. Schon 2004 lagen 25 getrennte Wahlkämpfe vor, in denen nationale Themen dominierten, „*Europe does not matter*“ (Ferrara/Weishaupt 2004: 284). Auch wenn der Irakkrieg als europapolitisches Thema aufgegriffen wurde, so wurde es doch unter den Bedingungen des jeweiligen nationalen Kontextes beleuchtet. Hrbek (2009: 195) kommt zu dem Schluss, dass der Wahlkampf 2009 - wie auch schon 2004 - im Wesentlichen auf nationaler Ebene geführt wurde und in der Verantwortung der nationalen Parteien lag. Die in den Programmaussagen der transnationalen Parteien zur Europawahl enthaltenen Punkte können zwar Orientierungen geben, sind für die Wahlaufrufe der jeweiligen nationalen Parteien aber nicht verbindlich. Hrbek schlussfolgert, dass sich seit den ersten Direktwahlen am Befund, dass Europawahlen nicht europäischen, sondern vielmehr nationalen Charakters sind, im Wesentlichen nichts geändert hat. Der Wahlkampf bleibt nach Mitgliedsstaaten fragmentiert (Hrbek 2009: 195).

Unterstützung erfährt Hrbek (2009) in seinen Ergebnissen nur teilweise von Adam/Maier (2009), die ebenfalls danach fragen, ob nationale Parteien einen europäischen Wahlkampf führen. Dazu gingen die Wissenschaftler den Fragen nach, ob die nationalen Parteien im Wahlkampf europäische Themen und Konflikte diskutierten und die für das Europaparlament zur Wahl stehenden Kandidaten präsentierten (Adam/Maier 2009: 02). Antworten darauf fanden Adam/Maier (2009) in den Plakat- und Fernsehkampagnen der nationalen Parteien in elf Mitgliedsstaaten.¹²² Im Durchschnitt spiegelten rund 38 Prozent aller Plakate und TV-Spots nationale Themen wider. Nur 17 Prozent konzentrierten sich allein auf europäische Themen, 45

¹²² Die elf Mitgliedsstaaten, die die Wissenschaftler in ihrer Kampagnenanalyse betrachteten, sind Bulgarien, Deutschland, Großbritannien, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Spanien, Tschechien und Ungarn (Adam/Maier 2009).

Prozent kombinierten nationale mit europäischen Themen (Adam/Maier 2009: 03). Bei den TV-Spots und Plakaten, die politische Darsteller zeigen, verweisen 65 Prozent auf einen europäischen Politiker, weitere acht Prozent zeigen einen EU-Protagonisten, der an der Seite eines prominenten nationalen Politikers steht. Das heißt, dass rund ein Viertel der Poster und Spots nur nationale Politiker abbildet (Adam/Maier 2009: 03). Die Kampagnen sind nach den Ergebnissen von Adam/Maier (2010) zwar nicht nur second-order, aber eben auch nicht voll first-order. Die Kampagnen in Bulgarien, Großbritannien, Ungarn und in den südeuropäischen Staaten wie Portugal und Spanien waren mehr national geprägt als bspw. die in Deutschland, den Niederlanden, Polen, Schweden und Tschechien. Am Deutlichsten konnte die These, dass Europawahlkämpfe national geprägt sind, für Großbritannien und Ungarn bestätigt werden. Adam/Maier (2009) fanden heraus, dass sich die Parteien in beiden Ländern sowohl auf nationale Themen als auch auf nationale Politiker fokussierten. Gerade in Großbritannien bestimmten innenpolitische Probleme die öffentliche Aufmerksamkeit. Der Spesenskandal der Unterhausabgeordneten und das Schicksal der Labour-Regierung waren in der Medienberichterstattung dominant, auch grenzübergreifend. Eine Woche vor der Wahl hält die Frankfurter Allgemeine Zeitung fest:

„Wer (...) nach Wahlplakaten mit europäischem Bezug Ausschau hält, sucht vergebens. Wahlkampfzeichen zeigen sich überhaupt nur dort, wo am nächsten Donnerstag gleichzeitig mit der Europawahl auch kommunale Wahlgänge stattfinden.“ (FAZ 2009)¹²³

Dazu gilt es aber auch zu beachten, dass es anders als in der Bundesrepublik und der Mehrzahl der EU-Mitgliedsstaaten in Großbritannien per Gesetz untersagt ist, dass Straßenlaternen oder öffentliche Stellflächen als Aufhänger für Wahlwerbungen benutzt werden dürfen. Die visuelle Präsenz der Parteien hängt hauptsächlich von der Bereitschaft ihrer Mitglieder ab, Parteischilder im eigenen Vorgarten oder im Wohnzimmer aufzustellen.

Insgesamt ist die Forschungslage zu politischen Kampagnen in den Mitgliedsstaaten der EU bei Europawahlen vergleichsweise gering. De Vreese (2009) untersucht als einer der wenigen Wissenschaftlern die Intensität der Kampagnenführung in den Mitgliedsländern. Er findet heraus, dass die Spitzenkandidaten in Dänemark als erstes mit der Kampagnenvorbereitung begonnen haben. Die politischen Köpfe Polens und Schwedens hatten die kürzesten Kampagnen. Die intensivsten Kampagnen ließen sich in Spanien, Schweden und Dänemark finden, die

¹²³ In vielen Teilen Großbritanniens (nicht in Schottland und in Wales) wurden zeitgleich mit der Europawahl die County-Councils neu besetzt (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 2009).

extensivsten in den Niederlanden und in England. De Vreese (2009: 15) hält drei entscheidende Ergebnisse fest: Die Weite der Kampagnen-Professionalität variiert in den Ländern, die Kampagnen sind in Nebenwahlen weniger intensiv als in Hauptwahlen und es war nachweislich, dass in Nebenwahlen politische Kampagnen in stabilen Kontexten länger und aktiver waren als Kampagnen, die von einem instabilen Umfeld umgeben sind.

Interessant ist auch die äußere Wahrnehmung der Europäischen Union als internationaler Akteur. Sie hat Einfluss auf die Glaubwürdigkeit und damit auf ihren Erfolg. Europäische Politiker beschreiben die EU oft als einen besseren globalen Akteur, dem europäische Werte wie Frieden, Solidarität und nachhaltige Entwicklung zugeschrieben werden. Lucarelli/Fioramonti (2009) fragen in ihrem Beitrag danach, was der Rest der Welt von der Europäischen Union denkt. Die Wissenschaftler führen aus, dass über die EU auf globaler Ebene insgesamt wenig Wissen vorliegt. In den Schwellenländern sei das Wissen über die EU sehr begrenzt, besonders in China, wo nur 23 Prozent angaben, genug zu wissen, um eine Meinung zur EU zu haben. In Brasilien war die EU immerhin bekannter als die World Trade Organisation (WTO) oder das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA¹²⁴. Auch nur 15 Prozent der Südafrikaner, die eine Meinung zur EU hatten, glaubten im Jahr 2002, dass sie effizient sei (Lucarelli/Fioramonti 2009: 31). Dass die EU dem Anschein nach nicht als globaler Akteur wahrgenommen wird, begründen die Wissenschaftler damit, dass die EU für die Massenmedien außerhalb Europas kein besonders attraktives Thema ist. Internationale Medienanalysen zeigen, dass der EU in den großen Zeitungen vergleichsweise wenig Platz eingeräumt wird. Im Allgemeinen erscheinen die meisten Artikel und Berichte in Finanzzeitungen, worin sich die Wahrnehmung der EU als vorrangig wirtschaftliche Kraft spiegelt (vgl. Lucarelli/Fioramonti 2009: 32).

5.4 Stimmengewinn für kleine und neue Parteien

Neben der geringen Wahlbeteiligung und dem Stimmenverlust von Regierungsparteien spielt die dritte wichtige Hypothese, ein deutlich besseres Abschneiden kleiner und neuer, auch extremistischer Parteien im Vergleich zur vorangegangenen Hauptwahl, eine Rolle. Für die

¹²⁴ North American Free Trade Agreement (NAFTA)

Bundesrepublik Deutschland konnte der These Reifs/Schmitts (1980) bereits zugestimmt werden.¹²⁵

Ein Blick auf die weiteren 26 Mitgliedsländer bestätigt die These in zahlreichen Fällen. Kleine und vor allem neue Parteien haben ein hohes Wahlergebnis erzielt (vgl. dazu auch Hrbek 2009). Dies galt zum Beispiel für die schwedische Piratenpartei (7,1 Prozent), die britische UKIP (16,5 Prozent) oder die österreichische Liste Dr. Hans-Peter Martin (17,7 Prozent). Es bleibt abzuwarten, ob sich die Parteien dauerhaft im nationalen Parteienspektrum etablieren können.

Betrachtet man die These vom Stimmenzugewinn der kleinen Parteien im Vergleich zur vorausgegangenen nationalen Parlamentswahl, so findet diese nach den Ergebnissen Schmitts (2010: 07) nur mit Mühe Unterstützung. In Belgien, Litauen und Malta erzielten die kleinen sogar schlechtere Ergebnisse als die großen Parteien und in elf weiteren gab es kaum Unterschiede in den Ergebnissen der Europawahl und der vorausgehenden nationalen Hauptwahl.

„This leaves us with 13 countries in which small parties did substantially better in EP elections, just below the simple majority of EU member countries.“ (Schmitt 2010: 07)

Bereits zur Europawahl 2004 fand die These nur teilweise Bestätigung. Anknüpfend an Laakso/Taagepera (1979) vergleicht Schmitt (2005b) ebenfalls die Ergebnisse der kleinen Parteien mit denen aus der vorangegangenen Hauptwahl in allen damaligen 25 Mitgliedsstaaten der EU. Er kommt zu folgendem Ergebnis: *„(...) the hypothesis finds more support among consolidated party systems than among the new post-communist members“* (Schmitt 2005b: 665). In den westlichen Ländern wie Frankreich, Großbritannien und Schweden haben die kleineren Parteien im Jahr 2004 sehr hohe Stimmenanteile erreichen können, während sie in Transformationsländern wie Estland, Lettland, Litauen oder der Slowakei schlechtere Ergebnisse erzielten (vgl. Schmitt 2005b: 665).

Irwin (1995) vertritt in seinem „third-rate model“ in Anlehnung an das Nebenwahlkonzept (Reif/Schmitt 1980) die These, dass extreme Parteien bei Europawahlen bessere Aussichten auf einen Stimmenzuwachs haben. Als Begründung führt er an, dass es den eigentlichen Hauptparteien in den meisten Mitgliedsländern der EU nicht gelingt, ihrer Wählerschaft alternative Perspektiven zu europäischen Themen oder gar alternative Visionen zur Zukunft der Europäischen Union aufzuzeigen.

¹²⁵ vgl. Gliederungspunkt 4.4.1.3

In vergangenen Wahlen wurde bestätigt, dass mit dem hohen Stimmenanteil kleiner und neuer Parteien auch ein Zuwachs an Stimmen für euroskeptische oder rechtsideologische Parteien in einigen EU-Mitgliedsstaaten erfolgt. Die Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler durch Parteien und Medien hat großen Einfluss. Nach Wüst/Tausendpfund (2009: 06) macht es gerade für den politisch kaum Interessierten einen Unterschied, ob sie zur Teilnahme an einer Wahl mobilisiert werden oder nicht. Häufig sind es die europakritischen Parteien, denen es gelingt, durch ihre postulierte EU-Kritik einseitig Wähler zu mobilisieren. Im Jahr 2004 war dieses Phänomen besonders in Großbritannien und Polen ausgeprägt. In Großbritannien ist es der United Kingdom Independence Party (UKIP) gelungen, mehr als 17 Prozent der Stimmen auf sich zu vereinen. Die europaskeptische Partei warb mit dem Anti-Europa-Slogan „Britten raus aus Europa!“. Gleich mehrere europakritische Parteien erhielten 2004 in Polen Stimmengewinne. Zu ihnen zählen die rechtsliberale Bürgerplattform (PO) mit 24,1 Prozent der Stimmen, die nationalkatholische Liga polnischer Familien (LPR) mit 15,9 Prozent und schließlich die Partei der Selbstverteidigung (Sambroona), die 10,8 Prozent der Stimmen für sich gewinnen konnte.¹²⁶ Trotz der Stimmenzugewinne für euroskeptische und rechtsideologische Parteien in Großbritannien, Polen aber auch in den Niederlanden¹²⁷, in Österreich¹²⁸ und in Schweden¹²⁹ schlussfolgerte die Wissenschaft, dass daraus keine starke Ausprägung einer rechten Europapolitik abgeleitet werden kann. Eine Hand voll prominenter euroskeptischer Parteien hatte in 2004 auch Stimmenverluste zu verzeichnen, wie zum Beispiel in Frankreich die Partei Souverainistes, die 4,4 Prozentpunkte im Vergleich zur Europawahl 1999 verlor und damit 8,5 Prozent der Stimmen erreichte.

Auch bei der Europawahl 2009 ist es zu keinem generellen Erstarren europakritischer oder rechtspopulistischer Parteien gekommen (vgl. Niedermayer 2009b: 01). Zwar gab es in einigen Ländern deutliche Wahlsiege, so etwa in Österreich, wo knapp ein Drittel der Wähler hinter der europaskeptischen Liste Dr. Hans-Peter Martin und der rechtspopulistischen FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs)¹³⁰ stehen. Weitere Erfolge konnten antieuropäische, ausländerfeindliche und chauvinistische Parteien in den Niederlanden, in Dänemark, Großbritannien, Finnland,

¹²⁶ Vgl. Ergebnisse der Mitgliedsstaaten bei der Europawahl 2004 auf www.electionworld.com. Letzter Zugriff: 20.03.2013.

¹²⁷ Die niederländische Partei „Transparent Europe“, die in ihren Programmaussagen euroskeptisch eingestellt ist, konnte 7,3 Prozent der Stimmen für sich gewinnen. Vgl. www.electionworld.com. Letzter Zugriff: 20.03.2013.

¹²⁸ Der EU-kritische Abgeordnete Hans-Peter Martin erhielt mit einer eigenen Liste 14 Prozent der Stimmen. Vgl. www.electionworld.com. Letzter Zugriff: 20.03.2013.

¹²⁹ Die euroskeptischen „Junilisten“ erzielten ein zweistelliges Ergebnis von 14,4 Prozent. Vgl. www.electionworld.com. Letzter Zugriff: 20.03.2013.

¹³⁰ Die Liste Dr. Hans-Peter Martin erzielte 17,7 Prozent der Stimmen, die FPÖ erhielt 12,8 Prozent. Zusammen kamen die beiden europakritischen Parteien auf 30,5 Prozent der Stimmen und entsandten fünf Abgeordnete ins Europäische Parlament. Vgl. Forschungsgruppe Wahlen (2009: 231).

Frankreich und Italien und in den osteuropäischen Ländern Rumänien, Slowakei und Ungarn verbuchen. In den Niederlanden kam die rechtspopulistische Freiheitspartei auf 17 Prozent (Partij voor de Vrijheid), die Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti) konnte ihren Anteil mit 15,3 Prozent mehr als verdoppeln (6,8 Prozent im Jahr 2004), die nationalsozialistische British National Party kam auf 6 Prozent der Stimmen und die Wahren Finnen (True Finns) erreichten 9,8 Prozent. Hinzu kamen die französische Front National mit 6,3 Prozent und die Lega Nord in Italien mit 10,2 Prozent der Stimmen. Die rumänische PRM¹³¹, die slowakische SNS¹³² und die ungarische Jobbik¹³³ konnten ebenfalls hohe Stimmenanteile gewinnen.¹³⁴

Trotz der Gewinne im rechten Lager ist die Situation weniger dramatisch als es auf den ersten Blick erscheint. Eine Stimmenabgabe für europaskeptische Parteien muss nicht notwendigerweise bedeuten, dass die Wähler ebenfalls anti-europäisch eingestellt sind. Das Wahlpublikum bringt mit seiner Stimmenabgabe vielmehr seine Unzufriedenheit mit der nationalen Politik zum Ausdruck (Reif 1983; Hrbek 2004; Schmitt/Van der Eijk 2003). Die Europawahlen fungieren in diesem Zusammenhang als nationale Protest-/Denkzettelwahlen, die es zum Ziel haben, die jeweiligen nationalen Regierungsparteien abzustrafen.

Die oftmals hochgebildeten Protestwähler¹³⁵ wählen entgegen ihren sonstigen Präferenzen unkonventionell, indem sie gegen ihre politische Überzeugung einer Randpartei ihre Stimme geben (Decker/Blumenthal 2002: 145). Einzelkandidaten wie Dr. Hans-Peter Martin in Österreich oder Themen-Parteien wie die Piratenpartei in Schweden können davon profitieren. Die Parteien entsenden jedoch meistens nicht mehr als ein bis zwei Abgeordnete ins Parlament, mit Ausnahme der rumänischen PRM und der ungarischen Jobbik, die jeweils drei Abgeordnete nach Brüssel schicken (vgl. Niedermayer 2009b: 07). Ein Paradefall ist Finnland, das als eines der europafreundlichsten Länder der EU gilt. Dennoch gibt es 2009 einen deutlichen Anstieg in den Wahlergebnissen der europaskeptischen Parteien, vor allem ausgedrückt durch den starken Zuwachs (9,2 Prozentpunkte) der nationalistischen Partei True Finns. Dazu muss beachtet werden, dass die „Wahren Finnen“ nicht mehr als ein „Ein-Mann-Betrieb“ sind und weitgehend von ihrem Vorsitzenden Timo Soini leben.

¹³¹ Partidul România Mare, deutsche Übersetzung: Großrumänien-Partei

¹³² Slovenská Národná Strana, deutsche Übersetzung: Slowakische Nationalpartei

¹³³ Jobbik Magyarorszáért Mozgalom, deutsche Übersetzung: Bewegung für ein besseres Ungarn

¹³⁴ PRM erhielt 8,7 Prozent der Stimmen, die SNS 5,6 Prozent und die ungarische Jobbik erhielt aus dem Stand heraus 14,8 Prozent der Stimmen (vgl. Ergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen 2009).

¹³⁵ Nach den Analysen von Kulick und Onken (2008) verfügt jeder vierte Protestwähler über ein Hochschulstudium. Betrachtet man die Protestwähler getrennt nach rationalen und affektiven Protestwählern, zeigt sich, dass insbesondere die rationalen Protestwähler hohe Bildungsabschlüsse vorweisen können (Kulick/Onken 2008: 307f.).

„Die Abhängigkeit der Partei von ihm ist so groß, dass er bei allen Wahlen antreten muss. Deshalb ist längst nicht ausgemacht, ob er wirklich für die nächsten fünf Jahre das ihm übertragene Mandat ausüben wird.“ (Stehling/Gaebel 2009: 01)

Mit einem Ergebnis von 9,8 Prozent in der Summe haben die True Finns nur einen Vertreter, Timo Soini, ins Parlament entsenden können. Darüber hinaus sind Art und Umfang europakritischer Töne unter dem Maß, das aus anderen Ländern vernehmbar ist. Selbst Soini, der sich im Wahlkampf noch gegen den EU-Beitritt Finnlands ausgesprochen hat, hat schon kurz nach der Wahl nur noch verlangt, *„das Beste aus der Mitgliedschaft zu machen und Europa leichter, transparenter und funktionsfähiger zu gestalten“* (Stehling/Gaebel 2009: 01).

Ein gutes Zeichen für die Demokratie war auch, dass die Libertas-Bewegung, die vom irischen Euroskeptiker Declan Ganley gegründet wurde und unter deren Namen Personen aus 14 Ländern kandidierten, nur in Frankreich ein Mandat erhalten hat. Ganley selbst wurde nicht gewählt und mit ihm scheiterte auch der Versuch, eine europaweite euroskeptische Bewegung ins Leben zu rufen (vgl. Pöttering 2009b: 36).

Im hier letzten ausgemachten Beleg dafür, dass der Zuwachs euroskeptischer und rechtsextremer Parteien nicht so schwer wiegt, wie in der medialen Öffentlichkeit oft kommuniziert,¹³⁶ soll auch auf die großen Verluste der bisher im Europäischen Parlament stark vertretenen Parteien des rechten Spektrums verwiesen werden. Die französische Front National stellt nur noch drei statt sieben Abgeordnete und die Liga der Polnischen Familien (LPR) ist mit keinem Mandat mehr im EP vertreten. 2004 konnte sie noch zehn Abgeordnete ins Parlament entsenden. Außerdem haben die belgische VB¹³⁷ (10,2 Prozent/-4,1 Prozent) und die bulgarische Ataka¹³⁸ (12,0 Prozent/-2,2 Prozent) je einen sowie die slowakische LS-HZDS¹³⁹ (9,0 Prozent/-8 Prozent) zwei Sitze verloren. Im aktuellen Europäischen Parlament sind 39 Abgeordnete in 16 euroskeptischen und/oder rechtsextremen Parteien aus 14 Ländern vertreten. 2004 waren es noch 44 Abgeordnete (vgl. Niedermayer 2009b: 07). In Relation zu den über 700 Abgeordneten insgesamt ist das nicht viel. Darüber hinaus ist es den rechtsextremen Parteien seit den ersten Direktwahlen des EPs nicht gelungen, eine stabile Fraktion zu bilden. Der letzte Versuch scheiterte im Jahr 2007 als die rechtsextremistische Abgeordnetengruppe „Identität, Tradition, Souveränität“ ihren Status als Fraktion im EP und die finanzielle Unterstützung von über eine Million Euro jährlich verlor, nachdem sechs Abgeordnete am

¹³⁶ vgl. dazu Financial Times Deutschland (2009); Der Tagesspiegel (2009); Frankfurter Rundschau (2009) oder Spiegel Online (2009)

¹³⁷ Vlaams Belang, deutsche Übersetzung: Flämische Interessen

¹³⁸ Nacionalen Săjuz Ataka, deutsche Übersetzung: Nationale Union Angriff

¹³⁹ L'udova straná – Hnutie za demockratické, deutsche Übersetzung: Volkspartei – Bewegung für eine demokratische Slowakei

14.11.2007 nach internen Konflikten ihren Austritt angekündigt hatten.¹⁴⁰ Damit war die personelle Schwelle des Fraktionsstatus unterschritten.

Abschließend wird auf die in der Wahlforschung existierende These Bezug genommen, dass niedrige Beteiligungsraten bestimmte Parteien, auch europaskeptische, begünstigen und andere benachteiligen. Van der Eijk/Schmitt/Sapir (2010) haben deshalb das Ergebnis einer Partei bei der Wahl zum Europäischen Parlament verglichen mit dem, was diese Partei erreicht hätte, wenn die Wahlbeteiligung das Niveau der letzten nationalen Hauptwahl erreicht hätte. Die Wissenschaftler kommen zu dem Schluss, dass kaum Wahlbeteiligungseffekte auszumachen sind.

„Für die überwältigende Mehrheit der Parteien gilt: Ihr Anteil an gültigen Stimmen wäre in etwa gleich geblieben, auch wenn die Wahlbeteiligung deutlich höher gewesen wäre.“ (Van der Eijk/Schmitt/Sapir 2010: 612)

Diejenigen Parteien, die etwas weniger von Wahlbeteiligungseffekten benachteiligt sind als andere, sind *„Linke, fremdenfreundliche, umweltorientierte und libertäre Parteien“* (Van der Eijk/Schmitt/Sapir 2010: 614). Demnach gibt es zwischen EU-kritischen Orientierungen und Wahlbeteiligungseffekten keinen direkten Zusammenhang.¹⁴¹ Mit einer höheren Wahlbeteiligung würde sich also nicht etwa das politische Kräfteverhältnis im Europaparlament ändern, es würde etwas Grundlegenderes bewirken. Eine Steigerung des Ansehens der Institution und den Verlust der Wahrnehmung von Europawahlen als Sekundärwahlen.

5.5 Zwischenfazit

Die Ergebnisse in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bei der Europawahl 2009 bestätigen die wichtigsten drei Thesen des Nebenwahlkonzeptes (Reif/Schmitt 1980), wenn auch mit Einschränkungen:

1. Bei Europawahlen ist im Vergleich zu nationalen Parlamentswahlen mit einer geringeren Wahlbeteiligung zu rechnen.

¹⁴⁰ vgl. Deutscher Bundestag (2009)

¹⁴¹ Van der Eijk/Schmitt/Sapir (2010: 614) verweisen in diesem Zusammenhang darauf, dass den dargestellten Ergebnissen recht schwache Effekte zugrunde liegen und diese deshalb nicht überbetont werden dürfen.

2. Die großen Regierungsparteien schneiden im Vergleich zur vorangegangenen nationalen Parlamentswahl schlechter ab.
3. Kleine und neue Parteien profitieren vom Verlust der Regierungsparteien und können u.a. deshalb Stimmen gewinnen.

Wie auch schon im Jahr 2004 zeigen sich deutliche Unterschiede in den Ergebnissen zwischen den alten westlichen und den neuen Transformationsstaaten, vor allem in den Partizipationswerten. Die Wahlbeteiligung in der EU-15 liegt 15,4 Prozentpunkte über dem Wert, den die übrigen Mitgliedsländer erzielten. Die niedrigsten Beteiligungsquoten wurden in den osteuropäischen Ländern Slowakei, Litauen und Polen gemessen. Die Slowakei war wie auch schon im Jahr 2004 Schlusslicht in der Wahlbeteiligung. 2009 lag diese mit 2,9 Prozentpunkten aber über dem Wert aus 2004 (16,7 Prozent).

Im Vergleich zur vorangegangenen nationalen Parlamentswahl haben lediglich die zwei Länder Belgien und Luxemburg höhere Partizipationswerte bei der Europawahl 2009 erreicht. Die These der niedrigen Wahlbeteiligung fand nahezu umfassend Bestätigung.

Auffallend war, dass die Wahlbeteiligung mit 17,1 Prozent in Estland den stärksten Zuwachs erhielt, und das trotz einer Regierungs- und Wirtschaftskrise im Land. Gründe dafür lagen in der erstmalig möglichen digitalen Stimmenabgabe über das Internet und dem gleichzeitigen Stattfinden kommunaler Wahlen. Die These der höheren Partizipation, wenn zeitgleich mit der Europawahl andere nationale Wahlen abgehalten werden, bestätigt sich damit auch für 2009.

Ebenfalls konnte der in der Wahlforschung bekannten These, Staaten mit gesetzlich vorgeschriebener Wahlpflicht würden hohe Beteiligungsquoten aufweisen, zugestimmt werden. In allen Staaten, in denen die Bevölkerung per Gesetz verpflichtet ist, bei Europawahlen zu wählen, lag die Beteiligung über dem EU-Mittelwert.

Die meisten der Regierungsparteien der EU-27 haben Stimmen im Vergleich zur vorangegangenen Hauptwahl verloren. Neu ist, dass sowohl im Osten Europas als auch im Westen der Stimmenverlust der Regierungsparteien nicht mehr dem bekannten zyklischen Muster folgt. 2004 fand dies zumindest für die EU-15 noch Bestätigung.

Auch die Annahme des Abstrafens der Regierungsparteien zugunsten der oppositionellen Kräfte findet 2009 keine generelle Anwendung mehr. Was für Bulgarien, Griechenland, Großbritannien, Irland, Spanien und Ungarn noch gilt, widerspricht den Wahlergebnissen Frankreichs, Italiens und Polens. 2004 hatten sich hier deutliche Unterschiede zwischen alter und neuer EU gezeigt, 2009 findet die These weder im Osten noch im Westen überzeugende Bestätigung.

In der Wahlkampfführung zeigt sich ein klares Bild. Wenngleich Untersuchungen zu dem Schluss kommen, dass Europa auch eine Rolle in der Wahlkampfführung der Mitgliedsstaaten spielte, waren die Wahlkämpfe zumeist national geprägt. Dieser fragmentierte Wahlkampf gilt als deutliches Kennzeichen für den Charakter der Europawahl 2009 als Nebenwahl. Es lagen 27 getrennte Wahlkämpfe mit weitgehend nationalen Inhalten vor.

Die dritte Hypothese, das gute Abschneiden kleiner und neuer Parteien, fand sowohl für die Bundesrepublik als auch für die weiteren EU-Mitgliedsländer Bestätigung. In einer Vielzahl von Fällen gewannen kleine und neue politische Gruppierungen. In der Betrachtung der Ergebnisse im Vergleich zur vorangegangenen Hauptwahl zeigt sich ein zweigeteiltes Bild. Die These findet hier nur für 13 EU-Mitgliedsländer Anwendung.

Der Stimmenzuwachs kleiner und neuer Parteien geht nicht, wie vielfach behauptet, mit einem Erstarren europakritischer oder rechtspopulistischer Parteien einher. Trotz Einzelerfolge führt es nicht zu einem Verschieben der politischen Kräfte an den rechten Rand des Europaparlaments.

6 Schlussbetrachtung

Europawahlen haben einen doppelten Charakter. Zum Einen werden bei den Wahlen Mitglieder des Europäischen Parlaments, einer Institution auf europäischer Ebene, gewählt, zum Anderen sind sie immer auch nationale Nebenwahlen, deren Ergebnisse von der politischen Hauptwahlarena mitbestimmt werden (vgl. dazu auch Niedermayer 2009b: 02). Der Wissenschaftler Karlheinz Reif fasst dies wie folgt zusammen:

„The term second order national elections refers to the fact that (...) the campaign and the results of each and every type of second-order election are more or less influenced by the political constellation of the dominant political arena within the system, the first order political arena.“ (Reif 1997: 117)

Die Wahrnehmung von Europawahlen als nationale Nebenwahlen wird aus verschiedenen Gründen gestützt: Europaweit findet kaum aktive Parteienkonkurrenz statt, da die Parteien in erster Linie auf nationaler Ebene agieren. Eine Wahlentscheidung aufgrund nationaler und weniger aufgrund europäischer Hintergründe wird so gefördert.

Der Wahlkampf zu den Wahlen zum Europäischen Parlament wird nahezu ausschließlich von nationalen Parteien geführt. Dies verhindert, dass die europäische als eigenständige politische Ebene wahrgenommen wird.

Für die Wählerinnen und Wähler haben europäische Sachfragen eine geringere Bedeutung als nationale. Europäische Themen erlangen nur dann Aufmerksamkeit, wenn sie von nationalem Interesse sind.

Wahlsystem und Wahlrecht werden von den nationalen Parlamenten festgelegt und sind damit nach Ländern unterschiedlich.

Europawahlen werden zu zweitrangigen Wahlen, da trotz einer Zunahme der Kompetenzen des Europaparlaments diese nach wie vor begrenzt sind. Ebenso bringen die Wahlen keine Regierung hervor. Dies unterscheidet Europawahlen von anderen Nebenwahlen wie bspw. Landtags- oder Kommunalwahlen in Deutschland. Die Machtverhältnisse in der Europäischen Union werden durch die Wahlen zum Europaparlament kaum beeinflusst. Wählerinnen und Wählern ist daher nur im Ansatz bewusst, was die persönliche Stimmabgabe bewirken kann (vgl. Niedermayer 2005a: 09).

Unter Einbeziehung dieser Besonderheiten von Europawahlen haben Reif/Schmitt (1980) aus Anlass der ersten Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 1979 ein Konzept entwickelt, das es erlaubt, Nebenwahlen anhand bestimmter Kriterien als solche zu klassifizieren. Ziel war es, das Konzept und seine zugrunde liegenden Dimensionen umfassend vorzustellen, um auf dieser Basis seine Gültigkeit zum 30. Jahrestag der Europawahlen im Jahr 2009 zu prüfen. Dies erfolgte am Beispiel des Europawahlkampfes in der Bundesrepublik Deutschland und in den wichtigsten Aussagen auch am Beispiel übriger Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Die wohl wichtigste Erkenntnis aus den vorangegangenen Analysen ist die fortbestehende Gültigkeit und Anwendbarkeit des von Karlheinz Reif und Hermann Schmitt entwickelten Nebenwahlkonzeptes. Dieser Aspekt gewinnt eine besondere Bedeutung, in Anbetracht dessen, dass es inzwischen seit mehr als drei Jahrzehnten in der politikwissenschaftlichen Forschung überlebt und seit einiger Zeit auch in Verbindung mit der Theorie der second-rate coverage in die publizistische- und kommunikationswissenschaftliche Forschung adaptiert wurde. Beinahe kein Artikel, kein Aufsatz und keine wissenschaftliche Untersuchung, in denen Bezug zu den Wahlen zum Europäischen Parlament genommen wird, kommt ohne den Verweis auf die von Reif/Schmitt (1980) hergeleitete nachrangige Bedeutung von Europawahlen und ihre Definition als „second-order election“ aus.

„Der Begriff hat sich zu einem Passepartout entwickelt, das zur Erklärung aller Besonderheiten und Auffälligkeiten im Akteursdreieck von Europawahlkämpfen dient und so längst über das hinausgeht, was zunächst damit gemeint war.“ (Holtz-Bacha 2005: 07)

Die Charakteristika des Nebenwahlkonzeptes haben sich in den zurückliegenden Europawahlen in unterschiedlichem Maße als erfolgreich erwiesen. Eine geringere Wahlbeteiligung, Stimmenverluste für Regierungsparteien und Stimmengewinn für kleinere und neue Parteien im unmittelbaren Vergleich zur vorangegangenen Hauptwahl wurden im Zeitverlauf als die wichtigsten Kriterien des Konzeptes konstatiert. Die Urheber des Konzeptes selbst haben eindrucksvoll belegt (Reif 1985 und 1997; Schmitt 2005 und 2010), dass diese sich insbesondere bis zur Europawahl 2004 fast ausnahmslos auf die Mitglieder der EU-15 anwenden ließen.

Mit der Erweiterung der EU um zehn neue ost- und mitteleuropäische Mitglieder in den Jahren 2004 und 2007 hat sich der Forschungsgegenstand selbst einem Veränderungsprozess ausgesetzt. Dies war Anlass, die Gültigkeit des Nebenwahlkonzeptes am Beispiel der Europawahl

2009 auf den Prüfstand zu stellen. Da die herausgearbeiteten Ergebnisse sich ausführlich dargestellt am Ende eines jeden Kapitels finden, werden hier die relevanten Ergebnisse noch einmal knapp diskutiert.

Die These der niedrigen Wahlbeteiligung fand sowohl für die Bundesrepublik Deutschland, als auch in den übrigen EU-Mitgliedsländern umfassend Bestätigung. Jedoch gibt es Unterschiede in den Partizipationswerten der alten und neuen EU-Mitgliedsländer. Die Wahlbeteiligung ist zwar auch in den zehn mittel- und osteuropäischen Ländern im Vergleich zur vorangegangenen Hauptwahl geringer, jedoch ist sie hier dramatisch gering. Der Tiefstwert wurde mit 19,6 Prozent in der Slowakei gemessen.

Hohe Partizipationswerte erreichten nur diejenigen Länder, in denen der Wahlgang gesetzlich vorgeschrieben ist oder in denen zeitgleich zur Europawahl auch andere nationale Wahlen abgehalten wurden. Diese These fand sowohl für Deutschland als auch im Kontext der EU-27 umfassend Zustimmung. Die Partizipationswerte lagen in diesen Ländern deutlich über dem EU-Durchschnittswert von 43 Prozent.

Da es den Anschein hat, dass auch die Partizipationswerte von Bundestagswahlen im Zeitverlauf fallen, wurde in einer eigenen Analyse geprüft, ob die Beteiligungsraten der nationalen Hauptwahl sich denen der Europawahlen in der Bundesrepublik annähern. Es wurde hierbei eine leicht abfallende Entwicklung der Partizipation bei Bundestagswahlen nachgewiesen. Demgegenüber steht aber ein stark abfallender Trend in den Beteiligungsraten bei Europawahlen in Deutschland. Anzeichen dafür, dass sich die Partizipationsraten nationaler und supranationaler Wahlen annähern bzw. insgesamt auf einem niedrigen Niveau stabilisieren, bestehen jedoch nicht. Das Fortschreiben dieses Trends lässt vermuten, dass die Differenz in der Zukunft eher größer zu werden scheint.

In der EU-27 hat die große Mehrzahl der Regierungsparteien Stimmen im Vergleich zur vorangegangenen Hauptwahl verloren. Die Bundesrepublik Deutschland war eine der Ausnahmen. Die CDU als Senior-Regierungspartei konnte im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl 2005 exakt 2,9 Prozent der Stimmen hinzugewinnen. Dies war den besonderen innenpolitischen Umständen geschuldet, die von der Großen Koalition und von der vorherrschenden Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt waren.

Keine Bestätigung fand die bis 2004 zumindest noch für die EU-15 bestätigte These, dass der Stimmenverlust von Regierungsparteien einem zyklischen Muster folgt. Die Regierungsparteien im Osten und Westen Europas verlieren demnach unabhängig von der Terminierung der Europawahl im Wahlzyklus Stimmen.

In einer eigenen Analyse wurde darüber hinaus ein messbarer Zusammenhang zwischen der Höhe der Verluste der Senior-Regierungspartei und der Anzahl ungültiger Stimmen für die

Bundesrepublik Deutschland nachgewiesen. Nicht mit Bestimmtheit, aber mit einiger Wahrscheinlichkeit, kann gesagt werden: Je höher die Verluste der amtsinhabenden Regierungspartei desto höher auch der Anteil ungültiger Stimmen.

Kleine und neue Parteien hatten nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland Stimmenhinzugewinne. In Deutschland punkteten im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl die Grünen, die FDP und die Linke. EU-weit hält diese These nur für 13-Mitgliedsländer Stand.

Europakritische und rechtspopulistische Parteien können vereinzelt von den Stimmenverlusten der Regierungsparteien profitieren, so etwa in Dänemark, Großbritannien und Finnland. Demgegenüber stehen Verluste bekannter europaskeptischer Parteien, sodass nicht von einem generellen Zuwachs am rechten Rand zu sprechen ist, das Kräfteverhältnis im Europaparlament verschiebt sich nicht zu ihren Gunsten.

In der Wahlkampfführung zeigt sich, dass europäische Themen zumeist eine Nebenrolle gespielt haben. Die Wahlkämpfe waren zu großen Teilen national geprägt und nach Mitgliedsstaaten fragmentiert. Bei Europawahlen steht für Parteien und Wähler weniger auf dem Spiel, deshalb wird auch weniger in die Kampagnen investiert. Dies ist am Beispiel des Europawahlkampfes in der Bundesrepublik nicht nur an den Wahlkampfbudgets, sondern auch an der Gleichförmigkeit und der mangelnden Kreativität der Kampagnen erkennbar. Für die Bundesrepublik ließen sich darüber hinaus aber auch Tendenzen zu einer professionellen Wahlkampfführung erkennen. Externe Berater wurden eingestellt, neue Kanäle des Internets, die die aktive Kommunikation mit dem Wahlpublikum erlauben, wurden genutzt und der Personalisierungsgrad erhöht.

Der Kampagnendimension und den ihr zugrunde liegenden Thesen wurden besondere Aufmerksamkeit entgegenbracht. Eine eigene Analyse der Berichterstattung in fünf bzw. vier überregionalen deutschen Tageszeitungen und Wochenmagazinen im Europa- und Bundestagswahlkampf 2009 bestätigte die aus der Kommunikationswissenschaft bekannte These, dass bei Europawahlen eine im Vergleich zu nationalen Wahlen deutlich reduzierte Berichterstattung in Printmedien vorliegt. Und das trotz der Tatsache, dass die Berichterstattung zur Bundestagswahl 2009 weniger stark als zu vorangegangenen Bundestagswahlen ausfiel. Da Reif/Schmitt (1980) dieses Kriterium nicht benennen, schlägt die Verfasserin vor, das Nebenwahlkonzept (Reif/Schmitt 1980) um diesen Aspekt zu erweitern und ihn in weiteren Analysen zu Nebenwahlen zu berücksichtigen.

Am 13. Mai 2009 verabschiedete sich ein Mitglied des Europäischen Parlaments noch vor dem offiziellen Ende einer Sitzung im Deutschen Bundestag¹⁴² mit den Worten: „Ich entschuldige mich dafür, dass ich jetzt gehen muss. Auch wenn es noch niemand bemerkt hat, aber wir haben in drei Wochen Wahlen.“ *„The most important aspect of second-order elections is that there is less at stake“* (Reif/Schmitt 1980: 09). Die Herausforderung in der Lissabonner EU besteht darin, diese Beschränkung zu überwinden, den Bürgern den europäischen Mehrwert zu erklären und dem Einzelnen bewusst zu machen, was seine Stimme Wert ist. Damit Europa eben nicht Neben-, sondern Hauptbühne sein kann.

¹⁴² Am 13. Mai 2009 fand die Sitzung des Koordinationskreises Handelspolitik statt. Der Koordinationskreis beruht auf einer gemeinsamen Initiative der Abgeordneten Erich G. Fritz MdB und Daniel Caspary MdEP. Er tagt vierteljährlich und fördert den Austausch über aktuelle europäische und nationale handelspolitische Themen zwischen Vertretern aus Politik und Wirtschaft.

7 Literatur- und Quellenverzeichnis

- Adam**, Silke; Maier, Michaela 2009: Actors, issues and conflict-lines in the 2009 European Parliament election campaigns. A comparison of campaign strategies of national parties in 10 countries. In: Paper for the 6th ELIAMEP European Seminar. The Delphic Oracle on Europe: Politics and Policies. Delphi. Griechenland. 25.-28. Juni 2009.
- Adshead**, Maura; Hill, John 2005: Elections to the European Parliament, June 2004: The 15 established member states. In: European Electoral Studies 24. Heft 3/2005. S. 537 - 545.
- Albers**, Hagen 2009: Onlinewahlkampf 2009. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Heft 51/2009. S. 33 - 38.
- Anderson**, Christopher J.; Ward, Daniel S. 1996: Barometer Elections in Comparative Perspective. In: Electoral Studies 15. S. 447 - 460.
- Alesina**, Alberto; Rosenthal, Howard 1989: Partisan Cycles in Congressional Elections and the Macroeconomy. In: American Political Science Review 83/1989. S. 373 - 398.
- Alesina**, Alberto; Rosenthal, Howard 1995: Partisan Politics, Devided Government, and the Economy. Cambridge 1995.
- Althaus**, Marco 2011: Die Mutter aller Kampagnen. In: politik&kommunikation. März 2011. S. 38 - 39.
- Arnim**, Hans-Herbert von 2009: Volksparteien ohne Volk. Das Versagen der Demokratie. C. Bertelsmann Verlag. München 2009.
- Auers**, Daunis 2005: European elections in eight new EU member states. In: European Electoral Studies 24. Heft 4/2005. S. 747 - 754.
- Becker**, Peter 2010: Kräfteressen zwischen EP und Rat um den EU-Haushalt 2011. In: SWP-Aktuell 83. Dezember 2010.
- Belke**, Ansgar 1996: Politische Konjunkturzyklen in Theorie und Empirie: Eine kritische Analyse der Zeitreihendynamik in Partisan-Ansätzen. Tübingen 1996.
- Besley**, Timothy; Persson, Torsten; Sturm, Daniel M. 2010: Political Competition, Policy and Growth: Theory and Evidence from the US. In: Review of Economic Studies. Heft 77/2010. S. 1329 - 1352.
- Beyme**, Klaus von 1992: Zusammenlegung von Wahlterminen: Entlastung der Wähler – Entlastung der Politiker?. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Heft 2/1992. S. 339 - 353.

- Bleymüller**, Josef; Gehlert, Günther; Gülicher, Herbert 2008: Statistik für Wirtschaftswissenschaftler. München 2008.
- Blondel**, Jean; Sinnott, Richard; Svensson, Palle 1998: People and Parliament in the European Union. Participation, Democracy and Legitimacy. Oxford 1998.
- Blumenthal**, Sidney 1980: The Permanent Campaign. Bacon Press. Boston 1980.
- Borchard**, Michael 2009: Bleibt alles anders? Das deutsche Parteiensystem und das „Superwahljahr“ 2009. In: Die Politische Meinung. 54. Jahrgang. Heft 479/2009. S. 53 - 57.
- Brettschneider**, Frank; Bachl, Marko 2009: Die Bundestagswahl 2009 und die Medien. In: Politische Studien. Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen. 60. Jahrgang. Heft 428/2009. S. 46 - 55.
- Brok**, Elmar 2009: Im Interesse der Bürger. In: Die Politische Meinung. 54. Jahrgang. Heft 474/2009. S. 15 - 18.
- Bruns**, Tissy 2009: Mehr Optionen, gesunkene Erwartungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Heft 51/2009. S. 3 - 5.
- BÜNDNIS 90/Die Grünen** 2009: Für ein besseres Europa. Europawahlprogramm. Dortmund. http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Europawahlprogramm/Europawahlprogramm.pdf. Letzter Zugriff: 23.04.2013.
- Burkhart**, Simone (2004): Parteipolitikverflechtung: Der Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976 bis 2002. MPIfG. Discussion Paper. Heft 1/2004. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Köln.
- Burkhart**, Simone 2005: Parteipolitikverflechtung: Der Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976 bis 2002. In: Politische Vierteljahresschrift. Heft 1/2005. S. 14 - 38.
- Christlich Demokratische Union Deutschlands** 2009: Starkes Europa – Sichere Zukunft. Europawahlprogramm. In: <http://www.wahlkreis300.de/doc/pdfc/090421-cdu-europamanifest-2009.pdf>. Letzter Zugriff: 23.04.2013.
- Christlich Soziale Union** 2009: CSU-Europawahlprogramm 2009. München. In: http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/ACSP/CSU-Programm_EPW-2009.pdf. Letzter Zugriff: 23.04.2013.
- Decker**, Frank; Blumenthal, Julia von 2002: Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Heft 1/2002. S. 144 - 165.
- Der Tagesspiegel** 2009: Europa der Ränder. 09.06.2009.

- Deutscher Bundestag** 2009: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Rechtsextreme in der Europäischen Union und die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009. In: Drucksache 16/13066. 15.05.2009.
- Deutscher Bundestag** 1949: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. In: <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/gg/gesamt.pdf>. Letzter Zugriff: 15.04.2011.
- De Vreese**, Claes H.; Lauf, Edmund; Peter Jochen 2007: The Media and European Parliament Elections. Second-Rate Coverage of a Second-Order Event? In: Van der Brug, Wouter; Van der Eijk, Cees (Hrsg.): European Elections & Domestic Politics. Lessons from the Past and Scenarios for the Future. University of Notre Dame Press. S. 116 - 130.
- De Vreese**, Claes H. 2009: Second-Rate Election Campaigning? An Analysis of Campaign Styles in European Parliamentary Elections. In: Journal of Political Marketing. Heft 8/2009. S. 7 - 19.
- Die Linke** 2009: Solidarität, Demokratie, Frieden – Gemeinsam für Europa. In: http://www.gabi-zimmer.de/fileadmin/user/redakteur/download/Europawahlprogramm_der_LINKEN_pdf.pdf. Europawahlprogramm. Letzter Zugriff: 23.04.2013.
- Die Welt** 2009: Interesse an der Europawahl ist in Deutschland sehr gering. 09.02.2009.
- Dinkel**, Reiner 1977: Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen. In: Politische Vierteljahresschrift (PVS). Bd. 18. Heft 2/1977. S. 348 - 359.
- Drazen**, Allan 2000: The Political Business Cycle after 25 years. In: <http://www.yale.edu/leitner/pdf/drazen.pdf>. Letzter Zugriff: 18.09.2010.
- Drozdiak**, William 2010: Wem die Stunde schlägt. In: Cicero. Heft 10/2010. S. 20 - 24.
- Erikson**, Robert S. 1988: The Puzzle of Mid-term Loss. In: Journal of Politics. Heft 4/1988. S. 1011 - 1029.
- Faas**, Thorsten 2010: Das fast vergessene Phänomen. Hintergründe der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009. In: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung. Wiesbaden 2010. S. 69 – 86.
- Fabritius**, Georg 1978: Wechselwirkungen zwischen Landtagswahlen und Bundespolitik. Meisenheim am Glan 1978.
- Fabritius**, Georg 1979: Landtagswahlen im Schatten der Bundespolitik – Auch in den Parteien eine personelle und programmatische Politikverflechtung. In: Der Bürger im Staat. Heft 1/1979. S. 29 - 33.
- Ferrara**, Frederico; Weishaupt, Timo 2004: Get Your Act Together. Party Performance in European Parliament Elections. In: European Union Politics. Heft 3/2004. S. 283 - 306.
- Financial Times Deutschland** 2009: Ohrfeige mit Ansage. 09.06.2009.
- Fisher**, Stephen 2000: Tactical Voting in England – 1987 to 1997. Mimeo 2000.
- Focus** 2009: Nichts verstanden! 30.05.2009.

- Forschungsgruppe Wahlen** e.V. 2009: Europawahl. Eine Analyse der Wahl vom 07. Juni 2009. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V. Nr. 134/2009.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)** 2004: Grimmige und gelangweilte Wähler. 15.06.2004.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)** 2009: Schweigen über Europa. 30.05.2009.
- Frankfurter Rundschau** 2009: Der wirre Rand. Rechtsextreme legen vielerorts zu. 09.06.2009.
- Freie Demokratische Partei** 2009: Ein Europa der Freiheit für die Welt des 21. Jahrhunderts. In: <http://www.fdp.de/files/408/FDP-Europawahlprogramm2009.pdf>. Europawahlprogramm. Letzter Zugriff: 23.04.2013.
- Frey**, Bruno; **Schneider**, Friedrich 1978: A Politico-Economic Model for the United Kingdom. In: *Economic Journal* 88. S. 243 - 253.
- Gabriel**, Oskar; **Holtmann**, Everhard 2007: Ober sticht Unter? Zum Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen: Kontext, theoretischer Rahmen und Analysemodelle. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Heft 3/2007. S. 445 - 463.
- Geise**, Stephanie 2010: „Unser Land kann mehr...“. Visuelle Wahlkampfstrategien in der Plakatkommunikation zur Bundestagswahl 2009. In: *Zeitschrift für Politikberatung (ZPB)*. Heft 03/2010. S. 151 - 175.
- Geise**, Stephanie; **Brettschneider**, Frank 2010: Die Wahrnehmung und Bewertung von Wahlplakaten. Ergebnisse einer Eyetracking-Studie. In: *Faas*, Thorsten; *Arzheimer*, Kai; *Roßteutscher*, Sigrid (Hrsg.): *Information – Wahrnehmung – Emotion: politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung*. Wiesbaden 2010. S. 71 - 95.
- Goodhart**, Charles A.E.; **Bhansali**, Rajendra J. 1970: Political Economy. In: *Political Studies*. Heft 18/1. S. 43-106.
- Haller**, Max 2009: Die europäische Integration als Elitenprojekt. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 59. Jahrgang. Heft 23/2009. S. 18 - 23.
- Haas**, Melanie 2005: Die Grünen als neue Partei des Bürgertums. In: *Vorgänge*. Heft 2/2005. S. 61 - 70.
- Heath**, Anthony; **McLean**, Ian; **Taylor**, Bridget 1997: How much is at stake? Electoral behaviour in second-order elections. Centre for research into elections and social trends. Working Paper No. 59.
- Heath**, Anthony; **McLean**, Ian; **Taylor**, Bridget; **Curtice**, John 1999: Between First and Second Order: A Comparison of Voting Behaviour in European and Local Elections in Britain. In: *Journal of Political Research*. Heft 35/1999. S. 389 - 414.
- Hegewald**, Ulrike; **Schmitt**, Lars 2009: Die Deutschen vor der Europawahl 2009. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 59. Jahrgang. Heft 23/2009. S. 10 - 17.

- Hirscher**, Gerhard 2009: Die Europawahlen vom 07. Juni 2009: Probelauf für die bürgerliche Mehrheit? In: Politische Studien. Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen. 60. Jahrgang. Heft 426/2009. S. 5 - 8.
- Hix**, Simon 2003: Parteien, Wahlen und Demokratie in der EU. In: Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration. Opladen 2003. S. 151 - 180.
- Höhne**, Benjamin 2009: Kandidatenaufstellungen zu Europawahlen 2009: Neue Pfade bei der Abgeordnetenrekrutierung. In: Civis mit Sonde. Heft 4/2009. S. 25 - 27.
- Holtz-Bacha**, Christina 2005: Massenmedien und Europawahlen: low key campaigns – low key response. In: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.): Europawahl 2004. Die Massenmedien im Europawahlkampf. Wiesbaden 2005. S. 7 - 34.
- Holtz-Bacha**, Christina 2010a: Politik häppchenweise. Die Fernsehwahlwerbung der Parteien zu Europa- und Bundestagswahl. In: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.): Die Massenmedien im Wahlkampf. Das Wahljahr 2009. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010. S. 166 - 188.
- Holtz-Bacha**, Christina 2010b: Wahljahr 2009 – Professionalisierung verzögert? In: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.): Die Massenmedien im Wahlkampf. Das Wahljahr 2009. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010. S. 7 - 21.
- Holtz-Bacha**, Christina; Leidenberger, Jacob 2010: Europawahl 2009: Wahlkampf im Schatten der Bundestagswahl oder doch eine europäische Kampagne? In: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.): Die Massenmedien im Wahlkampf. Das Wahljahr 2009. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010. S. 22 - 40.
- Hrbek**, Rudolf 2004: Europawahl 2004: neue Rahmenbedingungen – alte Probleme. In: Integration. Heft 3/2004. S. 212 - 222.
- Hrbek**, Rudolf 2009: Europawahl 2009: mehr als die Summe nationaler Sekundärwahlen? In: Integration. Heft 3/2009. S. 193 - 209.
- Hudson**, John 1985: The Relationship between Government Popularity and Approval for the Government's Record in the United Kingdom. In: British Journal of Political Science. Heft 15/1985. S. 165 - 186.
- Hough, Daniel**; Jeffery, Charlie 2003; Hough, Daniel: Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl). Bd. 34. Heft 1/2003. 2003. S. 79 - 94.
- Imig**, Doug; Tarrow, Sidney 2003: Politischer Protest im Europäischen Mehrebenensystem. In: Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration. Opladen 2003. S. 121 - 150.
- Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)**: 2012. In: <http://www.ivw.eu>. Letzter Zugriff: 03.02.2013.

Infratest dimap 2004: Deutschland vor der Europawahl. Eine repräsentative Befragung der Wahlberechtigten in Deutschland vor der Europawahl am 13. Juni 2004. Durchgeführt von Infratest dimap im Auftrag der ARD. Berlin 2004.

Infratest dimap 2009: Wahlreport. Wahl zum Europäischen Parlament. 07.06.2009. Berlin.

Irwin, Galen 1995: Second-Order or Third Rate: Issues in the campaign for the Elections for the European Parliament. In: European Electoral Studies. Heft 14/1995. S. 183 - 198.

Jeffery, Charlie; Hough, Daniel 2001: The Electoral Cycle and Multi-Level Voting in Germany. In: German Politics. 2001. S. 73 - 98.

Jesse, Eckard 2009a: Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in den neuen Bundesländern seit 1990. In: Deutschland Archiv: Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. Heft 6/2009. S. 965 - 972.

Jesse, Eckhard 2009b: Die Volksparteien nach der Bundestagswahl 2009 gravierende Symptome einer Krise. In: Politische Studien. Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen. 60. Jahrgang. Heft 428/2009. S. 35 - 45.

Jung, Helmut 2009: Schwarz-Gelbe Mehrheit mit sozialliberalem Profil – eine Analyse der Bundestagswahl 2009. In: Politische Studien. Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen. 60. Jahrgang. Heft 428/2009. S. 21 - 34.

Kamps, Klaus 2010: Zur Modernisierung und Professionalisierung des Wahlkampfmanagements. Die Kampagnenorganisationen im Vergleich. In: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung. Wiesbaden 2010. S. 187 - 226.

Kietz, Daniela; Ondarza, Nicolai von 2010: Das neue Selbstbewusstsein des Europäischen Parlaments. In: SWP-Aktuell. Heft 57/2010. S. 1 - 8.

Kläne, Steffen 2009: Analyse des CDU-Ergebnisses bei der Europawahl 2009. In: Publikation im Rahmen des Webdossiers „europa09.eu“. Centrum für angewandte Politikforschung (CAP). München 15.06.2009. S. 1 - 7.

Klein, Markus; Ohr, Dieter: Bundestagswahlen oder Regionalwahlen? Eine empirische Analyse der nordrhein-westfälischen Landtagswahlen. In: Völkl, Kerstin; Schnapp, Kai-Uwe; Holtmann, Everhard; Gabriel, Oskar W: Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden 2008. S. 219 - 238.

Klos, Daniela 2003: Motivtransfer bei Nebenwahlen: Ein Vergleich wahlspezifischer und bundespolitischer Einflussfaktoren auf die Wahlentscheidung bei der hessischen Landtagswahl und der Europawahl in Deutschland 1999. In: Brettschneider, Frank; van Deth, Jan; Roller, Edeltraud (Hrsg.): Europäische Integration in der öffentlichen Meinung. Opladen 2003. S. 335 - 359.

- Konrad-Adenauer-Stiftung** e.V. 2009: Länderbericht. Ergebnis der Europawahlen in den Baltischen Ländern. Juni 2009.
- Kornelius**, Bernhard; Roth, Dieter 2005: Europawahl in Deutschland: Kein Testlauf für 2006. In: Niedermayer, Oskar; Schmitt, Hermann (Hrsg.): Europawahl 2004. Wiesbaden 2005. S. 94 - 123.
- Korte**, Karl-Rudolf 2009: Neue Qualität des Parteienwettbewerbs im „Superwahljahr“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 59. Jahrgang. Heft 38/2009. S. 3 - 8.
- Korte**, Karl-Rudolf 2010: Die Bundestagswahl 2009 – Konturen des Neuen. Problemstellungen der Regierungs-, Parteien-, Wahl- und Kommunikationsforschung. In: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung. Wiesbaden 2010. S. 9 - 32.
- Kousser**, Thad 2004: Retrospective voting and strategic behaviour in European Parliament elections. In: European Electoral Studies 23. Heft 1/2004. S. 1 - 21.
- Krimmel**, Iris 1997: Die Beteiligung an Wahlen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems. In: Gabriel, Oskar W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen 1997. S. 353 - 376.
- Kulick**, Manuela; Onken, Holger 2008: Die Wähler der Linkspartei in ihren Hochburgen: Eine empirische Analyse zur Landtagswahl 2008 in drei kreisfreien Städten Niedersachsens. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Heft 2/2008. S. 299 - 312.
- Kulick**, Manuela; Onken, Holger 2009: Die Bedeutung von Nebenwahlen für den Aufstieg neuer Parteien in Deutschland. Tagung des Arbeitskreises Wahl- und Einstellungsforschung. Nebenwahlen: Wahlen, Wähler und Legitimation der Menschendemokratie. Frankfurt 7./8.05.2009.
- Laakso**, M; Taagepera R . 1979: Effective Number of Parties. A Measure With Application to Western Europe. In: Comparative Political Studies 12. S. 3 - 27.
- Landfried**, Christine 2004: Europawahlen 2004. Sonderausgabe der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Berlin 2004.
- Lausitzer Rundschau** 2009: Europa ist nicht sexy genug. Interview mit Hans-Gert Pöttering. 13.05.2009. <http://www.lr-online.de/nachrichten/Tagesthemen-Europa-ist-nicht-sexy-genug;art1065,2524122>. Letzter Zugriff: 17.08.2010.
- Lazarsfeld**, Paul F.; Berelson, Bernhard; Gaudet, Hazel 1944: The People's Choice. How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign. New York 1944.
- Lehmbruch**, Gerhard 1976: Parteienwettbewerb im Bundesstaat. Stuttgart 1976.
- Leidecker**, Melanie 2010: Angreifende Plakatwerbung im Wahlkampf – effektiv oder riskant? Ein Experiment aus Anlass der SPD-Europawahlplakate 2009. In: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.):

Die Massenmedien im Wahlkampf. Das Wahljahr 2009. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010. S. 117 - 139.

Leithäuser, Johannes 2004: Gewinn und Gesamtschrumpfung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 14.06.2004.

Lessinger, Eva-Maria; Holtz-Bacha, Christina 2010: Wir haben mehr zu bieten. Die Plakatkampagnen zu Europa- und Bundestagswahl. In: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.): Die Massenmedien im Wahlkampf. Das Wahljahr 2009. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010. S. 67 - 116.

Lewis-Beck, M. S.; Stegmaier, M. 2000. Economic determinants of electoral outcomes. Annual Review of Political Science. Heft 3/200. S. 183 - 219.

Linz, Juan J. 1998: Democracy's Time Constraints. In: International Political Science Review. Heft 1/1998. S. 19 - 37.

Lucarelli, Sonia; Fioramonti, Lorenzo 2009: Das globale Image der Europäischen Union. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 59. Jahrgang. Heft 23/2009. S. 30 - 35.

Markwardt, Gunther 2009: Wahlen und Konjunkturzyklen. Wiesbaden 2009.

Marsh, Michael 1998: Testing the Second-Order Election Model after Four European Parliament Elections. In: British Journal of Political Science 28. Heft 4/1998. S. 591 - 607.

Marsh, Michael 2005: The results of the 2004 European Parliament elections and the second-order model. In: Niedermayer, Oskar; Schmitt, Hermann (Hrsg.): Europawahl 2004. Wiesbaden 2005. S. 142 - 158.

McLean, Ian; Heath, Anthony; Taylor, Bridget 1996: Were the 1994 Euro- and Local Elections in Britain Really Second Order? Evidence from the British Election Panel Study. In: Farrell, David M. (Hrsg.): British Elections and Parties Yearbook. London 1996. S. 1 - 20.

Miller, W.L.; Mackie, M.L. 1973: The Electoral Cycle and the Asymmetry of Government and Opposition Popularity: An alternative Model of the Relationship between Economic Conditions and Political Popularity. In: Political Studies. Vol. XXI. 1973. S. 263 - 279.

Mildner, Stormy; Rytz, Henriette; Thimm, Johannes 2010: Vom Wandel zum Stillstand. Die US-Kongresswahlen 2010. In: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.): SWP-Aktuell. Berlin 2010.

Mittag, Jürgen 2009: Europäische Parteien im Wandel, In: Aus Politik und Zeitgeschichte 2009. 59. Jahrgang. Nr. 23/2009. S. 42 - 46.

Naßmacher, Hiltrud 1989: Auf- und Abstieg von Parteien. In: Zeitschrift für Politik. Heft 2/1989. S. 169 - 190.

Naßmacher, Hiltrud 1997: Parteien und Wählergruppen in der Kommunalpolitik. In: Gabriel, Oscar; Niedermayer, Oskar; Stöss, Richard (Hrsg.) 1997: Parteiendemokratie in Deutschland. Wiesbaden. S. 427 - 442.

- Naßmacher**, Hiltrud 2001: Die Bedeutung der Kommunen und der Kommunalpolitik für den Aufstieg neuer Parteien. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Heft 1/2000. S. 3 - 18.
- Niedermayer**, Oskar 1999: Turnout in the European election. In: European Electoral Studies. 1990. S. 45 - 50.
- Niedermayer**, Oskar 2001: Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Eine Einführung. Wiesbaden 2001.
- Niedermayer**, Oskar 2005a: Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 13. Juni 2004 in Deutschland: Ein schwarzer Tag für die SPD. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (Zparl). Bd. 36. Heft 1/2005. S. 3 - 19.
- Niedermayer**, Oskar 2005b: Europa als Randthema: Der Wahlkampf und die Wahlkampfstrategien der Parteien. In: Niedermayer, Oskar; Schmitt, Hermann (Hrsg.): Europawahl 2004. Wiesbaden 2005. S. 39 - 75.
- Niedermayer, Oskar 2009a: Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 7. Juni 2009 in Deutschland: SPD-Debakel im Vorfeld der Bundestagswahl. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (Zparl). Heft 4/2009. S. 711 - 731.
- Niedermayer**, Oskar 2009b: Europawahl 2009, Zusammenhänge, Ergebnisse und Folgen. In: Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.). Internationale Politikanalyse. Juni 2009.
- Neu**, Viola 2010: Ansichten über die Europäische Vereinigung. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS): Analysen und Argumente. Ausgabe 82. Oktober 2010.
- Neue Zürcher Zeitung** 2009: Merkel herrscht mit der Macht der Mitte. 13.06.2009.
- Nohlen**, Dieter 2004: Wie wählt Europa? Das polymorphe Wahlsystem zum Europäischen Parlament. In: <http://www.bpb.de/publikationen/ZM3FAN.html>. Letzter Zugriff: 10.07.2009.
- Nonnenmacher**, Günther 2004: Die ungeliebte Wahl. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.06.2004.
- Nordhaus**, William D. 1975: The Political Business Cycle. In: Review of Economic Studies. Heft 42/1975. S. 169 - 190.
- Norris**, Pippa; Reif, Karlheinz 1997: Second-Order Elections. In: European Journal of Political Research. Heft 31/1997. S. 109 - 124.
- Paldem**, Martin 1997: Political Business Cycles. In: Müller, Dennis C. (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas. Opladen. S. 521 - 552.
- Peter**, J.; Lauf, E.; Semetko, H.A. 2004: Television coverage of the 1999 European parliamentary elections. In: Political Communication. Heft 21/2004. S. 415 - 433.
- Pfetsch**, Barbara; Heft, Annett: Europäische Öffentlichkeit – Entwicklung transnationaler Medienkommunikation. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 59. Jahrgang. Heft 23/2009. S. 36 - 41.

- Pöttering**, Hans-Gert 2009a: Europa, deine Wahl. In: Die Politische Meinung. 54. Jahrgang. Heft 474/2009. S. 5 - 9.
- Pöttering**, Hans-Gert 2009b: Europa nimmt Schwung. In: Die Politische Meinung. 54. Jahrgang. Heft 474/2009. S. 34 - 39.
- Probst**, Lothar 2010: Wird das deutsche Parteiensystem „europäischer“? Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems im europäischen Vergleich. In: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung. Wiesbaden 2010. S. 167 - 183.
- Radunski**, Peter 2003: Wahlkampf im Wandel. Politikvermittlung gestern – heute – morgen. In: Sarcinelli, Ulrich; Tenscher, Jens (Hrsg.): Machtdarstellung und Darstellungsmacht. Beiträge zur Theorie und Praxis moderner Politikvermittlung. Baden-Baden. 2003. S. 183 - 198.
- Reif**, Karlheinz 1983: Die „Nebenwahlen“: Einbußen der französischen Linken seit ihren Siegen von 1981. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Heft 2/1983. S. 195 - 208.
- Reif**, Karlheinz 1984a: National Electoral Cycles and European Elections 1979 and 1984. In: European Electoral Studies. 1984. S. 244 - 255.
- Reif**, Karlheinz 1984b: Nationale Regierungsparteien verlieren die Wahl zum Europäischen Parlament 1984. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl). Bd. 15. Heft 3/1984. S. 341 - 352.
- Reif**, Karlheinz 1985: Ten second-order national elections. In: Reif, Karlheinz (Hrsg.): Ten European Elections. European Electoral Studies (EES). Mannheim 1985. S. 1 - 36.
- Reif**, Karlheinz 1997: European Elections as Member State Second-Order Revisited. In: European Journal of Political Research 31. S. 115 - 124.
- Reif**, Karlheinz; Schmitt, Hermann 1980: Nine Second-Order National Elections – A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results. In: European Journal of Political Research 8. S. 3 - 44.
- Reiser**, S. 1994: Parteikampagne und Medienberichterstattung im Europa-Wahlkampf 1989. Eine Untersuchung zu Dependenz und Autonomieverlust im Verhältnis von Massenmedien und Politik. Konstanz 1994.
- Roth**, Dieter; Kornelius, Bernhard 2004: Europa und die Deutschen: Die untypische Wahl am 13. Juni 2004. In: <http://www.bpb.de/publikationen/NGHQZ3.html>. 02.01.2006. Aus Politik und Zeitgeschichte. Heft 17/2004.
- Schmitt**, Hermann 2005a: Die Beteiligung der Deutschen an der Europawahl 2004. In: Niedermayer, Oskar; Schmitt, Hermann (Hrsg.): Europawahl 2004. Wiesbaden 2005. S. 124 - 141.
- Schmitt**, Hermann 2005b: The European Parliament Elections of June 2004: Still Second-order? In: West European Politics. Bd. 28. Heft 3/2005. S. 650 - 679.

- Schmitt**, Hermann 2010: Introduction. In: Schmitt, Hermann (Hrsg.): European Parliament Elections after Eastern Enlargement. Oxford 2010. S. 1 - 11.
- Schmitt**, Hermann; Van der Eijk, Cees 2003: Die politische Bedeutung niedriger Beteiligungsraten bei Europawahlen. Eine empirische Studie über die Motive der Nichtwahl. In: Brettschneider, Frank; Van Deth, Jan; Roller Edeltraud (Hrsg.): Europäische Integration in der öffentlichen Meinung. Opladen 2003. S. 279 - 302.
- Schmitt**, Hermann; Reif, Karlheinz 2003: Der Hauptwahlzyklus und die Ergebnisse von Nebenwahlen: Konzeptuelle und Empirische Rekonstruktion am Beispiel der Europawahlen im Wahlzyklus der Bundesrepublik. In: Wüst, Andreas M. (Hrsg.): Politbarometer. Opladen 2003. S. 239 - 254.
- Schmitt**, Hermann; Scheuer, Angelika 1996: Region – Nation – Europa. Drei Ebenen politischer Steuerung und Gestaltung in der Wahrnehmung der Bürger. In: König, Thomas; Rieger, Elmar; Schmitt, Hermann (Hrsg.): Das europäische Mehrebenensystem. Frankfurt 1996. S. 160 - 179.
- Schmitt**, Hermann; Thomassen, Jacques 2010: The EU party system after Eastern Enlargement. In: Schmitt, Hermann (Hrsg.): European Parliament Elections after Eastern Enlargement. Oxford 2010. S. 43 - 61.
- Schmitt-Beck**, Rüdiger; Wolsing, Ansgar 2010: Der Wähler begegnet den Parteien. Direkte Kontakte mit der Kampagnenkommunikation der Parteien und ihr Einfluss auf das Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2009. In: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung. Wiesbaden 2010. S. 48 - 68.
- Schulz**, Winfried; Zeh, Reimar 2010: Die Protagonisten in der Fernseharena. Merkel und Steinmeier in der Berichterstattung über den Wahlkampf 2009. In: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.): Die Massenmedien im Wahlkampf. Das Wahljahr 2009. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010. S. 313 - 337.
- Seemann**, Wenke 2009a: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Deutschland im Dauerwahlkampf?. In: Lorenz, Astrid; Reutter, Werner (Hrsg.): Ordnung und Wandel als Herausforderung für Staat und Gesellschaft. Wiesbaden 2009.
- Seemann**, Wenke 2009b: Zwischen Wahlen – Landtagswahlen. Zur Besonderheit des deutschen Wahlzyklus und seinen Auswirkungen auf die Gesetzgebungstätigkeit bundespolitischer Akteure. Aus Anlass der Jahrestagung des Arbeitskreises „Wahlen und politische Einstellungen“ der DVPW am 07./08. Mai 2009 in Frankfurt am Main. http://141.2.38.226/www.gesellschaftswissenschaften.unifr Frankfurt.de/uploads/7199/2223/WSeemann_BEITRAG_AK_Wahlen.pdf. Letzter Zugriff: 30.11.2013.

- Shugart**, Matthew S. 1995: The Electoral Cycle and Institutional Sources of Divided Presidential Government. In: American Political Science Review 89. S. 327 - 343.
- Smith**, Alastair 2003: Election Timing in Majoritarian Parliaments. In: British Journal of Political Sciences. 33. Heft 3/2003. S. 397 - 418.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands** 2009: Für Europa: stark und sozial! Europawahlprogramm. In: http://library.fes.de/prodok/ip-02017/europamanifest_2009_final.pdf. Letzter Zugriff: 23.04.2013.
- Spiegel Online** 2009: Triumph der Provokateure. 08.06.2009.
- Stehling**, Thomas Bernd; Gaebel Catja C. 2009: Die Europawahl in den Nordischen Ländern. In: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.): Länderbericht. 08.06.2009.
- Stimson**, James A. 1976: Public Support for American Presidents: A Cyclical Model. In: Public Opinion Quarterly. Heft 40/1976. S. 1 - 12.
- Strömbäck**, Jesper; Nord, Lars W. 2008: Still a Second Order Election: Comparing Swedish Media Coverage of the 2004 European Parliamentary Election and the 2002 National Election. In: Kaid, Lynda Lee (Hrsg.): The EU Expansion. Communicating Shared Sovereignty in the Parliamentary Elections. New York 2008. S. 137 - 152.
- Tenscher**, Jens 2011: Defizitär – und trotzdem professionell? Die Parteienkampagnen im Vergleich. In: Tenscher, Jens (Hrsg.): Superwahljahr 2009. Vergleichende Analysen aus Anlass der Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament. Wiesbaden 2011. S. 65 - 95.
- Thies**, Jochen: Angela Merkel aufs Neue. In: Europäische Rundschau. Vierteljahreszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. 37. Jahrgang. Heft 4/2009. S. 11 - 21.
- Thoveron**, G. 1983: How Europeans received the campaign: Similarities and differences of national response. In: Blumler, J.G. (Hrsg.): Communication to voters. Television in the first European parliamentary elections. London 1983. S. 142 - 162.
- Treibel**, Jan 2010: Was stand zur Wahl 2009? Grundsatzprogramme, Wahlprogramme und der Koalitionsvertrag im Vergleich. In: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung. Wiesbaden 2010. S. 89 - 116.
- Tufte**, Edward R. 1975: Determinants of the Outcomes of Congressional Midterm Elections. In: American Political Science Review 69. S. 812 - 826.
- Van der Brug**, Wouter; Fennema, Meindert 2010: Radical Right Parties in the Enlarged EU. In: Schmitt, Hermann (Hrsg.): European Parliament Elections after Eastern Enlargement. Oxford 2010. S. 62 - 81.

- Van der Eijk**, Cees; Franklin, Mark 1996: Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of Union. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Van der Eijk**, Cees; Franklin, Mark; Marsh, Michael 1996: What Voters Teach Us About Europe-Wide Elections; What Europe-Wide Elections Teach Us About Voters. Electoral Studies 15. Heft 2/1996. S. 149 - 166.
- Van der Eijk**, Cees; Schmitt, Hermann 2009: Legitimacy and electoral abstention in European Parliament elections. In: Thomassen, J. (Hrsg.): The Legitimacy of the European Union. Oxford 2009. S. 208 - 24.
- Van der Eijk**, Cees; Schmitt, Hermann; Sapir, V. Eliyahu 2010: Die politischen Konsequenzen der niedrigen Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009. In: Politische Vierteljahresschrift (PVS). Heft 51/2010. S. 605 - 617.
- Wagner**, Sandra 2003: Nichtwählertypen bei Europawahlen und Bundestagswahlen. In: Brettschneider, Frank; Van Deth, Jan; Roller Edeltraud (Hrsg.): Europäische Integration in der öffentlichen Meinung. Opladen 2003. S. 303 - 333.
- Weber**, Till 2005: Eine Wahl, fünfzehn Zyklen? Eine empirische Analyse der Europawahl 1999 aus der Perspektive der Wahlzyklustheorie. Berlin 2005.
- Wilensky**, Harold L. 1964: The Professionalization of Everyone? In: the american journal of sociology. Heft 2/1964. S. 137 - 58.
- Wilke**, Jürgen; Reinemann, Carsten 2005: Auch in der Presse immer eine Nebenwahl? Die Berichterstattung über die Europawahlen 1979-2004 und die Bundestagswahlen 1980-2002 im Vergleich. In: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.): Europawahl 2004. Die Massenmedien im Europawahlkampf. Wiesbaden 2005. S. 153 - 173.
- Wilke**, Jürgen; Reinemann, Carsten 2007: Invisible second-order campaigns? A Longitudinal Study of the Coverage of the European Parliamentary Elections 1979 – 2004 in Four German Quality Newspapers. In: Communications. 32. Jahrgang. Heft 3/2007. S. 299 - 322.
- Wilke**, Jürgen; Leidecker, Melanie 2010: Ein Wahlkampf, der keiner war? Die Presseberichterstattung zur Bundestagswahl 2009 im Langzeitvergleich. In: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.): Die Massenmedien im Wahlkampf. Das Wahljahr 2009. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010. S. 339 - 375.
- Wilke**, Jürgen; Schäfer, Christian; Leidecker, Melanie 2011: Mit kleinen Schritten aus dem Schatten. Haupt- und Nebenwahlkämpfe in Tageszeitungen am Beispiel der Bundestags- und Europawahlen 1979 – 2009. In: Tenscher, Jens (Hrsg.): Superwahljahr 2009. Vergleichende Analysen aus Anlass der Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2011. S. 155 - 179.

Wilke, Jürgen; Leidecker, Melanie 2013: Regional – National – Supranational. Wahlkampfberichterstattung in Deutschland auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Heft 1/2013. S. 158 - 176.

Wiorkowski, Anne; Holtz-Bacha, Christina 2005: Und es lohnt sich doch. Personalisierungsstrategien im Europawahlkampf. In: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.): Europawahl 2004. Die Massenmedien im Europawahlkampf. Wiesbaden 2005. S. 174 - 196.

Wüst, Andreas 2005: Deutsche Parteien und Europawahlen. Programmatische Schwerpunkte 1979-2004. In: Niedermayer, Oskar; Schmitt, Hermann (Hrsg.): Europawahl 2004. Wiesbaden 2005. S. 76 - 93.

Wüst, Andreas M.; Tausendpfund, Markus 2009: 30 Jahre Europawahlen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 59. Jahrgang. Heft 23/2009. S. 3 - 9.

8 Anhang

8.1 Bilanz: Erfolg und Misserfolg

Aus Anlass der ersten Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 1979 haben die Wissenschaftler Karlheinz Reif und Hermann Schmitt einen analytischen Rahmen erarbeitet, der es erlaubt, Europawahlen als Nebenwahlen (second-order elections) zu klassifizieren und ihre Ergebnisse unter Berücksichtigung des nationalen politischen Umfeldes zu erklären. Die Thesen des Nebenwahlkonzeptes (Reif/Schmitt 1980) sowie die Begrifflichkeit selbst haben seither Eingang in die Politik- und Kommunikationswissenschaft erhalten. Mit der Erweiterung der EU um zehn neue ost- und mitteleuropäische Mitglieder in den Jahren 2004 und 2007 sowie der zunehmenden Europäisierung der Politik hat sich der Forschungsgegenstand selbst einem Veränderungsprozess ausgesetzt. Dies war Anlass, die Gültigkeit des Nebenwahlkonzeptes am Beispiel der Europawahl 2009 nochmals auf den Prüfstand zu stellen. Die wichtigsten Ergebnisse in aller Kürze zusammengefasst sind:

Die These der niedrigen Wahlbeteiligung fand sowohl für die Bundesrepublik Deutschland, als auch in den übrigen EU-Mitgliedsländern umfassend Bestätigung. Jedoch gibt es Unterschiede in den Partizipationswerten der alten und neuen EU-Mitgliedsländer. Die Wahlbeteiligung ist zwar auch in den mittel- und osteuropäischen Ländern im Vergleich zur vorangegangenen Hauptwahl geringer, jedoch ist sie hier dramatisch gering.

Hohe Partizipationswerte erreichten diejenigen Länder, in denen der Wahlgang gesetzlich vorgeschrieben ist oder in denen zeitgleich zur Europawahl auch andere nationale Wahlen abgehalten wurden. Diese These fand sowohl für Deutschland als auch im Kontext der EU-27 ihre Bestätigung.

Da es den Anschein hat, dass auch die Partizipationswerte von Bundestagswahlen im Zeitverlauf fallen, wurde in einer eigenen Analyse geprüft, ob die Beteiligungsdaten der nationalen Hauptwahl sich denen der Europawahlen in der Bundesrepublik annähern. Es wurde hierbei eine leicht abfallende Entwicklung der Partizipation bei Bundestagswahlen nachgewiesen. Demgegenüber steht aber ein stark abfallender Trend in den Beteiligungsdaten bei Europawahlen in Deutschland. Anzeichen dafür, dass sich die Partizipationsraten nationaler und supranationaler Wahlen annähern bzw. insgesamt auf einem niedrigen Niveau stabilisieren, bestehen nicht. Das Fortschreiben dieses Trends lässt vermuten, dass die Differenz in der Zukunft eher größer wird.

In der EU-27 hat die große Mehrzahl der Regierungsparteien im Vergleich zur vorangegangenen Hauptwahl Stimmen verloren. Die Bundesrepublik Deutschland war eine der Ausnahmen. Die CDU als Senior-Regierungspartei konnte im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl im Jahr 2005 Stimmen hinzugewinnen.

Keine Bestätigung fand die bis 2004 zumindest noch für die EU-15 geltende These, dass der Stimmenverlust von Regierungsparteien einem zyklischen Muster folgt. Die Regierungsparteien im Osten und Westen Europas verlieren unabhängig von der Terminierung der Europawahl im Wahlzyklus Stimmen.

In einer eigenen Analyse wurde ein messbarer Zusammenhang zwischen der Höhe der Verluste der Senior-Regierungspartei und der Anzahl ungültiger Stimmen für die Bundesrepublik Deutschland nachgewiesen. Nicht mit Bestimmtheit, aber mit einiger Wahrscheinlichkeit, kann gesagt werden: Je höher die Verluste der amtsinhabenden Regierungspartei desto höher auch der Anteil ungültiger Stimmen.

Kleine und neue Parteien hatten nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland Stimmenzugewinne. In Deutschland punkteten im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl die Grünen, die FDP und die Linke. EU-weit hält diese These nur für 13 Mitgliedsländer Stand.

Europakritische und rechtspopulistische Parteien können vereinzelt von den Stimmenverlusten der Regierungsparteien profitieren, so etwa in Dänemark, Großbritannien und Finnland. Demgegenüber stehen Verluste bekannter europaskeptischer Parteien, sodass nicht von einem generellen Zuwachs am rechten Rand zu sprechen ist.

In der Wahlkampfführung zeigt sich, dass europäische Themen zumeist eine Nebenrolle gespielt haben. Die Wahlkämpfe waren zu großen Teilen national geprägt und nach Mitgliedsstaaten fragmentiert. Bei Europawahlen steht für Parteien und Wähler weniger auf dem Spiel, deshalb wird auch weniger in die Kampagnen investiert. Dies ist am Beispiel des Europawahlkampfes in der Bundesrepublik nicht nur an den Wahlkampfbudgets, sondern auch an der Gleichförmigkeit der Kampagnen erkennbar. Für die Bundesrepublik ließen sich darüber hinaus aber auch Tendenzen zu einer professionellen Wahlkampfführung erkennen. Externe Berater wurden eingestellt, neue Kanäle des Internets, die die aktive Kommunikation mit dem Wahlpublikum erlauben, wurden genutzt und der Personalisierungsgrad erhöht.

Der Kampagnendimension und den ihr zugrunde liegenden Thesen wurden besondere Aufmerksamkeit entgegenbracht. Eine eigene Analyse der Berichterstattung in fünf bzw. vier überregionalen deutschen Tageszeitungen und Wochenmagazinen im Europa- und Bundestagswahlkampf 2009 bestätigte die aus der Kommunikationswissenschaft bekannte

These, dass bei Europawahlen eine im Vergleich zu nationalen Wahlen deutlich reduzierte Berichterstattung in Printmedien (second-rate coverage) vorliegt. Da Reif/Schmitt (1980) dieses Kriterium nicht benennen, schlägt die Verfasserin vor, das Nebenwahlkonzept (Reif/Schmitt 1980) um diesen Aspekt zu erweitern und ihn in weiteren Analysen zu Nebenwahlen zu berücksichtigen.

Die Ergebnisse zeigen, dass das Nebenwahlkonzept weiterhin Gültigkeit besitzt. Auch wenn die Ergebnisse der Europawahl 2009 nicht in der Gesamtheit auf die Thesen Reifs/Schmitts (1980) übertragbar sind, so sind sie es doch in wesentlichen Teilen.

8.2 Balance: success and failure

On the occasion of the first elections to the European Parliament in 1979, the researchers Karlheinz Reif and Hermann Schmitt developed an analytical framework enabling European elections to be classified as second-order elections and their results explained taking account of the national political environment. The thesis of the second-order election concept (Reif/Schmitt 1980) as well as the terminology itself have since entered political and communication science. With the expansion of the EU by ten new Eastern and Central European members in 2004 and 2007 as well as the increasing Europeanisation of politics, this research subject has subjected itself to a process of change. Taking the example of the 2009 European Parliament elections, this was the inducement to put the validity of the second-order election concept to the test again. The key results are briefly summarised:

Although the thesis of low turnout was extensively confirmed – both for the Federal Republic of Germany and the other EU member states, there were nevertheless differences in the levels of electoral participation between the old and new EU member states. Turnout is indeed lower in the Central and Eastern European countries compared to the previous election, but in this case it is dramatically lower. High levels of participation were achieved in countries with compulsory voting, or in which other national elections were also held at the same time as the European elections. This thesis was confirmed both for Germany and in the context of the EU-27 election. Since it appears that the participation levels in German general elections also fall over time, a separate analysis was conducted to check whether the turnout rates for the general election are approaching those for the European Parliament elections in Germany. This analysis revealed a slightly falling participation trend in German general elections. On the other hand, however, there is a strongly downward trend in the turnout rates for European elections in Germany. There are no signs for a convergence of turnout rates in national and supranational elections or for an overall stabilisation at a low level. The continuation of this trend suggests that the difference will most likely increase in the future.

In the EU-27 election, the great majority of ruling parties lost votes in comparison to the previous election, Germany being one of the exceptions in this regard. The CDU as the senior party in the coalition government was able to increase its number of votes compared to the previous German general election in 2005.

The thesis applicable to the EU-15 election – at least up to 2004, that the loss of votes by governing parties follows a cyclical pattern, was not confirmed. These parties both in Eastern

and Western Europe lose votes irrespective of the scheduling of the European election within election cycles.

In a separate analysis, a measurable link was revealed for Germany between the size of the losses incurred by the senior ruling party and the number of spoiled ballot papers. Albeit not with certainty, it may be stated with some probability: the higher the losses of the governing party the higher the proportion of spoiled ballot papers. Small and new parties did not only profit in Germany. In Germany the Grüne, the FDP and the Linke did well compared to the previous general election, while across the EU this thesis held up only in 13 member states.

In individual cases, anti-European and right-wing populist parties are able to profit from the losses incurred by government parties, as, for example, in Denmark, Britain and Finland. In contrast, as known anti-European parties in fact suffered losses, it is not therefore possible to speak of a general growth of the right wing.

The election campaigns reveal that European themes mostly played a side role. The campaigns were in large part national in character and fragmented by member state. There is less at stake for parties and voters at European elections, this being the reason for less investment in the campaigns. Taking the example of the European election campaign in Germany, this is not only revealed in the campaign budgets but also in the uniformity of the campaigns themselves. Furthermore however, tendencies to a professional election campaign can also be found in Germany. External consultants were taken on, new internet channels allowing active communication with the electorate were made use of and the degree of personalisation raised.

Particular attention was paid to the campaign dimension and the associated underlying themes. A separate analysis of the reporting of the 2009 European and German general election in four or five national daily newspapers and weekly magazines in Germany confirmed the thesis known from communication science that in European elections significantly reduced reporting (second-rate coverage) takes place in print media in comparison to national elections. As Reif/Schmitt (1980) do not specify this criterion, the author suggests expanding the second-order election concept (Reif/Schmitt 1980) by this aspect and taking it into account in further analyses on second-order elections.

The findings show that the second-order election concept remains valid. Notwithstanding the fact that the results of the 2009 European Parliamentary elections are not applicable in their entirety to the theses of Reif/Schmitt (1980), they are indeed so in key parts.

8.3 Die Autorin

Der Lebenslauf ist in der Online-Version aus Gründen des Datenschutzes nicht enthalten.

8.4 Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Zuhilfenahme der ausgewiesenen Hilfsmittel angefertigt habe. Sämtliche Stellen der Arbeit, die im Wortlaut oder dem Sinn nach anderen gedruckten oder im Internet verfügbaren Werken entnommen sind, habe ich durch genaue Quellenangaben kenntlich gemacht.

Schwerin, im Januar 2014

Diana Kuhrau